Umdenkschrift

zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden

Kritische Wortmeldungen aus
der EKD-Kontroverse

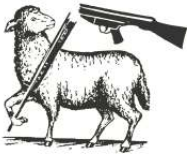
Sonderausgabe:
https://www.lebenshaus-alb.de/

Lebenshaus Schwäbische Alb

edition pace 43 | Digitale Erstausgabe

Herausgegeben von Peter Bürger

Im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland und des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie (OekIF)



Umdenkschrift
zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden

Kritische Wortmeldungen aus
der EKD-Kontroverse | Eine Sammlung

Herausgegeben von Peter Bürger
im Auftrag der Solidarischen Kirche im
Rheinland und des Ökumenischen Instituts
für Friedenstheologie (OekIF)

edition pace | 43
Digitale Erstausgabe

Bearbeitet in Dankbarkeit für das
Friedenszeugnis der Kirchen in der DDR

Dieser Digitalversion des Online-Regals:
https://solidarischekirche.de/
https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/
folgt noch eine illustrierte ISBN-Buchausgabe

© 2026

Peter Bürger (Hg.)

UMDENKSCHRIFT
ZUM EVANGELISCHEN DISKURS ÜBER KRIEG UND FRIEDEN

Kritische Wortmeldungen aus
der EKD-Kontroverse | Eine Sammlung

Herausgegeben im Auftrag der
Solidarischen Kirche im Rheinland und des
Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie (OekIF)
https://solidarischekirche.de/
https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/

edition pace (Gründungsreihe) | Band 43
Redaktion, Satz & Gestaltung: Peter Bürger

Erscheinungsdatum: 23.01.2026

Inhalt

Christliche Orientierung oder Militärische Heilslehre?
Vorwort des Herausgebers 11

Die Frage nach der ‚Politik'

Über das Paktieren der Religion mit der Macht
Die ‚Krisis des deutschen Protestantismus'
Ein Wort von Rabbiner Leo Baeck aus dem Jahr 1931 21

Wie politisch soll Kirche sein?
Rede zum Empfang des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg in der Salvatorkirche am 28.11.2025
Von Jakob Augstein 23

Kritik aus kirchlichen Gruppierungen

Stellungnahme der AGDF zur Denkschrift des Rates der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick: Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen"
Bonn, 10. November 2025
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) 39

Stellungnahme zur friedensethischen Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung | 10.11.2025 49

Gerät der Friede aus dem Blick?
Erwiderung der *Initiative Christlicher Friedensruf* auf die EKD-Friedensdenkschrift 2025 | 10.11.2025 52

Zeitenwende in der evangelischen Kirche Deutschland: Denkschrift versus Friedensruf
Interview mit dem Pfarrer und Gefängnisseelsorger Thomas-Dietrich Lehmann | ‚Zeitpunkt' (CH), 13.11.2025
Christa Dregger 63

Stellungnahme zur Denkschrift der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick . . ."
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) 70

Brief an den Friedensbeauftragten der EKD zur Denkschrift „Welt in Unordnung . . ."
Versöhnungsbund-Gruppe Magdeburg | 18.11.2025
Barbara Bürger & Dr. Eberhard Bürger 77

Friedensfähig statt kriegstüchtig!
Stellungnahme zur EKD-„Friedensdenkschrift" | 03.12.2025
Solidarische Kirche im Rheinland 88

„Wider die Kriegstüchtigkeit – Schritte zu Friedensfähigkeit"
Signal aus der 3. Friedenswerkstatt Bonn an die Evangelische Kirche im Rheinland | 10.01.2026 91

Wortmeldung zur sogenannten Friedensdenkschrift der EKD
Ökumenische Vernetzungsinitiative Casa Comun | 22.01.2526 96

Publizistische Widerworte

Positionspapier der Evangelischen Kirche: Grünes Licht für Kriegstüchtigkeit
Nachdenkseiten | 14.11.2025
Von Marcus Klöckner 107

Kanonen oder Butter?
Halbherzige Annäherung der EKD-Friedensdenkschrift an einen Zielkonflikt | *zeit*zeichen, 24.11.2025
Von Franz Segbers 111

Gewaltverzicht mit Ausnahmen
Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland ist selbst innerhalb der Kirche schwer umstritten | nd, 25.11.2025
Von Christoph Fleischmann 122

Zeitenwende statt Entfeindung
Die Friedensdenkschrift der EKD vollzieht einen bemerkenswerten Kurswechsel weg von der Friedenslogik | *zeit*zeichen, 01.12.2025
Von Stefan Seidel 127

Staatstreue EKD verlässt mit ihrer Denkschrift die evangelische Friedenstradition | Sozialismus.de, Dez. 2025
Von Ulrich Duchrow 135

Kirchen wollen kriegstüchtig werden
Ein internes Dokument zeigt, wie die Kirchen sich auf den Krieg vorbereiten | Publik-Forum, 05.12.2025
Von Christoph Fleischmann 153

Echo aus Friedens- und Sozialbewegung

Friedensgruppen entsetzt über „nukleare Zeitenwende" in der EKD
Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt" | 11.11.2025 159

Erklärung zur EKD-Friedensdenkschrift 2025
Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Christ:innen | 11.11.2025 161

Kritik der „Christ*innen in der Deutschen Friedensgesellschaft – VK" an der EKD-Denkschrift 2025
*Christ*innen in der DFG-VK* | November 2025 163

Erklärung von ICAN Deutschland zur EKD-Friedensdenkschrift 2025: Ethische Lücken, sicherheitspolitische Mängel
ICAN Deutschland | 01.12.2025 165

Gegen die Propaganda einer christlichen Kriegstheologie
Überlegungen aus der gewerkschaftlichen Basisinitiative ‚Sagt Nein!'
Von Andreas Buderus & Johannes Schillo | 13.12.2025 170

Evangelische Kirche für Atomwaffen
Stellungnahme zur EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick …" (Internetportal ‚Unabhängige Grüne Linke' | 15.12.2025)
Von Karl-W. Koch 177

Sind die wahnsinnig? . . .
die Kirchen wollen kriegstüchtig werden. Nicht mit mir!
Persönliche Anmerkungen zur Denkschrift des Rates der EKD „Welt in Unordnung …" sowie zum geplanten „Ökumenischen Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall"
Von Albert Ottenbreit | 18.12.2025 189

Zusendungen

Kritik an der EKD-Denkschrift
Dipl.-theol. Ursula Mathern, Merxheim 197

Mit Gewalt gegen Gewalt
Leserbrief an die Frankfurter Rundschau
Von Gerhard Kern, Hofheim | 12.11.2025 199

Aus einer Leserbriefdebatte im Weser-Kurier
(November 2025) 200

Friedensdenkschrift der EKD als Gewaltrechtfertigung
Von Pfr. i.R. Manfred Alberti, Wuppertal | 07.12.2025 202

Leserbrief an Publik Forum
Von Clemens Ronnefeldt | 12.12.2025 204

‚Jesus hat auf die Kraft der Gewaltlosigkeit gesetzt'
(Frankfurter Rundschau | 17.12.2025)
Leserbriefe von Gerhard Kern und Gregor Böckermann 205

Umdenkschrift und Friedenstheologie

Kriegsdienst ist Nächstenliebe
Die EKD verabschiedet sich aus dem friedensethischen Diskurs
Von Uwe-Karsten Plisch 209

EKD-Friedensdenkschrift 2025
‚Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick'
Ein Kommentar aus christlich-pazifistischer Sicht
Von Theodor Ziegler 215

„Kirche über Gut und Böse"
Zur Vorstellung der Friedensdenkschrift der EKD
am 13.11.2025 in der Evangelischen Akademie, Berlin
Von Heinrich Schäfer 223

Zeiten-Wende? – oder Menschen-Wende?
Von Friedrich Erich Dobberahn 229

EKD – Auf dem Weg zur Militärkirche?
Stellungnahme zur EKD-Denkschrift ‚Welt in
Unordnung – Gerechter Friede im Blick'
Von Matthias-W. Engelke 243

Verbrenner und Stromer – „Congrega in unum"
Von Egon Spiegel 248

Anmerkungen zur EKD-Friedensdenkschrift 2025
Von Markus Weingardt 273

Literatur- und Quellenverzeichnis (mit Kurztiteln) 279

Übersicht zu den Reihen: *Kirche & Weltkrieg* | *edition pace* 287

[Illustrationsseite]

Vorwort

Christliche Orientierung oder Militärische Heilslehre?

Von Peter Bürger

„Äußerste Vorsicht geboten ist […] bei der Lektüre eines kurzen Abschnittes im Römer-Brief (Röm 13,1-7), der – vermutlich in der Mitte des 2. Jahrhunderts – Paulus unterschoben wurde und in gewissem Sinn die ‚Umkehrung' gleich wieder revidiert, die sich mit Jesu Tod und Auferstehung in Anbetracht der mörderischen Wirklichkeit der Welt verbindet. In dieser allem Anschein nach folgenschwersten Fälschung eines Bibeltextes in der Geschichte der Christenheit kehrt man zurück in die gehorsame Unterwerfung unter den (römischen) Staat, weil, wie es heißt, alle Obrigkeit von Gott selbst eingesetzt sei; genau der Zustand, von dem Jesus uns zu erlösen kam, soll jetzt also als gottgewollt in Geltung stehen und bleiben! Es ist, als würde es der Soldateska des Pilatus denn doch gelungen sein, das Grab des Christus, wie befohlen, so zu versiegeln und zu bewachen, daß entgegen der Botschaft des Engels der Tod in ihm für immer sich verewigt (Mt 27,62-66; 28,4-8)."[1] EUGEN DREWERMANN

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat Anfang November 2025 der Öffentlichkeit eine Denkschrift über Krieg und Frieden präsentiert – als Positionierung „angesichts neuer Herausforderungen …".[2] (Dass der Trumpismus in den USA nur wenige Wochen später mit

[1] Eugen DREWERMANN: *Alles ist Gnade*. Wege zum Römer-Brief des Paulus. Ostfildern: Patmos-Verlag 2025, S. 51-52 (dort in einer Anmerkung ausführliche Bezugnahmen auf Ernst BARNIKOL: Römer 13, in: Studien zum Neuen Testament und zur Patristik, Texte und Untersuchungen zur Geschichte der altchristlichen Literatur, Bd. 77, Berlin 1961, S. 65-133: „Röm 13 stammt nicht von Paulus, sondern taucht eigentlich erst im katholischen Kirchentum der monarchischen Bischöfe auf und bildet bald deren kirchen- und religionspolitische Plattform für den unausbleiblich kommenden ‚*Konstantinismus*' und für dessen Weitergestaltung im Staatskirchentum vor und neben dem Papalismus").

[2] EKD 2025a – Alle *Kurztitel* in diesem Vorwort beziehen sich auf das Literaturverzeichnis am Ende des vorliegenden Buches → S. 279-286

einer wirklichen ‚Zeit der Wende' das weithin noch immer bürgerlich-transatlantische Paradigma des Kirchenwortes auf drastische Weise aus den Angeln heben würde, war *so* nicht unbedingt vorhersehbar.) Bereits über 35 kritische Stellungnahmen zum jüngsten – staats- und militärnahen – Kurs der EKD aus kirchlichen Initiativen, Publizistik, Friedensbewegung, Wissenschaft und christlicher Basis erschließt nun die hier vorgelegte Sammlung.

Eine Rede von Jakob Augstein eröffnet den Kreis (→ S. 23-36). Wie ein Resümee mag dann zum Abschluss des Bandes das Widerwort des Konfliktforschers Markus Weingardt gelesen werden (→ S. 273-278): „Die große Schwäche der Friedens-Denkschrift … besteht darin, dass sie der Gewaltlosigkeit nicht traut. … indem die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit relativiert und marginalisiert wird, wird zugleich jener marginalisiert, der die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit lehrte und lebte, Jesus selbst … ‚Unerlöste Welt' hin oder her: Wer den Glauben an die Kraft der Gewaltlosigkeit aufgegeben hat, was bleibt dem noch? Hoffnungslosigkeit, Resignation? Der Glaube an den ‚Mythos von der erlösenden Gewalt'? … Wenn Kirche in … einer ‚Welt in Unordnung' nicht anderes, nicht mehr zu sagen hat, dann … macht sie sich überflüssig."

Die in bürgerlicher Perspektive als ‚maßgeblich' geltenden Medien[3] konstatierten im Rahmen ihres Denkschrift-Lobes ziemlich einhellig einen kirchlichen Kurswechsel: „Abschied vom Pazifismus … Im Rahmen der EKD-Synode veröffentlicht die Kirche ihre Friedensdenkschrift und bricht damit mit der Tradition der Friedensbewegung" (ZDF heute, 10.11.2025). – „Die Evangelische Kirche bricht mit ihrer Friedensethik. Laut einer neuen Denkschrift der EKD lässt sich der Pazifismus als generelle politische Ethik ‚ethisch nicht legitimieren'. Das kommt einem Bruch mit bisherigen Positionen gleich" (FAZ-online, 10.11.2025). – Die ‚Berliner Zeitung' legte am gleichen Tag zumindest etwas Erstaunen an den Tag: „Evangelische Kirche überrascht mit Kurswechsel. | *Atomwaffen sind ‚politisch notwendig'. Die evangelische Kirche passt ihre Friedensdenkschrift an. Atomwaffen gelten nun als unverzichtbar für Sicherheit*" (10.11.2025).

Einen Moment lang gab es die Versuchung, diese im Auftrag der ‚Solidarischen Kirche im Rheinland' und des ‚Ökumenischen Insti-

[3] Vgl. BINGENER 2025; STÜTZ/ZDF 2025; WEINHOLD 2025.

tuts für Friedenstheologie' bearbeitete Dokumentation mit dem uns eingesandten Bild einer – von Raubvögeln oder Autoreifen – zerfetzten Taube zu illustrieren. Doch ein solches Umschlagmotiv würde in die Irre führen. Unser Lesebuch zeigt ja gerade, wie lebendig der friedensbewegte Widerspruch in Kirche und Gesellschaft ist – trotz alledem. Die Pazifistin Hanna Jaskolski konfrontiert das Publikum gerne mit der provokativen Feststellung: „Millionen sagen: *Da kann man nichts machen*!" Seit Veröffentlichung der EKD-Schrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick …" gibt es aber unter unangepassten Freundinnen und Freunden des Wegweisers aus Nazareth eine sehr mutmachende Erfahrung: „Wir sind ja gar nicht isoliert. Wir sind viel mehr als wir dachten. Wir verlernen die Klage ‚Da kann man nichts machen' und üben angesichts des Unerhörten in einem *ersten Schritt* den Widerspruch ein …"

Die Kritik an der kirchlichen Obrigkeit will einfach nicht mehr verstummen. Nicht nur einschlägige Nonkonformisten werfen die Frage auf: Wozu brauchen wir einen weiteren Papagei, der – angesichts der rasanten Pulverisierung der deutschen Kirchenlandschaft sein eigenes Größenformat überschätzend – ziemlich getreu die aktuelle *Militärdoktrin des Staates* nachplappert? (Stichworte: Atombombenbesitz und -teilhabe, Glaube an Abschreckungssysteme, Waffenlieferungen / Waffenexporte, Aufrüstungspolitik, Militär- bzw. Kriegsdienst als staatlicher Zwangsdienst, Wertung der Verweigerung[4]). Ernster – d. h. *frommer* – Einspruch aus eher konservativer Richtung findet Beifall aus eher linken – nicht minder *frommen* – Kreisen. Es zeigt sich so etwas wie ein lagerübergreifendes *Unbehagen an der Staatsnähe des bürgerlichen Kirchenapparates*. Zu denken geben sollte uns nicht zuletzt der Umstand, dass auch viele kirchenferne Leute die neuerliche Politisierung der Großkirchen – in staatstragender Absicht – mit Jesus nicht mehr zusammenreimen können.

Als Herausgeber versage ich mir an dieser Stelle eine aufgeblasene ‚Wissenschaft' zur *redaktionellen Darbietung der Texte,* die nach einfachen, ganz pragmatischen Gesichtspunkten erfolgt (Dokumentation in sechs Abteilungen), und ebenso eine vorangestellte *Kom-*

[4] Teil 3 der Denkschrift, der sich mit diesen Themen befasst (EKD 2025a, S. 111-139), liest sich wie eine militärkirchliche Dienstleistung für den Staat und scheint überhaupt der eigentliche Zweck bzw. Kern des ganzen Dokumentes zu sein.

mentierung der zusammengeführten Beiträge – gleichsam vom ‚hohen Ross' herab. Einige eigene Beobachtungen, Fragen und Wegbetrachtungen, die sich aus der Redaktionsarbeit ergeben haben, füge ich an dieser Stelle jedoch in Form von „Stichworten"[5] hinzu:

Konstantinischer Alleinvertretungsanspruch | Während uns für die ersten drei Jahrhunderte der Kirchengeschichte kein einziges *theologisches* Zeugnis zugunsten einer Mitwirkung der Getauften am politischen und militärischen Machtapparat des Staates vorliegt, verkehrten sich die Verhältnisse ab dem Soldatenkaiser Konstantin (Römischer Imperator 306-337 n.Chr.) geradezu ins Gegenteil. Die seit dem 4. Jahrhundert – unter staatlicher Lenkung – durchgesetzte *neue* konstantinische Richtung ist bis heute namentlich in den *deutschen* Großkirchen vorherrschend und Maß-gebend (unter Einschluss der alleinigen Verfügungsgewalt über die *materiellen* Machtmittel der kirchlichen Organisation, s. Mt 6,24). Ein besonders beschämendes Kapitel der jüngeren Kirchengeschichte führt uns vor Augen die regelrechte Abwicklung der einstigen ‚DDR-Kirchen', soweit diese keinem konstantinischen Paradigma gefolgt waren, durch eine reiche westdeutsche Kirchenapparatur. Der überaus selbstherrliche *konstantinische Allein- und Unfehlbarkeitsanspruch* gegenüber christlichen ‚Pazifistinnen und Pazifisten im Sinne der Bergpredigt' hat in der EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick" ein neues Spitzenniveau erreicht (vgl. z.B. EKD 2025a, S. 34-35). Bei der friedensethischen M a c h t f r a g e will man das gegen autokratische Verhältnisse gerichtete ideale Lob von *Pluralität und Pluralismus*[6] im *eigenen* Raum auf einmal nicht gelten lassen.

Würde nun heute ein Bischof im Fernsehen selbstbewusst kundtun, dass unsere ‚Zivilisation' allein auf jenem *Weg der Gewaltfreiheit*, den Jesus vor zwei Jahrtausenden gebahnt hat, dem Abgrund des Atomzeitalters noch entkommen kann, so müsste er sich wohl als Fundamentalist belächeln lassen – auch von vielen leitenden Kirchenfunktionären. So traurig steht es um die nahe Christenheit.

Verzicht auf Friedenstheologie | Seit den neoliberalen Jahrzehnten imponieren großkirchliche Räume in Deutschland zunehmend als

---

[5] Hier stark gekürzt. Vollständig erscheinen meine Ausführungen Ende Januar 2026 u.d.T. *„Kirche und Militärische Heilslehre"* auf: https://lebenshaus-alb.de

[6] Dies sind ‚Spitzen-Termini' der Schrift: EKD 2025a, S. 8, 13, 18, 19, 36, 37, 41, 42, 43, 46, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 60, 73, 87, 88, 93, 95, 99, 100, 131, 144.144, 146.

theologiebefreite Zonen, wobei sich auch das angewandte ‚Pastoral-Marketing' durch eine erstaunliche Inhaltleere auszeichnet. (Der Kontrast zu den zeugnisbereiten Kirchen in der DDR könnte größer nicht sein.) Der neuen EKD-Denkschrift, die sich selbst ausdrücklich als *„Friedensethik"* vorstellt und das Feld der *Friedenstheologie* an keiner Stelle auch nur benennt, liegt ganz sicher kein *theologischer* Ansatz zugrunde. Das waltende Paradigma, welches die Bergpredigt aus dem politischen ‚Verantwortungsdiskurs' verbannt, folgt nach wie vor dem Soziologen Max Weber (1864–1920), einem Anhänger des militärisch potenten Machtstaates. Umso erstaunlicher ist es, wie dem weithin säkularen Publikum an einigen Stellen doch eingestreute theologische Formeln bzw. Ornamente – von ‚Gottes Friedenshandeln' bis hin zur ‚Auferstehung Christi' – dargeboten werden und zwar so, als sei im Kontext eines von der Anlage her nichttheologischen *Ethik*-Traktates eine Vermittlung bzw. Übersetzung gar nicht vonnöten. In schneller Folge kommen dann ‚erlösungsbedürftige Welt', ‚S ü n d e' (also der korrumpierte Mensch) und ein Angewiesensein des ‚gerechten Friedens' „auf m e n s c h l i c h e F r e i h e i t" (d. i. für die Denkschrift eine von Gott geschenkte Freiheit, *„die es zu nutzen und zu erhalten gilt"*) zur Sprache.[7] Alles ist im Bauchladen vorrätig. Ja, was ist er denn nun, der Mensch, in Sünde gefangen oder mit nutzbarer, zu erhaltender ‚Freiheit' ausgestattet …? Wer hat solcherlei Mixturen gegengelesen? Wenn man keine Theologie angehen will, wäre es dann nicht besser, auch auf theologische Sprach-Einsprengsel ganz zu verzichten …

Militärische Heilslehre: ein Fall für den Sektenbeauftragten | Gleichwohl, man könnte auch im Rahmen von *Ethik*-Traktaten ein vordringliches Feld jeder biblisch inspirierten Theologie zum Zuge kommen lassen: die *Religionskritik*. Wo hätte seit dem letzten Weltkrieg das Militär einen Schauplatz auf dem Globus aufgesucht und das dabei vorgetragene Versprechen einer ‚Problemlösung' auch eingehalten? Wie viele Milliarden oder Billionen muss man investieren, um ein Land wie Afghanistan nach zwei Jahrzehnten (!) trauriger zu hinterlassen als es zuvor war? Wann hätte die Rüstungssparte des Konzerns Rheinmetall – um nur ein Beispiel zu nennen – je auch nur ein einziges Produkt hergestellt, das die Welt *nachweislich* zum

[7] EKD 2025a, S. 142-143.

Besseren und nicht zum Schlechteren hin verändert? Die profitablen Todesindustrien, die die Mittel so vieler Gesellschaften aufsaugen, und die öffentliche Kampagne zur Kriegsertüchtigung sollen das hohe *„Gut der Freiheit"* schützen. Die historische Rückschau würde uns indessen durchgehend zeigen, dass hohe Rüstungsprofite und Militärdenken mit freiheitlichen Verhältnissen schier unverträglich sind, vielmehr gesetzmäßig jeder Freiheit den Garaus machen. Doch eine rationale Überprüfung („Evaluation") der Verheißungen, die die Religion von der erlösenden Militärgewalt uns Tag für Tag predigt, findet einfach nicht statt. Der Militärglaube gehört zur Matrix des modernen Staates und ist für jede politische Kraft jene Eintrittskarte, mit der allein sie als ‚regierungsfähig' zertifiziert wird. Die militärische Heilslehre besteht aus lauter *Fiktionen* oder längst widerlegten *Behauptungen*, weshalb sie unbedingt ein Fall für den Sektenbeauftragten der Kirche wäre. Doch das bürgerliche Kirchentum zieht es stattdessen vor, unter Verzicht auf kritische Rationalität die irrationalen Predigten und Dogmen der Militärreligion wie Vernunfterkenntnisse oder Tatsachenwahrheiten zu referieren.

Sündhafte, erlösungsbedürftige Welt? | Wiederholt ist in der Denkschrift die Rede von der *erlösungsbedürftigen Welt* (EKD 2025a, S. 19, 35, 56, 142, 144). Diese mache Militär und Rüstungswesen unbedingt notwendig … Gewiss, der Mensch – das zerbrechlichste, am meisten liebesbedürftige Wesen hienieden – ist potentiell der ‚erste Ungeliebte' der Schöpfung, und unter diesem Vorzeichen lauert das Böse vor seiner Tür – bis hin zum Brudermord. Doch mit dem *menschengemachten Programm des Krieges* hat kein Schöpfergott die Gattung ausgestattet, sondern erst die Gottheit einer fünf Jahrtausende jungen, auf Herrschaft basierenden Zivilisationsmatrix (die von den Gnostikern als Baumeister einer unerträglichen Fremde, d. h. als Urheber des Elends identifiziert wurde). – Die Geschichte des Lebens auf dieser wunderbaren Erde umfasst vier Milliarden Jahre. Seit angenommen 300 Millionen Jahren entwickeln sich die Säugetiere, und vielleicht vor 7 Millionen Jahren gab es bei den Primaten einen Scheideweg, der hin zu unserer Spezies, zum Menschen führt. Seit 300.000 Jahren ist der – außerordentlich zur Kooperation begabte – *homo sapiens* in seiner heutigen Gestalt auf der Bildfläche sichtbar. Eine Aufrüstung hin zu aggressiven, sehr zerstörerischen Großgebilden der Menschenwelt hat unter dem Vorzeichen einer *männlich*

dominierten Zivilisationsentwicklung aber erst vor weniger als zehntausend Jahren eingesetzt (Stadtstaaten als Folgeerscheinung der landwirtschaftlichen Transformationsprozesse; später die Großreiche mit ihrem „Turmbau zu Babel“: Münze – Macht – Militär).

Alle Herrschaftsideologien, die den erst fünf Jahrtausende jungen Staatskomplexen bis heute schier unverzichtbar sind, proklamieren, der ‚Krieg‘ habe zu jeder Zeit – immer – bestanden, sei eine ewige Naturtatsache und werde auch bis ans Ende aller Zeiten Bestand haben. Demgegenüber scheint in der biblischen (und außerkanonischen) Überlieferung des Judentums die – wissenschaftlich allein haltbare – Erkenntnis durch, dass systematische Waffenproduktion (Verarbeitung neuer Metalle) und Kriegskomplexe erst ab einem ganz bestimmten Zeitpunkt der zivilisatorischen Entwicklung zum Durchbruch kommen (Gen 4,22) und die menschliche Gattung seitdem wie ein böser Fluch bedrücken.

Seit einem Jahrtausend exerziert nun die aggressivste Wirtschaftsweise (Kapitalismus und Vorformen) ihren Siegeszug in den Abgrund hinein. Noch nicht einmal 300 Jahre jung ist sodann die tiefgreifende Umwälzung (in einem *Teil* der Menschenwelt) aufgrund einer neuartigen Ausbeutung der in kürzester Zeit verpulverten fossilen Energieträger (Kohle, Öl, Gas) im Industrialismus – mit dramatischen Auswirkungen für den ganzen Lebensraum Erde und alle seine Bewohner, auch für die Tiere. Der qualitativ und quantitativ völlig *neuartige* „Industrielle Krieg“ der Moderne mit schließlich Abermillionen Toten in zwei Weltkriegen gehört erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts zur bedrückenden Last des Menschengeschlechts! Förmlich erst seit g e s t e r n (1945) gibt es sodann die Methode der atomaren Massenvernichtung, durch welche die Menschheit – und fast alles Lebendige – erstmalig als *Ganzes* tötbar geworden ist (Günther Anders).

Wenigstens auf dem Niveau der anthropologischen Forschung des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs[8] sollte sich eine EKD-Denkschrift bewegen, wenn sie von einer ‚erlösungsbedürftigen *Welt*‘ spricht. Im Übrigen geht es hinsichtlich der ‚Kulturerrungenschaft: Krieg‘ um eine destruktive ‚erlösungsbedürftige *Zivilisationsform*‘,

[8] Vgl. Harald MELLER / Kai MICHEL / Carel van SCHAIK: *Die Evolution der Gewalt. Warum wir Frieden wollen, aber Kriege führen.* München: dtv 2024.

die das ‚Militär als Institution' überhaupt erst hervorgebracht hat. Sie ist kein zeitloses Naturphänomen und könnte, nein *muss* – samt der Militärreligion – auch wieder verabschiedet werden.

Die Friedensbotschaft der Propheten (Jesaja 2,2-4; Micha 4,1-3) ist keine Weissagung für ein übernatürliches zweites Stockwerk über der Erdenwelt und auch kein vertröstender Verweis auf ein utopisches „Nirgendwo", das als ‚Ideal' irgendwie nützlich sein kann, ohne je Wirklichkeit zu werden. Die prophetische Botschaft galt und gilt vielmehr einer real existierenden Völkerwelt auf dem Erdkreis, d. h. der spätesten – womöglich letzten – Phase im kulturellen bzw. zivilisatorischen Werdegang des homo sapiens. Die frühen Christen verstanden sich – wie Justin († 165) – nachweislich als Vorhut einer neuen Menschheit, die das Kriegshandwerk nicht mehr erlernt und – jenseits der *aggressiven* ‚Globalisierung' des Römischen Imperiums – den Weg findet zu einer wahrhaften, dem Leben dienenden Ökumene der *Einen Menschheit* (u. a. Globalisierung des Mitgefühls).

In nachaufklärerischer Zeit haben einige Denker die prophetische Vision des Völkerfriedens im Sinne von Kants „Ewigem Frieden" mit einem säkularen Fortschrittsoptimismus verbunden, der angesichts der Weltwirklichkeit wenig überzeugt. Heute wäre es *überlebenswichtig*, sich an jenen Denkerinnen und Theologen zu orientieren, die die das Prophetenwort auf den *Ernstfall der Zivilisation* beziehen: Ohne einen kulturellen Quantensprung hin zum Weltfrieden ist – zumal seit Zündung der ersten Atombombe – eine Zukunft der menschlichen Gattung gar nicht mehr vorstellbar. Die einzige Alternative zu Jesaja oder Micha – und zu Jesus von Nazareth – bestünde in unermesslichen Leiden und einem künftigen Zeitalter der ‚Barbarei', das jedes Vorstellungsvermögen sprengt.

Wie wohl nie zu den Lebzeiten der meisten jetzt lebenden Menschen hat sich in diesen Tagen ein Gefühl von Vergeblichkeit – einhergehend mit Depression, unproduktivem Zorn oder Gleichgültigkeit – festgesetzt. Aus Verbitterung wird ein überzeugender Widerstand gegen das neue Kriegsdenken in Kirche und Gesellschaft nicht erwachsen. Wo wir das Leben und die Menschen lieben (oder wieder lieben lernen), kann die Revolte beginnen. Die Frommen sagen, dass nur die *Freude an Gott* uns einen Ausweg aus jenem Imperium der Traurigkeit eröffnet, das die Menschenwelt mit Waffen und Geld regiert. Sie sagen die Wahrheit.

Die Frage nach der ‚Politik'

Bascha Mika über die neue EKD-Denkschrift

„[…] Und dann der Vorwurf der Staatsnähe. Der hat in der Geschichte des Protestantismus einige Sprengkraft und ist mit moralischem und theologischem Versagen verbunden. Unbedingte Loyalität gegenüber Staat und Krone gehörte zum verbreiteten kirchlichen Selbstverständnis in Preußen und im Kaiserreich. In der Folge paktierten Teile der evangelischen Kirche mit dem mörderischen Naziregime, während die Bekennende Kirche rund um Martin Niemöller und andere in den Widerstand ging. Als Reaktion auf die historische Schande betonte die EKD nach 1945 die kirchliche Unabhängigkeit und sprach im Darmstädter Wort von der Schuld, ‚in falscher Weise vom Staat her gedacht' zu haben. – Doch die gefährliche Anbiederung an die Macht scheint kein Tabu mehr. Deutlich zeigt sich das in der Haltung zu Atomwaffen. Hier eiert die Denkschrift atemberaubend herum, um irgendwie christlich und dennoch staatsloyal daherzukommen. Einerseits stellt sie fest: ‚Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens.' Doch nur zwei Sätze später behauptet sie: ‚Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte.' – Statt Bewahrung der Schöpfung die mögliche Vernichtung der Welt als christliche Risikooption? […] Wo bleibt die Verantwortung der Kirche als Gegenkraft, die es angesichts der fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft bräuchte? Wo ist der christlich-ideelle Überschuss für eine gewaltfreie Welt? Stattdessen legt der Rat ein Grundsatzpapier mit realpolitischem Visionsverlust vor. Und ein protestantisches Manifest, das die Kirche weiter in den selbstverschuldeten Bedeutungsschwund treibt."

(*Sicherheit als Grundlage*. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland positioniert sich friedensethisch neu – und biedert sich dem Staat damit zu sehr an. Eine Analyse von Bascha Mika. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 263 vom 12.11.2025.)

Über das Paktieren der Religion mit der Macht

Die ‚Krisis des deutschen Protestantismus'

Ein Wort von Rabbiner Leo Baeck aus dem Jahr 1931

Der jüdische Theologe Dr. Leo Baeck[1], geboren am 23. Mai 1873 in Lissa (Leszno)/Posen, gestorben am 2. November 1956 in London, gehörte zu den Mitunterzeichnern von „Richtlinien zu einem Programm für das liberale Judentum" (1912). Vom 27. Dezember 1912 bis 1942 amtierte er als Rabbiner in Berlin (Prediger an der Synagoge Fasanenstraße). – „1914 bis Juni 1918 Feldgeistlicher im Osten beim Armeekommando I." „1919 Initiator der christlich-jüdischen Gespräche, eines Gesprächskreises für interreligiöse und kulturelle Verständigung zwischen Juden und Christen in Deutschland. […] 1929 Mitbegründer des Jüdischen Friedensbundes". – Für die von der ‚Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen [!] für den Frieden' herausgegebene Sammelschrift „Religion und Weltfriede – Überwindung der Kriege" (Leipzig 1930) verfasste er den Beitrag *„Das Judentum und der Weltfriede"*.[2] In seiner Rezension des Buches ‚Zwischen Wittenberg und Rom' (1931) von Willy Hellpach stellt Leo Baeck – im Kontext einer ‚Krisis des deutschen Protestantismus' – die entscheidende Frage, ob die Religion mit der Macht paktieren darf:

„Religion, wofern sie vom Gebote weiß, ist ein Widerspruch zu dem ‚guten Gewissen'; solange der Mensch über die Erde geht, lässt die Religion sein Gewissen niemals gut sein. Keine Aufgabe und Größe kommt ihr mehr zu als diese, so manches gute Gewissen zu beunruhigen und zu bewegen. Es ist ihr Stolz, dass sie viel gutes

[1] Vgl. zu ihm den Eintrag ‚Baeck, Leo, Dr.' in: Biographisches Portal der Rabbiner: www.steinheim-institut.de (Quelle der zitierten Angaben zur Biographie; dort sind auch seine Schriften mit Bezug zur jüdischen Militärseelsorge und die friedensbewegten Texte der Weimarer Zeit verzeichnet).

[2] Vgl. *Sei von den Schülern Aarons.* Ein Lesebuch über die Friedensliebe der Rabbiner. Zusammengestellt von Peter Bürger. Hamburg 2026, S. 187-192.

Gewissen gestört hat, das gute Gewissen, mit dem Menschen sich Sklaven zu eigen nahmen und so Mitmenschen zu Gegenständen machten, das, mit dem Machthaber Menschen bedrückten und quälten, das, mit dem Menschen in alles einstimmten, was jeweils Nutzen und Geltung war, und von dem schwiegen, was das Gebot sprach. Darin hat die Religion einen wesentlichen Teil ihrer Geschichte, und nur so lange sie darin bleibt, ist sie wahrhaft Religion. Besäße sie hierzu nicht mehr die Kraft oder nicht mehr den Willen, dann hätte die verhängnisvollste Krise in ihr eingesetzt, dann könnte sie auch nicht mehr wahrhaft von Unsterblichkeit und Ewigkeit reden.

Wenn das alles hier gesagt worden ist, so kann es bedünken, als sei weniger von dem Hellpachschen Buche als zu ihm hin gesprochen worden. Aber bei all dem Ernsten und Edlen, das dieses Buch innerhalb der Grenzen, die es sich setzt, als Reichtum in sich birgt, ist das Bedeutsamste an ihm eben doch das, was hinter ihm immer wieder vernehmbar wird, die *Krisis des deutschen Protestantismus*. In ihr und in der einer jeden Religion – denn welcher bleibt sie heute fern? – ist *das Entscheidende*, demgegenüber so manche andere Frage, sei sie ‚monotheologisch' oder ‚pantheologisch', beinahe gleichgültig werden kann, doch *die Frage davon, ob die Religion geneigt und bereit ist, zu einem ‚guten Gewissen' mitzuhelfen, indem sie um des Tages willen mit jeder Macht paktiert, auch wenn sie widergöttlich ist, oder ob sie fähig und entschlossen ist, jeder Macht Widerstand anzusagen und Widerstand zu leisten, wenn es um das Ewige geht*. Das ist die oberste Wahrheitsfrage und auch die oberste Freiheitsfrage in der Religion, und es ist darum eine Frage nicht nur ‚zwischen Wittenberg und Rom'. Es ist so Frage und Sorge in jeder Religion, in jeder nicht nur um ihres Eigenen, um ihrer Echtheit willen, sondern darum auch, weil das, was die eine erschüttert, auch in das Dasein der anderen greifen will."[3]

[3] Leo BAECK: „Zwischen Wittenberg und Rom (Buchrezension zu *Hellpach, Zwischen Wittenberg und Rom. Eine Pantheodizee zur Revision der Reformation*). [Aus: ‚Der Morgen', 7. Jg. (1931/1932), S. 516-527]." In: DERSELBE: Wege im Judentum. Aufsätze und Reden. Berlin 1933, S. 270 ff, hier S. 286-287.

Wie politisch soll Kirche sein?

Rede zum Empfang des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg in der Salvatorkirche am 28.11.2025[1]

Von Jakob Augstein
(Verleger der Wochenzeitung ‚der Freitag')

Guten Tag meine Damen und Herren, lieber Herr Superintendent Urban, lieber Pfarrer Winterberg, herzlichen Dank dafür, dass Sie mich eingeladen haben.

Wir feiern hier heute ihren Neujahrsempfang. Denn in zwei Tagen beginnt das neue Kirchenjahr.

Und – ich habe nachgeschaut – die Epistel für diesen Tag ist traditionell Römer 13,8-12.

Sie beginnt mit den schönen Worten: „Bleibt niemandem etwas schuldig außer, dass ihr einander liebt."

Und auch im Weiteren geht es nur um die Liebe. Das passt gut zur Zeit vor Weihnachten. Aber darüber reden wir hier heute nicht. Heute befassen wir uns mit dem, worum es am Anfang von Römer 13 geht, wofür dieser Brief so berühmt ist: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet."

Wir befassen uns also mit dem Verhältnis von Kirche und Staat oder Kirche und Politik, wie man heute sagen würde. Und wir werden im Verlauf unserer Geschichte auch auf Römer 13 zu sprechen kommen und auf dieses sehr bedenkliche Zitat, das so klingt, als sei Gehorsam die erste Christenpflicht. So ist es ja in Wahrheit gerade nicht. Aber erst einmal zu der Frage selbst, wie politisch soll Kirche sein?

---

[1] Textquelle für den ersten Teil der Rede (bis zur ersten Zwischenüberschrift) | Jakob AUGSTEIN, *Wie politisch soll Kirche sein*? Festrede beim [kirchlichen] ‚Neujahrsempfang' des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg in der Salvator-Kirche am 28. November 2025. (= Ungekürzte Online-Dokumentation des Redemanuskriptes): https://kirche-duisburg.de/wp-content/uploads/2025/12/Jakob-Augstein-Wie-politisch-soll-Kirche-sein-20251128-EvKKDU.pdf

Zu den drängenden Fragen der Gegenwart – soll die Kirche eine Haltung zu Tempo 130 auf der Autobahn haben? Was ist mit dem Klima? Die Frauenbewegung und überhaupt: der Krieg in der Ukraine? Also zu diesen drängenden Fragen, und wie sich und ob sich überhaupt die evangelische Kirche in Deutschland dazu verhalten soll, kommen wir erst am Ende. Vorher möchte ich gerne mit Ihnen zusammen versuchen, die Frage – wie politisch soll Kirche sein – wirklich zu durchdringen.

Die Frage lässt sich ja in verschiedene Richtungen lesen.

Wie *politisch* soll Kirche sein. Das klingt so, als wäre zum Beispiel die Antwort möglich: gar nicht. Kirche soll gar nicht politisch sein. So wie die von mir sehr geschätzte Margot Käßmann in ihrem neuen Buch schreibt: „Immer wieder wurde mir vorgehalten, es gebe in meinen Predigten zu viele politische oder gesellschaftliche Bezüge, ich solle mich doch auf ‚das Eigentliche' der Verkündigung beschränken. Aber was ist ‚das Eigentliche'?" Wir müssen also untersuchen, ob das überhaupt denkbar ist: dass Kirche gar nicht politisch sein soll.

Die nächste Lesart lautet: *Wie* politisch soll Kirche sein. Das klingt so, als ginge es darum zu klären, in welchem Ausmaß Kirche politisch sein soll. Als könne man das wiegen und messen und dann entscheiden: ein bisserl mehr darf's scho sein. Oder wie in der Werbung: Kirche – Jetzt Neu! Mit 20 % weniger Politik!

Auch das werden wir klären.

Und schließlich: *Wie politisch* soll Kirche sein. Das wäre die Frage danach, auf welche Art und Weise Kirche eigentlich politisch sein soll. Sie ahnen bereits, dass ich diese Frage für die interessanteste halte.

Wir fangen mit der Bibel an, da, wo ohnehin alles anfängt. Im Exodus stellt sich der Gott der Bibel Moses ohne Umschweife als politischer Gott vor, als Gott der Befreiung, als Gott einer nationalrevolutionären Bewegung.

„Ich habe das Elend meines Volks in Ägypten gesehen, und ihr Geschrei über ihre Bedränger habe ich gehört; ich habe ihre Leiden erkannt. Und ich bin herniedergefahren, dass ich sie errette aus der Ägypter Hand und sie aus diesem Lande hinaufführe in ein gutes und weites Land, in ein Land, darin Milch und Honig fließt."

Man darf dabei nicht vergessen, dass Mose kurz zuvor einen

Ägyptischen Aufseher erschlagen hatte. Er war der erste politische Mörder der Weltgeschichte. Und zu dem redet Gott von politischer Befreiung und sozialer Utopie.

Er zeigt sich als Gott der Armen und Unterdrückten, nicht als einer der Herrscher und Unterdrücker. Er ist da kompromisslos. Zitat aus dem Buch Amos „Ich will ein Feuer nach Juda schicken, das soll die Paläste von Jerusalem verzehren. … So spricht der HERR: Um drei, ja um vier Frevel willen derer von Israel will ich sie nicht schonen, weil sie die Unschuldigen für Geld und die Armen für ein Paar Schuhe verkaufen. Sie treten den Kopf der Armen in den Staub und drängen die Elenden vom Wege."

Und genau das verlangen und erwarten die Menschen von diesem Gott auch: dass er ihnen beisteht. Es gibt eine Formulierung, die oft auftaucht: „Und die Kinder Israels murrten." Das ist eine schöne Lutherübersetzung. Dieses Murren ist ein Akt der Auflehnung, des Zweifels, der Unzufriedenheit, der Mensch beschwert sich bei Gott über seine Lage, über Hunger, Durst, Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit. Und Gott fühlt sich zuständig und reagiert. Er hält sich nicht raus, er sagt nicht: wenn ihr unterdrückt werdet, klärt das bitte mit dem Pharao, und wenn ihr nichts zu essen und zu trinken habt, dann seid nur hübsch brav und fromm und hofft auf ein besseres Leben im Jenseits.

Oder nehmen Sie Jesaja 5, 7-8.

„Und er hoffte auf Rechtsspruch, doch seht: Rechtsbruch!
Und auf Gerechtigkeit, doch seht: Schlechtigkeit!
Wehe denen, die Haus an Haus reihen, die Feld an Feld rücken, bis kein Platz mehr ist
und bis ihr allein noch im Herzen des Landes wohnt."

Das Alte Testament ist voll von solchen Stellen, aus ihnen strömt unablässig das Widerständige, das Antibourgeoise, kurz: das Revolutionäre in den christlichen Glauben. Und zwar bis heute. Man kann das überblättern oder verleugnen oder missverstehen, aber es lässt sich nicht ganz und gar unterdrücken, weil es zum Wesen und zum Charakter dieser Religion gehört. Ernst Bloch hat seinen Studenten in den Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie erklärt, warum die Bibel das Grundbuch der deutschen Bau-

ernkriege werden konnte und gesagt: „Sie finden in den Aufrufen von Thomas Müntzer kaum einen Satz, der nicht ein Zitat aus der Bibel enthielte." Die Bibel lässt sich nun einmal lesen als Buch der Anklage gegen das Unrecht und des Aufruhrs gegen die Unterdrückung, also als politisches Buch.

Auch die Jesus-Gestalt lässt sich so lesen, als kämpferischer Revolutionär.

Lukas 12, 49 | Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden; was wollte ich lieber, als dass es schon brennte!

Matthäus 10, 34 | Denkt nicht, ich sei gekommen, um Frieden auf die Erde zu bringen! Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert.

In diesen Jesus-Worten ist ungeheuer viel Wucht zu spüren, das ist nicht der Jesus der Bergpredigt, sondern einer, der mit viel eschatologischer Siegesgewissheit daherkommt. Wir kommen auf Jesus noch zurück, wenn es am Ende um das Verhältnis der heutigen Kirche zur Politik geht, und natürlich auch um die Haltung der Evangelischen Kirche zum Krieg – da hat sich ja jetzt gerade vor ein paar Tagen eine, wie ich finde, dramatische und sehr bedauerliche Verschiebung ergeben. Erst mal sind wir noch in einer Zeit, in der Jesus und seine Gläubigen ganz ohne Atomwaffen mit dem unmittelbar bevorstehenden Ende der Welt rechnen: mit dem jüngsten Gericht. Und alles, was er zum Verhältnis Religion und Staat sagt, kann man unter dem Eindruck des praktisch für übermorgen erwarteten Weltenendes verstehen: es ist nicht so wichtig, der Kaiser kann ruhig das haben, was seins ist und außerdem gilt: Mein Reich ist nicht von dieser Welt – auf der gehen nämlich ohnehin bald die Lichter aus.

Aber bekanntlich fiel das Weltenende damals aus und stattdessen wurde Jesus gekreuzigt und Paulus kam.

Paulus war überzeugt, in einer Zwischenzeit zu leben. Christus war gestorben, auferstanden und zum Himmel gefahren, und eines Tages wird er zurückkehren. Man weiß nur nicht, wann. Und bis dahin musste eine neue Antwort auf die Frage gefunden werden, die Jesus zum Verhängnis geworden war: die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Staat. Der Staat beansprucht die totale Loyalität seiner Untertanen – und das tut die neue Religion auch. Der Gott des Tanach hatte von Anfang an klargestellt: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir! Eine Vergöttlichung der Herr-

scher, wie es sie im alten Ägypten gegeben hatte, und ihre Vergötterung, wie es sie in Rom noch gab, vertrug sich damit schon mal nicht.

Aber man muss schließlich sehen wo man bleibt und will jedem Konflikt mit dem Staat möglichst aus dem Weg gehen, und außerdem weiß man den Nutzen staatlicher Ordnung zu schätzen, man weiß, was passiert, wenn sie zerfällt – wir müssen nur nach Haiti gucken oder in den Sudan. Und das wussten die Leute in der Antike ebenso gut wie wir. Daraus resultierte ein widersprüchliches, dialektisches Verhältnis von Religion und Staat.

Da kommen wir jetzt zum Römerbrief: „Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet" heißt es in Römer 13, 1. Das ist ein spannender Satz – weil er der Beginn einer doppelten Buchführung ist. Einerseits haben wir hier eine herrschaftsstabilisierende Aussage: wer sich gegen die Obrigkeit auflehnt, lehnt sich gegen ein göttliches Gesetz auf. Das klingt ziemlich duckmäuserisch. Aber man muss bedenken: Paulus hat das ungefähr im Jahr 56 an die römischen Christen geschrieben, an eine kleine, schwache Minderheit mitten im Herzen eines autokratischen Imperiums – die großen Christenverfolgungen standen da noch bevor. Das ist noch keine politische Theorie sondern eher pastorale Krisenprophylaxe: Kopf runter und Ohren steif halten!

Andererseits steckt da aber auch ein herrschaftsrelativierender Gedanke drin, denn der Staat selbst steht unter dem Regiment Gottes, und darf keinen Anspruch auf die letzten Dinge erheben. Der irdische Staat gehört nur zu den vorletzten Dingen. Und darum kann Paulus später auch im Philipperbrief sagen: Unsere Heimat ist im Himmel.

Übrigens noch ein Wort zu Paulus: bei ihm ist vom Urkommunismus, den Jesus und seine Jünger praktiziert haben, noch eine Menge übriggeblieben:

Galater 3, 2 | Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.

Galater 6, 2 | Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.

Oder die Geldsammlung für die Gemeinde in Jerusalem, von der im 2. Korinther Brief die Rede ist.

Man findet da bei Paulus kein politisches Programm, aber man findet eine gelebte Utopie, die eben zum Wesen des Christentums gehört. Und noch eine kleine Parenthese: wenn man sich den wirklich verbissenen Kampf der katholischen Kirche von Pius IX bis hin zu Pius XII gegen Marxismus und Sozialismus ansieht, wird man das Gefühl nicht los, es handele sich um den Kampf gegen den eigenen urkommunistischen Geist.

Paulus steckte noch im eschatologischen Denken, er musste die Zeit bis zur erwarteten Wiederkehr des Messias überbrücken. Je länger der auf sich warten ließ, desto mehr verschoben sich die Perspektiven. Aber dieser wirklich bedeutende Gedanke – Christen sind immer Bürger zweier Ordnungen – findet bei Paulus seinen Anfang. Und beschäftigt die christliche politische Theologie seither.

Ich erspare Ihnen die verschiedenen Etappen bis heute, zum Beispiel die Indifferenzlehre von Thomas von Aquin oder Luthers Zwei Reiche Lehre oder den Schock von Aufklärung und Revolution und Demokratisierung im 19. Jahrhundert. Aber unter jeweils anderen politischen und sozialen Bedingungen ging es immer darum, das Nebeneinander von Kirche und Staat zu organisieren und zu rechtfertigen.

Ich habe Ihnen das so weitschweifig erklärt um zwei Punkte zu verdeutlichen:

Erstens: Das Christentum ist eine genuin politische Religion. Zweitens: Obwohl sich aus dem Christentum keine unmittelbare politische Doktrin ableiten lässt, kann sie politisch nicht neutral sein. Sie hat einen bias, wie man auf Englisch sagen würde. Sie neigt sich einer bestimmten Richtung zu. Benedikt XVI hat in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag zwar gesagt, es gebe aus biblischer Sicht keine religiöse Ordnung der Politik und des Rechts, die auf Offenbarung beruht, sondern eine ethische, die den Menschen als Gottes Ebenbild und die Schöpfung ins Zentrum stellt. Aber aus der Selbsterniedrigung Gottes ergibt sich die politische Orientierung nach „unten“ sozusagen von selbst – also der politische Kampf für die soziale Gerechtigkeit und für den Schutz der Rechtlosen.

Bis hierhin war es immer darum gegangen, dass Christenpflicht und Bürgerpflicht sich nicht widersprechen sollen. Und dann kam in der ersten Hälfte des 20 Jahrhunderts der Theologe Karl Barth und sagt: sie gehören zusammen. Bislang stand das negative Ver-

hältnis von Kirche und Politik im Zentrum – also die Frage der Abgrenzung von Kirche und Staat – von nun an ging es um das positive Verhältnis dieser beiden Ordnungen. Orare et laborare, dieser Leitspruch aus dem Geist der Benediktinerregel, beschreibt die zweifache Verpflichtung eines Christen – nämlich Gott und der Gemeinschaft gegenüber. Und in der Barmer Erklärung von 1934 stellt Barth klar, dass es abwegig wäre, so zu tun, ich zitiere: „als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften." Stattdessen folge „schnurgerade … aus dem Glauben an die Gerechtigkeit Gottes eine sehr bestimmte politische Programmatik und Aufgabe."

Dieser Gedankensprung war notwendig und möglich geworden in einer Umgebung, in der die deutschen Protestanten zeigten, wohin das Nebeneinander der Zwei Reiche führen kann – und zwar als sie selbst den Hitler-Staat als von Gott eingesetzte Obrigkeit anerkannten.

Barth sah sich sofort einer sehr interessanten Kritik ausgesetzt: eine Theologie, die von Christus her schnurgerade politische Folgerungen zieht, laufe wohl oder übel auf eine Transformation des Evangeliums in das Ethische hinaus, der Gottesbegriff könnte zum ethischen Ideal verkommen.

Also stellt sich die Frage: Transformiert Barth das Evangelium in Ethik, bleibt von der ganzen Theologie am Ende nur politische Ethik?

Instrumentalisiert man hier sein Gottesverständnis zur Legitimation politischer Überzeugungen?

Erzeugt man hier eine theokratische Überhöhung des eigenen Urteils?

Oder auf welche Weise ruft Gottes Gebot die Menschen sonst in konkrete Verantwortung?

Sie werden gleich sehen, wohin diese Fragen führen: nämlich direkt in unsere Gegenwart und die zeitgenössische Debatte. Sie erinnern sich, dass wir die Frage: Wie politisch soll Kirche sein, in drei Fragen aufgespleißt haben.

Dass Kirche unbedingt politisch sein muss, steht für mich außer Frage. Die Frage ist eben nur wie – also in welchem Umfang und auf welche Weise und mit welchem Inhalt.

Damit sind wir bei Julia Klöckner.

Julia Klöckner, Präsidentin des Deutschen Bundestages, studierte Theologin, die sogar mal als Religionslehrerein gearbeitet hat, hat sich im April zu unserem Thema geäußert. Sie hat zu Ostern in der Bild am Sonntag auf die Frage „Warum treten immer mehr Menschen aus den Kirchen aus?“ unter anderem Folgendes geantwortet:

> „Wenn Kirche manchmal zu beliebig wird, oder zu tagesaktuellen Themen Stellungnahmen abgibt wie eine NGO und nicht mehr die grundsätzlichen Fragen von Leben und Tod im Blick hat, dann wird sie leider auch austauschbar. Ich meine: Klar kann sich Kirche auch zu Tempo 130 äußern, aber dafür zahle ich jetzt nicht unbedingt Kirchensteuer. Gut, es ist ein freies Land, da kann man alles sicherlich tun und machen. Aber ich glaube, von Kirche erwartet man sich diese sinnhafte Begleitung, diese Antwort auf Fragen, die ich in meinem Alltag habe, vielleicht auch Trost und Stabilität.“

Noch am selben Tag fasste die Tageszeitung *Die Welt* diese Aussage zu dem Satz zusammen: „Julia Klöckner findet Kirchen zu politisch.“ Und in der Folge musste sich dann Klöckner noch eine ganze Weile mit dieser Kritik herumschlagen, dass sie einer Entpolitisierung der Kirche das Wort geredet hatte.

Aber hatte sie das überhaupt?

Die Beschäftigung mit der Person Klöckner ist übrigens teilweise verblüffend frauenfeindlich – die angeblich linke *taz* lässt zum Beispiel keine Gelegenheit aus, immer wieder belustigt oder pikiert darauf hinzuweisen, dass Klöckner mal Weinkönigin war, und da möchte man den Genossen in Berlin gerne zurufen: nicht alles, was es in Kreuzberg nicht gibt, ist doof.

Nehmen wir Klöckner mal beim Wort. Ich halte es nicht für besonders geglückt, die Frage, zu welchen Themen sich die Kirche äußern oder nicht äußern soll, mit der Zahlung der Kirchensteuer zu verknüpfen. Die Kirche ist keine Jukebox, in die man eine Münze wirft und dann spielt sie deinen Lieblingssong. Aber die Frage, ob die Kirche sich zur Höchstgeschwindigkeit auf der Autobahn äußern soll, die halte ich für absolut berechtigt.

Ich habe nachgesehen, und tatsächlich, in Vorbereitung auf die

4. Tagung der 13. Synode 2023 beschloss die Synode der EKD, sich intensiv mit den Herausforderungen des Klimaschutzes für die Mobilität zu befassen. In diesem Zusammenhang erlegte sich die EKD selber die Verpflichtung auf, dass kirchliche Autos auf der Autobahn nicht schneller als 100 und auf der Landstraße nicht schneller als 80 Stundenkilometer fahren sollen „um Treibhausgas-Emissionen spürbar zu reduzieren." Unwillkürlich sah ich vor meinem inneren Auge eine riesige Fahrzeugflotte, hunderte, tausende, ja zehntausende von Autos, alle unterwegs im Auftrag des Herren wie bei den Blues Brothers – denn so viele müssen es schon sein – also eine ganze Kirche auf Rädern – wenn da eine Temporeduktion an der Klimakatastrophe etwas ändern soll.

Ach so – und dann hieß es noch, dass sie „politische Bemühungen um ein zeitnahes allgemeines Tempolimit von höchstens 120 km/h" unterstütze.

Ich glaube durchaus, dass wir vor Gott eine Verantwortung für die Schöpfung haben. Und dass es die Aufgabe der Kirche ist, an diese Verantwortung zu erinnern. Aber ich glaube nicht, dass es im göttlichen Heilsplan irgendwo einen Passus für die Höchstgeschwindigkeit auf deutschen Autobahnen gibt. Oder dass aus der Offenbarung die jeweils gültige Fassung der Straßenverkehrsordnung folgt.

Diese Stelle von der 4. Tagung der 13. Synode ist ein gutes Beispiel dafür, wo man landet, wenn sich die Kirche überschätzt. Hier gerinnt Gottes Gebot erst zum ethischen Ideal, und dann gerinnt dieses Ideal zum Tempolimit.

Das meint „Ethisierung des Christentums" und dagegen hat sich Julia Klöckner gewendet – und da liegt sie übrigens ganz bei Karl Barth, der völlig missverstanden wird, wenn man ihm eine Ethisierung des Christentums vorwirft.

Wenn ich also ganz im Sinne unserer Bundestagspräsidentin und als Antwort auf unsere zweite Leitfrage, einen Rat geben darf: weniger ist mehr.

Und jetzt kommen wir zur letzten der drei Fragen, die uns heute beschäftigen: auf welche Art und Weise soll denn dann die Kirche politisch sein? Also welches wäre die politische Aufgabe der Kirche?

Die politische Aufgabe der Kirche
(„der Freitag" | 11.12.2025)[2]

> Werte. – Die Kirche sollte in theologischen und nicht in pragmatisch-alltagsmoralischen Kategorien denken. So gesehen ist die jüngste Denkschrift der EKD eine Katastrophe.

Es ist wenige Wochen her, dass auf der EKD-Synode in Dresden die Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick" vorgestellt wurde. Untertitel: „Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen".

Diese Synode wäre für die EKD eine gute Gelegenheit gewesen, zu zeigen, wie politisch Kirche sein soll. Das Ergebnis ist leider eine Katastrophe. Das Wort vom gerechten Frieden benutzt die EKD schon seit dem Jahr 2007 als Leitbild. Erstens ist das ein hübscher Ausdruck und zweitens verschiebt er die Prioritäten vom gerechten Krieg weg in die richtige Richtung. Also war das damals ein großer Fortschritt. Aber so wie das Konzept in der neuen Denkschrift interpretiert wird, merkt man plötzlich, wie problematisch und gefährlich dieser Begriff in Wahrheit sein kann. Denn die AutorInnen der Denkschrift stellen fest, dass ein gerechter Friede mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg. Und ein Waffenstillstand, der keine – ich zitiere – „belastbaren Freiheits-, Sozial- und Pluralitätsperspektiven" biete, werde auf Dauer nur neue gewaltförmige Konflikte provozieren. Darum müsse man leider ein sicherheitspolitisches Friedensverständnis ablehnen und also auch den Frieden, wenn er denn kein gerechter ist.

Das ist – im Wortsinn – eine verheerende Verdrehung der Begriffe. Wie viele Konflikte auf der Welt gibt es, bei denen man schon froh ist, dass nicht mehr geschossen wird – wo aber von rosigen Freiheits-, Sozial- und Pluralitätsperspektiven nur zu träumen ist?

---

[2] Textquelle für den nachfolgenden Teil der Rede | Jakob AUGSTEIN, *Die politische Aufgabe der Kirche*. Werte. Die Kirche sollte in theologischen und nicht in pragmatisch-alltagsmoralischen Kategorien denken. So gesehen ist die jüngste Denkschrift der EKD eine Katastrophe. (= Auszug aus einer Rede, die Jakob Augstein in der Salvatorkirche zu Duisburg gehalten hat – beim Empfang des Kirchenkreises zum neuen Kirchenjahr am 28.11.2025). In: *der Freitag*. Die Wochenzeitung, Nr. 50 vom 11.12.2025, S. 14 (Darbietung hier mit freundlicher Genehmigung des Verfassers).

Wäre dort überall Gewalt gerechtfertigt, um den ungerechten in einen gerechten Frieden zu verwandeln? Ist es nicht eher so, dass wir in einer sündhaften und schuldbeladenen Welt schon mit der zweitbesten Lösung zufrieden sein müssen oder mit der drittbesten oder der viertbesten?

Ganz praktisch sehen wir die Konsequenzen solchen Denkens jetzt gerade, während ich das schreibe. Die deutsche und die europäische Politik – und offensichtlich auch die ukrainische – würde es vorziehen, den Krieg in der Ukraine fortzusetzen, also das Töten und Getötetwerden, das Leiden, die Verwundungen, den ganzen Schrecken des Krieges fortzusetzen, als die Ungerechtigkeiten eines Friedens zu akzeptieren, der in großem Umfang den russischen Vorstellungen folgt. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: viele der russischen Vorstellungen sind eindeutig nicht rechtmäßig. Und es ist eine politisch legitime Haltung zu sagen, aus übergeordneten Gründen ziehen wir eine Fortsetzung des Krieges vor. Es ist nicht meine Haltung, aber ich verstehe, dass man sie aus politischen Gründen einnehmen kann.

Will die EKD wirklich einem Krieg ihren Segen geben, der nicht mehr zur unmittelbaren Gefahrenabwehr geführt wird – sondern aus politischen Gründen, aus Gründen des Rechtsprinzips oder der möglichen künftigen Gefahrenvermeidung? Also soll man heute mehr töten, damit man vielleicht morgen weniger töten muss?

Meiner Meinung nach – oder vielleicht sollte ich sagen: meinem Gefühl nach – verrät sich die Kirche hier selbst. In ihrer neuen Denkschrift verdammt die Kirche den Krieg, wie es sich gehört – aber dann findet sie ganz viele Gründe, ihn zu führen.

Diese Denkschrift redet sogar einem Präventivkrieg das Wort – ja, tatsächlich, es findet sich darin der Satz, dass „aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein“ könne.

Das letzte Gefecht

Und um das Maß vollzumachen, rechtfertigt die Denkschrift jetzt auch den Besitz von Atomwaffen. An einer Stelle heißt es, der ethisch gebotene Verzicht bleibe zwar orientierend, sei angesichts

der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber „politisch schwer zu vertreten".

An einer anderen Stelle: Atomwaffen könnten „politisch notwendig" sein.

Man muss sich klarmachen, dass die EKD damit noch hinter den Standpunkt der Spandauer Synode von 1958 zurückgefallen ist. Damals wurden die beiden gegensätzlichen Haltungen zu Atomwaffen wenigstens noch in einer Komplementarität zusammengefasst. Die FAZ hat dazu den Slogan gefunden: „Das letzte Gefecht des Pazifismus". Nicht schlecht. Nur dass es da gar kein Gefecht mehr gab, sondern nur noch Rückzug, Rückzug, Rückzug. Sie entschuldigen die militaristische Metapher.

Mir fallen nur zwei Gründe ein. Der eine wiegt schwer: die Kirche ist auf dem Weg der von Karl Barth beschriebenen Ethisierung so weit fortgeschritten, dass sie nicht mehr in theologischen, sondern in pragmatisch-alltagsmoralischen Kategorien denkt. Der andere Grund ist schlichter: sie will mit dem Mainstream gehen.

Nehmen wir mal den Umgang mit dem Begriff der „Kriegstüchtigkeit". Der ist den AutorInnen irgendwie unangenehm – weil man ja weiß, dass die Sprache das Denken in den Kategorien des Krieges befördern kann, und das will man dann doch nicht (jedenfalls jetzt noch nicht). Aber andererseits ist das nun mal der Zug der Zeit und Boris Pistorius hat das Wort gebraucht, und der ist der beliebteste Politiker Deutschlands. Also bemüht man sich um Vermittlung und Erklärung, statt „Kriegstüchtigkeit" schlägt man „Kriegstauglichkeit" vor, eigentlich ist es aber auch egal, denn letztlich gehe es darum, sich in die Lage zu versetzen, „die eigenen Werte auch unter Androhung und im äußersten Fall unter Einsatz ethisch verantwortbarer Gewalt zu verteidigen".

Übrigens, alle Menschen, die Krieg führen, würden sagen, sie tun das im Dienst ihrer eigenen Werte. Was auch sonst? Wie groß hier der Wunsch nach Anpassung an den Zeitgeist ist, wird auch an der Stelle deutlich, wo es in der Denkschrift heißt: „Sachlich ist festzustellen, dass eine ausreichende Ausstattung der Bundeswehr für einen Verteidigungsfall derzeit nicht gegeben ist."

Woher wissen die AutorInnen dieses Textes das? Nun, sie haben es vermutlich in der Zeitung gelesen. So wie ich gerade in dieser Woche die Aussage des Generalleutnants Holger Neumann gelesen

habe: „Wir sind heute verteidigungsfähig, weil wir es heute sein müssen."

Und der Mann ist immerhin Chef der Deutschen Luftwaffe. Jetzt können Sie natürlich sagen: Das muss er ja behaupten, das gehört zu seiner Arbeit. Aber gehört es auch zur Arbeit der Kirche, sich mit dem Generalleutnant der Luftwaffe in einen Disput über die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu begeben? Also tief hinabzusteigen in die politischen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Gegenwart? Ich finde, nein.

Die ganze Denkschrift strotzt vor geopolitischen Analysen und politikwissenschaftlichen Erklärungen, die ich lieber in einem Leitartikel der FAZ oder des Economist lesen möchte als in einer Denkschrift der EKD – bis hin zur beinahe satirischen Empfehlung, Deutschland möge sich unbedingt an einer „gemeinsamen militärischen Weltraumstrategie" beteiligen. Ich bin sicher, wenn die EKD Raumschiffe hätte, würden die AutorInnen der Denkschrift sie gleich startklar machen. Ich sage nur: bitte das interstellare Tempolimit beachten!

Wir brauchen die evangelische Kirche nicht, um die Bemühungen um die Aufrüstung zu fördern. Das macht der Rest der Welt schon sehr erfolgreich. Wir brauchen die Kirche für Interventionen zugunsten diplomatischer Initiativen zur Beendigung dieses Krieges und anderer Kriege. Also wir brauchen die Kirche, um die Bemühungen um den Frieden zu fördern, nicht um den Krieg zu rechtfertigen.

Die Kirche regiert nicht

Von unserem heutigen Lieblingstheologen Karl Barth stammt der hübsche Satz: „Es ist nicht wahr, dass der glaubende Mensch am Kommen des Reiches Gottes mitzuarbeiten habe."

Darum muss die Kirche gar keine Antworten bereithalten, mit welcher Politik genau das Klima zu schützen ist – ich erinnere daran, dass die EKD auch schon mal für ein Tempolimit auf Autobahnen eintrat – oder mit welcher Politik der Frieden gewahrt werden soll oder welche Waffen man gerade noch liefern darf und welche nicht. Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, dem Staat im Namen

Gottes To-do-Listen weiterzureichen. Die Kirche mahnt, kritisiert, segnet – aber sie regiert nicht.

Ja, die Welt ist im Wandel. Oder, wie die Denkschrift sagt: Die Welt ist in Unordnung. Umso dringender brauchen wir eine Kirche, die an ihren unwandelbaren Werten festhält, die standhaft ist, und nicht eine, die sich anpasst.

Die Kirche verfügt im Überfluss über eine besondere irdische Ressource, die allen anderen Institutionen abgeht – dem Individuum ohnehin: Zeit. Sie kann Antworten geben, die aus den Erfahrungen von Jahrhunderten schöpfen. Sie muss eine so entscheidende Frage wie die Haltung zum Krieg wirklich nicht danach ändern, je nachdem, welcher Krieg gerade geführt wird. Das gilt erst recht für die Haltung zu Atomwaffen. Die Kirche darf keine Rechtfertigung liefern für etwas, das sie ethisch und theologisch für falsch hält, aber für „politisch notwendig".

Denn was „politisch notwendig" scheinen mag, ist den politischen Konjunkturen unterworfen – die theologische und moralische Position der Kirche sollte das nicht sein. In diesem Sinne darf Kirche niemals „politisch" sein. Und wenn sie es ist, dann ist das eine Katastrophe, moralisch, theologisch und übrigens auch politisch. Und zwar, weil die Kirche damit am Ende auch ihre politische Funktion einbüßt.

Auszug aus einer Rede, die Jakob Augstein in der Salvatorkirche zu Duisburg gehalten hat – beim Empfang des Kirchenkreises zum neuen Kirchenjahr am 28.11.2025.

Über den Verfasser | Jakob Augstein (geb. 1967 in Hamburg) ist Journalist, Publizist, Kolumnist, Verleger und Schriftsteller; er verlegt seit 2008 die Wochenzeitung *‚der Freitag'* (https://www.freitag.de/).

Kritik aus kirchlichen Gruppierungen

[Illustrationsseite]

Stellungnahme der AGDF zur Denkschrift des Rates der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick: Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“

Bonn, 10. November 2025

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Die neue Denkschrift knüpft an frühere Denkschriften von 1986 und 2007 sowie die friedensethischen Erklärungen des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR an. Mit Verweis auf neue Herausforderungen seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verändert sie zugleich das Konzept des gerechten Friedens grundlegend. **Ihr Ziel ist es, die aktuellen politischen Entscheidungen friedensethisch zu reflektieren, die das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine betonen, für Waffenlieferung plädieren und zu massiven Investitionen in die eigene Verteidigungsfähigkeit führen. Die Denkschrift setzt dazu eine neue Priorität beim Schutz vor Gewalt, betont die Notwendigkeit militärischen Handelns und unterschätzt die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung.**

Vom Primat der Gewaltfreiheit zur Priorität des (militärischen) Schutzes vor Gewalt

An vielen Stellen greift die Denkschrift auf Formulierungen zurück, mit denen sich die Denkschrift 2007 profiliert in den gesellschaftlichen Diskurs über den Frieden eingebracht hat: Mehrfach ist die Rede vom *„Primat des Gewaltverzichts.“* (3) Militärisches Handeln wird weiterhin nur als ‚ultima ratio‘ gesehen. Zwar darf evangelische Friedensethik *„das Militärische nicht pauschal ausklammern, muss*

es aber konsequent friedensdienlich einhegen und zugleich zivile, präventive und auf Sicherheit und gesellschaftliche Resilienz bedachte Kräfte stärken." (97)

Gegen Ende heißt es zwar noch einmal pointiert: *„Kern evangelischer Friedensethik ist der Primat der Gewaltfreiheit"* (182); im Gesamtduktus zeigt sich aber, dass die inhaltlichen Perspektiven neu ausgerichtet werden. Ein Beispiel ist der Umgang mit dem Wort *„kriegstüchtig"*. Unter der Überschrift *„Friedenstüchtigkeit als Ziel"* wird der Begriff „Kriegstüchtigkeit" problematisiert und im Sinne der „Versachlichung" (113) betont, dass *„jede Verherrlichung des Kriegs oder des Militärischen"* indiskutabel ist (59). Auch wird darauf hingewiesen, dass der Begriff gefährlich ist, weil Sprache *„Einfluss auf unser Denken und Handeln"* (59) hat. Zugleich schränkt die Denkschrift ihre Kritik aber ein und formuliert ganz im Sinn der aktuellen Politik: *„Insofern Kriegstüchtigkeit auf die Bereitschaft zielt, die eigenen Werte auch unter Androhung und im äußersten Fall unter Einsatz ethisch verantworteter Gewalt zu verteidigen, nimmt dieser Terminus ein Anliegen auf, das mit der hier entwickelten Position vereinbar ist."* (59)

Aufgrund der inhaltlichen Neuausrichtung der Denkschrift tritt die Bestimmung des gerechten Friedens in der Denkschrift von 2007 als Doppelbewegung der Abnahme von Gewalt und der Zunahme von Gerechtigkeit in den Hintergrund, die den Horizont der evangelischen Friedensethik in Richtung globaler Fragen und der Ökumene geweitet hatte. Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und der *„Wucht"* (39) der dort erlebten Gewalt rückt die Denkschrift unter den ethischen Kriterien, die zu informiertem Durchdenken der gegenwärtigen Krisenerfahrungen anleiten sollen, nun den *„Schutz vor Gewalt"* (40) ins Zentrum. Diese Dimension des Friedens erhält eine *„Sonderstellung"* (169); sie bildet das *„grundlegende Gut"* (40), auf dem die anderen Dimensionen ruhen, aber auch notwendig aufbauen müssen, damit gerechter Friede möglich wird. Auch zwischen den drei übrigen Dimensionen gilt eine Rangfolge, insofern erst der *„Schutz von selbstbestimmter Freiheit … Gerechtigkeit und Pluralität … ermöglicht."* (43)

Die Denkschrift hebt mehrfach hervor, wie wichtig es ist, dass militärisches und ziviles Handeln eng verbunden und aufeinander abgestimmt sind; **aktuell ist aber vor allem militärisches Handelns für einen wirksamen Schutz vor Gewalt notwendig**. Dieser Schutz

vor Gewalt zielt darauf, 1. „*Leib und Leben*“ (47) der Bevölkerung zu schützen, 2. die „*territoriale Integrität*“ (72) und 3. die „verteidigungswürdige“ (61) demokratische Gesellschaftsform zu sichern. Es ist deutlich: Ist der Krieg einmal ausgebrochen, geraten die drei Ziele in Konflikt, denn Menschen müssen ihr Leben riskieren, um die gesellschaftliche Ordnung zu schützen, nationale, territoriale Interessen sind nicht identisch mit den Erwartungen der Menschen (vgl. 23 und 156). **Militärisches Handeln stößt hier schnell an seine Grenzen.** Deshalb betonen die Sustainable Development Goals, die den Schutz vor Gewalt ebenfalls als „Basalgut“ sehen, in SDG 16 die Bedeutung von durchsetzbarem Recht und starken Institutionen, die Rechtsbrüchen widerstehen können.

Neubewertung des (internationalen) Rechts

In der Denkschrift findet sich eine deutliche Verschiebung im Blick auf die Bewertung der Bedeutung des internationalen Rechts. Sie wehrt sich zwar gegen die „*Arroganz der Macht*“, setzt sich für die Wahrung und Stärkung des internationalen Rechts ein und betont, dass „*Sicherheitspolitik niemals ausschließlich auf militärische Stärke setzen darf.*“ (76) Geht es aber um die Sicherheit Deutschlands, wird klargestellt: „*Die offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung zeigt, dass Sicherheit nicht allein, möglicherweise auch nicht vorrangig durch die Stabilisierung der internationalen Rechtsordnung erreicht werden kann. Vielmehr ist die eigene sicherheitspolitische Resilienz, zu der auch die Verteidigungsfähigkeit und die Abschreckungsfähigkeit gehören, neu zu bedenken.*“ (161) Angesichts der vermeintlichen aktuellen Bedrohung rückt die Denkschrift eine nationale, nicht einmal europäische Perspektive in den Vordergrund. „*In einer Zeit, in der sicherheitspolitische Ungewissheiten wieder stärker werden und die Verlässlichkeit traditioneller Bündnispartner nicht mehr uneingeschränkt garantiert ist, gilt es, eigene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung substanziell auszubauen.* “ (162)

Diese Fokussierung auf die eigene militärische Stärke schwächt das internationale Recht und die internationalen Institutionen, die einzig in der Lage wären, die Macht und Gewalt der Stärkeren mit dem Ziel einer globalen demokratischen Ordnung

zu begrenzen. Schutz vor Gewalt wird zu einem Privileg derjenigen, die sich mit Macht rüsten können. Nimmt die Denkschrift in Abschnitt 2.1.1. die fehlende öffentliche Aufmerksamkeit für die Schrecken der Kriege etwa in Afrika wahr, so taucht diese Thematik in den Konsequenzen und Empfehlungen nicht mehr auf. Ein gerechter Friede ist aber national nicht zu denken und schon gar nicht theologisch zu begründen; er bedarf der Diplomatie und der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, vertrauensbildender Maßnahmen und verbindlicher rechtlicher Regelungen. **Das Friedenshandeln von Christenmenschen und der unterschiedlichen Sozialgestalten von Kirchen muss diese Einsicht unterstützen, wenn es Anteil an der Friedensbewegung Gottes haben will, die die Mächtigen vom Thron stößt, die Niedrigen erhebt; die Gewalt bändigt, das Recht stärkt, Feindschaft überwindet und die Menschenrechte schützt – nicht nur in unserem Land, sondern weltweit.**

Überschätztes Militär

Auch wenn nicht bestritten werden soll, dass in spezifischen Konstellationen militärische Gewalt notwendig ist, um eine Aggression durch Abschreckung zu verhindern oder frühzeitig abzuwehren, Menschenleben zu schützen und ziviles Leben zu ermöglichen, zeigen viele Beispiele und nicht zuletzt der Afghanistaneinsatz die Grenzen des militärischen Handelns. Es ist gut, dass die Denkschrift die neuen technischen Möglichkeiten und das mit ihnen gewachsene Ausmaß an Zerstörung wahrnimmt, das sich mit modernen Kriegen wie in der Ukraine verbindet; sie machen deutlich, dass militärisches Handeln immer schwieriger politisch einzuhegen ist.

Die Denkschrift ist jedoch darauf fokussiert, militärisches Handeln friedensethisch zu rehabilitieren. Während sie im Abschnitt zur Klimagerechtigkeit festhält, dass eine Ausrichtung der Politik an nationaler Stärke regional und global weder nachhaltig noch zukunftsfähig ist, überschätzt sie die Möglichkeiten militärischen Handelns im Blick auf den Schutz vor Gewalt. Sie fragt nicht, was passiert, wenn Abschreckung scheitert. Sie nimmt nicht in den Blick, dass eine Unterscheidung von zivilen und militärischen Zie-

len kaum noch zu gewährleisten ist. Sie fordert eine Politik, die auf militärische Stärke baut, ihre eigenen Machtinteressen aber gleichzeitig zurücknimmt. Sie weiß: Ob es um den Umgang mit den planetarischen Grenzen, die Generationengerechtigkeit, die globale soziale Gerechtigkeit, die Stärkung der Demokratie oder die Sicherung der Menschenrechte geht; **alle Analysen zeigen, dass militärisches Handeln nur sehr eingeschränkt zu deren Bearbeitung beitragen kann, die Probleme im Gegenteil oft verschärft.**

Besonders deutlich wird das bei der **Frage des präemptiven Einsatzes militärischer Gewalt gegen Massenvernichtungswaffen des Feindes.** In den Abschnitten 58, 146 und 147 sieht die Denkschrift zwar das große *„Missbrauchspotential"* und fordert *„größtmögliche Zurückhaltung"* (147), hält aber am Ende einen solchen Angriff zur *„Verhinderung völkerrechtswidriger Bewaffnung"* (146) für legitim. **Unter dieser Perspektive lässt sich in einem eskalierenden Konflikt kein Einhalt mehr gebieten; die ethische Argumentation wird bedeutungslos.** Das zeigt sich auch bei der Frage der Atombewaffnung: Sie gilt der Denkschrift als *„ethisch in keiner Weise zu legitimieren"* (144), aber als *„politisch notwendig"* (145). Hier besteht nach Ansicht der Denkschrift ein Dilemma, das nur benannt, aber nicht gelöst werden kann, auch wenn klar ist, dass die nukleare Abschreckung nicht zur Normalität werden darf, sondern überwunden werden muss. Wie dies geschehen kann, welche Schritte dazu sinnvoll und nötig sind, welche Partner es gäbe, mit denen Kirche hier wichtige Schritte gehen könnte, all das wird nicht konkretisiert.

Geringschätzung der zivilen Konfliktbearbeitung

Statt die verschiedenen Akteure der Friedensbewegung differenziert wahrzunehmen, markiert die Denkschrift sie mit dem gegenwärtig emotional aufgeladenen und polarisierenden Begriff des *„Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts"* (17). Sie würdigt diese Zugänge zum Frieden als individuelle Gewissensentscheidung, Ausdruck gelebter Frömmigkeit und Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Orientierung. Ihre Bedeutung für die öffentliche ethische und politische Debatte schätzt die Denkschrift aber gering ein, auch wenn sich in dem Text Formulierungen finden wie: *„Ange-*

sichts des Primats der Gewaltfreiheit müssen Praktiken ziviler Konfliktbearbeitung und zivilen Widerstandes gefördert werden." (191) Nirgendwo wird erkennbar, dass die Denkschrift erwartet, dass solche zivilen Praktiken eine politische Dynamik entfalten. Auch die vielfältigen anderen Mittel, die den Schutz vor Gewalt auf zivilem Weg sichern können: Prävention, zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Verhandlungen, Dokumentation von Kriegsverbrechen, Bildung und Stärkung der Zivilgesellschaft etc. werden in der Denkschrift erwähnt, von ihnen wird jedoch im Blick auf die Gestaltung der politischen Entwicklung wenig erwartet.

Vielmehr wird die reale Praxis der zivilen und demokratischen Konfliktbearbeitung mit einer rhetorischen Wendung als unrealistisch und unwirksam für die wirklich großen Konflikte und Kriege qualifiziert: *„selbst im Falle der besten Prävention und des entschiedensten Einsatzes von zivilen Konfliktbearbeitungsmitteln."* (19) Diese Aussage ist gewagt, weil es bisher keine entsprechenden praktischen Erfahrungen mit intensiven Präventionsmaßnahmen im Vorfeld *„großer Konflikte"* und einem umfassenden Einsatz vorher bereits aufgebauter ziviler Konfliktbearbeitungsinstrumente gab. Stattdessen sind nach dem (gewaltfreien) Ende des Ost-West-Konflikts in einer kurzen Phase, in der die in Militär und Rüstung investierten Mittel zurückgingen, die Mittel für militärisches Handeln wieder kontinuierlich gewachsen, Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle wurden gekündigt und Institutionen des Konfliktmanagements wie die OSZE oder die UNO geschwächt.

In der Denkschrift fließen die Erfahrungen der Fachorganisationen für Friedensforschung, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensbildung nicht ein, die hätten helfen können, Möglichkeiten und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung in Konflikt- oder Kriegssituationen in den Blick zu nehmen. Viele der Mitgliedsorganisationen der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden arbeiten seit Jahren in Kontexten von Krieg und Bürgerkrieg und versuchen unter diesen Bedingungen, Menschen vor Gewalt zu schützen und an einem nachhaltigen gerechten Frieden zu bauen. Sie berichten, wie wichtig und schwierig es ist, alle Beteiligten in Konfliktkonstellationen dazu zu gewinnen, selbstbewusst für die verschiedenen Dimensionen des Friedens Verantwortung zu übernehmen und einen zivilen Umgang mit Konflikten einzuüben. Sie können

berichten, wie sehr sich z. B. Prozesse, Praktiken und Organisationsformen der Vergangenheitsarbeit (Transitional Justice) in den letzten Jahrzehnten in der Konfliktbearbeitung und in Versöhnungsprozessen bewährt haben. Aber sie erleben und erleiden auch, wie zivile Konflikttransformationen an Machtkonstellationen scheitern; dass Gewalt das, was sie aufgebaut haben, zunichtemacht; dass manchmal nur rechtlich geordnete militärische Gewalt sie und ihre Vorhaben schützen kann. Aber dieses Scheitern stellt nicht in Frage, dass Menschen auch anders, zivil, gewaltfrei miteinander Konflikte bearbeiten (können) – und mittel- und langfristig müssen, wenn sie überleben wollen.

Die Denkschrift weiß, dass für eine Förderung von Wegen der zivilen Konfliktbearbeitung und der sozialen Verteidigung erhebliche Ressourcen nötig sind; sie verzichtet aber darauf, diese in Beziehung zu den Ausgaben für die aktuelle Aufrüstungsdynamik zu setzen und mehr Gelder für den Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung zu fordern. Kirchen und andere Gruppen der Zivilgesellschaft sollten sich nicht nur innerstaatlich für den Rechtsstaat mit seinem Gewaltmonopol einsetzen, der die Würde der Menschen der Willkür der Macht entzieht, sondern auch international Prozesse fordern und fördern, durch die die Macht der einzelnen Staaten so beschränkt wird, dass sie keine völkerrechtswidrigen Kriege mehr führen können. Ein solcher Blick nach vorne, Impulse für eine solche Zukunftsperspektive fehlen in der Denkschrift. Von einer Kirche, die aus der Hoffnung lebt und Mut machen will, werden dazu aber Aussagen erwartet: Mit welcher Perspektive, welchem „finis pax" ist die Denkschrift unterwegs? Wie soll eine europäische Friedensordnung aussehen, für die die Kirchen Europas sich engagieren?

Hoffnung statt Kleinglaube

Im Gesamtduktus der Denkschrift bleibt ihr selbst gestecktes Ziel, *„das Evangelium kritisch gegenüber vermeintlichen Selbstverständlichkeiten zur Geltung zu bringen"* (2) auf der Strecke. Im Abschnitt 84 heißt es zwar: *„Aus ihrem eigenen Glauben heraus kann und muss die evangelische Kirche den Frieden auch mitten im Konflikt bezeugen und alle Initia-*

tiven stärken, die eine eschatologische Wirklichkeit aufscheinen lassen"; **insgesamt aber dominiert in der Denkschrift das Interesse, sich auf sicherem, „politisch realistischem" Terrain zu bewegen.** Alle Versuche von Christenmenschen und verschiedenen Sozialgestalten von Kirche aus ihrem Glauben heraus zu einem gerechten Frieden, zu Entfeindung, Verständigung und Versöhnung beizutragen, werden mit den Stichworten wie: *„vorläufig, unfertig, Vorletztes"* (32) klein geredet. **Gottes Frieden wird als Ewiger Friede charakterisiert, der angesichts der Sünde auf Erden nie zu erreichen ist. Dass er schon jetzt unter uns wirksam ist und in konkreten Schritten Gestalt gewinnt, wird in den Hintergrund gedrängt.**

Ein biblisches Beispiel für ein kritisches, produktives Gegenüber zu vermeintlichen Selbstverständlichkeiten der Politik ist die Unterscheidung zwischen staatlicher Souveränität und menschlichen Überlebensinteressen in der prophetischen Literatur der Bibel. Seit die Truppen des assyrischen Großreichs im 8. Jahrhundert v. Chr. die Staaten der Levante überfielen, gab es in Israel prophetische Gruppen, die davor warnten, Sicherheit durch Aufrüstung und Militärbündnisse zu gewinnen, weil die Katastrophe, die man verhindern wollte, dadurch herbeigeführt würde. Die einzige Hoffnung, im Land überleben zu können, sehen diese Gruppierungen im innenpolitischen Engagement für Gerechtigkeit. Hier hat – übertragen in die Überlegungen der Denkschrift – Gerechtigkeit Vorrangstellung unter den Dimensionen des gerechten Friedens.

Diese prophetischen Interventionen sind – wie alle biblischen Texte – keine Handlungsanweisung für heute. Aber sie schaffen Raum, politische Verantwortung, Parteinahme für die Menschen, die unter Gewalt leiden, und Gewaltverzicht zusammen zu denken. Die bittere Erfahrung, die die biblische Überlieferung prägt, dass auch verteidigende Gewalt zur Selbstzerstörung führen kann und geführt hat, darf – wenn es um das von der Denkschrift intendierte kritische Durchdenken gegenwärtiger Krisenerfahrungen geht – nicht ausgeklammert werden. Gerade angesichts der geplanten Großinvestitionen in Aufrüstung muss die Frage nach einer Eskalation und den Folgen für alle anderen Lebensbereiche gestellt werden.

Zumal die Bergpredigt durch den Hinweis, dass es bei dem von Jesus gewiesenen Weg um die Erfüllung von „Gesetz und Prophe-

ten“ geht (5,17; 7,12), Jesu Weg explizit mit den vorangegangenen prophetischen Auseinandersetzungen verknüpft. **Jesu Gewaltverzicht wurzelt in einer generationenübergreifenden Suche nach nicht-militärischen Wegen des Überlebens angesichts imperialer Gewalt.** Die Denkschrift bezieht sich auf den Gewaltverzicht Jesu. Er wird als eine Quelle evangelischen Friedensverständnisses benannt (4, 11 u. ö.), doch er bleibt individuelle bzw. gruppenbezogene Gesinnung (17). Dass die Weisung, angesichts der römischen Besatzungsmacht nicht zu den Waffen zu greifen, eine kluge politische Intervention darstellt und als solche auch heute politische Herausforderungen beinhalten könnte, bleibt unbenannt.

Es ist der Denkschrift nicht vorzuwerfen, dass sie den russischen Angriff auf die Ukraine als den Ausgangspunkt ihres Denkens hervorhebt. Im Gegenteil. In neuen Situationen müssen alte Antworten überdacht werden. Alle ethisch-politischen Aussagen – auch biblische – sind kontextuell. Die Denkschrift geht allerdings einen wesentlichen Schritt über eine konkrete Antwort auf die durch den russischen Angriff entstandene Krisensituation hinaus. Der konkrete politische Kontext wird zum allgemeinen theologischen Kontext. Der Titel *„Welt in Unordnung“* ist nicht nur Angabe des politischen Kontextes, sondern wird theologischer Rahmen der Überlegungen. Insofern verrät vielleicht schon der Titel der Denkschrift *„Welt in Unordnung – gerechter Friede im Blick“* die Mühe der Denkschrift mit der biblischen Grundentscheidung, den Anfang, den Weg und das Ziel des Lebens durch Gottes schöpferisches Handeln und nicht durch *„Welt in Unordnung“* bestimmt zu sehen und bestimmen zu lassen.

Die vorrangige Gewichtung, die die Unordnung der Welt bekommt, spiegelt sich auch dort, wo der theologische Begriff der Sünde als Mahnung erinnert wird, *„die zerstörerischen Potenziale menschlichen Handelns im Gedächtnis zu behalten“* (8), mit der Konsequenz, dass mit der Fähigkeit des Menschen zur Gewalt immer zu rechnen ist und diese Gewalt mit Gegengewalt eingedämmt werden muss. **Ohne zu leugnen, dass die Erlösungsbedürftigkeit der Welt und die menschliche Sünde ernst genommen werden müssen, stellt sich die Frage, was sich bei der Suche nach Antworten auf eine veränderte Weltlage ändern würde, wenn bei der Entfaltung des theologischen Begriffs der Sünde auch die „Sünde der Träg-**

heit“ Gewicht bekäme, die die Kirche an ihren Unglauben erinnert.

Zudem wird das Begriffsfeld Sünde und Schuld vor allem formelhaft benutzt, um theologisch zu begründen, dass bestimmte Ambivalenzen nicht in schwarz oder weiß aufgelöst werden können: *„Der christliche Glaube betont, dass es für den Menschen keine Möglichkeit gibt, dem Verhängnis von Schuldverstrickung und Schuldigwerden durch eigenes Handeln zu entkommen. Er bleibt somit angewiesen auf Gottes befreiende Zuwendung der Vergebung.*“ (48) Oder im Blick auf die Frage der Atomwaffen: *„Egal welche Option gewählt wird, die Verantwortlichen machen sich schuldig.*“ (These 6) Die Erkenntnis von Sünde und Schuld droht hier zu einer Formel der Indifferenz zu werden; evangelische Friedensethik hat zu den konkret anstehenden Fragen aber mehr zu sagen als: ‚Wie man’s macht, ist es verkehrt‘. Das zeigt die Denkschrift selbst am Beispiel ihrer Stellungnahme zu autonomen Waffen. (102)

Die Denkschrift beschränkt sich in ihren geistlichen Impulsen auf das Individuelle: einzelne Christenmenschen schärfen ihr Gewissen und nehmen ihre Friedensverantwortung im Gebet, im alltäglichen Handeln und in politischer Verantwortung wahr. Gemeinden und (Landes-) Kirchen, Diakonie und Ökumene sind aber auch Akteurinnen in der Öffentlichkeit. Sie sind handlungsfähig und können die Wirklichkeit mitgestalten. Sie haben eine Hoffnung und einen Auftrag. Sie können konkrete Schritte gehen, damit ein gerechter Frieden Gestalt gewinnt. Dazu wäre es wichtig gewesen, **dass die Denkschrift deutlicher das Vertrauen in die Friedenskraft Gottes stärkt, *„die schon jetzt in der Welt wirksam ist“*** (178) **und Einzelne, Gemeinden, Diakonie und Gesellschaft zu konkretem Engagement für einen gerechten Frieden ermutigt.**

Bonn, den 10. November 2025.

Stellungnahme zur friedensethischen Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

(10.11.2025)

Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller–Stiftung[1]

Der Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung nimmt die heute in Dresden veröffentlichte friedensethische Denkschrift des Rats Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erschüttert zur Kenntnis.

> *Das Ziel, die Institution des Krieges aus der internationalen Politik zu entfernen, ist aufgegeben. Damit fällt das Ratspapier hinter die Charta der Vereinten Nationen und hinter den aktuellen friedensethischen Diskurs zurück.*

Allen wird alles gegeben – statt einer eigenen Haltung

Anders als die Denkschrift von 2007, die noch „einen stellvertretenden Konsens für die ganze Gesellschaft" formulieren wollte, bescheidet sich die ‚Denkschrift' damit, „Orientierung" (S.6) zu geben zur Prüfung der eigenen Position. Ehrlicherweise solle das Papier deshalb als „Handreichung" bezeichnet werden, wie bisher in der EKD üblich.

Wir bedauern, dass selbst dieser reduzierte Anspruch einer Handreichung nicht erfüllt wird. Zu durchsichtig ist das Bemühen, allen alles und damit niemand etwas zu geben. Damit gibt es weder echte Anstöße noch ist es ein wirklicher Konsens, aber eine Bestätigung des Bestehenden, ja eine Auslieferung an die jeweilige Regierungspolitik.

[1] Textquelle | https://martin-niemoeller-stiftung.de/allgemein/kritische-stellungnahme-zur-aktuellen-friedensdenkschrift-der-ekd

Die Formel von der „rechtserhaltenden Gewalt" rechtfertigt letztlich Gewalt

„Mit der Formel von der ‚rechtserhaltenden Gewalt' meint der Text einen Kniff gefunden zu haben, mit dem militärische Gewaltanwendung jetzt und künftig gerechtfertigt werden kann", so Dr. Uwe-Karsten Plisch, Vorstandsvorsitzender der Stiftung.

Allein 24-mal erscheint diese Zauberformel im Text. Wenn es aber primär um die Erhaltung des Rechts geht, müsste ebenso nachdrücklich z. B. die Beachtung des internationalen Strafgerichtshofs gefordert werden, der von gewaltaffinen Staaten wie den USA, Russland oder Israel nicht anerkannt wird. Friedensethisch wäre aktuell zu reflektieren, ab wann ein Verteidigungskrieg völkerrechtswidrig geführt wird, wenn er nur noch Tod und Vernichtung bedeutet und wenn er nicht vom ernsten Bemühen begleitet wird, sich mit dem Feind zu verständigen.

Natürlich finden sich viele Aussagen, die wir schätzen und ernst nehmen – und die verbinden. Im Kontext des Ganzen verblassen sie in Beliebigkeit.

Krieg wird im menschlichen Wesen verankert – statt als überwindbar verstanden

Der Friedenspredigt Jesu fühlt sich das Ratspapier zwar verpflichtet, verschiebt die Hoffnung auf Frieden aber auf ein jenseits der Zeit gedachtes mythisches Reich Gottes. Gott wird es dann schon richten, solange aber die Sünde in der Welt ist, darf der Mensch weiter feste Gewalt anwenden. Damit wird der Krieg dem Wesen des Menschen zugeordnet, anthropologisiert, statt ihn als eine zu überwindende gesellschaftliche Umgangsform zu begreifen und damit als überwindbar zu verstehen.

Der Mythos der erlösenden Gewalt wird bedient – statt verworfen

Die Ächtung von Atomwaffen hält der Text zwar für ethisch geboten, politisch aber für unverantwortlich. Es gibt keinen Appell, aus dieser Logik der Massenvernichtung auszusteigen. „Die Autor:innen erliegen dem Mythos der erlösenden Gewalt und können sich nicht zwischen der Nachfolge der gelebten Friedenspraxis Jesu und einem aus der Zeit gefallenen Staatskirchentum entscheiden", so Uwe-Karsten Plisch weiter.

Pazifismus wird zum frommen Fundamentalismus deformiert – statt ernstgenommen

Besonders empört sind wir, ost-westdeutsch verankert, über die Desavouierung der friedensstiftenden, also pazifistischen Bestrebungen in und außerhalb der Kirche. „Der Rat macht sich erst den Pazifismus als einen gesinnungsethischen Fundamentalismus zurecht, um ihn dann umso einfacher bei Seite legen zu können", so Uwe-Karsten Plisch. Das ist nicht nur theologisch und intellektuell unredlich. Die Verniedlichung des christlichen Pazifismus als „Ausdruck gelebter Frömmigkeit" (S. 20) beleidigt die Menschen, die friedensethisch fundiert und wissenschaftlich informiert politische Impulse für eine friedenslogisch praktikable Sicherheitspolitik geben.

Dies sei an einem Zitat belegt: „…der Einschätzung (ist) zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe das deutlichere Zeichen des Christseins darstelle. Diese in der Situation einer Armee als Instrument einer Diktatur getroffene und darum sehr verständliche Feststellung, die in der Handreichung ‚Zum Friedensdienst der Kirche' 1965 formuliert wurde, ist unter den Bedingungen des liberalen Rechtsstaats der Bundesrepublik und den Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten," (§ 177).

Dies ist eine Ohrfeige für die Bausoldaten und die gesamte christliche Friedensbewegung in der DDR, stempelt sie nachträglich zu nützlichen Idioten und relativiert zugleich für heute das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

> „Friede auf Erden" (Lukas 2,14), das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. Zum Gebot gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbedingten, blinden Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: sollte Gott gesagt haben? Diese Frage ist der Todfeind des Gehorsams, ist darum der Todfeind jeden echten Friedens.
> DIETRICH BONHOEFFER

Kontakt | Uwe-Karsten Plisch – Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung e. V., Steingasse 9, 65183 Wiesbaden. [https://martin-niemoeller-stiftung. de/].

Gerät der Friede aus dem Blick?

Erwiderung der *Initiative Christlicher Friedensruf*
auf die EKD-Friedensdenkschrift 2025

(10. November 2025)[1]

Mit tiefer Sorge nehmen wir die dramatische Zunahme von Krieg und Gewalt und die massive Steigerung von Militärausgaben weltweit wahr. Angesichts dessen setzen wir unser Vertrauen nicht auf die Macht der Waffen, sondern versuchen, im Wissen um die Vorläufigkeit aller unserer Bemühungen an gewaltfreien Wegen der Konfliktbearbeitung und Verteidigung festzuhalten. Wir sehen, dass die Denkschrift mit ihrer Verengung des jesuanischen Prinzips der Gewaltfreiheit auf den Schutz vor Gewalt und dessen Bindung an territoriale Integrität nicht-militärische und gewaltfreie Perspektiven an den Rand drängt. Schutz vor Gewalt gilt über territoriale Grenzen hinweg zuerst für Mensch, Tier und Ökosphäre.

I. Theologische Grundlagen

1. | Der Friede Gottes ist Horizont christlicher Friedensethik.
Die biblische Zusage des Friedens Gottes ist Grund und Horizont unseres christlichen Glaubens. Sie begegnet uns in den Friedensverheißungen der Hebräischen Bibel und des Neuen Testaments. Für Christenmenschen ist Gottes Friede sichtbar geworden in Jesus Christus: in seiner Verkündigung des Reiches Gottes, in seinem Leben und Handeln, und in Kreuz und Auferstehung. Jesus Christus lädt uns ein in seine Nachfolge und ruft dazu auf, in seinem Geist Frieden und Gerechtigkeit zu suchen und zu stiften. Grundlegend ist dabei das Gebot der Nächstenliebe, das in der Bergpredigt zum Gebot der Feindesliebe und damit verbunden zum Gewaltverzicht gesteigert wird. In der Hoffnung und im Vertrauen auf Gottes

[1] Textquelle | https://friedensbildung.ekir.de/wp-content/uploads/2025/11/Stellungnahme_Initiative_Christlicher_Friedensruf_Hannover.pdf

Friedensverheißung sind wir in der Nachfolge Jesu aufgerufen zum engagierten und mutigen gewaltfreien Einsatz für den Frieden. Solcher Pazifismus im Geiste Jesu muss darum im Zentrum einer christlichen bzw. kirchlichen Friedensethik stehen.

2. | Der ethische Primat des Gewaltverzichts ist durchzuhalten.
Auch die Denkschrift betont den ethischen Primat des Gewaltverzichts. Er stelle die gemeinsame Überzeugung der evangelischen Kirchen dar, die sich nach den Gräueln der beiden Weltkriege herausgebildet habe (3) und bilde den „Kern evangelischer Friedensethik" (182). Allerdings konstatiert sie gleichzeitig, Gewaltverzicht sei nicht in jeder Lage zwingend (S. 19). Da die Welt unerlöst ist und Menschen ein „Potenzial zur Zerstörung" haben, könne Gegengewalt zur Durchsetzung des Rechts nötig und unvermeidbar sein (183 und S. 19). Dieser Gedanke durchzieht die ethische Argumentation der Denkschrift. Sie wendet sich gegen „radikale Gewaltfreiheit", die allenfalls von Einzelnen oder kirchlichen Gemeinschaften vertreten werden könne (17). Es wird lediglich zugestanden, dass pazifistische Traditionen als Impulsgeber eine wichtige Funktion für Gesellschaft und Kirche haben (16).

3. | Jesus lebt und lehrt Gewaltverzicht in der unerlösten Welt.
Sündhaftigkeit gefährdet tatsächlich all unser menschliches Tun in dieser unerlösten Welt. Gewalt ist ein markantes Zeichen dieser unerlösten Welt, das gilt auch und in besonderem Maße für militärisch-kriegerische Gewalt in ihren abgründigen zerstörerischen Dimensionen gegenüber Menschen, Mitwelt und Natur. Es darf aber nicht ausgeblendet werden, dass auch gut gemeinte militärische „Gegengewalt" an dieser Zerstörungskraft teilhat, auch dann, wenn sie rechtlich legitimiert ist.

Die biblische Botschaft vom Gewaltverzicht spricht schon immer und gerade in diese unerlöste Welt. Gegen ihre Gewalt fordert Jesus den Verzicht darauf, diese mit ihren Mitteln zu erwidern. Mit dem Gewaltverzicht verbindet er die Feindesliebe, die er selbst konsequent gelebt hat, bis zu seinem Tod am Kreuz. Zu dieser finden sich in der Denkschrift allerdings kaum Überlegungen.

Jesuanischer Pazifismus fordert uns als christliche Kirche in seiner Radikalität immer wieder heraus. Er darf weder marginalisiert

noch individualisiert oder für sicherheitspolitisch irrelevant gehalten werden.

Eine christliche Friedensethik, die den Anspruch hat, am Primat der Gewaltfreiheit festzuhalten, muss ernsthaft alle Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktprävention und -bearbeitung ausloten und sie angesichts gegenwärtiger Bedrohungen in die öffentliche Diskussion einbringen.

4. | Gottes Friede begründet und inspiriert menschliches Friedenshandeln.

Die Denkschrift schärft den Unterschied zwischen menschlichem gewaltfreiem Friedensbemühen und endzeitlichem Frieden Gottes ein. Diesen könnten Menschen nicht erreichen, „Friede bleibt Gottes Gabe" (5). Sie warnt davor, Beispiele erfolgreichen gewaltfreien Handelns zur allgemeinen Norm werden zu lassen (17), da sie kaum Erfolgsaussichten, etwa im Verteidigungsfall hätten. Offenbar traut sie gewaltfreier Friedensarbeit wenig zu. Dagegen wird die Frage nach den „Erfolgsaussichten" und Opfern militärisch-kriegerischer Gewalt kaum gestellt.

Der Friede Gottes und unsere menschlichen Anstrengungen für den Frieden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie stehen nicht in Konkurrenz. Bei gewaltfreiem Handeln und ziviler Konfliktbearbeitung geht es nicht um den endzeitlichen, sondern um den gegenwärtigen Frieden in unserer Welt. Diese Bemühungen sollten durch eine christliche Friedensethik nicht ausgebremst, sondern vielfältig gestärkt werden. Gottes Friede inspiriert uns dazu, uns im Vertrauen auf seine Macht und in der Hoffnung auf seine reichen Möglichkeiten inmitten der Unerlöstheit der Welt mutig und mit all unseren Kräften im Geiste Jesu für den Frieden einzusetzen.

II. Politische Horizonte

1. | Eine friedensethische Intervention im Moment höchster Gefahr muss Auswege aus militärischer Eskalation aufzeigen.

Zurecht betont die Denkschrift die weltpolitische Situation dramatischer Kriege. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist so groß wie nie

zuvor. In dieser Situation stärkt die Denkschrift mit ihrer theologischen Rechtfertigung kriegerischer Gewalt als *ultima ratio* militärische Optionen (38). Sie suggeriert, Frieden könne durch Krieg statt durch Diplomatie und Verhandlungen erreicht werden (77f). Die Forderung nach einem Friedensplan für die Ukraine und für Israel / Palästina fehlt ebenso wie die nach Stärkung von Strukturen der OSZE.

2. | Die Analyse der gegenwärtigen Kriege erfordert eine globale Perspektive, in der unterschiedliche Sichtweisen berücksichtigt werden.

Die Prämissen der Wahrnehmung und Beurteilung von Krieg und Gewalt sind sorgfältig zu prüfen. Dazu wäre es zwingend geboten, die Perspektiven des globalen Südens angemessen zu berücksichtigen. Zudem müssen die Sicherheitsinteressen aller Konfliktparteien wahrgenommen werden. Dies bedeutet, die Stellungnahmen des ÖRK und der UN ernst zu nehmen. Trotz einzelner Bekundungen in dieser Richtung folgt die Denkschrift im Ganzen einer eurozentrischen Weltsicht und macht sich die westliche Deutung der aktuellen Konflikte zu eigen. Auch die politische Analyse sollte die angemahnte Pluralität der Perspektiven berücksichtigen. Andersfalls geraten auch an sich richtige Beobachtungen ins Zwielicht einer verzerrten Wahrnehmung im Zentrum–Peripherie- und Freund–Feind-Modus.

3. | Zum Verständnis des Ukraine-Konflikts müssen verschiedene Deutungen der Vorgeschichte in den Blick genommen werden.

Zu Recht wird die russische Invasion in der Ukraine als Bruch des Völkerrechts verurteilt. Dabei dürfen aber die Eskalation von westlicher Seite und die verpassten Chancen einer friedlichen Lösung nicht außer Acht gelassen werden. Ein umfassendes Bild der politischen Konstellationen und Interessen müsste kritische Stimmen zur westlichen Ukraine-Politik wie z. B. die von Antje Vollmer oder Klaus von Dohnanyi sowie die Analysen christlicher Friedensinitiativen wie „Sicherheit neu denken“ zu Wort kommen lassen, statt kritiklos den Narrativen von NATO, EU und Bundesregierung zu folgen.

4. | Auch die Kriegsverbrechen Israels und der mutmaßliche Genozid an der palästinensischen Bevölkerung sind als Völkerrechtsbruch zu verurteilen.

Wir verurteilen uneingeschränkt das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 an Menschen in Israel – auch im Blick auf seine traumatisierenden Folgen. Dies rechtfertigt jedoch nicht, die in Gaza verübten Kriegsverbrechen weitgehend auszublenden. Die wenigen, sehr vorsichtig formulierten Bemerkungen der Denkschrift zu Israel/Gaza (64, S.5) stehen in deutlichem Missverhältnis zur stereotypen Erwähnung der russischen Aggression gegen die Ukraine, die als *das* Paradigma der neuen Welt-Unordnung erscheint. Dabei sind in Gaza ein Vielfaches mehr an Zivilisten getötet worden als in der Ukraine, darunter mindestens 20.000 Kinder, etwa 1.700 Mitarbeitende im Gesundheitswesen und 250 Journalist:innen. Ein Großteil der Wohngebäude, Krankenhäuser, Schulen und Gotteshäuser wurde zerstört. Gilt der Schutz vor Gewalt nicht auch für Menschen in Palästina? Die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Holocaust darf nicht dazu führen, aktuelle Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit zweierlei Maß zu messen. Auch in Israel und Palästina stirbt mit jedem Menschen ein Ebenbild Gottes.

5. | Völkerrecht und Menschenrechte wurden und werden auch im Zuge der auf globale Hegemonie ausgerichteten Politik der USA und ihrer Verbündeten im Namen der Demokratie in vielfacher Weise verletzt.

Die liberale Demokratie als Gesellschaftsform ist ein schützenswertes Gut, das gegen demokratiefeindliche und autoritäre Tendenzen verteidigt werden muss (35, 46). Umso mehr verbietet sich die Unterstützung faschistischer Kräfte in der internationalen Politik. Zudem haben auch der Irakkrieg sowie zahlreiche andere militärische Interventionen, Regime-Change-Operationen und Sanktionen der USA und ihrer Verbündeten Millionen Menschen das Leben gekostet. Auch Cyberwar, kognitive Kriegsführung und Einsatz automatisierter Waffen (87ff) sind kein Alleinstellungsmerkmal autoritärer Staaten, wie die Denkschrift suggeriert. Sie werden auch in der NATO mit milliardenschweren Programmen massiv vorangetrieben.

6. | Gewaltfreie und defensive Optionen der Verteidigung müssen ernst genommen werden.
Die Landesverteidigung gehört laut Grundgesetz zu den Grundaufgaben des demokratischen Rechtsstaates. Doch sie ist strikt an das Friedensgebot der Präambel des Grundgesetzes zu binden. Die Denkschrift verzichtet nicht nur auf die Unterscheidung von defensiver und offensiver Verteidigung, sie verkürzt Verteidigung generell auf militärische Optionen. Die Möglichkeiten sozialer Verteidigung und gewaltfreien Widerstands werden unterschätzt (17). Ein kritischer Vergleich militärischer und gewaltfreier Optionen müsste insbesondere die Opfer von Kriegen in den Blick nehmen. Jeder Krieg produziert Tote, Verstümmelte, zerrissene Familien, Vertriebene, Traumatisierte, Hass und Gewaltbereitschaft – auch wo er im Sinne der Denkschrift ethisch gerechtfertigt ist. Auch im Ukraine-Krieg bedürfte das Konzept „Schutz vor Gewalt durch Gegengewalt" einer kritischen Überprüfung.

7. | Rüstung vernichtet Ressourcen und tötet nicht erst im Krieg.
Die Denkschrift fragt zurecht nach den sozialen und ökologischen Kosten von Rüstung (82). Doch die massiv betriebene Aufrüstung als solche wird nicht hinterfragt, sondern als notwendig gesetzt. Dabei wird die tödliche Wirkung verharmlost, die Rüstung auch ohne Krieg entfaltet. Rüstung vernichtet Ressourcen, die für Investitionen in soziale und ökologische Nachhaltigkeit dringend gebraucht würden. Der mit Aufrüstung verbundene Sozialabbau gefährdet den gesellschaftlichen Frieden und gibt antidemokratischen Tendenzen Auftrieb. Das Militär verursacht enorme ökologische Schäden. Die drohende Klimakatastrophe lässt sich ohne internationale Zusammenarbeit, auch mit autoritären Staaten, nicht abwenden.

III. Praktische Folgerungen

1. | Kirche stärkt Menschen und Organisationen in Kriegs- und Krisengebieten und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit weltweit, die sich im Sinne der biblisch-christlichen Friedensbotschaft gewaltfrei für Versöhnung einsetzen und Opfer schützen. Uns schmerzt, dass die Denkschrift die von ihnen gelebte Vernunft des

Gewaltverzichts in ihrer politischen Bedeutung an den Rand drängt. Sie redet ihren Beitrag klein statt ihn zu würdigen und in seiner Expertise fruchtbar zu machen.

2. | **Waffen sind Tötungsinstrumente, deren Einsatz moralisch nicht schuldfrei erfolgen kann** (anders 49). „Christen müssen sich schwertun mit dem Töten, wer denn sonst!" (Thomas de Maizière)[2] Verantwortlicher Umgang mit dieser Schuld zeigt sich

a. in der Zielsetzung, **Besitz und Einsatz von Waffen strikt zu regulieren, Rüstungskontrolle voranzutreiben** und die Perspektiven von nicht am Konflikt Beteiligten einzubeziehen.
b. in der **Forderung eines eigenständigen Rüstungskontrollgesetzes** – darin stimmen wir der Denkschrift zu (153).
c. in der **Ablehnung von Waffengattungen, die jede Verhältnismäßigkeit von Ziel und Mittel vermissen lassen**. Die Denkschrift nennt hier **das Verbot chemischer und biologischer Waffen sowie vollautomatischer Waffensysteme**. Dass sie trotz der Einschätzung, **Nuklearwaffen** seien „ethisch in keiner Weise zu legitimieren" (144), ihren Besitz als „politisch notwendig", wenn auch möglichst bald zu überwinden (145) betrachtet, verkennt das Risiko eines versehentlichen Einsatzes, v. a. in angespannten Sicherheitslagen. Auch der „taktische Einsatz" kleiner atomarer Sprengköpfe muss ausnahmslos verboten sein (anders 144), schon aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit, dass damit ein Tabubruch erfolgen würde und weitere Atomschläge zu erwarten wären. Es gilt sich mit den **Organisationen zu verbünden, die auf eine sofortige Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen hinwirken**.
d. Eine klare **Absage an die „nukleare Teilhabe"** Deutschlands wäre ein deutliches Zeichen, dass es der Denkschrift mit der Ächtung von Atomwaffen ernst ist.

3. | Mit der Denkschrift halten wir fest: „**Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung** bleibt unabdingbare Zusicherung des Art. 4 Abs 3 Grundgesetz" (170).

[2] Einleitung zum Podium mit dem Thema Frieden beim Kirchentag Nürnberg 2023.

Auch begrüßen wir die **Aufforderung, Kriegsdienstverweigerern, die vor dem Wehrdienst oder Kriegseinsatz für ihr Land fliehen, in Deutschland Asyl** zu gewähren (170). Ebenso unterstützen wir den **Widerspruch gegen die Verschärfung von Asylgesetzen** zum vermeintlichen Schutz vor Terrorakten (Kernaussage 3).

In aller Schärfe weisen wir die Unterstellung zurück, wer den Kriegsdienst aus Gewissengründen verweigere, befürworte damit, dass … andere den Dienst an der Waffe übernehmen müssen, den man selbst aus Gewissensgründen nicht zu übernehmen bereit ist" (160). Eine derartige Unterstellung unterhöhlt den Raum verantwortlicher Gewissensprüfung und verkennt, dass **Militärdienst ethisch begründungspflichtig** ist. Da „jeder Einsatz von Gewalt und insbesondere jedes Töten eines anderen Menschen die sorgsame ethische Prüfung vor dem eigenen Gewissen erfordert" (170), sollten deshalb alle, die Militärdienst leisten wollen, ihre Bereitschaft zum Töten vorab begründen müssen.

4. | Die Denkschrift fordert ein, erst nach einer breiten gesellschaftlichen Debatte (172) die Frage einer **allgemeinen Dienstpflicht bzw. Wehrpflicht** zu entscheiden, und sieht Freiwilligkeit als die bessere Option (166). Wir **lehnen eine allgemeine Dienstpflicht ab** und fordern die Kirchenleitung auf, sich für die **sofortige Stärkung der Sozialen und Ökologischen Freiwilligendienste und Friedensorganisationen einzusetzen und der eingeleiteten Kürzung finanzieller Mittel entschieden zu widersprechen**. Wer über Gemeinsinn diskutiert und gleichzeitig vorhandene Institutionen zur Stärkung des Gemeinsinns schwächt, macht sich unglaubwürdig.

5. | „Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der **sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit."** (60) – so der Anspruch der Denkschrift. Doch wer im Kern Aufrüstung als sicherheitspolitische Reaktion auf die gegenwärtigen Herausforderungen sieht, verfällt in ein Freund-Feind-Denken. Dieses geht nicht zusammen mit Friedensbildung, die Entfeindung zum Ziel hat.

In diesem Zusammenhang sollte auch der Begriff **Kriegstüchtigkeit nicht nur „mit äußerster Zurückhaltung" benutzt, sondern abgelehnt** werden (anders 59).

Aufgabe der Kirche ist es, auf Friedensfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit der Gesellschaft hinzuarbeiten.

[https://www.meine-kirchenzeitung.de/c-aktuell/initiative-mahnt-frieden-geraet-aus-dem-blick_a63115]

Über die Initiative | Die *Initiative Christlicher Friedensruf* hat das Ökumenische Friedenszentrum während des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) Anfang Mai 2025 in Hannover gemeinsam mit 25 Friedensorganisationen organisiert [https://www.evangelische-friedensarbeit.de/epd-meldungen/initiative-will-christlichen-friedensruf-den-kirchentag-senden]; hier wurde auch ein gemeinsamer ‚Friedensruf' verabschiedet (https://www.friedensdekade.de/christlicher-friedensruf-2025-verabschiedet/). *Kontakt*. Dr. Susanne Edel, Email: susanne.edel@rs-edel.de; Prof. Dr. Jörg Barthel, Email: joerg.barthel@gmx.de.

———

Pressemeldung[3] der „Initiative Christlicher Friedensruf Hannover"
zur Veröffentlichung der EKD-Denkschrift
„Welt in Unordnung – gerechter Friede im Blick"
am 10.11.2025

Mit scharfer Kritik reagiert die „Initiative Christlicher Friedensruf" auf die am Montag (10. November 2025) veröffentliche EKD-Friedensdenkschrift. Sie verenge das von Jesus Christus vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit und dränge nicht-militärische und gewaltfreie Perspektiven an den Rand, heißt es in einer ebenfalls am Montag veröffentlichten Stellungnahme. Die „Initiative Christlicher Friedensruf" hatte im Mai während des Deutschen Evangelischen Kir-

[3] Textquelle | https://martin-niemoeller-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/11/PM-Stellungnahme_EKD_Friedensdenkschrift-Initiative-Christlicher-Friedensruf-Hannover.pdf

chentags in Hannover das viel beachtete „Ökumenische Friedenszentrum“ organisiert.

Gewaltfreie Friedensarbeit unterschätzt | Zwar betone die Denkschrift den Vorrang des Gewaltverzichts, lobt die Initiative, halte sie aber nicht in jeder Lage für zwingend, weil die Welt nun mal unerlöst sei. Doch auch gut gemeinte militärische Gegengewalt sei für Mensch, Tier und Ökosphäre zerstörerisch. „Jeder Krieg produziert Tote, Verstümmelte, zerrissene Familien, Vertriebene, Traumatisierte, Hass und Gewaltbereitschaft – auch wo er im Sinne der Denkschrift ethisch gerechtfertigt ist.“ Eine christliche Friedensethik müsse ernsthaft alle Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbearbeitung ausloten. Die Denkschrift traue gewaltfreier Friedensarbeit wenig zu. Zugleich frage sie kaum nach den „Erfolgsaussichten“ und Opfern militärisch-kriegerischer Gewalt.
Die Gefahr eines dritten Weltkrieges sei so groß ist wie nie zuvor. Ausgerechnet in dieser Situation, so die besorgte Kritik, stärke die Denkschrift mit ihrer theologischen Rechtfertigung kriegerischer Gewalt als ultima ratio militärische Optionen. Sie suggeriere, Frieden könne durch Krieg statt durch Diplomatie und Verhandlungen erreicht werden. Die Forderung nach einem Friedensplan für die Ukraine und für Israel/Palästina fehle.

US-Hegemonialpolitik hat Millionen Leben gekostet | Die Perspektiven des globalen Südens und die Sicherheitsinteressen aller Konfliktparteien müssten ernst genommen werden, fordert die Initiative, auch die Stellungnahmen des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) und der UN. Stattdessen folge die Denkschrift einer eurozentrischen Weltsicht und der westlichen Deutung. Statt kritiklos den Narrativen von NATO, EU und Bundesregierung zu folgen, müssten etwa beim Ukraine-Konflikt auch kritische Stimmen zur westlichen Politik zu Wort kommen. Das Völkerrecht und die Menschenrechte würden nicht nur durch Russland, sondern auch durch die auf globale Hegemonie ausgerichtete Politik der USA und ihrer Verbündeten verletzt. Der Irakkrieg und militärische Interventionen, Regime-Change-Operationen und Sanktionen der USA und ihrer Verbündeten hätten Millionen Menschen das Leben gekostet.

Aufrüstung tötet auch ohne Krieg | Die Denkschrift unterscheide nicht zwischen defensiver und offensiver Verteidigung und unterschätze den gewaltfreien Widerstand. Sie hinterfrage die massiv betriebene Aufrüstung nicht und verharmlose die tödliche Wirkung, die Rüstung auch ohne Krieg entfalte. „Rüstung vernichtet Ressourcen, die für Investitionen in soziale und ökologische Nachhaltigkeit dringend gebraucht würden." Der mit Aufrüstung verbundene Sozialabbau gefährde den gesellschaftlichen Frieden und gebe antidemokratischen Tendenzen Auftrieb. Das Militär verursache zudem enorme ökologische Schäden.

Klare Absage an „nukleare Teilhabe" | Der Forderung der Denkschrift nach einem eigenständigen Rüstungskontrollgesetz stimmt die „Initiative Christlicher Friedensruf" ausdrücklich zu. Die Zustimmung gilt auch für die geforderte weltweite Ächtung von Waffengattungen, die jede Verhältnismäßigkeit von Ziel und Mittel vermissen lassen, wie chemische und biologische Waffen und vollautomatische Waffensysteme.

Doch die Einschätzung der Denkschrift, Nuklearwaffen seien zwar „ethisch in keiner Weise zu legitimieren", ihr Besitz könne aber „politisch notwendig" sein, verkenne das Risiko eines versehentlichen Einsatzes. Die Kirchen müssten sich stattdessen mit den Organisationen verbünden, die auf eine sofortige Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen hinwirken.

Die Forderung der Denkschrift, Kriegsdienstverweigerern aus anderen Ländern in Deutschland Asyl zu gewähren, unterstützt die Initiative. Da laut der Denkschrift „jeder Einsatz von Gewalt und insbesondere jedes Töten eines anderen Menschen die sorgsame ethische Prüfung vor dem eigenen Gewissen erfordert", sollten alle, die Militärdienst leisten wollen, ihre Bereitschaft zum Töten vorab begründen müssen. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnt die Initiative genauso ab wie den dauernden Gebrauch des Begriffs „Kriegstüchtigkeit": „Aufgabe der Kirche ist es, auf Friedensfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit der Gesellschaft hinzuarbeiten."

K o n t a k t: Dr. Susanne Edel – susanne.edel@rs-edel.de | Prof. Dr. Jörg Barthel – joerg.barthel@gmx.de

Zeitenwende in der evangelischen Kirche Deutschland: Denkschrift versus Friedensruf

Interview mit dem Pfarrer und Gefängnisseelsorger Thomas-Dietrich Lehmann | ‚Zeitpunkt', 13.11.2025

Christa Dregger | ‚Zeitpunkt', 13.11.2025[1]

Die evangelische Kirche in Deutschland ist mit ihrer lange erwarteten Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick" von ihrer pazifistischen Haltung abgerückt. Im Autorenteam saßen nicht nur Theologen, sondern auch Militärangehörige. Pfarrer und Gefängnisseelsorger Thomas-Dietrich Lehmann, Mit-Initiator des völlig anders gesonnenen „Friedensrufes" aus der evangelischen Kirche, erklärt die Zeitenwende der Kirche.

Zeitpunkt: *Du gehörst zu einem Kreis, der parallel zum letzten Kirchentag in Hannover ein Friedenszentrum organisiert und einen Friedensruf formuliert hat. Ihr durftet aber nicht Teil des offiziellen Kirchentages sein. Warum wollten die euch nicht?*

Thomas-Dietrich Lehmann: Es gibt im Augenblick in der Evangelischen Kirche Deutschlands, die lange Zeit an der Seite der Friedensbewegung gestanden hat, eine sachte, aber doch in Gremien spürbare Kehrtwendung – auch im Präsidium des Kirchentages. Die haben uns Ende letzten Jahres signalisiert, dass sie kein Interesse an unserem Friedensruf haben.

Heute (*das Gespräch wurde am Dienstag geführt*) *kam nach vielen Jahren*

[1] Textquelle | Christa DREGGER: *Zeitenwende in der evangelischen Kirche Deutschland – Denkschrift versus Friedensruf.* Interview mit dem Pfarrer und Gefängnisseelsorger Thomas-Dietrich Lehmann. In: Portal „Zeitpunkt" (Schweiz), 13.11.2025. https://www.zeitpunkt.ch/zeitenwende-der-evangelischen-kirche-deutschland-denkschrift-versus-friedensruf (Darbietung an dieser Stelle mit freundlicher Zustimmung von Christa Dregger und Thomas Dietrich Lehmann).

wieder eine Denkschrift der Evangelischen Kirche[2] heraus, in der die Kirche in vielen Punkten von ihrer ehemals pazifistischen Position abrückt. Stand die Kirche bisher traditionell auf der Seite des Gewaltverzichtes, so heißt es jetzt, dass Bewaffnung unter bestimmten Umständen gerechtfertigt seien. Es ging durch die Medien, dass die Evangelische Kirche sogar Atomwaffen für legitim hält. Sind das die gleichen Kreise, die euch nicht am Kirchentag haben wollten?

Nein, personell sind das nicht die gleichen Kreise. Aber die mehrheitliche Grundstimmung der Protestanten nähert sich an den Staat an, der spätestens mit Ausbruch des Ukraine-Krieges Aufrüstung propagiert und massiv Geld investiert, Sondervermögen einsetzt, auch ideologisch von Zeitenwende spricht. Das ist eine Abkehr von der Entspannungspolitik, die mit Willy Brandt angefangen hat. Man kehrt sich ab mit der Begründung, da passiert was, was wir nicht billigen können. Wir müssen die ehemaligen Satellitenstaaten der damaligen Sowjetunion schützen oder denen beistehen. Unterm Strich heißt das: Wir rüsten auf, und die Aktienkurse der Firmen, die mit Rüstung Geld verdienen, gehen seit drei Jahren durch die Decke.

Die neue Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen" mit rund 150 Seiten ist die dritte ihrer Art. Bereits 1981 und 2007 veröffentlichte sie ein vergleichbares Papier. Daran knüpft die Denkschrift an, verändert aber stark ihre damaligen pazifistischen Positionen und hält eine „rechtserhaltende Gewalt" für möglich. So heißt es darin: „Christlicher Pazifismus ist als allgemeine politische Theorie ethisch nicht zu begründen." Oder: „Nukleare Abschreckung widerspricht dem Geist des Gerechten Friedens und kann nur als Übergangslösung gelten." Oder: „Waffenlieferungen sind ethisch nicht ausgeschlossen, aber nie geboten – sie bedürfen sorgfältiger Abwägung."

Aber was hat die Kirche damit zu tun? Sind wir wieder in so einer Zeit wie beim Nationalsozialismus, wo die Kirche die Waffen gesegnet hat?

Glaube ich nicht. Aber die Gefahr ist am Horizont erstmalig in meinem Leben sichtbar. Ich bin groß geworden in West-Berlin, mit evangelischer Jugend- und Sozialarbeit, in einer Kirche, die sich für

[2] https://www.ekd.de/friedensdenkschrift-2025-91393.htm

die Versöhnung mit dem Osten eingesetzt hat und den staatlichen Entwicklungen voraus war. Die Denkschriften der evangelischen Kirche haben immer eine Orientierungsfunktion im besten Sinne für die Gesellschaft gehabt. Wie wir alle wissen, hat die Kirche allgemein an Bedeutung verloren. Jetzt wendet sie sich von ihren kritischen Blick auf staatliche und gesellschaftliche Vorgänge ab. Es ist eine Abkehr von einem „prophetischen Geist": Die Propheten haben in der Geschichte des Glaubens immer eine kritische Seite eingenommen, auch gegenüber den Herrschern. Also Prophetie heißt kritisches Denken. Was ich nun erlebe, ist noch keine Hinwendung zum Waffensegnen. Aber es ist eine Abkehr vom kritischen Denken hin zu einem bestätigenden, affirmativen Denken. Kurz gesagt, man glaubt, unter den jetzigen Bedingungen der Weltlage die Demokratie verteidigen zu müssen, und wenn es nicht anders geht, dann mit Waffen.

Ich erkenne meine Kirche nicht mehr wieder.

Ich war in der Friedensbewegung in den 80er Jahren, die stark von Christlichen Gruppen und von den Grünen getragen wurde. Nun trennt sich nach den Grünen auch die Kirche vom Pazifismus ab?

Ich war in der Gründungsphase Mitglied der Grünen in Westberlin, sie hießen hier damals „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz". Pazifismus war eine der 4 Säulen dieser Partei. Ich bin lange schon ausgetreten und erkenne diese Partei nicht mehr wieder. Bei der Kirche genauso: Ich erkenne meine evangelische Kirche nicht mehr wieder.

Zurück zur Denkschrift – wer sitzt in dem Gremium, das die verfasst?

Ich habe die Vorfassung dieser Denkschrift vor zwei Wochen durchgearbeitet, so gut ich konnte. Ich habe die Liste von den Autorinnen und Autoren und den zugeschalteten Gästen gegoogelt. Der Leiter des Gremiums ist der Münchner Theologe Reiner Anselm. Aber unter den elf Personen des Gremiums waren tatsächlich ein General der Bundeswehr vertreten und ein Militärdekan, ein Wirtschaftsethiker und andere. Wer aber nicht drin ist, ist der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche, Bischof Friedrich Kramer. Was wäre naheliegender gewesen, als einen Friedensbeauftragten der eigenen Kirche in dieses Gremium mit hineinzunehmen? Mit ihm wäre es aber wahrscheinlich zum Konflikt gekommen, also man hat ihn ausgeladen.

Gestern wurde die Denkschrift in der Synode in Dresden offiziell vorgestellt. Da trat ein hochrangiger Bundeswehrgeneral in Militäruniform ans Rednerpult der Synode und sagte – so in etwa mit meinen Worten: Die letzte Denkschrift eurer Kirche von 2007 fand ich ja gar nicht so gut. Aber jetzt, wo ihr euch an die Seite des Militärs stellt, jetzt seid ihr auf richtigem Wege. – Ich bin fast rausgegangen, ich konnte es kaum aushalten.

Nicht die ganze Kirche hält Gewalt für ein mögliches Mittel der Konfliktlösung. Ein Kreis von TheologInnen am 1. Mai diesen Jahres in einem Friedenszentrum parallel zum Kirchentag in Hannover einen Friedensruf[3] veröffentlicht. Mit dabei waren Margot Käßmann, Friedrich Kramer und andere friedensbewegte Mitglieder der Kirche. In sieben Punkten wird darin anhand der Bibel erklärt, warum christlicher Glaube und Militarismus nicht vereinbar sind. Der erste: „1. Du sollst nicht töten! (2. Mose 20,13)".

Das Tötungsverbot gilt auch angesichts von Krieg und Gewalt. In jedem getöteten Menschen stirbt ein Ebenbild Gottes. Wir können keine Waffen auf andere Menschen richten, weil wir „damit die Waffen auf Christus selbst richteten" (Dietrich Bonhoeffer).
Ihr habt vor einem Jahr einen ganz anderen Friedensruf verfasst und veröffentlicht. Er begründet durch Bibelzitate, warum Christen pazifistisch sein sollte. Ist das nicht etwas weltfremd, das mit den Bibelzitaten?
Wir haben lange überlegt, ob wir so einen biblisch zentrierten Friedensruf machen und uns dann bewusst dafür entschieden, denn die Bibel ist sehr überzeugend. Ich gebe mal ein Beispiel: Der zentrale Glaubenspunkt ist Jesus Christus am Kreuz. Also der Zimmermann Jesus wird hingerichtet auf Initiative der Eliten in Jerusalem und an die Römer ausgeliefert. Er wird nach einer Hinrichtungstechnik der römischen Besatzungsmacht gekreuzigt. Er sagt am Kreuz, so ist es überliefert: Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Er sagte nicht: Ich steige jetzt vom Kreuz und nehme eine Waffe in die Hand, denn bei so einem Unrecht muss ich Widerstand leisten. Das Ostergeschehen von Kreuz und Auferstehung ist das zentrale Ereignis des Glaubens. Wie kann dann eine Kirche, die sich auf Bibel beruft, sagen: Tja, es gibt aber Momente, wo ich dann doch zur

[3] https://www.friedensdekade.de/christlicher-friedensruf-2025-verabschiedet/

Waffe greifen muss? Das ist Verrat am Glauben. Anders kann ich das nicht nennen.
Bei der Verhaftung will ein Mitarbeiter von Jesus im Garten Gethsemane mit dem Schwert die Polizei, die Jesus verhaften will, zurückdrängen. Und da sagt Jesus: Steck dein Schwert in die Scheide zurück. Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen. Also das ist das Gegenteil von dem, was gerade in diesen Tagen meine Kirche formuliert. Die sagt, na ja, das höhere Gut ist ja schon, friedfertig zu sein. Aber wenn es ganz hart kommt, dann nehme ich das Schwert. Das ist das Gegenteil der jesuanischen Botschaft. Wenn ich die Glaubensbotschaft ernst nehme – und nichts anderes ist ja mein Auftrag als Christ, aber auch als Seelsorger in der Kirche – dann komme ich an dieser Tatsache nicht vorbei. Das geht nicht.
Danke für das Gespräch.

Über die Interviewerin | Christa Dregger-Barthels (auch unter dem Namen Leila Dregger bekannt). Redaktionsmitglied des Zeitpunkt (CH), Buchautorin, Journalistin und Aktivistin. Sie lebte fast 40 Jahren in Gemeinschaften, davon 18 Jahre in Tamera/Portugal – inzwischen wieder in Deutschland. Ihre Themengebiete sind Frieden, Gemeinschaft, Mann/Frau, Geist, Ökologie.

Über den Interviewten | „Hauptberuflich arbeitet er als Gefängnisseelsorger, nebenberuflich ist Thomas-Dietrich Lehmann Taxifahrer und Stadtführer. Die Westberliner Hausbesetzerszene prägte ihn nicht nur politisch“ (https://www.deutschlandfunkkultur.de/theologe-und-taxifahrer-thomas-dietrich-lehmann-der-100.html).

Susanne Büttner
(Sprecherin der Initiative ‚Christlicher Friedensruf'):

Kirche nun auch kriegstüchtig?

„**D**as Signal, das die EKD-Friedensdenkschrift aussendet, spiegelte sich bereits am 10. November im Medienecho: ‚Die evangelische Kirche bricht mit ihrer Friedensethik' titelte die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung', und die ‚Berliner Zeitung': ‚Kirche überrascht mit Kurswechsel – Atomwaffen sind politisch notwendig.'

Der theologische Wendepunkt, der in der Denkschrift dazu führt, dass auch Atomwaffen als notwendig zur Verteidigung gerechtfertigt sein können, ist der proklamierte Primat des ‚Schutzes vor Gewalt' aus Nächstenliebe, der Gegengewalt mit Waffen rechtfertigen kann.

In einer weltpolitisch hochbrisanten Situation kriegerischer Konflikte mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges stärkt die Denkschrift mit ihrer ethischen Rechtfertigung kriegerischer Gewalt als *ultima ratio* militärische Optionen.

Die Denkschrift suggeriert, Frieden könne durch Krieg statt durch Diplomatie erreicht werden. Angesichts der dramatischen Zunahme von Krieg und Gewalt und der massiven Steigerung von Militärausgaben weltweit fehlt der Denkschrift der Mut, theologisches wie politisches Vertrauen nicht in Waffen zu setzen, sondern an Jesu Vernunft des Gewaltverzichts zu orientieren.

Mit ihrer Verengung des jesuanischen Prinzips der Gewaltfreiheit auf den Schutz vor Gewalt und dessen Bindung an territoriale Integrität drängt sie jedoch den Pazifismus als Option und nicht-militärische Perspektiven an den Rand. Schutz vor Gewalt gilt zudem zuerst für Mensch, Tier und Ökosphäre und ist nicht an Territorium gebunden.

Eine theologisch glaubwürdige friedensethische Intervention müsste Perspektiven für Auswege aus militärischer Eskalation aufzeigen.

Das Gebot Jesu, die Feinde zu lieben, hätte zu einer viel stärkeren Betonung der Notwendigkeit von Diplomatie statt Krieg führen müssen.

Beim Ukrainekrieg, der der Hintergrund für die theologische Wende der Denkschrift ist, übernimmt sie jedoch völlig unkritisch das Narrativ des westlichen Bündnisses: Nach dem Angriff Russlands sei die militärische Unterstützung der Ukraine zum ‚Schutz vor Gewalt' ultima ratio gewesen. Dies ist jedoch eine einseitige Sicht, die nicht nur die Perspektive der weltweiten Ökumene und des globalen Südens, sondern auch diplomatische Bemühungen außer Acht lässt.
Von einer christlichen ‚Friedensvernunft' her müsste nicht zuletzt geprüft werden, ob ein militärischer ‚Schutz vor Gewalt' nachhaltig Leben schützt. Auch Aufrüstung wäre kritisch auf ihr Gefahrenpotential wie auch auf ihre fatalen ökologischen und sozialen Folgen hin zu hinterfragen. Doch selbst der Begriff der Kriegstüchtigkeit wird in der Denkschrift nicht verworfen – er sei nur ‚mit äußerster Zurückhaltung' zu gebrauchen.
Indem sich die EKD-Denkschrift anschlussfähig an den politischen Mainstream macht, setzt sie sich in einen offenen Widerspruch zum Geist Jesu."

Aus: Gastbeitrag. Neue EKD-Friedensdenkschrift.
Susanne Büttner zur neuen EKD-Denkschrift:
Kirche nun auch kriegstüchtig? In: Sonntagsblatt,
12. November 2025.

Stellungnahme zur Denkschrift der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)[1]
(2025)

Festhalten am Leitbild des Gerechten Friedens mit seinen vier Dimensionen

Die neue Denkschrift der EKD behält den Grundgedanken der vorhergehenden Denkschrift aus dem Jahr 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ bei: „Das Leitbild des Gerechten Friedens stellt den Horizont christlich-politischer Friedensverantwortung dar.“ (12) Auch angesichts neuer Herausforderungen wird einem rein sicherheitspolitischen Friedensverständnis ausdrücklich widersprochen (Kernaussage 1 auf S. 13) und daran festgehalten, dass Friede mehr ist als ein Schweigen der Waffen: „Ein bloßer Waffenstillstand ohne belastbare Freiheits-, Sozial- und Pluralitätsperspektiven provoziert erneut gewaltförmige Konflikte.“ (41)

Die entsprechenden vier Dimensionen des Gerechten Friedens werden in leicht aktualisierter Weise beibehalten: 1. Schutz vor Gewalt, 2. Förderung von Freiheit, 3. Abbau von Ungleichheiten und 4. ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität. Die Notwendigkeit und der innere Bezug der Dimensionen wird betont: „Gewaltschutz kann nur gelingen, wenn durch ihn mittel- und langfristig Freiheit und Abbau von Ungleichheiten gewährleistet ist und in all diesen

[1] Textquelle | https://www.evangelische-friedensarbeit.de/system/files?file=media/document/2025/stellungnahme-eak-zur-friedensdenkschrift-finalpdf-1941.pdf (aufgerufen am 14.12.2025 und 14.01.2026).

Prozessen Pluralität friedensfördernd koordiniert wird." (72)

Als Ziel verantwortlichen Handelns aus christlicher Perspektive wird „Friedenstüchtigkeit" beschrieben und die Rede von der „Kriegstüchtigkeit" kritisiert (59). Die Verwendung sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe (68) wird ausdrücklich thematisiert. Klimafragen und Diversitätsverlust werden als überlebensnotwendige und nur in Kooperation zu lösende Probleme beschrieben. Ausdrücklich benennt die Denkschrift „Ökozid" als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen (127).

Dass die EKD auch angesichts neuer Herausforderungen in einem deutlich veränderten Diskussionsumfeld an dem Prinzip des Gerechten Friedens und seinen vier Dimensionen festhält, ist ein richtiges und wichtiges Signal.

Die „herausgehobene Bedeutung", die die Denkschrift dem Schutz vor Gewalt einräumt (39), ist eng mit dem staatlichen Gewaltmonopol verbunden (23; 40) und bindet dieses an die Stärke des Rechts (36). Das setzt den funktionierenden Staat gleichermaßen voraus und nimmt ihn als Zielstellung in den Blick. Beides ist vor allem aus einer eurozentrischen Perspektive nachvollziehbar, die im Sinne der Zeitenwende stark vom eigenen Bedrohungsempfinden her denkt und staatliche Funktion als gegeben annimmt.

Wird dies jedoch nicht als „kontextuelle Vorrangstellung"[2], sondern als eine universale betrachtet, beinhaltet diese die Gefahr, dass die Dynamik des Verhältnisses der vier Dimensionen aus dem Blick gerät. So hat gerade der Afghanistan-Einsatz gezeigt, dass dort, wo Erfolge erzielt werden konnten, diese nur durch einen integrierten Ansatz der vier Dimensionen erreicht werden konnten.[3]

Ob der Verweis auf ein „System kollektiver Sicherheit in der internationalen Sphäre" (43) und damit die Dimension Schutz vor Gewalt tatsächlich maßgeblich zur Entfaltung der übrigen Dimensionen sein kann und muss, scheint aus unserer Perspektive mit Blick auf z. B. die Erfahrungen von kolonialer Herrschaft im globalen Süden eher fraglich.

---

[2] Renke BRAHMS: Die vier Dimensionen des Gerechten Friedens heute, in: Cornelius Bundschuh, Gildemeister, Butting: Frieden such in konfliktreichen Zeiten, 2025, S. 19.

[3] Ebd. S. 18.

Schärfung der Urteilskraft statt Zeugnis der Friedenshoffnung

Die Denkschrift beginnt mit den Worten: „Die Schärfung friedensethischer Urteilskraft ist unverzichtbarer Bestandteil des Christseins." (1) Eine Stärke der Denkschrift liegt in ihrer analytischen Schärfe und gedanklichen Geschlossenheit, die ihr auch Olaf Müller, Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin und Autor des Buches „Pazifismus. Eine Verteidigung", mit den Worten bescheinigt, sie sei „aus einem Guss" (Podiumsdiskussion am 13.11.2025 in Berlin).

Was bei dieser Art der Herangehensweise zu kurz kommt, ist der Ausdruck von Hoffnung auf den Frieden Gottes. Zwar ist die Rede davon, dass „die Vision und die Hoffnung christlicher Friedensethik ein Friede [ist], der gegenseitige Achtung und gerechte Verhältnisse ermöglicht. Es ist ein Zustand, in dem ‚Gerechtigkeit und Friede sich küssen', wie es in Psalm 85,11 heißt." (4) Dennoch liegt der Schwerpunkt der Argumentation darauf, die Begrenztheit dieser Hoffnung zu beschreiben.

Der Bezug auf die Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtigen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus dem Jahre 1965 gibt eine wesentliche Aussage unkorrekt wieder:

„Vor diesem Hintergrund eines an Recht und Ethik gebundenen Dienstes in den Streitkräften ist der Einschätzung zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe das deutlichere *Zeichen* des Christseins darstelle. Diese in der Situation einer Armee als Instrument einer Diktatur getroffene und darum sehr verständliche Feststellung, die in der Handreichung ‚Zum Friedensdienst der Kirche' 1965 formuliert wurde, ist unter den Bedingungen des liberalen Rechtsstaats der Bundesrepublik und den Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten." (177)

Das damals und heute Entscheidende ist jedoch, dass von einem deutlicheren *Zeugnis des „gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn*" gesprochen wurde. Dieses Friedensgebot sollte auch heute noch der wesentlichste Maßstab sein.

Fokus auf das Gewissen

Zur kirchlichen Praxis in Bezug auf die Entscheidung für oder gegen den Wehrdienst wird ausgeführt:

„Sie unterstützt die Soldaten und Soldatinnen etwa mit der breit aufgestellten Militärseelsorge, in deren Rahmen auch die belastenden Erfahrungen thematisiert und in den Raum des Glaubens und der Hoffnung auf Rechtfertigung und Vergebung gestellt werden können, die aus der Gewaltanwendung resultieren. Zugleich haben die evangelischen Kirchen und die evangelische Ethik ein starkes Augenmerk auf die Kriegsdienstverweigerung gelegt. *Damit ist der Fokus theologisch wie kirchlich stark auf die individuelle Gewissensbildung gerichtet worden*. Ein solcher Fokus ist ethisch nachvollziehbar. Gesellschaftlich bedeutet der Fokus auf das Gewissen, *dass Menschen zu dieser Gewissensbildung befähigt werden müssen*." (160)

Erfreulich deutlich wird hier die Bedeutung von Gewissensbildung hervorgehoben, für die sich die EAK seit vielen Jahren engagiert. Angesichts des Neuen Wehrdienstgesetzes, das nach Veröffentlichung der Denkschrift zum Beschluss im Bundestag vorlag, kommt dieser Aufgabe eine wachsende Bedeutung zu. Als Evangelischer Fachverband für die Beratung von Kriegsdienstverweigerern und damit für die Gewissensbegleitung haben wir in den letzten Monaten die Strukturen und Ausbildungskapazitäten für den Aufbau von flächendeckenden Beratungsangeboten in der EKD entwickelt. Um den – aus Hochrechnungen des bisherigen Beratungsaufkommens – zu erwartenden Nachfragen gerecht zu werden, die Funktion einer Fachstelle und eines Fachverbandes zu erfüllen sowie die koordinierenden Aufgaben zu übernehmen, benötigt die EAK auch weiterhin entsprechende personelle Ressourcen.

Erweiterung der Verweigerungsgründe

Direkt im Anschluss an dieses Zitat wird in bemerkenswerter Weise der Katalog von gewissensrelevanten Entscheidungsgründen erweitert: Nicht nur eine Gewissensentscheidung, niemals einen anderen Menschen zu töten, sondern auch die Angst, selbst getötet zu werden, wird als gewissensrelevanter Sachverhalt beschrieben:

„Hier stehen verschiedene Themen nebeneinander:
1. die ethisch und theologisch begründete Entscheidung, niemals einen Menschen zu töten;
2. die Angst, selbst getötet zu werden;
3. und schließlich das Problem, dass bei einer Verweigerung des Dienstes mit der Waffe andere den Dienst übernehmen müssen, den man selbst aus Gewissensgründen nicht zu übernehmen bereit ist." (160, Formatierung neu)

Damit wird ethisches Neuland beschritten, wie die Denkschrift bereits weiter vorne ausführt:

„[B]ei der Wehrpflicht verlangt der Staat vom Einzelnen zweierlei: *unter bestimmten Umständen töten zu müssen* – und eben auch *eine erhöhte Gefahr einzugehen, selbst getötet zu werden*. Während ersteres in den theologischen und gesellschaftlichen Debatten gut abgebildet worden ist und in der Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen zum Ausdruck kommt, ist die letztere Frage in der theologischen Debatte noch kaum diskutiert worden. Konkret für die einzelnen Bürger (und möglicherweise auch Bürgerinnen) formuliert: Kann ich verpflichtet werden, mein Leben aufs Spiel zu setzen, und zwar gegen meinen Willen – und wenn ja, *unter welchen Bedingungen* und *für welche gesellschaftliche Ordnung*? Hier stellen sich weiterführende Fragen, gerade weil die evangelische Ethik maßgeblich dazu beigetragen hat, *die Sensibilität für jedes individuelle Leben* zu stärken." (156)

Diese Neubestimmung begrüßt die EAK ausdrücklich! Mit diesem Horizont wird die Frage in einer Weise erweitert, die der realen Gewissensbildung näher kommt.

Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund

Erfreulich klar stellt die Denkschrift fest:

„Aus evangelischer Perspektive ist eine sorgsam verantwortete Entscheidung, aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe zu verweigern, zu respektieren. Wenn es der angegriffene Staat nicht

ermöglicht, sich an der rechtmäßigen Verteidigung des eigenen Landes anders als mit einem Dienst mit der Waffe zu beteiligen, ist aus ethischen Überlegungen heraus die Gewährung von Asyl unverzichtbar.“ (170)

Gewissensverantwortung und Volljährigkeit

Aufgenommen wurde auch das Problem der Rekrutierung Minderjähriger, mit der die Bundesregierung von einer Ausnahme in einem Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention Gebraucht macht. Mit dem Argument der nötigen Gewissensbildung wird festgestellt:

> „Da nicht vorausgesetzt werden kann, dass minderjährige Personen Gewissensverantwortung in letzter Konsequenz übernehmen können, ist es kritisch zu sehen, wenn bereits 17-Jährige den Dienst bei der Bundeswehr antreten können. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, dass sie erst mit der Vollendung des 18. Lebensjahrs mit der Waffe ausgebildet werden können.“ (175)

Damit Soldat*innen ihrer ethischen Verantwortung gerecht werden können, müssen sie eine große Reife entwickeln. Diese kann bei minderjährigen Personen regelmäßig nicht vorausgesetzt werden. Daher wäre es wünschenswert, sich aus ethischer Perspektive deutlicher dagegen auszusprechen, dass Minderjährige Dienst in einer Armee tun. Denn wenn man das Argument der nötigen Gewissensreife ernst nimmt, bezieht es sich nicht nur auf die Ausbildung an der Waffe vor dem 18. Geburtstag, sondern auf die davor eingegangene Verpflichtung zu diesem Dienst, zumal über einen mehrjährigen Zeitraum.

Mindestens ist zu fordern, dass die halbjährige Probezeit, innerhalb derer noch keine rechtlich bindende Verpflichtung eintritt, bei freiwillig Wehrdienstleistenden erst ab dem 18. Geburtstag beginnt.

Über die EAK | „Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ist das Netzwerk der landes- und freikirchlichen Friedensbeauftragten im Raum der Evangelischen Kirche in

Deutschland (EKD). Die jährliche Jahrestagung der EAK ist mit der ebenfalls jährlich stattfindenden Konferenz für Friedensarbeit, wo die landeskichlichen Friedensbeauftragten ebenfalls teilnehmen, Ort für Austausch, Strategiebildung und inhaltliche Vertiefung. Die EAK-Jahrestagung findet in der Regel zusammen mit der AGDF-Mitgliederversammlung statt, wobei ein thematischer Teil gemeinsam gestaltet werden soll. – Gleichzeitig ist die EAK durch ihr Berater*innenteam Anlaufstelle für die Beratung zur Kriegsdienstverweigerung für aktive Soldat*innen der Bundeswehr, Reservist*innen und Ungemusterte. Darüber hinaus engagiert sich die EAK international im ökumenischen Kontext und in NGO-Zusammenhängen auch zum Thema KDV international." (https://www.evangelische-friedensarbeit.de/ueber-uns/eak)

Brief an den Friedensbeauftragten der EKD zur Denkschrift „Welt in Unordnung“

18. November 2025

Von Barbara Bürger & Dr. Eberhard Bürger,
Versöhnungsbund-Gruppe Magdeburg

Versöhnungsbund-Gruppe Magdeburg
Bremer Str. 3
39124 Magdeburg

An den Friedensbeauftragten der EKD
Herrn Landesbischof Friedrich Kramer
Hegelstr. 1
39104 Magdeburg

Magdeburg, den 18.11.2025

Betr.: Denkschrift der EKD
„Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ vom 10.11.2025

Sehr geehrter Herr Friedensbeauftragter, lieber Friedrich,

dem Inhalt der Denkschrift der EKD widersprechen wir in wesentlichen Grundentscheidungen und fragen, weshalb bestimmte Aspekte perspektivischen Friedenshandelns fehlen.

Wir vermuten, dass es ein Verdienst des vorausgehenden Konsultationsprozesses ist, dass bestimmte Themen wie z. B. Jesu Haltung der Gewaltfreiheit, Aspekte des Gerechten Friedens differenzierter als in früheren Denkschriften dargestellt werden. Diese und weitere Abschnitte nehmen wir als Anregungen für spätere Überlegungen mit, weil uns derzeit eher Grundentscheidungen beunruhigend beschäftigen.

Unser Blickwinkel dabei ist der des Internationalen Versöhnungsbundes, d. h. der gewaltfreien Friedensarbeit im Verbund mit den Friedenskirchen (Church and Peace).

In der Zusammensetzung der friedensethischen Kommission arbeitete u. a. ein Leitender Militärdekan, Herr Ackermann, und wohl auch ein Offizier der Bundeswehr mit. Wer von den weiteren Teilnehmenden hat die zivile und gewaltfreie Friedensarbeit aktiv vertreten?

Die Gewaltfreiheit von Lehre und Weg Jesu (inmitten des Imperium Romanum und eines besetzten und ausgeplünderten Landes) wird kurz benannt. Pazifismus wird unterteilt in Pazifismus (Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols) und „Radikalpazifismus" (Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols aus verschiedenen Gründen) und angedeutet, um zu resümieren:

> *„Als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts ethisch nicht legitimieren."* (Fundstelle in der Denkschrift: Abschnitt 17) Weiter unten dann die Fortsetzung: *„Vor diesem Hintergrund eines an Recht und Ethik gebundenen Dienstes in den Streitkräften ist der Einschätzung zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe* ***das deutlichere Zeichen des Christseins*** *darstelle. Diese in der Situation einer Armee als Instrument einer Diktatur getroffene und darum sehr verständliche Feststellung, die in der Handreichung ‚Zum Friedensdienst der Kirche' 1965 formuliert wurde, ist unter den Bedingungen des liberalen Rechtsstaats der Bundesrepublik und den Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten."* (177 + 158. Hervorhebung vom Verfasser)

– Das falsche Wiedergeben der Handreichung von 1965 (Im Original ist vom ***„deutlicheren Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn"*** *die Rede*) ist wohl kein Zufall: Bereits 1989 hat die EKD den Komparativ („deutlicheres Zeichen") kritisiert: Es gibt keine schlechteren und besseren Christen. Dem stimmen wir zu, auch deshalb, weil es darum nie gegangen ist und geht. 1989 sollte die weitere Ausbreitung des Gedankens in der Bundesrepublik verhindert werden. – Jetzt, in dieser neuen Denkschrift, wird der gewandelte Kontext (von der Diktatur zu freiheitlichen Gesellschaft) als Argument gegen die klare Unterscheidung des Friedenszeugnisses benutzt. Was

im Text der neuen Denkschrift weggelassen wird, ist für uns damals und heute das Entscheidende, das „**gegenwärtige Friedensgebot unseres Herrn**“, das für uns der erste und wesentlichste Maßstab ist.

- Wir sagen als evangelische und katholische Christen ein klares „Ja“ zur Waffenverweigerung als dem ***„deutlicheren Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn“*** und unterstützen alle, die diesen Weg gehen. Wir vermissen die Anerkennung, dass gerade diese Grundentscheidung für zivile und gewaltfreie, hier pazifistisch bezeichnete, Friedensarbeit universale Bedeutung hat.
- Wir haben in der Vergangenheit vermisst, dass z. B. die intensiv erarbeiteten Ergebnisse der Konferenz von Bad Boll – im Nachgang zur Synode in Dresden 2019 und zur Konkretion der dort gefassten Beschlüsse – umgesetzt werden. Der Eindruck entstand, dass pazifistische Friedensarbeit in der EKD kaum erwünscht ist. Die Denkschrift macht nicht den Eindruck, geschweige denn die Einladung, daran etwas ändern zu wollen. Das enttäuscht uns.

2. Zur Grundentscheidung im Blick auf Atomwaffen und Abschreckung

In der Frage nach Atomwaffen bleibt es bei der Position von 1959 (Heidelberger Thesen)[1]: *„Der ethisch gebotene Verzicht bleibt orientierend, ist angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen*

[1] Obwohl 1957 im „Göttinger Appell“ 18 führende Wissenschaftler der BRD die „lebensausrottende Wirkung“ der Atomwaffen beschreiben, gegen die Herstellung, die Erprobung oder den Einsatz von Atomwaffen protestieren und nicht bereit sind, sich „in irgendeiner Weise zu beteiligen“, beschließt die EKD 1959 in den „Heidelberger Thesen“: „*These* 8: „Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen. | *These* 9: Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muss damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen! | *These* 10: Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahe bringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben.“

aber politisch schwer zu vertreten – ein Zustand, der sich wiederum für eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung denken lässt." (S. 9)

„*Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, auch wenn ihr Einsatz durch nichts gerechtfertigt ist. Eine ethisch richtige Option ist, einseitig auf Atomwaffen zu verzichten. Dies wäre im Blick auf die Folgen in der jetzigen konkreten politischen Situation … kaum politisch zu vertreten. Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Atomwaffen kann … vor diesem Hintergrund eine ethisch begründbare Entscheidung sein. Egal, welche Option sie wählen, die Verantwortlichen laden Schuld auf sich.*" (145)

„*Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben treffen, sondern lediglich die genannten Dilemmata festhalten.*" (148) Das sollte keine Normalität werden, sondern durch glaubwürdige Initiativen geändert werden (149).

- Bereits 1959 hat der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer klargestellt, dass es auch in einer Ethik der Zwei-Reiche-Lehre nach Martin Luther Grenzen gibt. Die sieht er – im Evangelium begründet – bei den Atomwaffen.[2]
- Brauchen ethisch begründete Entscheidungen nicht eine *Friedenstheologie*, aus der sie erwachsen? Die Reduzierung der Grundentscheidung auf *ethische* Abwägungen steht aus unserer

[2] Im selben Jahr, 1959, veröffentlichte Helmut Gollwitzer den Aufsatz *„Die Christen und die Atomwaffen"*, in dem es ausführlich begründet heißt, dass „es … atomare Kriege auch nicht geben wird, nämlich soweit es auf uns, die Christen und die christlichen Politiker, auf dich und mich ankommt, weil jedenfalls … wir beide zu diesen Teufeleien nicht greifen, auch nicht im Falle der Vergeltung, weil jedenfalls Christen sich nicht daran beteiligen können …" Gollwitzer nennt die atomare Bewaffnung eine „obrigkeitlich betriebene Vorbereitung des widerlichsten Massenmordes". Und zu dem Gebot „Du sollst nicht morden" schreibt er: „Dem Mord aber steht Gott entgegen. Solange das Kunststück nicht gelingt, von der Anwendung der ABC-Waffe zu zeigen, dass sie etwas anderes als Massenmord sein kann, wird die Kirche nicht nur den Christen, sondern allen Menschen laut zu sagen haben, dass auf solchem Tun niemals Gottes Segen liegen, dass mit ihm nur das Unheil geerntet werden kann, das man mit ihm abzuwehren hofft; sie wird nicht nur die Christen, sondern jeden Menschen davor warnen müssen, sich auch nur mit dem kleinen Finger daran zu beteiligen."

Sicht in der Gefahr, sich zunehmend an der Realpolitik zu orientieren.

- Wir vermissen ein klares Nein zu Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Transport, Stationierung, nuklearer Teilhabe und Einsatz von Atomwaffen. Wir streben an, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitritt und dass die Evangelische Kirche das Engagement gegen Atomwaffen nicht einfach an außerkirchliche Bewegungen abgibt.
- Die „Übergangslösung" mit Nuklearwaffen besteht jedenfalls seit 1959 und hat sich drastisch verschärft. Die EKD-Denkschrift von 2007 und der EKD- Synodenbeschluss von 2019 gehen noch von einer Forderung zur Abschaffung der Atomwaffen aus. Diesen Schritt vermissen wir. Und wir können die grundsätzliche Toleranz atomaren Waffen gegenüber nicht mittragen. Insofern teilen wir die Haltung des Friedensbeauftragten für ein klares „Nein" ohne jedes „Ja" und danken ihm für diese Klarheit.
- Wir vermissen ein klares Nein zu Geist, Logik und Praxis der Abschreckung[3], zu Aufrüstung, Kriegsertüchtigung und zur Arbeit in Rüstungsbetrieben. Wir vermissen die Forderung nach internationalen Gremien zur Begegnung und Verhandlung internationaler Konflikte (analog zu KSZE wie z. B. OSZE, Internationaler Strafgerichtshof, regionale UN-Beiräte, internationale Abkommen …).
- Wir vermissen ein klares Ja zu Begegnung und Austausch von Menschen und Meinungen, zu internationaler Zusammenarbeit in Wissenschaft, Begegnung der Religionen, in Kultur, Sport, Wirtschaft, Verkehr…[4].

[3] Der Bund Evangelischer Kirchen in der DDR veröffentlichte zuletzt 1987 eine solche Absage aus theologischen Gründen und mit konkreten Schritten aus dem Glauben. Der Charakter der Abschreckung hat sich seitdem nicht geändert, nur verschärft.

[4] Vgl. die Anregungen aus einer Stellungnahme von Christine Müller (Leipzig), Dr. Bettina Musiolek (Meißen), Nicole Lauterwald (Frankfurt/Main), Stefan Gebert, Friedrich Brachmann (beide Dresden).

3. Zur Grundentscheidung im Blick auf Sicherheitslogik und Wehrdienst

Die prinzipielle Orientierung an Jesu Predigt der Gewaltfreiheit (Vorwort) (11) wird im letzten Teil der Denkschrift beschrieben: *„Kern evangelischer Friedensethik ist der Primat der Gewaltfreiheit"* (182). *„Die evangelische Friedensethik lebt von der Zusage, dass jeder Mensch Ebenbild Gottes ist – auch im Streit, auch im Krieg. Das Vorbild Jesu fordert uns zusätzlich zu Gewaltverzicht heraus. Als Christinnen und Christen gilt es, Wege der Gewaltfreiheit und der zivilen Konfliktbearbeitung, wo es nur geht, zu suchen und zu fördern. Am Primat der Gewaltfreiheit werden sich alle individuellen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen messen müssen."* (182)

Diese Orientierung wird sogleich eingeschränkt und mit anderen „Spielregeln" besetzt:

„Angesichts der Begrenztheit menschlichen Handelns und des zerstörerischen Potentials von Menschen wie es sich im Begriff der Sünde ausdrückt, kann eine Ordnung und das gemeinsame Leben erhaltende Gegengewalt in bestimmten Fällen unvermeidbar sein." (ultima ratio) (183)

Diese Spielregeln werden anhand von Herausforderungen so beschrieben, dass vorhandenes politisches Instrumentarium und politische Konstellationen immer wieder mit Maßstäben der Friedensethik zusammengebracht werden: befragt, legitimiert, begrenzt, erweitert … Dabei wird von Armee, Abschreckung, Atomwaffen, Wehrdienst, Rüstung, Konflikten in wesentlichen Grundausrichtungen so ausgegangen, wie es die derzeitige „Sicherheits"-Politik vorgibt. Sicherheitslogik hat dabei die meiste Aufmerksamkeit, Friedenslogik wird als Ergänzung immerhin erwähnt (z. B. 62, 73).

– Wir distanzieren uns: Aus der These der Denkschrift, dass Gewaltfreiheit den „Vorrang" habe und alle anderen Mittel und Wege den „Nachrang" – daraus wird in der Praxis der gegenwärtigen Politik und der Denkschrift der EKD, dass dem „Nachrang" so viel Geld, Personal, Ressourcen, Wissen usw. gewidmet werden, dass der Welt die Mittel für die Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN systematisch entzogen werden und das Überleben vieler Menschen immer fraglicher wird. So erleben wir den „Vorrang" (z. B. im Bundeshaushalt,

in der Praxis finanzieller Förderung in verschiedensten Bereichen, in der Bildung …) schlichtweg als Deckmantel dafür, um den „Nachrang" umso ungehinderter vor allem militärisch ausweiten zu können.

- Wir vermissen ein klares Nein zur verhängnisvollen Tradition der Lehre des „gerechten Krieges". Auch wenn der Begriff „gerechter Krieg" ausdrücklich abgelehnt wird, Krieg wird in der Denkschrift nicht geächtet, sondern mit (fiktiven, selten real zu überprüfenden) Kriterien versehen, und das UN-Ziel zur Verpflichtung, Konflikte ausschließlich friedlich zu lösen, kommt uns zu kurz.
- In einer Zeit, in der mit „Kriegstüchtigkeit" geworben und die Wiedereinführung der Wehrpflicht beschlossen wird, gibt die Denkschrift der EKD eine klare Vorgabe, wie ein christlicher Weg heute auszusehen hat. Wenn die MilitärpfarrerInnen dann zu Orientierung und Gewissensbildung beitragen sollen und wollen, tun sie das im Rahmen der Bundeswehr. Die „Freiheit eines Christen" steht aus unserer Sicht zunehmend auf dem Spiel, weil sie vorentschieden weitergegeben wird.
- Wir vermissen ein klares Nein zur Wehrpflicht und ein Ja zu zivilen und gewaltfreien Alternativen und ihre Bewertung als wesentliches Zeugnis für friedenslogische Perspektiven auch des christlichen Glaubens.

4. Zur Grundentscheidung für einen „Gerechten Frieden"

Vielleicht ist es diese Intention, die uns noch mit der Haltung der EKD zu den gegenwärtigen Fragen verbinden kann. Das wollen wir weiter bedenken. Im Augenblick ergeben sich für uns auch hier Probleme:

- Wir vermissen ein „vorbehaltloses Ja zur Vision eines gerechten Friedens auf der Erde" und den eindringlichen Blick, dass wir nur gemeinsam leben und überleben können. Die kurzen Hinweise auf die UN-Nachhaltigkeitsziele (z. B. 25 und 134) genügen dabei nicht, dass Menschen solche Vision(en) mitteilen können.

- Wir fragen uns, weshalb wir die kritischen Verlautbarungen zu einer tödlichen Wirtschaft von Lutherischem Weltbund (2003 in Winnipeg) und Reformierten Weltbund (Accra 2004) nicht durch die EKD wahrgenommen haben.
- Für einen „Gerechten Frieden" hat die Denkschrift als Reihenfolge gewählt: „Schutz vor Gewalt", „Förderung der Freiheit", „Abbau von Not", „Anerkennung kultureller Vielfalt". Aus unserer Sicht sind die Prioritäten anders zu setzen und die Themen zu erweitern, ohne dass wir auf die Schnelle Entscheidungen darüber treffen wollen.[5]
- Wir vermissen in der Denkschrift das lebendige Engagement der EKD, dem Frieden die volle Kreativität[6] und Aufmerksamkeit zu widmen und ihn auch kritisch (nicht nur „einhegend") gegenüber der gegenwärtigen Rüstungs-, Bündnis- und Militärpolitik einzubringen. Die jetzige Denkschrift lässt viele Initiativen derzeit im Stich, statt sie zu ermutigen und zu begeistern.

So entsteht für uns keine neue Verbundenheit mit der EKD. Im Gegenteil, mit ihren Grundentscheidungen setzt die EKD diese Verbundenheit aufs Spiel.

Mit friedensbewegten Grüßen aus der
Versöhnungsbund-Gruppe Magdeburg (und Region):
Stellvertretend: Barbara Bürger & Dr. Eberhard Bürger.

---

[5] Für einige Formulierungen knüpfen diese Zeilen an die unter Anm. 5 genannte Veröffentlichung an, die unter der Überschrift steht: „ ‚Es ist Gläubigen nicht gestattet, sich von der Realpolitik überwältigen zu lassen.' (Landesbischof Tobias Bilz am 9. November 2025)".

[6] Für einen Gerechten Frieden braucht es aus unserer Sicht kreative Wege wie z. B.: – Institutionen wie ein Ministerium für Frieden, Abrüstung und Integration, | – Initiativen wie die, dass Städte „Friedensstädte" werden, Friedensbündnisse und Begegnungen, Jugendaustausch u.a.m. aktiv werden, | – die Kreativität der Basis bei Bürgerräten für Friedensfragen auf verschiedenen Ebenen und durch kleine Gruppen, | – Bildung in Schulen zu Friedensentwicklung und Sozialer Verteidigung, zu gewaltfreier Konfliktlösung und Gewaltfreier Kommunikation, UN-Nachhaltigkeitszielen und Menschenrechten, zivile Friedensdienste ... | – demokratische Beteiligung auch gegen Bürokratievorherrschaft und politischem Desinteresse an Bürgerbeteiligung … | – deutliche Einübung demokratischer Spielregeln und klares Entlarven von deren Bedrohung …

Über die Verfasserin und den Verfasser:

DR. EBERHARD BÜRGER, geboren 1949 in Sömmerda, aufgewachsen in Weimar. 1966-1969: Berufsausbildung mit Abitur als Facharbeiter für Fernmeldetechnik in Arnstadt/Thüringen. Entscheidung für „Bausoldat". 1969-1974: Studium der Evangelischen Theologie an der Universität in Jena. Seit 1972 verheiratet mit Barbara Bürger, Pfarrerin i. R. und Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation. Vier Kinder. – 1974 Vikariat in Erfurt und Forschungsstudium beim Bund Evangelischer Kirchen. 1976 Wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich Praktische Theologie in Jena bei Professor Dr. Klaus-Peter Hertzsch. 1979 Promotion im Fachbereich Kirchengeschichte an der Universität Jena. Seit 1969: Friedensarbeit im Rahmen des Evangelischen Jungmännerwerkes Thüringen. 1979-1988: Gemeindepfarrer an der Michaelisgemeinde Zeitz, Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (KPS). 1988-1995 Gemeindepfarrer im Pfarrbereich Belgern/Elbe (KPS). 1990: Beitritt zum deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. 1995-2003: Als Provinzialpfarrer für missionarischen Gemeindeaufbau Leiter der landeskirchlichen Arbeitsstelle für Kirchliche Dienste (AKD) in Magdeburg (KPS). 2003-2012: Gemeindepfarrer im Pfarrbereich Arendsee/Altmark (KPS und seit 2009 zusammen mit Thüringen Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, EKM). 2009-2013: Mitarbeit im Vorstand des Versöhnungsbundes, davon ab 2011 als stellvertretender Vorsitzender, seit 2012 Mitarbeit außerdem in der landeskirchlichen und der örtlichen Friedensarbeit. Ab 2012 Pfarrer i. R. in Magdeburg.

BARBARA BÜRGER, geboren 1951 in Nebra/Unstrut, aufgewachsen in Altenroda; 1966 – 1970 Oberschule Roßleben mit Beruf als Rinderzüchterin; 1970 – 1971 Ausbildung als Gemeindehelferin; 1971 – 1976 Studium der Theologie in Jena; 1975 Geburt der ersten Tochter; 1976 – 1979 Vikariat und 2. Examen; 1978 Geburt der 2. Tochter; 1979 – 1988 Zeitz, Geburt der 3. und 4. Tochter; 1988 – 1995 Gemeindepfarrerin in Gemeinden des Kirchenkreises Torgau und Schulpfarrerin; 1995 – 2001; Kreisschulpfarrerin im Kirchenkreis Schönebeck/Elbe; 2001 – 2003 Arbeit im Frauenzentrum Domodungu in Talca/Chile und in La Paz/Bolivien; 2003 – 2012 Referentin für Kinder- und Familienarbeit im Kirchenkreis Stendal; seit 2012 Ruhestand in Magdeburg; 1991 Beitritt zum Internationalen Versöhnungsbund, Deutscher Zweig; Mitarbeit in dessen Vorstand; Ausbildungen als GFK-Trainerin und TZI-Diplom; 2013 Gründung einer Versöhnungsbund-Gruppe in Magdeburg; Mitarbeit in der lokalen und regionalen Friedensarbeit.

Nein zur „Bombe Satans“* – ohne irgendein Ja

Über die Irrlehre der befristeten Atomwaffenduldung –
ein Ermutigungsruf an alle Freundinnen und Freunde Jesu
Zum Hiroshima-Tag – 6. August 2023

Seit dem Verbrechen über Hiroshima am 6. August 1945 hat der Mensch die Möglichkeit zur Auslöschung allen Lebens auf der Erde. Gewissenlose Politiker investieren endlose Milliardenbeträge, die ihnen nicht gehören, in eine neue – ausdrücklich für den *verbesserten* Einsatz entwickelte – Atomwaffengeneration (nebst Trägersystemen). Die Leiden infolge menschengemachter Klima- und Umweltkatastrophen sollen nicht vermindert, sondern noch vergrößert werden. Die Hungernden des Planeten, alle Gesellschaften und die noch nicht Geborenen werden ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Diesen Weg in die Barbarei ebnet ein Herrschaftsgefüge, in dem der Wahnsinn zum System geworden ist. Alle Atombomben-Besitzer und -Teilhaber ignorieren die von der Völkergemeinschaft vollzogene Ächtung. Die Alarmglocke der „Weltuhr“ tönt lauter denn je.

Bischof Franziskus von Rom hat nun endlich erklärt, dass schon Herstellung, Besitz oder Bereithaltung der nuklearen Massenmordwaffe moralisch unannehmbar sind (10. November 2017; 24. November 2019). „Die bedingte Zustimmung zum Besitz von Atomwaffen ist ethisch nicht mehr zu rechtfertigen.“ (Justitia et Pax [Deutschland], 3. Juli 2019)

Der Glaubenssinn in der gesamten Ökumene stützt solche Aufklärung. Ohne Rücksicht auf die „Herren dieser Welt“ erläuterte besonders klarsichtig bereits 1982 der „Reformierte Bund“: „Das Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können.“

Doch einige national-kirchliche Komplexe, die dem Staat und/oder dem Militär eng verbunden sind, haben mit Blick auf das System der nuklearen Massenvernichtungstechnologie von „befristeter“ Duldung gesprochen. Ohne Scham wird seit mehr als einem halben Jahrhundert diese „Duldung auf kurze Zeit“ immer und immer wieder erneuert. Solch eine Verlästerung Jesu ist geeignet, das Christentum vor aller Welt dem Gespött preiszugeben.

Deshalb erinnern wir daran, dass die durch das Evangelium befreiten Menschen sich in keiner Weise an der Vorbereitung oder Ermöglichung von Massenmorden beteiligen. Sie enthalten sich in Gesellschaft, Wissenschaft, Industrie, Finanzkomplexen, Militär und Politik jeglicher Mitwirkung an Rechtfertigung, Entwicklung, Herstellung, Erprobung, Bewerbung, Verkauf, Beschaffung, Stationierung, Wartung und Ausbildungs-, Übungs- oder Kriegseinsätzen von Bestandteilen der nuklearen Massenmord-Logistik. Hier sind keine prophetischen „Ideale", sondern Selbstverständlichkeiten angesprochen. Zur Freiheit eines Christenmenschen gehört es nicht, an der Ermöglichung oder Durchführung von nuklearer Menschenvernichtung mitzuwirken.
Gott liebt das Leben. Alle, die als Liebhaberinnen und Liebhaber des Lebens mit Gott gemeinsame Sache machen, brauchen keine Angst zu haben. Wer der „Bombe Satans"* jegliche Dienstbarkeit verweigert, vermehrt die Freude am Christsein, lindert die seelische Niedergeschlagenheit vieler Geschwister, bezeugt die Gabe der Vernunft und überwindet hohe Mauern der Lüge. In einer Welt, die unter dem Aberwitz der Todesgötzen leidet, legen die Widerstehenden das Wissen um eine mögliche Schönheit der menschlichen Gattung wieder frei.

[* „*Bombe Satans*" – *Metapher* (!) des kath. Atombomben-Gegners Georg D. Heidingsfelder, BRD 1958.]

Quelle | Internationale Sprachfassungen und alle Unterzeichner*innen dieses ökumenischen Hiroshima-Rufes auf dem Internet-Portal: https://hiroshimacall.wordpress.com/

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Stellungnahme zur EKD-„Friedensdenkschrift" | 3. Dezember 2025

Solidarische Kirche im Rheinland

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!"
Nach der Barbarei des 2. Weltkriegs war dies die deutliche Botschaft der Kirchen dieser Welt.

> 80 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs warten wir, die Solidarische Kirche im Rheinland, vergeblich auf solch eindeutige Worte der Kirche, die der Kriegslogik von Politik und Militär widersprechen. Stattdessen veröffentlicht die EKD gerade eine sogenannte „Friedensdenkschrift", die diesen Namen nicht verdient.
>
> Statt die friedenschaffenden Institutionen von UNO und OSZE zu stärken, die Analysen christlicher Friedensinitiativen wie „Sicherheit neu denken" und der Friedensforschung (z. B. von Erica Chenoweth und Maria Stephan) ernst zu nehmen, folgt die „Friedensdenkschrift" den Argumentationslinien von NATO, EU und der Bundesregierung.
>
> Die Kirche hat damit ihr Wächteramt aufgegeben und sich selbst zum Sprachrohr des militärischen Denkens degradiert.
>
> Und dies in einer Zeit, in der deutsche Rüstungsexporte die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und im Sudan befeuern.

In einer Zeit, in der wir die größte Aufrüstung seit Jahrzehnten erleben, wo Hunderte von Milliarden Euro in die Rüstung fließen, Rüstungskonzerne größte Gewinne einfahren, während gleichzeitig Sozialausgaben gekürzt werden,
… in einer Zeit, in der in Europa ein Krieg geführt wird, vor dessen Hintergrund die Politik „Kriegstüchtigkeit" als erstrebenswert erklärt,
… in einer Zeit, in der wieder über „Zwangskriegsdienst" (Margot Käßmann) debattiert wird – in dieser Zeit veröffentlicht die EKD eine Schrift, die sich der herrschenden Politik anbiedert.

Welch ein Skandal, dass die Kirchen in Deutschland, deren

Fundament die biblische Friedensbotschaft ist, der militärischen Argumentation folgen, wo Menschen gerade von ihnen ein deutliches Friedenszeugnis erwarten.

> „Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern.
> Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen." (Micha 4)
> „Selig sind die, die für den Frieden arbeiten, denn sie werden Töchter und Söhne Gottes heißen!" (Mt 5)

Welch ein Skandal, dass die Kirchen in Deutschland militärische Gewalt als „rechtserhaltende Gewalt" rechtfertigen in einer Zeit, in der Krieg als Mittel der Politik ernsthaft diskutiert und vorbereitet wird.

So sind es wieder einmal Frauen der Kirche, die ihre Stimme erheben gegen Hochrüstung und für Diplomatie und zivile Konfliktlösungen:

> „Wenn ich an diese Kinder denke, an die Kinder in der Ukraine und in Russland, in Israel und Gaza, im Kongo, im Jemen, dann sind doch Milliardeninvestitionen in Rüstung keine Investition in ihre Zukunft! Sie brauchen keine ‚Schnupperpraktika' bei der Bundeswehr, sondern Friedenserziehung. Ihre Zukunft wird nicht gesichert durch Rheinmetall – die Aktie ist seit 2022 um sagenhafte 2000 % gestiegen! Ihre Zukunft wird gesichert, wenn sie nicht in Armut aufwachsen und Zugang zu Bildung haben! Ihre Zukunft wird nicht gesichert durch Atomwaffen. Sie wird gesichert durch einen Bann aller Atomwaffen und durch Konzepte für ein friedliches Zusammenleben auf unserem Planeten, das die Klimakatastrophe verhindert! Ihre Zukunft braucht keine Kriegslogik, sondern Friedenslogik." (Margot Käßmann, Redebeitrag für die Demonstration „Nie wieder kriegstüchtig!" in Stuttgart am 3.10.2025)

> „Der Hass und die Bereitschaft zum Krieg und zur Feindbildproduktion ist tief verwurzelt in der Menschheit, gerade in Zeiten großer Krisen und existentieller Ängste.
> Heute aber gilt: Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen. Wir haben nur diese eine

Zukunftsoption.“ (Antje Vollmers Vermächtnis einer Pazifistin: „Was ich noch zu sagen hätte“, 2023)

Die solidarische Kirche im Rheinland erwartet von den Kirchenleitungen eine deutliche Positionierung gegen die Hochrüstungsspirale – in Richtung sozialer Verteidigung.

> „Soziale Verteidigung ist ein Konzept gewaltloser Verteidigung bzw. zivilen Widerstands. Ihr Ziel ist nicht der Schutz der Grenzen und des Territoriums, sondern sie ist eine Verteidigung der Lebensweise und der Institutionen gegen die Absicht eines Gegners, illegitime Herrschaft auszuüben. […] Die Vorbereitung von Sozialer Verteidigung – anstelle von der Anhäufung von immer mehr Waffen – würde ein internationales Signal setzen, eine neue, auf gemeinsamer Sicherheit beruhende Friedensordnung aufzubauen.“ (Christine Schweitzer)

- Wer, wenn nicht die Kirche mit ihrem biblischen Fundament der Friedensethik, hätte die Pflicht, der militärischen Abschreckungsdoktrin, die nichts als den nächsten Krieg vorbereitet, deutlich zu widersprechen?
- Wo ist die Kirche, die mithilft, die neue, gewaltlose Friedensordnung aufzubauen?
- Eine Kirche, die den Traum einer Welt, in der Gerechtigkeit und Frieden sich küssen, Wirklichkeit werden lässt.
- Die EKD der „Friedensdenkschrift 2025“ ist diese Kirche nicht.
- „Aufgabe der Kirche ist es, auf Friedensfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit der Gesellschaft hinzuarbeiten.“ (Initiative christlicher Friedensruf)

Solidarische Kirche im Rheinland.
Köln, am 3.12.2025 – SprecherInnen: Erich Frehse, Bonn | Rita Horstmann, Köln | Monika Nitsch, Düsseldorf

Solidarische Kirche im Rheinland | „Die Solidarische Kirche im Rheinland (SoKi) ist eine Gruppe in der Tradition der Bekennenden Kirche, für die das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung wichtig ist.“ – Website: https://solidarischekirche.de/

„Wider die Kriegstüchtigkeit – Schritte zu Friedensfähigkeit“

Signal aus der 3. Friedenswerkstatt Bonn
an die Evangelische Kirche im Rheinland
(10.01.2026)

Am 10. Januar fand auf Einladung des Arbeitskreises Frieden der Ökumenischen Gruppen und Netze in der Evangelischen Kirche im Rheinland (A K F), des Evangelischen Forums Bonn und des Regionalen Dienstes der Vereinten Evangelischen Mission (V E M) die 3. Friedenswerkstatt statt.

1. Wir kommen von Weihnachten her

Die Geburt Jesu Christi ist die Friedenszusage Gottes an unsere gewalttätige Welt. Sie ist die entscheidende Zeitenwende für uns Christinnen und Christen. Das Kind in der Krippe war wehrlos und verletzlich. Das gewaltfreie Leben Jesu Christi für Gottes Schalom bis ans Kreuz wirkte gegen die damalige militärisch-imperiale Pax Romana. Für uns heute bleibt es Grund und Verheißung, als Kirche diesem Jesus mit unserem Zeugnis in Wort und Tat im Einsatz „für Gerechtigkeit, Frieden und (die) Bewahrung der Schöpfung, für die Achtung der Würde eines jeden Menschen, (für) ein respektvolles und gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt“ (Art. 1 KO) zu folgen.

2. Wir nehmen wahr,

dass unter dem Begriff „Zeitenwende“ eine milliardenschwere Aufrüstung in Gang gesetzt wird. Kriegstüchtigkeit und militärische Stärke ist das neue Paradigma deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wird auch gesamtgesellschaftlich im Bildungs- und Gesundheitswesen verfolgt. Die zivilen Instrumente der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung werden massiv abgebaut. Sie wer-

den als unrealistisch und unwirksam zur Überwindung der globalen Konflikte und von Kriegen verunglimpft. Die innergesellschaftlichen wie internationalen Konflikte und Verteilungskämpfe um Gesundheit, soziale Mindeststandards, Energie, Rohstoffe und Wohlstand nehmen in erheblichem Maße zu. Dadurch erodiert der gesellschaftliche Zusammenhalt, Demokratie gerät weltweit unter Druck. Die globalen, nur gemeinsam zu lösenden Probleme wie der Klimawandel, die politische Reform der UN, die Wiederherstellung einer regelbasierten und völkerrechtskonformen Friedensordnung oder Wege hin zu mehr Handelsgerechtigkeit kommen nicht einmal mehr in den Blick. Die zerstörerische Rolle des Militärs beim Klimawandel wird verschwiegen.

3. Wir widersprechen

… einer Sprache, die Feindschaft schürt, politische Gegner dämonisiert, Feindbilder verfestigt und so Angst und Unsicherheit verbreitet;

… einem Gut-Böse-Denken, das eigene Anteile an gegenwärtigen Konfliktlagen ausblendet, das nach dem Scheitern vergangener Militäreinsätze, die bis heute nicht wirklich aufgearbeitet sind, weiterhin an rein militärischen „Scheinfriedenslösungen" festhält;

… der Umdeutung des Begriffes ‚Nachhaltigkeit', wenn Militärs und die Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie in Nachhaltigkeitsfonds drängen und Fonds zu Environment, Social und Governance (ESG-Fonds) in Atomwaffen anlegen dürfen (siehe „Wirtschaften für das Leben", EKiR 2008, S. 44);

… mit unseren Geschwistern der United Church of Christ (UCC) der Vereinnahmung und Verfälschung des christlichen Glaubens für nationalistische, rechtspopulistische und rassistische Ziele in den USA wie auch bei uns;

… der EKD, die in ihrer Friedensdenkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick" (2025) einen Paradigmenwechsel vornimmt. Sie unterstützt und legitimiert eine Politik, die vorwiegend auf militärische Stärke setzt. Die EKD entwertet das Friedenszeugnis der Evangelischen Kirchen in der DDR zu Kriegsdienst- und Totalverweigerung und reduziert die Nachfolge des gewaltfrei-

en Jesus auf die Frömmigkeit des Einzelnen ohne politische Relevanz. Sie billigt trotz der Ächtung der Atomwaffen die Drohung mit Atomwaffen und die nukleare Teilhabe als eine ethisch legitime Entscheidung.

4. Geeignete Schritte zur Friedensfähigkeit sind:

… die konkrete Weiterführung des Friedenswortes der Evangelischen Kirche im Rheinland von 2018 auf dem Weg zu einer Kirche des Gerechten Friedens, auch im Hören auf die Stimmen der UCC und der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Friedenswort der EKiR 2018, Abs. 2);

… die Verankerung der Friedensbildung zur Gewaltfreiheit als ureigenen kirchlichen Auftrag in der kirchlichen und der schulischen Bildungsarbeit. Die Schulen in kirchlicher Trägerschaft können und sollen hier stilbildend sein. (Friedenswort der EKiR 2018, Abs. 7.5);

… als Kirche gesellschaftliche Diskursräume schaffen, in denen in wertschätzender Gesprächskultur auch gegensätzliche Meinungen ausgesprochen werden, um Lernprozesse anzustoßen und Demokratie gelebt werden kann;

… die Förderung von Kapazitäten zur Beratung von jungen Menschen angesichts der drohenden Wehrpflicht und zur Gewissensbildung;

… die Wiedereinführung freiwilliger Friedensdienste in der EKiR und die finanzielle Ausstattung der Friedensorganisationen im Bereich der EKiR;

… Initiativen wie „Sicherheit neu denken" als „politische(n) Impulsgeber" und „Ausdruck gelebter Frömmigkeit" (Denkschrift 2025 (14)) mit ihrer Jugendorganisation „peace for future" inhaltlich und finanziell zu unterstützen;

… sich in Netzwerke einzubringen, die nicht-militärische Ansätze der Sozialen Verteidigung, gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Diplomatie verfolgen (Bündnis „Rheinmetall entwaffnen", Church and Peace, IPPNW, ICAN …);

… im Krieg den Frieden vorbereiten: zivilgesellschaftliche Kontakte zur „anderen Seite" stärken (z. B. Initiative Pskow; Kontakte aus der Versöhnungsarbeit mit ehemaligen Zwangsarbeitern, Part-

nerschaften in Israel und Palästina, jüdisch-palästinensische Organisationen wie z. B. Combatants for Peace);

… Geld und Know-how vorsehen für die öffentliche Sichtbarkeit des kirchlichen Friedensauftrages, der Botschaft der Hoffnung und Freiheit, ihren Einsatz für Gerechtigkeit in den sozialen Medien.

5. Wir fordern unsere Kirche in all ihren Gliederungen auf,

… in Politik und Gesellschaft für eine Friedensbildung schulisch und außerschulisch einzutreten, die dem Friedensauftrag des Grundgesetzes und der Länderverfassungen entspricht;

… für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung auch gegenüber der Politik einzutreten: Asyl für z. B. Verweigerer aus der Ukraine und aus Russland;

… für das Recht auf Gewissensentscheidung zur Kriegssteuerverweigerung einzutreten;

… sich für den Ausbau und die rechtliche und finanzielle Absicherung freiwilliger Friedensdienste durch die Politik einzusetzen;

… deutlich öffentlich Stellung zu nehmen gegen die zunehmende Militarisierung der Sprache sowie der internationalen Beziehungen, gegen die Bereicherung zugunsten nationaler wie persönlichen Interessen in Politik und Gesellschaft (Rohstoffe, Grund und Boden, Rüstungsaktien, Grundwasser …);

… sich für die Beendigung der weltweit friedensethisch verurteilten ‚nuklearen Teilhabe' durch die BRD (ÖRK 1983 Vancouver) einzusetzen und die Politik zu drängen, ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag wahrzunehmen und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten;

… gemeinsam mit Friedensorganisationen gegen die geplante Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland Stellung zu beziehen, neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu fordern und – in ökumenischer Verbundenheit – für eine multilaterale Weltordnung einzutreten, die die Stimmen des ‚Südens' in Sachen gerechter Frieden angemessen zur Geltung bringt.

Bonn, 10. Januar 2026 – für die Friedenswerkstatt:
Wilfried Drews, Ulrich Frey, Helmut Müller, Reinhard Schmeer.

Bergpredigt und Römische Besatzungsmacht

„Einen … entlarvenden Sinn hat auch die berühmte Aufforderung, nach dem Schlag auf die rechte Wange freiwillig die linke hinzuhalten und den Angreifer damit zu provozieren, seine Attacke fortzusetzen. Der Schlag auf die rechte Wange kann nur (bei einem Rechtshänder) mit dem Handrücken erfolgen, was als Zeichen der Erniedrigung verstanden wurde. Mit dem Handrücken wurden von den Römern untergeordnete Personen, also vom *paterfamilias* Sklaven, Ehefrauen und Kinder und von Repräsentanten der römischen Besatzungsmacht Juden geschlagen. Die Darbietung der linken Wange, also die nonverbale Aufforderung, mit der Handfläche zuzuschlagen, ist gerade die Zurückweisung der erfolgten Herabsetzung und das Bestehen darauf, als gleichwertig behandelt zu werden. Es ist die Weigerung, die Herabsetzung hinzunehmen, ein gewaltfreier Protest gegen die Erniedrigung, vergleichbar der Weigerung der Schwarzen Rosa Parks, ihren Sitzplatz im Bus einem Weißen zu überlassen. Eindeutig im Kontext der Militärmacht Rom zu verorten ist Mt 5,41: ‚Wenn dich einer zwingen will, eine Meile mit ihm zu gehen, dann geh zwei mit ihm!' Es spielt auf das Recht eines römischen Soldaten an, einen Angehörigen des kolonialisierten Volkes zu zwingen, sein Gepäck zu tragen. Das geltende Rechtsstatut hat dies aber eindeutig auf eine Meile beschränkt. Die Überschreitung dieser Vorschrift hätte dem entsprechenden Soldaten erhebliche Schwierigkeiten und Bestrafungen eingebracht. Die freiwillige zweite Meile ist also keineswegs eine devote Geste der Unterordnung über das geforderte Maß hinaus, sondern eine subversive Strategie gegen die Anmaßung der Besatzungsmacht. Die Gewalt ausübenden Instanzen müssen es aushalten, mit ihrer eigenen Gewalttat konfrontiert zu werden. Das ist die aussichtsreichere Strategie der Überwindung der Gewalt im Gegensatz zur wiederum gewalttätigen Erwiderung. Der Kreislauf der Gewalt wird kreativ unterbrochen."

(Bruno KERN: „… den Krieg gründlich verlernen".
Marburg: Büchner-Verlag [2026], S. 123-124.)

Wortmeldung aus der
Ökumenischen Vernetzungsinitiative Casa Comun

zur Diskussion um die sogenannte Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland

22. Januar 2026[1]

„Wenn sie sagen:
‚Friede und Sicherheit',
dann überfällt sie schnell das
Verderben" (1. Thess 5,3)

Die neue Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick"[2] erhebt den Anspruch, das Konzept des „gerechten Friedens" ins Zentrum zu stellen. Im Grunde jedoch gibt diese Denkschrift wenig zu bedenken. Sie trifft vielmehr eine Entscheidung: In Anbetracht einer ausgemachten „Zeitenwende", die durch eine prekäre globale Sicherheitslage und die Sorge ums eigene Überleben bestimmt wird, setzt sie im Einvernehmen mit den Mächtigen der Welt und hierzulande auf eine Politik der Aufrüstung und Militarisierung.

Offensichtlich trauen die Autor*innen der Denkschrift dem Christentum wenig zu. Sie geben jede kritische Distanz zu staatlicher Politik auf und machen aus ihrer Theologie eine „Hofprophetie": Nicht Kritik und Einspruch im Namen eines Gottes, der der Herrschaft die Aussicht der Befreiung entgegenhält, nicht Umkehr

[1] T e x t q u e l l e | https://casa-comun-2022.de/wp-content/uploads/2026/01/OeVI-Wortmeldung-zur-EKD-Friedensdenkschrift-22Januar2026.pdf

[2] https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf

wird gepredigt, sondern es wird wiederholt, dass dasjenige, was ist, was in Sachen Sicherheitspolitik getan wird, im Großen und Ganzen doch gut sei. So entsteht der Eindruck, dass man dem gesellschaftlichen Relevanzverlust begegnen möchte, indem man sich beeilt, dem beizupflichten, was man für eine alternativlose, pragmatische Logik hält, für die man gesellschaftlich Zustimmung erhofft: Die Zeiten werden härter, also müssen wir aufrüsten und durch Abschreckung für mehr Sicherheit sorgen.

Diese Position fordert uns als ökumenische Basisinitiativen, die sich in der *Ökumenischen Vernetzungsinitiative Casa Comun* (ÖVI)[3] zusammengeschlossen haben, zum Widerspruch heraus: Wenn Kirchen sich heute entscheiden, Militarisierung und Aufrüstung mit den gleichen Argumenten wie die Herrschenden zu legitimieren, machen sie sich im Grunde überflüssig. Die prophetische Aufgabe der Kirchen muss eine andere sein: nämlich daran festzuhalten, dass der Weg, Sicherheit über militärische Lösungen herzustellen, in den Abgrund führt und das Überleben der Menschen, aber auch der Welt insgesamt massiv gefährden wird. Wenn die EKD nicht mehr bereit ist, dieser Botschaft, die sich für uns aus den Grundlagen christlichen Glaubens und Bekenntnisses ergibt, die Treue zu halten, sondern sich stattdessen an vermeintlichen Plausibilitäten orientieren will, um sich „politikfähig" zu halten, verfehlt sie ihren Auftrag. Vielmehr scheint sich die EKD darin zu gefallen, sich auf eine krisenbelastete, von Legitimationskonflikten angegriffene Staatsform rückhaltlos zu verpflichten.

Warum tut sie das? Geht es darum, sich pragmatisch zu zeigen, als verantwortungsbewusste Staatsbürger*innen sich dem anzupassen, was die herrschende Meinung zu sein scheint? Im Unterton hört man unseres Erachtens das Bemühen, sich von einem Teil des evangelischen Basischristentums abzugrenzen, der sich gerade (auch) für das Thema Krieg und Frieden interessiert, den Friedensbewegten. Dies geschieht, indem deren zentrale Überzeugungen als nichtig und das Gegenteil schlicht als richtig erklärt werden: Aufrüstung gilt nicht länger als vermeidbar und riskant, sondern als zur Herstellung von Sicherheit unerlässlich, Kriegsdienstverweigerung nicht länger als besonderes Zeichen des Bekenntnisses zum Chris-

[3] https://casa-comun-2022.de/

tentum. Mit Skepsis wird auf Verhandlungslösungen geblickt, wenn sie nicht die gewünschten Maximalergebnisse versprechen. Dabei werden christlicher Pazifismus und eine aus christlicher Überzeugung vorgetragene Distanz zu Militär und Aufrüstung weder theologisch widerlegt noch frontal angegriffen. Vielmehr wird ihnen eine gewisse Berechtigung zugesprochen – aber nur solange, wie sie den Konsens mit den Mächtigen nicht stören. Man kann als Christ*in schon Pazifist*in sein oder von Krieg und Militär Abstand halten wollen – wenn dies eine persönliche, individuelle Überzeugung ist, die nicht verallgemeinert, nicht mit einem Wahrheitsanspruch versehen und aus der keine Kritik an Staat oder Kirche abgeleitet wird. Damit wird das Christentum aber zur Privatangelegenheit erklärt, weil dessen Überzeugungen und Logiken für Politik und Gesellschaft letztlich keine Rolle spielen.

Dagegen halten wir als ökumenische Basischrist*innen fest: Es ist einer christlichen Kirche nicht würdig, regierungsamtlich verkündete Dogmen nachzubeten. Kirchliche Positionen sollten Essenz und Substanz von Jesus Christus, dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit bewahren. Ob Mose oder die Prophet*innen im Ersten Testament oder Jesus, Paulus und andere im Zweiten Testament – sie alle haben sich unter Einsatz ihres Lebens kritisch mit den jeweils bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnissen auseinandergesetzt. Sie haben den Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Nächstenliebe, Ehrfurcht vor der Schöpfung und Frieden als Auftrag Gottes an alle Menschen gesehen.

Eine überzeugende friedenspolitische Position darf sich nicht um die hintergründigen Ursachen der Kriege drücken, sondern muss in ihnen die Logiken ökonomischer Interessen, die den Reichtum der einen zum Preis des Elends der anderen wahren wollen, ebenso aufdecken wie politische Interessen der Absicherung eigener Macht und eigenen Wohlstands. Der zu eng geführte (friedens-)politische Diskurs über eine künftig friedenstüchtige(re) Eine Welt muss deshalb dringend um die Dimension der ökonomischen Triebfedern des Krieges erweitert werden und die systemischen Ursachen gewaltsamer Konflikte vollumfänglich in den Blick nehmen, wenn er nicht auf wohlmeinende Appelle beschränkt bleiben soll. Nur so kann über tatsächlich trag- und friedensfähige Lösungsmöglichkeiten nachgedacht werden. Denn diese Welt ist bekanntlich

nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine eine kriegerische. Schon seit dem frühkapitalistischen 15. Jahrhundert stellen Grundlogik und Wirkmechanismen der herrschenden Weltwirtschaftsordnung mitsamt den daraus abgeleiteten imperialistischen Ansprüchen keine Basis für strukturelle Friedensfähigkeit dar.

Und diese historisch-strukturelle Unordnung erfährt durch die aktuelle „Vielfachkrise" (v. a. Wettstreit um kritische Rohstoffe) eine wesentliche Verschärfung, die insbesondere von westlichen Staaten, auch der Bundesrepublik, massiv befeuert wird: durch den alten, fossilen und den neuen, „grünen" Extraktivismus, der Konflikte wie im Kongo befeuert, durch ein europäisches Grenzregime, das sich um die Menschenrechte, ja um das Leben der Geflüchteten wenig schert, durch die europäischen Bemühungen solange wie möglich an der Seite der USA weiter weltweite Hegemonie auszuüben und die eigenen Interessen durchzusetzen. Unordnung und Unsicherheit gehen aber für die EKD in dieser Welt nur von den Anderen aus, den Feinden der „offenen Gesellschaft" und des westlichen Liberalismus.

Damit hat die EKD-Denkschrift der fatalen „Wir-Sie-Logik", dem „Freund-Feind-Denken" nichts entgegenzusetzen. Es gelingt ihr nicht einmal, dies als Wurzel globaler Konflikte zu erkennen und zu kritisieren. Als würde nicht immer deutlicher, dass sich die westlichen Demokratien zwar weiter lautstark auf die Herrschaft des Rechts berufen, aber kein Problem damit haben, es dort auszusetzen, wo es politisch opportun scheint – nicht zuletzt an den eigenen Außengrenzen, bei Völkerrechtsverletzungen und durch Waffenlieferungen in Krisengebiete.

Für die EKD scheint eindeutig, dass Frieden nur entsteht, wenn der Staat militärisch für Sicherheit sorgt. Dietrich Bonhoeffers Einspruch dagegen war einst mehr als deutlich:

> „Wie wird Friede? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern? d. h. durch die Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt wer-

> den, ist das eine große Wagnis, und läßt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg."[4]

Für die EKD liegt eine solche Einsicht fern: Misstrauen gegenüber den anderen Staaten, die nicht unser liberales, westliches Modell repräsentieren, scheint ihr mehr als geboten. Was die Ursachen des Krieges sind, was Krieg gebiert und was ihn verhindern könnte, diese Frage wird gar nicht gestellt. Die Welt ist wie sie ist, in ihr regieren Sachzwänge, die des Marktes wie die der staatlichen Sicherheitslogik. Über sie hinaus kann und will die EKD nicht denken. So aber verkommt die Vision des gerechten Friedens tendenziell zur Rechtfertigung des Status Quo von Krieg und Aufrüstung.

Damit entfernt sich die EKD nicht nur von ihrer eigenen 70-jährigen Tradition evangelischer Friedensethik (wie die Heidelberger Thesen von 1959, die sog. Ostdenkschrift von 1965 oder die Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern" von 1981) und bricht mit der Friedenstradition der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (siehe die Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche" von 1981), sondern sie entfernt sich auch von der evangelisch-katholischen sowie der weltweiten Ökumene, wie Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen (Jamaika 2011, Busan 2013, Karlsruhe 2022), jüngste Erklärungen von Papst Leo nebst vielen anderen Dokumenten christlicher Weltbünde zeigen.

Die folgenden drei Punkte möchten wir in besonderer Weise hervorheben:

1. Die „Logik" einer kriegerischen Weltwirtschaft im real existierenden Kapitalismus

In etlichen der aktuellen gewaltsamen Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen werden kapitalistische (Aneignungs- und Inwertsetzungs-)Logiken – vor allem hinsichtlich knapper Ressourcen – zunehmend mit militärischen Drohgebärden bis hin zu kriege-

[4] Dietrich BONHOEFFER: Friedenspredigt in Fanö, 28. August 1934.

rischen Mitteln durchgesetzt. So geht es im Krieg Russlands gegen die Ukraine, der de facto zu einem Krieg Russlands gegen etliche NATO-Staaten geworden ist, zentral um Rohstoffe wie z. B. die seltenen Erden im Donbass.[5] In Anbetracht der zu erwartenden Verschärfungen dieses Wettstreits und der damit einhergehenden Rückkehr eines unverhohlenen (Neo-)Imperialismus wird sich die Wahrscheinlichkeit gewaltförmiger geoökonomischer Konflikte künftig weiter erhöhen (wie in Grönland).

Den maßgeblichen Konfliktfeldern der globalen Vielfachkrise leistet diese Entwicklung weiteren Vorschub: Einerseits stellen die gigantische Aufrüstung wie auch die ins Auge gefassten astronomischen Finanzierungen des Wiederaufbaus nach Kriegen (neben Ukraine v.a. auch Gaza) für das vorherrschende Wirtschaftsmodell im Allgemeinen und alle Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes sowie deren Aktionär*innen im Besonderen ein sehr profitables Geschäftsmodell dar. Die Zeche für die – trotz Schuldenbremse (sic!) – schuldenfinanzierte Hochrüstung zahlt dabei vor allem der ärmere Teil der Bevölkerung – vor Ort ebenso wie weltweit: Und zwar nicht länger nur im Globalen Süden, sondern immer mehr auch in den wohlhabenden „westlichen" Ländern werden deshalb im inneren staatliche Ausgaben für Bildung, Bürgergeld, sozialen Wohnungsbau, öffentliche Mobilität, Sozialarbeit mit Jugendlichen oder Geflüchteten, Kultur und manches mehr massiv gekürzt. Zudem: Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, Welthungerhilfe oder das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen werden bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen. Die Bedeutung von Klimaschutz und Ressourcenschonung wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt.

2. Die Militarisierung ist ein Anschlag auf Demokratie, Klimagerechtigkeit und Sozialstaat

Die EU steuert mit dem *re-arm Europe*-Programm auf Kriegswirtschaft, die NATO hatte sich – mit Ausnahme Spaniens – bereits vorher darauf festgelegt. Willkürlich begründete „regime changes" wie

[5] https://www.bundestag.de/resource/blob/979936/3fb61813be6833a3b4278acda81adefb/WD-5-076-23-pdf.pdf

aktuell in Venezuela, außergerichtliche Tötungen, fossilistisch-kapitalistische Aneignungen durch die derzeit noch unipolar herrschende Weltmacht USA machen die Gesamtlage zunehmend explosiv. Kriege können aber verhindert werden, wenn wirtschaftliche Interessen und Begehrlichkeiten nicht mit gewalttätiger Priorität verfolgt werden, der politische Wille zu Friedenslogik, industrieller Abrüstung und internationaler Zusammenarbeit vorhanden ist sowie kluge und vorausschauende Diplomatie gepflegt wird. Das gilt auch für den Krieg Russlands gegen die Ukraine oder den Krieg Israels gegen Gaza.[6]

Rüstung tötet auch ohne Krieg, wie Dorothee Sölle feststellte. Aufrüstung verschärft gesellschaftliche und internationale Konfliktpotenziale und leistet einer weiteren Militarisierung des Denkens und der politischen Agenda Vorschub. Seit Jahren sehen wir eine zunehmende Verengung der öffentlichen politischen Debatte. So kommen kapitalismuskritische und/oder pazifistische Stimmen selbst in den öffentlich-rechtlichen Medien kaum noch zu Wort. Die Folge wird eine fortschreitende autoritäre Entwicklung sein.[7]

3. „Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein" (Jesaja 32,17)

Nicht der „Kampf gegen Armut", sondern der unbedingte Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenwürde bilden die wirtschaftsethische Grundlage und Zielsetzung der Bibel. „Wenn ihr auf den HERRN, euren Gott, hört und alle seine Weisungen befolgt, die ich euch verkünde, wird es jedoch überhaupt keine Armen unter euch geben." (5. Mose 15,4+5) und „Gerechtigkeit muss euer oberstes Ziel sein. Dann werdet ihr für immer in dem Land leben können, das der HERR, euer Gott, euch geben wird." (5. Mose 16,20).

Die Abkehr von der „Herrschaft des Marktes" als „ein globales, vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt" (Ökumenischer Rat der Kirchen, Vollversammlung in Busan/Südkorea 2013) ist Voraussetzung für die Verwirkli-

[6] Ausführliche Belege in: Fabian SCHEIDLER, *Friedenstüchtig*, Wien 2025, S. 19-65.
[7] https://www.mvfp.de/nachricht/artikel/rangliste-der-pressefreiheit-2025-wirtschaftlicher-druck-schwaecht-pressefreiheit-weltweit

chung eines gerechten Friedens innerhalb planetarischer Leitplanken. Wie schon im Blick auf das Thema Eigentum und Geld stellt sich die deutsche evangelische Kirche angesichts der regierungsamtlich ausgerufenen „Zeitenwende" hingegen nun auch im Blick auf das Thema Sicherheit der Mahnung Jesu „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon" (Matthäus 6,24) entgegen.

Es ist unredlich, der Gewaltlogik zu dienen und mit der Friedenslogik nur dann zu liebäugeln, wenn sie einem nicht zu viel Kritik einbringt. Denn die militärische Logik kennt letztlich nur Wege in den Krieg hinein, aber nicht aus ihm heraus. Immer wieder zeigt sich, dass auch sogenannte „rechtserhaltende" Gegengewalt Konflikte verschärft, vertieft und verlängert, anstatt sie in Richtung eines Auswegs zu öffnen und zu befrieden. Die EKD ist offensichtlich so sehr in das Gefüge von Staat und Kapital eingebunden, dass sie die biblische Botschaft von Gerechtigkeit und Frieden dem Mitschwimmen im Mainstream opfert (und sich dabei sogar noch in den „geistlichen Operationsplan Deutschland" einspannen lässt). Wir sprechen diesbezüglich seit langem von der „babylonischen Gefangenschaft" vieler Kirchen.

Das zeigt sich in der weitestgehenden substanziellen Verabschiedung vom Leitbild des Gerechten Friedens. Zwar wird das Konzept in der EKD-Denkschrift noch mitgeschleppt, aber de facto inhaltlich entkernt. Stattdessen sehen wir eine Anbiederung an den „Münze-Macht-Militär-Komplex" bzw. die „westliche, freiheitlich-demokratische Ordnung", die sich in eine Sackgasse manövriert hat, aus der es mit den Denkweisen dieser Ordnung keinen wünschenswerten Ausweg mehr gibt. Dies führt zu theologischen Fehlannahmen und spiegelt sich in bedenklicher Reproduktion von NATO-Weltanschauungen. Was viele ahnen, dass es so nicht weitergehen kann wie bisher, wird verdrängt durch den Hinweis auf äußere Feinde: Es liegt an denen, dass wir aufrüsten müssen.

Statt eines hofprophetischen Heilsglaubens an Aufrüstung sowie der Annahme der Alternativlosigkeit des Militärischen in einer „unerlösten Welt" braucht es unbedingt eine Rückbesinnung auf das kritische Potenzial des biblischen Friedenszeugnisses. Jesus hat auch nicht gewartet, bis das römische Weltreich nicht mehr von einem eroberungswütigen Siegfrieden geprägt war: Er hat dem Geist Gottes hier und jetzt Raum verschafft, und zwar unbedingt heilend

und rettend, re-integrierend und neu ausrichtend. Daran gilt es festzuhalten!

In dieser Situation ermutigen wir Christ*innen deshalb Orte zu schaffen, die der Logik der Autoritarisierung und Kriegstüchtigkeit widersprechen. An diesen Orten wollen wir gemeinsam die Würde des Menschen ins Zentrum unseres Handelns stellen, so dass wir den aufrechten Gang üben können, indem wir möglichst konkret:

- Solidarität mit den Unterprivilegierten leben,
- Geflüchtete unterstützen und Kirchenasyl gewähren,
- das Bewusstsein der relativen Autonomie in Kirchengemeinden fördern und im Zeichen dessen z. B. dem Militär den Zutritt sowie die orchestrierte Zusammenarbeit (z. B. keine Ehrenbegräbnisse o. ä. abhalten) verweigern;
- eine Praxis der Nicht-Unterwerfung entwickeln und Orte des Ungehorsams gegen die Kriegslogik stiften.

Zur Ökumenischen Vernetzungsinitiative Casa Comun | „Unser im November 2019 auf Initiative von Repräsentant*innen von Kairos Europa, Pax Christi und Pro Ökumene konstituiertes Bündnis basisökumenischer Gruppen, Organisationen und Netze aus dem gesamten Bundesgebiet betrachtet[e] die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe 2022 als eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Prioritäten des konziliaren Prozesses gegenseitiger Verpflichtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der 1983 vom ÖRK auf den Weg gebracht worden war, wieder stärker in den Blickpunkt von – vor allem kirchlicher – Öffentlichkeit wie sozialen Bewegungen zu rücken.“ (https://www.casa-comun-2022.de/wer-wir-sind-was-wir-wollen/) – Kontakt: info@casa-comun-2022.de

Publizistische Widerworte

[Illustrationsseite]

Positionspapier der Evangelischen Kirche: Grünes Licht für Kriegstüchtigkeit

(Nachdenkseiten, 14.11.2025)[1]

Von Marcus Klöckner

Unter dem Titel *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen*[2] hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ein Positionspapier veröffentlicht. Der Medienmainstream applaudiert – verständlich. Die Schrift wirkt, als käme sie direkt aus dem Bundestag. Grundsätzlich ist die evangelische Kirche, so wie die Politik, selbstverständlich für Frieden, aber … Mit frommen Worten und theologischer Raffinesse positioniert sie sich aber auf eine Weise, dass sie der vorherrschenden Konfrontations- und Aufrüstungspolitik als Steigbügelhalter dient. E i n K o m m e n t a r.

Sieben Mal kommt in dem rund 150 Seiten umfassenden Positionspapier der Name Jesus vor.* Das ist bemerkenswert wenig. Fast wirkt es so, als wolle jene Kirche, die sich in ihrem Christentum doch auf Jesus zu stützen hat wie keine andere, sich in einer gewissen – formulieren wir es höflich – Zurückhaltung üben. Wer sich das gerade von der Evangelischen Kirche veröffentlichte Positionspapier anschaut, versteht schnell, warum das so ist. Wie kann eine Kirche den Weg des Friedens mit Jesus gehen, wenn sie gleichzeitig dem größten Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik nicht im Weg stehen will? Wie kann eine Kirche eine an Jesus orientierte Friedenshaltung darlegen, wenn sie sogar dem politischen Großvorhaben „Kriegstüchtigkeit“[3] mit atemberaubender Gedankenakrobatik ihren Segen erteilen will?

---

[1] Textdarbietung hier nach: /www.nachdenkseiten.de/?p=142050; mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers.

[2] https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf

[3] https://www.nachdenkseiten.de/?p=127039

Man muss nicht einmal die Bibel gut kennen, um zu verstehen: Das würde sehr schwierig werden. Doch damit keine Missverständnisse entstehen: Auch ein solches Unterfangen wäre dieser Evangelischen Kirche zuzutrauen. Ob auf den rund 150 Seiten nur siebenmal der Name Jesus auftaucht oder tausendmal: Am Ende stünde – „Überraschung"! – dort zu lesen, was auch nun da steht. Denn eines ist klar: Diese Kirche will sich nicht gegen die vorherrschende Politik stellen. Diese Kirche will das tun, was längst als „gute" alte Kirchentradition bezeichnet werden darf: Der Politik zur Seite stehen – auf eine furchtbar scheinfromme Weise.

Da erdreistet sich diese Kirche tatsächlich, auf das Jesu-Gebot der Feindes- und Nächstenliebe einzugehen und davon zu sprechen, dass genau dieses Gebot ihr „ethisches Leitbild" sei, während sie ein lautes, eindeutiges „Waffen nieder!" im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine nicht über ihre Lippen bekommt. Da gebraucht diese Kirche sagenhafte 22 Mal den Begriff „Wehrpflicht", aber sie erhebt kein einziges Mal ihre Stimme gegen die teils brutalen Zwangsrekrutierungen in der Ukraine, die in unzähligen Videos festgehalten wurden. Und es wird noch „besser": Nicht einmal „präventive" Militärschläge verurteilen die „Repräsentanten" Gottes:

> *Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind und bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein.*

Besser hätte es kein NATO-Vertreter formulieren können. So geht es weiter, Zeile um Zeile. Frieden? Ja! Selbstverständlich! Gewiss! Immer! Aber!

So wird das nichts mit einer kirchlichen Friedensposition, die diesen Namen verdient. Was diese Kirche hier abliefert, ist ein Eiertanz, der nun mal aufgeführt werden muss, wenn der fromme Schein nicht verloren gehen darf und der Politik zugleich die Stange zu halten ist.

> *Insofern Kriegstüchtigkeit auf die Bereitschaft zielt, die eigenen Werte auch unter Androhung und im äußersten Fall unter Einsatz ethisch*

verantworteter Gewalt zu verteidigen, nimmt dieser Terminus ein Anliegen auf, das mit der hier entwickelten Position vereinbar ist.

Eine Kirche, die sich wahrlich für Frieden einsetzen will, würde der Politik bei dem Begriff kriegstüchtig mit ihrem nackten Hintern ins Gesicht springen. Sie würde „Zeter und Mordio!" schreien und nicht nur zaghaft davon sprechen, dass der Begriff nur mit „äußerster Zurückhaltung" gebraucht werden solle.

„Die Kirche ist", so heißt es weiter in dem Positionspapier, „keine politische Entscheidungsinstanz, aber sie begleitet das öffentliche Ringen um Orientierung mit theologischer Stimme".

Was in diesem Positionspapier von der Evangelischen Kirche geliefert wird, hat mit einem „öffentlichen Ringen um Orientierung mit theologischer Stimme" nichts zu tun. Es ist die verdeckte und zugleich doch offene Parteinahme für eine Politik, die unter dem Einsatz von Halbwahrheiten, Lügen, Auslassungen, Manipulation und massiver Propaganda Feindbildaufbau betreibt.

Dass einer solchen Kirche der Medienmainstream applaudiert, war zu erwarten.

„Die evangelische Kirche", so kommentiert die *FAZ*[4], „bricht mit ihrem Pazifismus. Sie bejaht nunmehr Gewalt gegen Aggressoren, um die Demokratie zu schützen und Frieden wiederherzustellen. Das war bitter nötig."

Eine Kirche, die in friedenspolitischen Positionen von der *FAZ* unterstützt wird? Also einer Zeitung, die kommentierte: „Es gibt kein Recht auf Fahnenflucht".[5]

Diese Kirche ist längst in jenem Abgrund gelandet, über dem sie zu thronen vorgibt. Diese Kirche spricht von einem „russischen Angriffskrieg", während sie den Begriff Stellvertreterkrieg[6] unausgesprochen lässt. Diese Kirche will keine „politische Entscheidungs-

[4] https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-ekd-und-der-pazifismus-ein-richtiger-bruch-110773859.html?utm_term=Autofeed&campID=SCL-EAu2500002683&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1762852306

[5] https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-krieg-es-gibt-kein-recht-auf-fahnenflucht-19400836.html

[6] https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/interview-mit-michel-wyss-es-ist-der-erste-stellevertreter-krieg-zwischen-russland-und-der-nato-in-europa_id_94392173.html

instanz“ sein, aber spielt durch ihre Ignoranz und ihre Einseitigkeit den politischen Entscheidungsinstanzen die Bälle zu. Wo das Wort Gottes sich entfalten sollte, entfalten sich lauwarme, gefällige, herrschaftsnahe Positionen. Hätte Jesus das gewollt?

Über den Verfasser | Marcus Klöckner, Journalist und Spiegel-Bestsellerautor. Zuletzt erschien von ihm: „Kriegstüchtig – Deutschlands Mobilmachung an der Heimatfront“ (2025).

———

* Marcus Klöckner schreibt, dass der Name *„Jesus“* in der 150-seitigen EKD-Denkschrift insgesamt nur sieben Mal vorkommt (→ S. 107). Zu ergänzen wäre bei dieser ersten Wortstatistik, dass zusätzlich die Form *„Jesu“* elfmal und der Titel *„Christus“* neunmal vorkommen. pb

Kanonen oder Butter?

Halbherzige Annäherung der EKD-Friedensdenkschrift
an einen Zielkonflikt
(24.11.2025)[1]

Von Franz Segbers

Die neue Friedensdenkschrift der EKD nimmt sich vor, Orientierung in einer Welt zu bieten, die in Unordnung geraten ist. Sie hat zahlreiche und kontroverse Reaktionen ausgelöst. Doch es gibt ein Thema, das nicht nur in der breiten Debatte über die Denkschrift ausgespart wird. Es gibt einen Elefanten im Debattenraum, den auch die neue Friedendenkschrift nur vage wahrnimmt: Wer zahlt die immens hohen Rüstungsausgaben?

Dass die Denkschrift nach den finanziellen Folgen der Aufrüstung fragt, ist anerkennenswert. Doch wie sie es tut, ist völlig unzureichend. So sagt sie zwar in Ziffer 81, dass es „einer differenzierten Debatte darüber, an welchen Stellen Einsparungen vertretbar sind, und zwingend auch, welche Umverteilungsmaßnahmen notwendig sind", bedarf. Denn es könne zu Zielkonflikten mit andern Handlungsfeldern kommen, wenn „finanzielle Mittel verstärkt in Rüstung und Verteidigung fließen". Sie betont, dass gerade aus der Perspektive des Gerechten Friedens festzuhalten ist, „dass soziale Gerechtigkeit nicht gegen Sicherheit und Freiheit ausgespielt werden darf." Doch die daraus folgenden Forderung bleiben unbestimmt: „Dazu gehört auch, dass auf der Einnahmeseite Veränderungen diskutiert werden, nicht zuletzt durch unterschiedliche Maßnahmen im Bereich der Steuergerechtigkeit." Die Frage ist nicht, welche Veränderungen zu diskutiert wären, sondern welche konkreten Maßnahmen nach dem Kriterium der Steuergerechtigkeit unumgänglich

[1] Eine gekürzte Fassung dieses Textes wurde zuerst abgedruckt unter dem Titel: *Kanonen oder Butter*? Die Aufrüstung Deutschlands droht vor allem die ärmeren Menschen zu belasten. Auch die EKD-Friedensdenkschrift bleibt hier zu vage, in: *zeit*zeichen – Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 24.11.2025. https://zeitzeichen.net/node/12160

sind, wenn der Sozialstaat und andere staatliche Aufgaben finanziert werden solle? Welche Folgen ergeben sich durch die enorm hohen Rüstungsausgaben für die Aufgaben der Diakonie im Rahmen des Sozialstaates oder für „Brot für die Welt“?

Militärische Zeitenwende

Kaum hatte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 die militärische Zeitenwende ausgerufen und der Bundestag ein Sondervermögen in der Höhe von einhundert Milliarden Euro beschlossen, meldeten sich Ökonomen wie Clemens Fuest, Präsident des Münchener Wirtschaftsforschungsinstituts *ifo*, zu Wort: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Der damalige Bundesfinanzminister Christian Lindner unterstützte Fuest und forderte umgehend ein mehrjähriges Moratorium bei Renten und Sozialausgaben. Es gibt also einen Zielkonflikt. Damit war der Ton gesetzt, dass der Sozialstaat angesichts der Rüstungsausgaben zurücktreten müsse. Man könne nicht beides – Kanonen und Butter.

Der NATO-Gipfel hat im Juni 2025 beschlossen, dass die NATO-Staaten bis 2035 jährlich fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke aufbringen sollen. Diese fünf Prozent wirken zunächst nicht beunruhigend. Der Bundeshaushalt 2025 beträgt 503 Mrd. Euro. Der nach dem Bereich „Arbeit und Soziales“ größte Einzelhaushalt ist der für die Ausgaben des Militärs mit rund 62 Mrd. Euro. Doch dies ist nur die halbe Auskunft. Denn tatsächlich kommen weitere Ausgaben hinzu, die in anderen Einzelplänen des Haushaltes versteckt sind. Die Gesamtheit aller Ausgaben für das Militär nach den sogenannten NATO-Kriterien sind 62 Mrd. (im Verteidigungsetat), 7 Milliarden in anderen Einzelplänen und die Ausgaben des Sondervermögens im Jahr 2025 in der Höhe von 24 Mrd.. Die Militärausgaben betragen demnach insgesamt rund 93 Milliarden Euro. Das entspricht ca.19 Prozent des Bundeshaushalts. Die Ministerien für Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Wirtschaft und Klima, Wohnen und Auswärtiges erhielten zusammen über 13 Milliarden weniger als das Militär.

Fünf Prozent der Wirtschaftsleistung bedeuten insgesamt etwa 240 Mrd. Euro für den Militäretat bei einem geplanten Gesamthaushalt von 574 Mrd. Euro im Jahr 2029. Wenn fast 43 Prozent des Bundeshaushalts für den Militäretat ausgegeben werden, sind Sozialkürzungen zwingend, und nicht nur in diesem Etat.

Fiskalische Zeitenwende

Der militärischen Zeitenwende folgte am 28. März 2025 eine fiskalpolitische Zeitenwende, bei der noch vor Regierungsübernahme von SPD und CDU das Grundgesetz verändert wurde, um die Militärausgaben über einem Prozent des Bundeshaushalt unbegrenzt über eine Kreditaufnahme finanzieren zu können. Zusätzlich wurde eine Kreditaufnahme für ein Sondervermögen Infrastruktur in der Höhe von 500 Mrd. beschlossen. Der jetzige Bundeshaushalt weist eine Finanzierungslücke in der Höhe von 30 Mrd. aus. Die Finanzplanungen der Bundesregierung geht für die Jahre 2027 bis 2029 von rund 172 Milliarden Euro trotz geplanter Rekordschulden aus.

Die Bundesregierung verfolgte lange wenigstens in der Rhetorik den Plan, Einsparungen beim Bürgergeld würde die Kosten der Aufrüstung schon gegenfinanzieren. So ging der jetzige Kanzleramtsminister Thorsten Frei noch vor der Wahl im November 2024 von einer Einsparsumme in der Höhe von 30 Mrd. beim Bürgergeld aus, der CDU- Generalsekretär Carsten Linnemann erwartete Einsparungen im zweistelligen Bereich, und Bundeskanzler Friedrich Merz hoffte, sich im September 2025 noch, mindestens fünf Mrd. einsparen zu können. Als der Gesetzentwurf für die „Neue Grundsicherung“ vorgelegt wurde, sprach die Sozialministerin Bärbel Bas davon aus, dass „nennenswerte Einsparungen“ nicht zu erwarten seien. So sollen 2026 lediglich 86 Mio. Euro der Gesamtkosten von 52 Mrd. Euro eingespart werden.

Sozialpolitische Zeitenwende: Epochenbruch mit dem Sozialstaat

Auf die fiskalpolitische Zeitenwende mit der Reform der Schuldenbremse folgt eine sozialpolitische Zeitenwende, die Bundeskanzler

Friedrich Merz im „Herbst der Reformen“ als Epochenbruch angekündigt hat: „Wir können uns das System nicht mehr leisten. Wir leben über unsere Verhältnisse.“ Es war immer schon liberale Grundüberzeugung, dass die Menschen über ihre Verhältnisse leben würden und deshalb der Gürtel enger zu schnallen sei. Die neueste Version dieser Doktrin lautet, dass die Sozialausgaben gekürzt werden sollten, um im Rüstungswettlauf gegen Putin bestehen zu können.

Beim angekündigten sozialpolitischen Epochenbruch geht es nicht um minimale Korrekturen. Gegenwärtig erarbeiten Kommissionen Vorschläge für eine Reform der Pflege-, der Kranken- und der Rentenversicherung. Doch wenn der Wirtschaftsminister ankündigt, dass die Rente nicht mehr ausreichen werde zum Leben, wenn die Zahnbehandlung mit noch höherem Eigenanteil bezahlt, die Pflegestufe 1 abgeschafft und die Zuzahlung von Medikamenten erhöht werden soll, Rentenkürzungen im Gespräch sind oder die Rente mit 70 oder 72 Jahren ins Gespräch gebracht wird, dann zeichnet sich ein sozialstaatlicher Epochenwechsel ab. Verteidigungsminister Pistorius hat eine klare Prioritätensetzung: „Mit Sozialleistungen lässt sich kein Land verteidigen.“ Anders gesagt: **Kanonen** statt Butter!

Auch der Etat für Entwicklungshilfe wird um fast eine Mrd. Euro abgesenkt und die humanitäre Nothilfe nahezu halbiert. Der Etat wird um rund 910 Mio. Euro. Gekürzt. Die Präsidentin von „Brot für die Welt“ Dagmar Pruin warnte in drastischen Worten bei der Vorstellung des aktuellen Jahresberichts: „Diese erneuten Kürzungen bei der internationalen Zusammenarbeit sind vollkommen falsch und müssen zurückgenommen werden. Sie gefährden Millionen Menschenleben.“ Nach dem Verständnis des Gerechten Friedens gehören Frieden, Entwicklung und Sicherheit zusammen. Doch Sicherheit wird mittlerweile nur noch militärisch definiert. So übersteigen die Militärausgaben die Ausgaben für Entwicklung um den Faktor 12.

Die Friedensdenkschrift spricht zwar an, dass „eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben mit erheblichen sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen einhergehen“ (Ziff. 81) und dies „zu Konkurrenzen mit anderen politischen Handlungsfeldern führen“ könnte (Ziff. 81). Doch diese vage Formulierung im Konjunktiv

wird der dramatischen Dimension in keiner Weise auch nur annähernd gerecht, wenn 43 Prozent eines Bundeshaushalts für das Militär ausgegeben werden soll. Zu diesen Ausgaben müssen auch die Zinsen gezählt werden, die durch die schuldenbasierte Aufrüstung zu zahlen sind. Es werden Zinszahlungen im Jahr 2029 in der Höhe von 67 Mrd. Euro zusätzlich zu erwarten sein, die aus dem Kernhaushalt und somit über Steuern zu zahlen entrichten sind. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass allein 811 Milliarden Euro für Tilgung und Zinsen auf das Sondervermögen für die Infrastruktur in der Höhe von 500 Milliarden Euro entfallen. Der Bundesrechnungshof befürchtet daher das Entstehen einer Schuldenspirale, die den finanzpolitischen Spielraum immer mehr einengt: „In der mittleren Frist wird so ein Bundeshaushalt entstehen, in dem ein ganz erheblicher Anteil für Zinslasten gebunden ist."

Die Denkschrift geht der ethischen Bewertung aus dem Weg, wie sich Kürzungen im Sozialstaat und in der Entwicklungshilfe legitimieren lassen. Wenn aus der Perspektive des Gerechten Friedens soziale Gerechtigkeit nicht gegen Sicherheit und Freiheit ausgespielt werden darf, dann sind Kürzungen bei sozialstaatlichen Aufgaben sowie in der Entwicklungshilfe legitimierungspflichtig.

Kosten des Sozialstaats

Warum gilt der Sozialstaat mit seinen Leistungen für die Rente, im Gesundheitswesen oder der sozialen Sicherung überhaupt als mögliche Ressource, um Haushaltsdefizite zu schließen? Im Sozialstaat sind die Bürgerinnen und Bürger nicht Bittsteller, sondern Inhaber von sozialen Rechten. Das Soziale im Staat ist ein verfassungsrechtlich abgesichertes prioritäres Staatsziel. Der Sozialstaat ist deshalb nicht von der Haushaltslage abhängig. Somit können auch soziale Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht im Sinne einer Konkurrenz von „Kanonen statt Butter" ausgehebelt werden. Ein Staat, der es nicht schafft, die sozialen Rechte seiner Bürger zu garantieren, versagt politisch und wird dem Verfassungsauftrag nicht gerecht.

Die Denkschrift will eine Diskussion über die Einnahmeseite und über Maßnahmen im Bereich der Steuergerechtigkeit anregen. Doch diese Anregung trifft auf die klare Absage von Steuererhö-

hungen seitens der Bundesregierung. Bundeskanzler Merz hat zudem eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit dem Argument ausgeschlossen, sie sei verfassungswidrig.

Welche konkreten Formen die Steuern annehmen sollen, steht im Zentrum scharfer gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. Zwar wird die Forderung nach „gerechten Steuern" allenthalben erhoben, doch was meint das genau? Wann sind Steuern, wann ist welche Steuerart und in welcher Höhe gerecht oder ungerecht? Steuern sind keine nur finanztechnische Angelegenheit, sondern eine der wohl wichtigsten politischen und ethischen Fragen. Denn das Steuersystem gibt die Antwort auf das Grundprinzip der Gerechtigkeitsfrage: *Was schulden Menschen einander*? Steuern entscheiden ganz wesentlich darüber, wie gerecht eine Gesellschaft ist. Umstritten ist deshalb: Wer soll wieviel und welche Steuern zahlen?

Durch die Steuerpolitik, die seit Jahrzehnten Vermögende und Kapital gegenüber Arbeit privilegiert hat, wurde der Steuerstaat zu einem Schuldenstaat, der für seine Aufgaben nicht mehr genug Steuermittel erzielen kann. Deshalb muss er einen Teil seiner Aufgaben durch Kreditaufnahmen statt durch Steuern bestreiten. Zugespitzt gesagt: Der Staat verschuldet sich bei den Vermögenden, die er zuvor steuerlich entlastet hat und die ihrerseits ihren Finanz- oder Vermögensüberschuss über Kredite an den Staat vergrößern können. Damit entsteht für diejenigen, die der Staat steuerlich entlastet hat, Überschusskapital, das rentable Anlagemöglichkeiten beim Staat findet.

Wenn der Staat auf die vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten, seine Einnahmen zu erhöhen, verzichtet, beschneidet er „empfindlich das staatliche Potential sozialer Korrekturmöglichkeiten", so der Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem Minderheitenvotum zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Vermögenssteuer. Die Folge: „Der Staat kann die Leistungsfähigkeit, die in der Innehabung großer Vermögen liegt, nicht mehr nutzen und wird gegenüber einer möglichen Eigendynamik, die sich aus der Akkumulation von Vermögenswerten ergeben kann, machtlos. Allein auf einen Anteil an den Erträgen verwiesen, ist der Staat insoweit nicht mehr überlegen-ausgleichende Instanz, sondern nur noch stiller Beteiligter einer Eigentümer-Erwerbsgesellschaft."

Die ökumenische Bewegung Kairos Europa hat die Zachäus-Kampagne für Steuergerechtigkeit initiiert. (https://zachaeus-kampagne.de/) Namensgeber der globalen ökumenische Kampagne ist der biblische Zöllner und Steuereintreiber Zachäus. Unter Bezugnahme auf ihn setzt sich die Kampagne für Steuergerechtigkeit ein. In der Steuerpolitik geht es nicht um Umverteilung, sondern um die Frage, was in einer Gesellschaft von allen finanziert für alle zur Verfügung stehen soll. Die EKD hat in ihrer Stellungnahme zu den „Aufgaben und Grenzen des Staates bei der Besteuerung" im Jahr 2009 die Maßgabe formuliert: Steuern müssen „insgesamt so zugeschnitten sein, dass die staatlichen Aufgaben wahrgenommen werden können".

Was kostet der Sozialstaat? Diese Frage steht im Mittelpunkt heftiger Debatten. Sie bedeutet im Kern, ob der Sozialstaat einer Gesellschaft das *wert* ist, was er die Gesellschaft kostet. Das Bürgergeld ist für Einsparungen vom Umfang her unbedeutend. Zweidrittel des Sozialhaushalts aber werden für Renten, Pensionen, Pflege und Krankenversorgung verwendet, also für alte, pflegebedürftige und kranke Menschen. Deshalb lautet die zentrale sozialpolitische Frage in ihrer sozialethischen Dimension: Was ist einer Gesellschaft die Sorge für alte, pflegebedürftige oder kranke Menschen wert? Was ist es ihr wert, dass Armut bekämpft wird, dass jeder medizinisch gut versorgt wird? Eine Gesellschaft organisiert durch den Sozialstaat ihre Solidarität und Gerechtigkeit. Ohne den Maßstab der Gerechtigkeit aber ist der Sozialstaat allemal zu teuer. Die Reihenfolge ist somit von entscheidender Bedeutung: Die erste Frage ist die, was einer Gesellschaft die Sorge für alte, pflegbedürftige und kranke Menschen wert ist. Danach folgt die Vergewisserung des ethischen Maßstabs: Was sind einer Gesellschaft Solidarität und Gerechtigkeit wert? Die abschließende Frage lautet: Wie können diese Aufgaben finanziert werden?

Die Friedensdenkschrift plädiert in Ziffer 35 dafür, notfalls Gewalt mit militärischer Gegengewalt einzudämmen. Diese Entschiedenheit fehlt bei der Thematik, wie die Kosten des militärischen Gewaltpotenzials gerechterweise auch zu finanzieren seien. Die Sprache der Denkschrift bleibt im Vagen. Sie stellt keine konkreten Forderung auf, die der dramatischen Herausforderung gerecht werden könnte, sondern regt an, über Veränderungen auf der Einnahme-

seite zu diskutieren. Die Dimension der Rüstungsausgaben lässt sich im Vergleich illustrieren: Würden jene fünf Prozent des BIP, die 2029 für das Militär aufgebracht werden, als Bundeszuschuss in das Rentensystem fließen, könnte die durchschnittliche Monatsrente um Zweidrittel von etwa 1.300 Euro auf ca. 2.153 Euro erhöht werden.

Einen Vorgeschmack über den Verteilungskonflikt vermittelt der Großkonflikt über die Rente, den die Junge Union gegen die Regierungskoalition initiiert hat. Die Junge Union lehnt die Mehrkosten von über 115 Mrd. Euro für den erforderlichen Steuerzuschuss zur Rente ab, mit dem eine Haltelinie finanziert werden kann, unter die eine Rente nicht fallen soll. Diese Haltelinie soll vor Altersarmut schützen und allen Generationen ein höheres Rentenniveau sichern. Die Junge Union fordert im Grunde eine Rentensenkung. Sie diskutiert den Konflikt als einen Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt und verschleiert dabei, dass es um einen Verteilungskonflikt zwischen den jetzt Armen und den jetzt Reichen geht. Mit dem ethisch aufgeladenen Begriff einer „Generationengerechtigkeit" wird die Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich in ein und derselben Generation verdeckt und auf einen Generationenkonflikt umgeleitet, um die tatsächlichen Verteilungskonflikte zwischen den heute armen Jungen und den heute reichen Jungen, zwischen den heute armen Alten und den heute reichen Alten unsichtbar zu machen. Entscheidend ist nicht, wie alt eine Gesellschaft ist, sondern wie eine Gesellschaft das Sozialprodukt nach dem Maßstab der Gerechtigkeit verteilt.

Als Deutschland im Jahr 1957 die jetzige Form des umlagefinanzierten Rentensystems verankerte, betrugen die Rüstungsausgaben 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch nach 1970 gab es unter Bundeskanzler Willy Brandt in Zeiten der Hochrüstung im Kalten Krieg einen kräftigen Ausbau des Sozialstaates. Es ist also sehr wohl möglich, einen hohen Rüstungsetat mit einem Aufbau einer umlagefinanzierten Rente zu vereinbaren. Die Alternative „Kanonen **oder** Butter" stellt sich nur dann als Sachzwang dar, wenn die Verteilungsverhältnisse nicht angetastet werden. Ökonomisch gesehen können nämlich mehrere Ziele sehr wohl gleichzeitig verfolgt werden, wenn dies politisch gewollt wird.

Dem „Global Wealth Report" der Boston Consulting Group zufolge besitzt in Deutschland eine kleine Minderheit von 3.900 Per-

sonen Geldvermögen in Höhe von knapp drei Billionen Euro. Eine Mindeststeuer für Milliardäre und Multimilliardäre würde in Deutschland nur eine kleine Gruppe von 4.500 Haushalten betreffen. Sie allein würde aber zu Mehreinnahmen in der Höhe von 11 bis 28 Mrd. Euro pro Jahr führen. Wenn bei einem Vermögen von einer Mio. Euro ein Prozent im Jahr und ab 50 Mio. ein Steuersatz von fünf Prozent fällig werden, können nach Berechnungen mit der Vermögensteuer mindestens Einnahmen von 108 Milliarden jährlich generiert werden. Angesichts des hohen Defizits in den öffentlichen Kassen und der heftigen Debatte um mögliche Einsparungen führt kein Weg daran vorbei, hohe Vermögen und Erbschaften oder auch Unternehmen mit einer Bruttowertschöpfungsabgabe zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben angemessen zu besteuern. Doch dazu müsste der Konflikt mit den Überreichen und Vermögenden gewagt werden.

Was ist einer Gesellschaft das wert, was sie über Steuern allen zur Verfügung stellt? *„Taxes Are What We Pay for Civilized Society."* (dt. – Steuern sind der Preis für eine zivilisierte Gesellschaft.) So lautet das Motto des früheren US-Verfassungsrichters Oliver Holmes in Stein gemeißelt über dem Eingang der US-amerikanischen Steuerbehörde in Washington.

Über den Verfasser | Franz Segbers (geb. 1949), Dr. theol., em. Prof. für Sozialethik am Fachbereich evangelische Theologie, Universität Marburg, alt-katholischer Theologe.

Der evangelische Theologe Michael Trowitzsch über „atomare Abschreckung“, „Zweitschlag-Christen“ und die Naivität der EKD-Friedensdenkschrift

„Man muss nicht in Hiroshima gewesen sein. Man kann es auch so wissen. Dass nicht weniger als ein Gewalteinbruch des Totalen erfolgt ist. ‚Vernichtung‘ war vorher noch nicht richtig erfunden. Es ist jetzt aber treibendes Prinzip. In den Ungeheuern der selbstläufigen, immer nur weiter perfektionierten, verfluchten Vernichtungstechnologie. Das Satanische zeigt in ihnen offen sein wahres Gesicht. Man kann jetzt wissen, mit wem man es zu tun hat. Mit dem absoluten Gräuel vor Gott.

Das Hauptproblem der neuen Friedensdenkschrift der EKD: nicht einfach ‚die Gewalt‘. Sondern die atomare Abschreckung. Sie müsse ‚glaubhaft‘ sein. Sei nur dann ‚glaubhaft‘, wenn mit dem atomaren Zweitschlag gedroht wird. Wer die ‚nukleare Teilhabe‘ (Seite 115), den ‚Besitz von Nuklearwaffen‘ (ebendort), den Einsatz einer nuklearen ‚ultima ratio‘ als ‚Gegengewalt‘ (etwa Seiten 57 f.) oder die ‚atomare Abschreckung‘ zulässt, so die Denkschrift ausdrücklich (etwa auf Seite 74) – wer all das zulässt, müsse einverstanden sein, dass Einsatz und Schlag von Atombomben hunderte Male geübt worden ist, das heißt: im Entwurf, in der Planung, in Vorbereitung und Bereitstellung dieser Waffen. Der muss in der Logik der Denkschrift seinerseits jederzeit buchstäblich zum Äußersten bereit sein, gleich morgen, gleich nachher. Jährlich stürzt sich die NATO, die Gegenseite auch, in das Szenario eines Atomkriegs, in entsetzlichste Gewaltphantasien (wehe, sie werden als das, was sie sind, benannt!).

Wir Christen? Nach dieser Denkschrift sind wir dabei. Die Warnung des Apostels ‚Stellt euch nicht dieser Welt gleich‘ wird jetzt erneut ausgeschlagen. Praktiziert wird die reine Anpassung an den waffengläubigen Zeitgeist. Keine Rede davon, dass es, wie behauptet, um ‚Güterabwägung‘ geht oder dass ein ‚tragisches Dilemma‘ vorliegt (so auf den Seiten 113 ff.). Das wird ja immer nur beteuert und vorgeschoben, wenn in Wirklichkeit die Entscheidung für die Waffen längst gefallen ist.

Uns Zweitschlag-Christen schreckt die Gefahr keineswegs, den Fortbestand aller Erdendinge aufs Spiel zu setzen. Die ganze Welt ins Unheil zu stürzen. Einen nuklearen Winter heraufzuführen, die Auslöschung allen Lebens auf der Erde. Falls es ‚schiefgeht', beim Versagen des Hasardspiels, wird es keiner von uns gewollt haben. Die eigentliche furchtbare Naivität? Sehenden Auges, hochmütig, irrsinnig das Weiterbestehen der Menschheit aufs Spiel zu setzen. ‚Abschreckung' als die in dieser Sache einzig gesellschaftlich akzeptierte Denkweise anzuerkennen. Den aberwitzigen Glauben an die Verlässlichkeit der Furcht und an den Terrorismus der gegenseitigen Ängstigung zu teilen. Die hysterische Tabuisierung der Möglichkeit ihres Versagens mitzumachen.

[…] Wir könnten es aber besser wissen. Wir Christen? Oder sind auch wir diejenigen apokalyptischen Scharfmacher, die – im Interesse ‚unserer Art zu leben' – mit der Möglichkeit der Verheerung der Erde spielen? Die das unausdenkbare Risiko eingehen: das der Abschaffung aller menschlicher Zukunft. Was laden wir mit dem Akklamieren auf unser christliches Gewissen?

In Wirklichkeit gibt es nur Bonhoeffers ‚einfältigen Gehorsam' (so ein ganzes Kapitel in seiner Bergpredigt-Auslegung). ‚Die Bergpredigt ist dazu da, dass sie getan wird', schreibt er in wunderlicher Einfalt. In einem Buch mit dem ungeheuerlichen Titel ‚Nachfolge'.

Es hilft nichts: Diese Denkschrift dokumentiert ein schlimmes Versagen der evangelischen Kirche."

(Zitatauszug aus | Michael TROWITZSCH: Wir Zweitschlag-Christen. Die „atomare Abschreckung" und die Naivität der neuen Friedensdenkschrift der EKD. In: *zeit*zeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, Nr. 1/2026, S. 48.)

Gewaltverzicht mit Ausnahmen

Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland ist selbst innerhalb der Kirche schwer umstritten[1]

(nd. Der Tag, 25.11.2025)

Von Christoph Fleischmann

Für die Vorstellung ihrer Friedensdenkschrift in Berlin hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) keinen geringeren als Außenminister Johann Wadephul aufgeboten. Der lobte das Grundsatzpapier der Kirche und hob hervor, was ihm besonders daran gefällt. So etwa, dass die Kirche angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine eine „Neubewertung" vornehme, die auch „Positionen korrigiert". Genauer gesagt, dass der Schutz vor Gewalt „die Grundlage" für Freiheit, Gerechtigkeit und Pluralität sei. Ferner, dass Gegengewalt durch einen angegriffenen Staat ethisch legitimiert sei und dass der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts als universale Ethik nicht zu halten sei. Fehlt nur, wie Wadephul bedauerte, dass die evangelische Kirche diese Positionen nicht explizit auf den Abwehrkampf der Ukraine und ihrer Unterstützer angewandt habe, wo es dort doch klar um legitime rechtserhaltende Gewalt gehe.

Denkschriften sind grundsätzliche Äußerungen der EKD, quasi die höchste Form einer kirchenoffiziellen Verlautbarung. Sie stehen in einem Kosmos früherer Veröffentlichungen der Kirche, weswegen immer bedeutsam ist, woran die Denkschriften anknüpfen und wovon sie sich abgrenzen. Wadephul hat recht: Durch den gescheiterten Afghanistan-Einsatz und den Überfall Russlands auf die Ukraine hat der Rat der EKD, das Leitungsgremium des Verbundes von 20 Landeskirchen, im September 2022 beschlossen, die letzte Friedensdenkschrift aus dem Jahr 2007 „weiterzuentwickeln", so die Vorsitzende des Rates der EKD, Bischöfin Kirsten Fehrs. Dieses

[1] Textquelle | Der Beitrag ist zuerst erschienen in: *nd.Der Tag* vom 25.11.2025 (www.nd-aktuell.de). Die erneute Darbietung an dieser Stelle erfolgt mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers und der *nd*.Redaktion.

„Weiterentwickeln“ des auf Harmonie bedachten Kirchenjargons enthält beides: Anknüpfung und Korrektur.

Die Friedensdenkschrift von 2007 hat als friedensethisches Leitbild den „gerechten Frieden“ entworfen: Der sei gekennzeichnet durch vier Dimensionen: Schutz vor Gewalt, Förderung der Freiheit, Abbau von Not und die Anerkennung kultureller Verschiedenheit. Außerdem sprach sich die Denkschrift damals für einen Vorrang gewaltfreier Mittel aus, um diesen Frieden zu suchen. Nur als *ultima ratio*, als letztes Mittel, könne militärische Gewalt in Betracht gezogen werden. Damals hat man vor allem an sogenannte „humanitäre Interventionen“ gedacht. Dem Vorrang der Gewaltfreiheit fühlt sich die neue Denkschrift mit dem Titel „Welt in Unordnung“ weiter verpflichtet, wenn es heißt: „Evangelische Friedensethik setzt auf den Primat des Gewaltverzichts. Aufgrund dieses Primats genießen zivile Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, der Friedensbildung und der Versöhnung sowie gewaltfreie präventive, bewahrende und nachbereitende Maßnahmen ethisch stets den Vorrang vor der Anwendung von Gewalt.“ Klingt verlockend eindeutig, ist es aber nicht.

Denn bei den vier Dimensionen des gerechten Friedens nimmt die Denkschrift eine Neubewertung vor: Standen damals diese vier Dimensionen des Friedens als sich gegenseitig bedingend nebeneinander, so heißt es in der neuen Denkschrift, dass der Schutz vor Gewalt das „grundlegende Gut“ sei, ja die „unabdingbare Voraussetzung für umfassende Friedensprozesse“ und damit für die Realisierung der anderen drei Dimensionen des Friedens. Und dieser Schutz wird – trotz des Bekenntnisses zum Gewaltverzicht – vor allem als militärischer verstanden.

Entsetzen bei Friedensgruppen

Irgendwie traut das Redaktionsteam der Denkschrift um den Münchner Theologieprofessor Rainer Anselm den Mitteln ziviler Konfliktbearbeitung nicht wirklich etwas zu: „Es wird in unserer erlösungsbedürftigen Wirklichkeit immer Akteure geben, die Friedensordnungen und lebensförderliche Strukturen aus unterschiedlichen Motiven bewusst untergraben oder zerstören – und das selbst

im Fall der besten Prävention und des entschiedensten Einsatzes von zivilen Konfliktbearbeitungsmitteln", heißt es resigniert in der Denkschrift.

Damit entsorgt die evangelische Kirche all ihre jahrzehntelangen Bemühungen, zivilen Konfliktbearbeitungsstrategien mehr Aufmerksamkeit und Ressourcen zu verschaffen. Entsprechend entsetzt ist man auf Seiten der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), in der kirchliche Friedensgruppen zusammengeschlossen sind. In einer Stellungnahme der AGDF heißt es, dass die Erfahrungen der Fachorganisationen für Friedensforschung und zivile Konfliktbearbeitung nicht in die Denkschrift eingeflossen seien. Stattdessen werde militärisches Handeln friedensethisch rehabilitiert, so die AGDF. In der Tat: Zu Themen wie vertrauensbildenden Maßnahmen, Diplomatie oder Rüstungskontrolle werden keine konkreten Vorschläge in der Denkschrift gemacht.

Aus letztem Mittel wird Mittel der Wahl

Und wenn es „immer Akteure geben" wird, „die Friedensordnungen bewusst untergraben oder zerstören", vor denen man sich militärisch schützen muss, dann wird aus Gewalt als letztem Mittel schließlich doch das Mittel der Wahl. Begründet wird dies mit der Vorstellung, die auf den Reformator Martin Luther zurückgeht, dass der Mensch als Sünder zum Bösen fähig sei und eine Regierung dieses Böse eben mit „dem Schwert", wie Luther es nannte, also mit Waffengewalt, niederhalten müsse. Unreflektiert bleibt die problematische Wirkungsgeschichte dieser Sicht: Sie brachte einerseits eine fatale Nähe der evangelischen Kirche zu verschiedenen Staatsformen in Deutschland hervor. Zum anderen legt diese Sicht die menschlichen Möglichkeiten und deren Grenzen scheinbar zeitlos fest, statt danach zu fragen, welche Strukturen den Menschen helfen würden, ihre positiven Potenziale zu entfalten und welche Strukturen die zweifellos vorhandenen negativen Möglichkeiten fördern.

Im zwischenstaatlichen Bereich bedeutet diese Sicht auf die Menschen, dass Aufrüstung – also der Schutz mit Gewaltmitteln – alternativlos ist. „Sachlich ist festzustellen, dass eine ausreichende Ausstattung der Bundeswehr für einen Verteidigungsfall derzeit nicht

gegeben ist", heißt es mit einigem Verständnis für den Begriff der „Kriegstauglichkeit". „Es geht dann um das Problem, wie Soldatinnen und Soldaten befähigt werden können, eine militärische Auseinandersetzung erfolgreich zu bestehen." Eine Verschiebung zu früheren Zeiten, als Aufrüstung das Ziel hatte, den potenziellen Gegner abzuschrecken. Die fantastischen Summen, die dafür in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt werden sollen, werden nur insofern kritisiert, als dass andere notwendige Ausgaben darunter nicht leiden sollen: Der Schlüssel für eine zukunftsfähige und sichere Lebensweise liege „in einer ausgewogenen Kombination aus einem Mehr an Verteidigung, Sozialem und Klimaschutz."

Heikel wird es beim Punkt der atomaren Bewaffnung. In der Denkschrift von 2007 hatte es noch geheißen, dass aufgrund ihres unermesslichen Zerstörungspotenzials die politische Drohung mit Nuklearwaffen ethisch „heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung" betrachtet werden könne. Die neue Denkschrift scheint diese Linie aufzunehmen, wenn es heißt: „Hinter die Ächtung von Atomwaffen, wozu auch die Androhung eines nuklearen Schlags gehört, gibt es kein ethisches Zurück." Dann aber wird das, was ethisch eigentlich geboten ist, „politisch" ausgehebelt: „Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, auch wenn ihr Einsatz durch nichts zu rechtfertigen ist." In der Konsequenz heißt das, dass die „ethisch richtige Option", einseitig auf Atomwaffen zu verzichten, im Blick auf die Folgen „kaum politisch zu vertreten" sei. Deswegen könne es dann schließlich doch „eine ethisch begründbare Entscheidung sein", sich für den Besitz von Atomwaffen oder die nukleare Teilhabe einzusetzen. Schuld lade man mit dieser oder der gegenteiligen Haltung auf sich.

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Friedrich Kramer, Bischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, hatte die Aufgabe, die Denkschrift vor der Synode der EKD vorzustellen, die Anfang November in Dresden tagte. Er tat dies mit deutlicher Kritik an der Denkschrift: „Wir sollten bei einem Nein ohne jedes Ja bleiben", sagte Kramer und spielte damit auf den Satz an, der in den 1980er-Jahren auf den lila Schals der kirchlichen Friedensbewegung stand: „Für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen." Dafür gab es Applaus von den Delegierten aus den 20 Landeskirchen.

Bemerkenswert in der Denkschrift ist zuletzt auch: Während Soldaten als diejenigen gewürdigt werden, die „unter dem Einsatz des eigenen Lebens" andere schützen, werden diejenigen, die den Dienst mit der Waffe verweigern, nun kirchenamtlich gefragt, ob sie wohl damit rechneten, „dass ein solcher Dienst mit der Waffe zur Landesverteidigung von anderen übernommen werden sollte". Drückeberger hat man diese Menschen früher verunglimpft. Keineswegs könne man sagen, dass der Zivildienst gegenüber dem Militärdienst das „deutlichere Zeichen" des christlichen Einsatzes für den Frieden sei, wie es die Kirchen der DDR einmal pointiert formuliert haben. Die Entscheidung, sich nicht zum Töten ausbilden zu lassen, wird unverkennbar zu einer persönlichen Gewissensentscheidung herabgestuft, die keinerlei politische Relevanz beanspruchen kann: „Als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts ethisch nicht legitimieren." Auch da hat Wadephul die Denkschrift richtig verstanden.

Den Synodalen in Dresden behagte das nicht: Sie beschlossen einen Antrag, in dem die „abgewogene Würdigung der Friedensdenkschrift" durch den Friedensbeauftragten Friedrich Kramer gelobt wurde. Dazu kam die Forderung, die Debatte über die Denkschrift fortzusetzen „und dabei Meinungsvielfalt zu fördern". Weniger diplomatisch formuliert: Die Denkschrift solle bitte nicht als das einzige Wort der Protestanten zum Thema stehen bleiben. So kann man hoffen, dass die klare Position der Denkschrift vielleicht doch die Kräfte innerhalb der evangelischen Landeskirchen befeuert, die mit ihr nicht einverstanden sind.

Über den Verfasser | Christoph Fleischmann ist Redakteur der kirchenunabhängigen christlichen Zeitschrift Publik-Forum: https://www.publik-forum.de | Der dargebotene Beitrag ist zuerst erschienen in: *nd.Der Tag* vom 25.11.2025 (www.nd-aktuell.de).

Zeitenwende statt Entfeindung

Die Friedensdenkschrift der EKD vollzieht einen bemerkenswerten Kurswechsel weg von der Friedenslogik (*zeit*zeichen | 01.12.2025)[1]

Von Stefan Seidel

Die EKD orientiert sich in ihrer neuen Friedensdenkschrift stark an der militärischen Logik der Zeitenwende. Der Theologe und Psychologe Stefan Seidel kritisiert, dass sie Aufrüstung, Abschreckung und Kriegsbereitschaft in den Vordergrund rücke. Damit verliere das biblische Friedenszeugnis an normativer Kraft.

Wes Geistes Kind ist die neue Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland? Nach Lektüre des 146-seitigen Werkes legt sich diese Antwort nahe: Sie atmet den Geist der Zeitenwende. Wohlgemerkt nicht den Geist jener Zeitenwende, den man eigentlich bei einer kirchlichen Denkschrift erwarten sollte: der Zeitenwende, die Jesus von Nazareth vor 2000 Jahren brachte und die im Kern auch eine Umkehr von der Gewaltlogik zur Friedenslogik war. Nein, es ist der Geist jener Zeitenwende, die im Februar 2022 regierungsamtlich ausgerufen wurde und eine Umkehr von der Friedenslogik zur militärischen Logik bedeutet.

Dabei zielte diese „Zeitenwende" von Beginn an nicht nur auf eine immense Hochrüstung militärischer Tötungsfähigkeiten und Kriegstüchtigkeit, sondern auch auf einen entsprechenden „Mentalitätswechsel" (Boris Pistorius), auf eine „Gedankenwende" (General Carsten Breuer) – weg von pazifistischen Überzeugungen und Haltungen und hin zu Denkmustern und Haltungen, die eine

[1] Textquelle | Stefan SEIDEL: Zeitenwende statt Entfeindung. Die Friedensdenkschrift der EKD vollzieht einen bemerkenswerten Kurswechsel weg von der Friedenslogik. In: *zeit*zeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 01.12.2025. https://zeitzeichen.net/node/12202 – Textdarbietung hier mit freundlichem Einverständnis von Verfasser und ‚*zeit*zeichen'-Redaktion.

„Kriegstüchtigkeit" befördern, also der militärischen Logik folgen. So ist auch ein intensiver Krieg um die Köpfe im Gange: Dass möglichst umfassend an die Notwendigkeit und Alternativlosigkeit des militärischen Denkens und Handelns geglaubt und kaum mehr andere Wege als die der Kriegstüchtigkeit gesehen werde. So hat sich neben einer Art Heilsglauben an Waffensysteme aller Art unter anderem ein polarisiertes Denken und Urteilen verfestigt, das scharf zwischen „Freund" und „Feind", „Wir" und „die Anderen" unterscheidet. Die Verfeindung und Polarisierung werden hochgefahren, auch weil sie eine entscheidende Bedingung für die gewünschte Kriegstüchtigkeit sind.

Fundamentaler Denkfehler

Welchen Platz nimmt in dieser Lage nun die neue Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche ein? Sie folgt weitgehend der Logik und dem Programm jener 2022 ausgerufenen Zeitenwende in Richtung Militärlogik und erklärt letztlich das kritische Potenzial des biblischen Friedenszeugnisses für die gegenwärtige Situation als untauglich. Die Argumentation ist durchtränkt vom Geist der (Gegen-)Gewaltlogik, der sich kaum unterscheidet vom gegenwärtigen militärlogischen Zeitgeist, wie er sich in vielen politischen Ansprachen oder auch in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Zeitenwende" findet. Die Friedensdenkschrift segnet letztlich die im Gange befindliche umfassende Kriegstüchtigmachung samt Hochrüstung, Militarisierung, „nuklearer Teilhabe" und Kriegsdienst als Mittel einer sogenannten „rechtserhaltenden Gewalt" ab, die als Bedingung für den Frieden angesehen wird. Zwar wird auch versucht, diese (Gegen-)Gewalt einzuhegen. Jedoch wird de facto die dominierende Annahme der Alternativlosigkeit des Militärischen im Bereich des gegenwärtig Politischen unterstützt.

Dabei weist diese Denkschrift einen fundamentalen Denkfehler auf, eine Art kategorischen Fehlschluss: Von einer bestimmten kategorischen Vornahme aus („die ‚Sicherheitslogik' / ‚Gewaltlogik' hat gegenwärtig auch aus christlicher Sicht Vorrang vor der „Friedenslogik") werden alle weitere Ableitungen getroffen. Wenn jedoch diese Vorannahme als ungültig eingeschätzt werden muss,

weil sie nicht übereinstimmt mit den Normquellen einer christlichen Friedensethik (dem biblischen Friedenszeugnis), müssen auch die darauf beruhenden Schlussfolgerungen als falsch angesehen werden. Dieser kategorische Fehlschluss der Denkschrift besteht also in der Grundannahme, dass eine sogenannte „Sicherheitslogik" – de facto eine militärische (Gegen-)Gewaltlogik – den unhintergehbaren und unangefochtenen normativen Ausgangspunkt der aktuellen christlich-friedensethischen Überlegungen zu sein und gegenwärtig Vorrang vor der Friedenslogik habe, beziehungsweise den Boden für die Friedenslogik zu bereiten habe. Dass es also auch in christlicher Sichtweise so sei, dass die „schwache" Friedenslogik der „starken" Sicherheitslogik bedürfe, um überhaupt wirken zu können.

De facto suspendiert

So heißt es etwa in der Denkschrift: Die Friedenslogik könne „nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik die Bedingungen dafür geschaffen hat". Oder: Die Kriterien, die in der Tradition der Lehre vom *bellum iustum* (Lehre vom gerechten Krieg) entfaltet wurden, dienen „nun auch weiterhin als Maßstäbe für die ethisch legitimierbare Anwendung von (Gegen-)Gewalt als ultima ratio". Noch etwas realpolitischer heißt es: „Wer für Verhandlungen als Weg zum Frieden eintritt, muss auch die Mittel bereitstellen, um diese Verhandlungen abzusichern. Angesichts einer sich verschiebenden geopolitischen Tektonik und der Deutlichkeit, mit der die USA von Europa mehr sicherheitspolitisches Engagement verlangen, weil sie nicht mehr bereit sind, die Hauptlast militärischer Abschreckung zu tragen, muss Deutschland in enger Abstimmung mit den Staaten der Europäischen Union und der NATO in die sicherheitspolitische, aber auch in die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit investieren." Und im Blick auf die „nukleare Teilhabe" wird verlautbart: „In dieser Konstellation auf nuklearen Schutz gänzlich zu verzichten, wäre sicherheitspolitisch kaum zu verantworten." Schließlich heißt es im Blick auf die Wehrpflicht, es gelte, „eigene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung substanziell auszubauen. Ein allgemein verpflichtender Wehrdienst könnte helfen, diese Fähigkeiten zu sichern […]."

Es muss als grundsätzliches Problem benannt werden, dass hier die Vorrangstellung von militärischer Logik, Abschreckung, Hochrüstung, (Gegen-)Gewaltlegitimation, Verfeindung, Glaube an die Überlegenheit militärischer Konfliktbearbeitung, kurz: der Glaube an die Gewaltlogik als die unabdingbar gültige Vornahme christlich-friedensethischer Positionierungen gesetzt wird. Das ist eine Setzung, die sich eher aus der Übernahme der gegenwärtig forcierten politischen Militärlogik herleitet, als aus dem eigentlich bindenden biblischen Friedenszeugnis. Die mit Jesus von Nazareth verbundene Friedenslogik wird de facto suspendiert und für die Anwendung im Bereich des gegenwärtig Politischen für untauglich erachtet.

„Entfeindung“ erst am Ende eines Prozesses?

Zusammenfassen beschrieb das der Vorsitzende des „friedensethischen Redaktionsteams“, welches die Friedensdenkschrift erstellt hat, Reiner Anselm, in einem Radiobeitrag am Buß- und Bettag: „Uns ist es wichtig zu betonen, dass einen heißen Krieg, wie wir ihn im Augenblick in der Ukraine als sogenannten ‚Full-Scale-War‘ erleben, mit Methoden der zivilen Friedensarbeit befrieden zu wollen, dass das naiv ist. Das führt völlig in die falsche Richtung und rückt aber auch diese Praktiken in ein falsches Licht. Die brauchen wir in dem Augenblick, in dem die Waffen schweigen. Es wird notwendig sein, Entfeindung zu betreiben, aber wir müssen beide Dinge komplementär sehen und können nicht sagen, das eine ist richtig und das andere brauchen wir deswegen nicht mehr. Und das gilt sowohl für die zivile Friedensarbeit, als auch für die robusten Sicherheitskräfte, wir brauchen beides.“

„Entfeindung“ – ein Schlüsselbegriff des biblischen Friedenszeugnisses – wird also an das Ende eines Prozesses gesetzt, den man meint, zunächst gewaltförmig gestalten zu müssen. „Entfeindung“ wird nicht dorthin gesetzt, wohin sie entsprechend des biblischen Zeugnisses und der Friedenslogik eigentlich gehört: An den Anfang eines Prozesses der Friedenssuche und Konfliktlösung. „Entfeindung“ ist nicht eine ferne Frucht am Ende eines robusten Gewalt-

weges, sondern die Bedingung für die Möglichkeit eines Weges aus der Gewalt heraus in Richtung Frieden. „Entfeindung" ist keine Ergänzung der (Gegen-)Gewaltlogik, sondern ihr Ersatz. Denn erst dann, so die biblische Logik, kann ein echter Prozess in Richtung Frieden überhaupt erst möglich werden. Doch diese Richtung kehrt die Denkschrift einfach um – und müsste deshalb vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Mit Friedenslogik beginnen

Es käme entscheidend darauf an, mit der Friedenslogik zu beginnen. Diese müsste als das begriffen werden, was sie ist: Ein entscheidender „Gamechanger" zur Transformation einer gewaltverstrickten Situation. Das hat die Friedens- und Konfliktforschung längst umfassend herausgearbeitet: Dass die Bedingungen für die Möglichkeit von Frieden diese sind: Entfeindung, Vertrauensbildung, Beziehung, Entpolarisierung und schrittweise Konflikttransformation durch Dialog. Dafür müsste die Friedenslogik am Anfang stehen und alle weiteren Schritte prägen. Was heute wenige sehen – und was leider auch die Friedensdenkschrift nicht sieht –: Gewaltlogik verhindert oft die Eröffnung eines solchen Prozesses in Richtung Frieden. Sie verhindert die Schaffung von Bedingungen für die Möglichkeit von Friedenswegen. Mehr noch: Immer wieder zeigt sich, dass Gewalt und Gegengewalt eher Konflikte verschärfen, vertiefen, verlängern, anstatt sie in Richtung eines Auswegs zu öffnen und zu befrieden. Denn die militärische Logik kennt letztlich nur Wege in den Krieg hinein, aber nicht aus ihm heraus.

In gewisser Weise gilt auch hier der Satz: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon" (Matthäus 6,24). Man kann nicht der Gewaltlogik dienen und der Friedenslogik. Kriegslogik und Friedenslogik sind zwei voneinander kategorisch zu unterscheidende Wege. Krieg (oder Gegenkrieg) schafft keinen Frieden. Er kann es einfach nicht. Gewaltminderung, Entfeindung und Friedenslogik sind der Anfang von allem. Und sie sind der Weg.

Das berührt letztlich die mentale oder spirituelle Frage: Von welchem Geist, welchem Muster, welcher Norm lasse ich mich in meinem Denken, Fühlen und Handeln leiten? Der US-amerikanische Theologe Walter Wink (1935-2012) hat herausgearbeitet, dass der heute am weitesten verbreitete Glaube der Glaube an den Mythos der erlösenden Gewalt sei – letztlich eine Spielart eines verblendeten Götzenglaubens in der Spur der gewaltgläubigen babylonischen Marduk-Religion. Dem widerspricht das christliche Gottesverständnis. Der christliche Weg bestünde in einer „Verwandlung der gefallenen Mächte", also jener Mächte, die nicht mehr dem gemeinsamen Menschsein, sondern dem Egoismus und der gewaltbewehrten Durchsetzung eigener Herrschaft dienen.

Das setzt entscheidend eine mentale Desidentifikation mit den herrschenden (gefallenen) Mustern und Prinzipien voraus – eine geistige Entkopplung vom Glauben an Gier, Selbstsucht und die Notwendigkeit des Tötens. Man muss ihnen auf einer anderen Ebene begegnen, sie verwandeln. Walter Wink schreibt: „Eine biblisch gegründete Mystik ist der Versuch, ‚diese Welt' zu übersteigen auf eine alternative Wirklichkeit hin, die die alte Ordnung durchdringt. Sie zielt darauf, jenes Mind-Set abzulegen, das sagt ‚Gier ist gut', ‚Selbstsucht ist normal' und ‚Töten ist notwendig'. Mystik im biblischen Verständnis bedeutet nicht Weltflucht, wie es vielfach verzerrend behauptet wird, sondern einen Kampf für ethisches Verhalten und sozialen Wandel."

Der Anfang von allem

Es ist also ein „Mind-Set" nötig, das sich an der Wurzel entkoppelt hat von der Gewaltlogik, um den Geist, den „Spirit" dieses Friedens wirklich wirksam werden lassen zu können. Damit ein Feld entsteht, in dem überhaupt erst andere Ableitungen als die der Gewalt und des Gegeneinanders möglich sind. Dieser „Spirit" ist nicht etwas, das als schöne Zierde am Ende von Waffengängen hervortritt – das wäre der trügerische, illusorische und mythische Gehalt des Glaubens an die erlösende Gewalt. Sondern dieser „Spirit", dieses

„Mind-Set“ ist der Anfang von allem. Dieser „Spirit“ muss gewagt werden. Man muss ganz und gar in ihn eintauchen und kann ihn nicht als bloße Taktik oder ferne und nachrangige Option behandeln.

Es spricht leider vieles dafür, dass die aktuelle Friedensdenkschrift der EKD die Chance vertan hat, einen Weg zu diesem „Spirit“ zu eröffnen und somit die Wirksamkeit des christlichen Friedensgeistes und der Macht der Gewaltlosigkeit zu befördern. Zu mächtig scheint die Verstrickung in einem anderen „Mind-Set“.

Über den Verfasser | Stefan Seidel ist Theologe und Psychologe. Er war langjähriger Leitender Redakteur der Evangelischen Wochenzeitung „Der Sonntag“ in Leipzig. Zuletzt ist von ihm das Buch erschienen: „Entfeindet Euch! Auswege aus Spaltung und Gewalt“ (Essay 2024, Claudius Verlag).

Ethische Legitimierung aktueller politischer Debatten?

„Auffällig ist, dass die neue Friedensdenkschrift die aktuellen politischen Debatten und Entscheidungen weitgehend übernimmt und ethisch legitimiert. Dadurch ist ihr – friedenswissenschaftlich gesprochen – ein (neo)realistischer Duktus eigen mit einem Fokus auf Frieden durch militärische Abschreckung. Die Notwendigkeit einer Verteidigungsfähigkeit soll angesichts der aktuellen Situation an dieser Stelle gar nicht bestritten werden, sie ist aber nicht hinreichend. Ethisch abzuwägen wären zum einen die Risiken, die mit bestimmten Rüstungsentscheidungen einhergehen. Rechtfertigt es beispielsweise, dass EU-Staaten, um verteidigungsfähig gegenüber Russland zu sein, aus der Ottawa-Konvention gegen Anti-Personen-Minen austreten? Das sind Waffen, die ausschließlich gegen Menschen eingesetzt werden, sich unterschiedslos gegen Soldaten und Zivilisten auf der einen wie auf der anderen Seite richten und noch Jahrzehnte nach dem Konflikt eine Gefahr darstellen.
Zum anderen – und das wiegt deutlich schwerer – fehlt es der Denkschrift an weiterführenden Ansätzen. Wie kann beispielsweise eine künftige europäische Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur aussehen? Welcher Schritte bedarf es hierzu aus christlicher Perspektive? Letztlich sind es die Empfehlungen in der Denkschrift, die deutlich zu kurz greifen. Damit hat die evangelische Kirche in dieser sicherheitspolitisch prekären Zeit eine Chance vertan. Werden ihre friedensethischen Debatten in der Öffentlichkeit nur als eine Duplizierung bereits stattfindender politischer Diskurse wahrgenommen und kommt das christliche Proprium nicht zum Vorschein, kann dies zu einem weiteren Bedeutungsverlust der Kirche führen.“

Dr. INES-JACQUELINE WERKNER, Leiterin des Arbeitsbereichs „Frieden“ bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg (*Eine Chance vertan*. Warum die neue Friedensdenkschrift der EKD enttäuscht. In: *zeit*zeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 26.11.2025 – hier ein Zitatauszug)

Staatstreue EKD verlässt mit ihrer Denkschrift die evangelische Friedenstradition

(Sozialismus.de | Dezember 2025)[1]

Von Ulrich Duchrow

Auf ihrer Synode am 10.11.2025 verabschiedete die EKD eine neue Friedensdenkschrift unter dem Titel: *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen.* Darin verabschiedet sie sich in mehrerer Hinsicht von 70 Jahren evangelischer friedenspolitischer Tradition und passt sich an die „Zeitenwende" hin zur Militarisierung und Aufrüstung an. Auf welcher Basis kann man dies begründet kritisieren? Am besten, wenn man die Neupositionierung mit der früheren Tradition und deren Grundlagen vergleicht, aber auch, wenn man ihre Schlussfolgerungen an ihren eigenen Kriterien überprüft, also mit Vernunftgründen.

1. Die evangelische friedensethische Tradition

Die Abschaffung des Krieges hatte schon 1948 in Amsterdam die Gründungsversammlung des *Ökumenischen Rats der Kirchen* gefordert mit dem berühmten Satz: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein". In Westdeutschland begann die Auseinandersetzung darüber in den 1950er Jahren, als die Bundesregierung unter Adenauer mit der Wiederbewaffnung begann und die Frage der Atomrüstung akut wurde. Zwei Positionen standen sich unversöhnlich gegenüber: Nein ohne jedes Ja versus Bereitschaft, in einer Welt der Sünde

[1] Der Beitrag ist zuerst erschienen unter dem Titel *„Kirche wird staatstreu und kriegstüchtig. Die EKD verlässt die evangelische Friedenstradition"* in der Zeitschrift: Sozialismus.de – Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare. Heft 12/2025, S. 12-16. – Darbietung hier mit Einverständnis von Ulrich Duchrow.

an einer militärischen Verteidigung teilzunehmen. Ein Kompromiss wurde 1959 in den *Heidelberger Thesen* gefunden.[2] Hier wird als Grundlage formuliert, dass der Frieden die Lebensbedingung des wissenschaftlich-technischen Zeitalters ist, d. h. für beide Positionen absolute Priorität haben muss. Die quantenphysikalische Kategorie der Komplementarität erlaubte es, beide widerstreitende Positionen gelten zu lassen, aber unter der Maßgabe, dass die Entscheidung für militärische Gegengewalt mit einem „noch" versehen wurde für eine begrenzte Übergangszeit, in der alle Kraft darauf zu konzentrieren ist, abzurüsten und den Krieg abzuschaffen. Nur wenn diese Abrüstungspolitik mit Priorität verfolgt wird, ist also Beteiligung von ChristInnen daran noch legitim.[3] Das gemeinsame Ziel ist die Vermeidung eines Atomkriegs und die Herstellung des Weltfriedens.

1981 veröffentlichte auch die EKD eine Friedensdenkschrift unter dem Titel *Frieden wahren, fördern und erneuern*. In Teil A I bietet sie eine kritische Darstellung und geopolitische Analyse der akuten Gefahren für den Frieden in einer Zeit, in der die Entspannungspolitik mit Rüstungskontrolle (SALT I und II von 1972) in die Krise kommt. Erstaunlicherweise wird dabei nicht nur etwa der Gegner betrachtet, die Sowjetunion, der gerade durch die kritischen Bewegung im Ostblock in unsicheres Fahrwasser gerät, sondern auch die USA, die in Abstiegsangst auf Konfrontation und Aufrüstung setzt (S. 17) – ganz im Gegensatz zur heutigen Denkschrift, die die Schuld für die Steigerung der Gewalt nur bei Russland sucht. Außerdem wird die Spaltung der Welt in arm und reich als Konfliktpotential ins Auge gefasst und auch Israels Verweigerung der Selbstbestimmung der palästinensischen Volkes – auch hier ein großer Unterschied zu heute. Außerdem wird kritisiert, dass die Logik der Abschreckung Wettrüsten generiert, und es wird dazu aufgefordert, alle Kraft auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen zu konzentrieren, wobei Deutschland aus historischen Gründen eine besondere Rolle spielen sollte. Die Konferenz

[2] Vgl. https://www.ekd.de/heidelberger-thesen-1959-75680.htm mit Literatur.

[3] Es stimmt nicht, was die neue EKD-Denkschrift (149) behauptet, die Heidelberger Thesen hätten in der Komplementarität die militärische Position als eine Normalität gesehen.

für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wird als positives Beispiel genannt.

II. werden die politischen Bemühungen um Sicherung des Friedens nach 1945 dargestellt. Hier wird die zentrale Rolle der UNO und ihrer Charta hervorgehoben und die Bestrebungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung dargestellt, vor allem das System gemeinsamer Sicherheit in Europa auf der Basis der Helsinki-Schlussakte.

III. folgen die Stimmen zur kirchlichen Friedensdiskussion. Hier werden die Heidelberger Thesen aufgenommen und daraus abgeleitet, dass mit neuer Dringlichkeit darauf hingearbeitet werden muss, den Krieg als Institution abzuschaffen. Außerdem wird für die Beteiligung an militärischer Gewalt das „noch" unterstrichen – und auch das nur, wenn das gemeinsame Ziel die Vermeidung des Atomkriegs und die Herstellung des Weltfriedens ist. Sodann werden kirchliche Initiativen genannt, die zur Versöhnung beitrugen, an erster Stelle die *Ostdenkschrift* unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (1965). Sie war eine Sternstunde in der Geschichte der EKD, insofern sie dazu beitrug, die Wende in Deutschland zur Entspannungspolitik des späteren Bundeskanzlers Willi Brandt (1969-1974) herbeizu führen, die ihrerseits wesentlich zum Ende des Kalten Kriegs 1989 beitrug. Auch wird auf den Appell der ÖRK-Vollversammlung in Nairobi 1975 zur Abrüstung und die Einrichtung eines „Programms für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten" hingewiesen. Verwiesen wird auch auf das gemeinsame Wort der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, das dazu aufrief, in beiden deutschen Staaten an der Vertiefung der Entspannungspolitik und der Erziehung zum Frieden mitzuarbeiten. Damals war die EKD sogar bereit, die ökumenischen Basisinitiativen wie „Ohne Rüstung leben" zu würdigen.

Teil B IV wendet sich der christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe zu. Aus der Teilnahme am Frieden Gottes folgt die Verantwortung für den Frieden der Welt. Dabei muss man sich davon verabschieden, die Frage der Sicherheit als rein militärisches Problem zu verhandeln, sondern vielmehr die Konfliktursachen in sozialen, ökonomischen und weltweiten Ungerechtigkeiten wahrnehmen. Es geht um gemeinsames Leben auf dieser Erde. Verhand-

lungsbereitschaft und Kooperationswilligkeit sind gefragt, damit Krieg in jedem Fall vermieden wird.

V. behandelt die Friedensaufgabe der Kirche – jetzt. Dabei steht die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper gemeinsam mit der Friedensbewegung an erster Stelle, denn das „noch" der Beteiligung an militärischer Verteidigung „ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen" (S. 58). Zentral dabei ist, „das Schlechte nicht nur im Gegner und im Gegner nicht nur das Schlechte" zusehen und die „Sicherheit des Gegners" mit zu bedenken (63). Darum gilt es, in diesem Sinn „die Erfüllung der staatlichen Friedensaufgabe kritisch und konstruktiv (zu) begleiten" (64). Die Kirche soll für „Erkennen von Konfliktursachen" (66) und für unabhängige Informationen sorgen, um „politische Sachverhalte sorgfältig und verlässlich darzustellen" – dies alles im Gegensatz zu dem, was man bei der Denkschrift von 2025 sieht. Inhaltlich geht es darum, soziale Gerechtigkeit auf internationaler Ebene zu fördern sowie auf umfassende Kooperation, ein völlig defensives Verteidigungskonzept und effektive Abrüstung hinzuwirken. Dazu sollten regelmäßig Friedensgutachten erstellt werden. Gemeinschaft sollte auch dahingehend praktiziert werden, dass kirchliche Institutionen und engagierte Initiativgruppen der ökumenischen Basis für Gerechtigkeit, Frieden und Umwelt zusammenarbeiten.

Genau dies wurde Realität im *Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*, der auf der 6. Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 initiiert wurde, und zwar auf der Basis des Pfingsten 1983 mit diesem Titel gegründeten Ökumenischen Netzes in Baden. Dann folgten bis 1990 Prozesse in Wechselwirkung zwischen allen Ebenen: lokal, mit regionalen Vernetzungen und Landeskirchen, national, auf kontinentaler und Weltebene. Dem Reformierten Weltbund (RWB) gelang es dann, ab 1990 eine zweite Phase dieses Prozesses unter dem Stichwort des Bekennens (processus confessionis) herbeizuführen, dem sich der ÖRK 1998 und der Lutherische Weltbund (LWB) im Jahr 2000 anschlossen.

Dieser Prozess kann hier nicht ausführlich behandelt werden[4], zwei wichtige Aspekte sind aber hervorzuheben.

Der eine betrifft die Kirchen in der DDR. 1965 legte die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR 1965 „Eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen" unter dem Titel „Zum Friedensdienst der Kirche" vor. „Die Handreichung sah in den beiden Formen des Waffenverzichts nicht nur eine mögliche ‚christliche Handlungsweise', sondern ‚ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn'."[5] Mit dieser klaren Positionierung trugen die evangelischen Kirchen wesentlich zur friedlichen Revolution in der DDR 1989 bei.

Die zweite zentrale Bedeutung des Konziliaren Prozesses für die Friedensethik der weltweiten Ökumene besteht darin, dass von Anfang an der imperiale Kapitalismus als systemische Grundursache für Ungerechtigkeit, Unfrieden und Zerstörung der Schöpfung identifiziert wurde. Dazu bedurfte es eines Studien- und Entscheidungsprozesses von 30 Jahren (1983-2013), bis alle ökumenischen Organisationen ihre klaren Entscheidungen getroffen und formuliert hatten.

Die *erste der großen Vollversammlungen*, in denen der gemeinsame processus confessionis jeweils für eine der Organisationen auf einen Höhepunkt zulief, ist die des *Lutherischen Weltbunds* in Winnipeg/ Kanada im Jahr 2003. Der dortige Beschluss „Die wirtschaftliche Globalisierung verwandeln" enthält starke Formulierungen, u. a.:[6]

> „(59) Als Communio müssen wir der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung so begegnen, dass wir dieser Realität und ihren Auswirkungen Widerstand entgegensetzen, sie grundlegend umwandeln und verändern. Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügeltem Wettbewerb und der unabänderlichen

[4] Dazu vgl. Ulrich DUCHROW: Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben. Erfahrungen, Kämpfe und Visionen in der weltweiten Ökumene. Hamburg: VSA 2025.

[5] Zum Friedensdienst der Kirche, II. 4 Vgl. GARSTECKI in: http://gesellschaft-zeitgeschichte.de/fileadmin/projekte/gfz/download/Friedensarbeit.ev.Kirchen-Wegbereiterin.10.09.pdf , S. 5.

[6] https://www.kirche-mv.de/fileadmin/_einrichtungen_daten/2003_LWB-Botschaft_Auszug.pdf

> Geltung von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienst. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet wird."

Die 2. Generalversammlung war die des Reformierten Weltbunds (RWB) 2004 in Ghana. Hier wurde das *Accra-Bekenntnis* beschlossen. Es arbeitete die Koppelung von militärischen und polit-ökonomischen Dimensionen des imperialen Kapitalismus klar heraus. Die zentralen Abschnitte lauten:[7]

> (18) „*Wir glauben*, dass Gott über die ganze Schöpfung regiert. ‚Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist' (Ps 24,1).
> (19) *Darum sagen wir Nein* zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird … Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Imperium zurück, das Gottes Herrschaft über das Leben umzustürzen versucht, und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes gerechter Herrschaft steht."

In der *10. Vollversammlung in Busan 2013* legte der ÖRK keine einzelne Resolution zum Thema vor, sondern hatte mehrere Dokumente erarbeitet, die dann von der Vollversammlung angenommen wurden. Sie enthalten ebenso klare Aussagen wie die des LWB und des RWB: Vor allem in der *Missionserklärung* heißt es zusammenfassend:[8]

> „Die wirtschaftliche Globalisierung hat den Gott des Lebens durch Mammon ersetzt, den Gott des freien Marktkapitalismus, der die Macht für sich beansprucht, die Welt durch die Anhäufung unmäßigen Reichtums und Wohlstands zu retten. Mission

[7] Das gesamte Bekenntnis ist nachzulesen unter: http://wcrc.ch/de/accra/bekenntnis-von-accra

[8] https://missionrespekt.de/fix/files/missionserklaerung-de-wcc.pdf

in diesem Kontext muss eine Gegenkultur vorleben und Alternativen zu solch götzendienerischen Visionen anbieten."

14 Tage nach Busan Ende November 2013 veröffentlichte *Papst Franziskus* sein Apostolisches Schreiben „Die Freude des Evangeliums". Darin bringt er den weltweiten ökumenischen Konsens auf den Punkt: „Diese Wirtschaft tötet!" …

Es ist als *kirchengeschichtliches Ereignis* anzusehen, dass alle christlichen historischen Kirchengemeinschaften in einem 30jährigen Prozess auf internationaler Ebene offiziell den imperialen Kapitalismus verworfen und zur Arbeit an Alternativen aufgerufen haben. Leider folgten die deutschen Kirchen diesem Beispiel nicht, was sich auch in den Denkschriften, vor allem aber in der von 2025 zeigt.

2007, als es zwar Busan noch nicht gab, aber Winnipeg und Accra, veröffentliche die EKD wieder eine Denkschrift unter dem Titel *„Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen"*. Sie beginnt wieder mit den Friedensgefährdungen (1), hebt aber gegenüber der Denkschrift von 1981 gleich hervor, dass durch das Ende des Ost-Westkonflikts und die Reduzierung der Atomwaffen sowie durch die Weiterentwicklung der KSZE zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sich günstigere Ausgangsbedingungen entwickelt hätten, allerdings sich die Hoffnung auf eine Friedensdividende und eine neue Weltfriedensordnung nach 1989 nicht wirklich erfüllt habe. Vielmehr entstand eine Welt*un*ordnung mit sozio-ökonomischen Verwerfungen konkurrierenden Machtinteressen und zusätzlich Terrorismus. Besonders die sozioökonomischen Ungerechtigkeit werden ausführlich beschrieben. Außerdem sind neue Bedrohungen durch Waffengewalt entstanden, auch durch Privatisierung der Gewalt. Auch wurde die Verbreitung von Atomwaffen nicht gestoppt (Israel und Nordkorea). Es wird auch nach den Ursachen des verstärkten Terrorismus gefragt und in der US-amerikanischen Politik, u. a. auch durch die Blockade von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats gegenüber Israel gesehen. Auch kritisiert die Denkschrift die Doppelstandards des Westens im Blick auf Handels-, Klima-, Nuklearpolitik und die Tendenz, auch eigene Interessen mit Gewalt durchzusetzen (27), was besonders hinsichtlich der Weltwirtschaft zu beobachten ist. Auch die Schwä-

chung der multilateralen Strukturen durch die USA wie z. B. im Irakkrieg werden kritisiert.

2. wird der Friedensbeitrag der Christen auf biblischer Basis entfaltet, aber auch die Verbindung von Religion und Gewalt kritisiert, auch in der Geschichte des Christentums. Zentral ist die Rolle der Friedenserziehung, wobei die Bedeutung der ökumenischen *Dekade zur Überwindung von Gewalt* (2000-2010) hervorgehoben wird. Beteiligung an gewaltmindernder Gegengewalt kann es nur im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung geben. Das Recht auf Kriegsdienstdienstverweigerung muss es nicht nur für grundsätzliche Pazifisten geben, sondern auch für die, die situationsbezogen den Kriegsdienst verweigern. Beispiele zeigen, wie man für Versöhnung arbeiten kann. Ausführlich wird die Verbindung der Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden im Begriff des gerechten Friedens erläutert. Dessen vier Dimensionen sind gleichberechtigt und miteinander zu beachten: Schutz vor Gewalt, Förderung der Freiheit, Abbau von Not inklusive sozioökonomischer Gerechtigkeit / Korrektur sozioökonomischer Asymmetrie und Bewahrung der Schöpfung sowie Anerkennung kultureller Verschiedenheit.

Der 3. Teil betrifft den gerechten Frieden durch Recht: auf globaler Ebene durch eine kooperativ verfasste Ordnung, ein kollektives Sicherheitssystem auf der Basis der UN-Charta, der universalen Anwendung der Menschenrechte, der Überwindung der Ungleichheit durch Recht auf Entwicklung und Ermöglichung kultureller Vielfalt. Statt gerechter Kriege braucht es im äußersten Fall rechtserhaltende Gewalt. Dabei hat das Völkerrecht eine zentrale Rolle. Die früheren Kriterien des gerechten Kriegs sind jetzt zu nutzen als Kriterien für rechtserhaltende Gewalt, wobei die Verhältnismäßigkeit besonders zu betonen ist. Und es gibt auch Grenzen für den rechtserhaltenden Gewaltgebrauch. So ist die National Security Strategy der USA zu kritisieren, die auch große Kriege gegen den Terrorismus einschließt und Militäreinsätze bis hin zur Option von Kernwaffen.

4. geht es um p o l i t i s c h e Friedensaufgaben. Dabei sollte die „menschliche Sicherheit" im Vordergrund stehen. Zentral ist die Stärkung universaler Institutionen und die Gleichrangigkeit der Gerechtigkeitsziele, z. B. durch die Umsetzung der Milleniumsziele mittels Einführung einer Devisentransaktionssteuer und eines inter-

nationalen Insolvenzrechts für Staaten. Bei der Dimension Schutz vor Gewalt sollten zusätzliche Kapazitäten für präventive Aktionen investiert werden. Der Sicherheitsrat sollte reformiert werden, um die Blockade durch die USA zu überwinden, die Globalisierung sollte besser reguliert und die OSZE gestärkt werden. Im Blick auf die Bundeswehr wird kritisiert, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts der Übergang von einer Verteidigungsarmee zu einer internationalen Interventionstruppe vollzogen wurde, aber dafür kein demokratisch legitimes Gesamtkonzept vorliegt. Vor allem waren die von der UNO nicht legitimierten militärischen Interventionen in Jugoslawien und Afghanistan völkerrechtswidrig. Nur vom UN-Sicherheitsrat mandatierte Einsätze sind legitim. Waffenpotenziale sollten abgebaut werden statt weiter aufzurüsten, Abrüstung und Rüstungskontrolle verstärkt werden. Hier tut die Denkschrift nun einen bemerkenswerten bewussten Schritt über die Heidelberger Thesen hinaus und sagt:

> „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *nicht mehr als* Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden … Wenn es die traditionellen Nuklearmächte an Ernsthaftigkeit bei der Verfolgung ihrer Abrüstungsverpflichtungen fehlen lassen, ist das NPT-Regelwerk [scil. der Nichtverbreitungsvertrag] selbst gefährdet … Friedensethisch geboten ist daher nach dieser Argumentationslinie die vollständige nukleare Abrüstung. Konkrete Schritte dazu sind ein nuklearer Teststopp, die Beendigung der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke, die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen und die vollständige Beseitigung der noch aus den Zeiten des Ost-West.Konflikts stammenden nichtstrategischen Kernwaffen.“ (163)

Vor allem aber geht es darum, menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung zu verwirklichen. Beides, die Aussage, dass die Drohung mit Atomwaffen nicht mehr mit evangelischer Ethik vereinbar ist, wie auch die Betonung der notwendigen umfassenden sozio-ökonomischen und ökologischen Gerechtigkeit wird 2019 in der Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung zum Thema Kirche *auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens noch einmal* bestätigt.

Trotz der treuen Fortschreibung der evangelischen friedensethischen Tradition, auch trotz der bemerkenswerten Bereitschaft zur selbstkritischen Reflexion im Blick auf westliche Verhaltensweisen und speziell auf die US-Politik, hat die Denkschrift von 2007 einen Mangel: die Nichtbeachtung der ökumenischen Einsichten in den imperialen Kapitalismus als kohärente Grundursache der verschiedenen kritisierten Phänomene von Ungerechtigkeit, Unfrieden und Zerstörung der ökologischen Grundlagen des Lebens. Ich werde darauf bei der folgenden Kritik der neuen Denkschrift von 2025 eingehen.

2. Die Denkschrift von 2025

Der Titel lautet: *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen.* Zunächst kurz eine Übersicht über diese Änderungen:

2.1 Die ökumenische Konzeption des *Gerechten Friedens* gilt als Leitlinie. Danach haben in der Nachfolge Jesu Gewaltverzicht und Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung den Vorrang. Ziel ist ein umfassender Shalom. Die Denkschrift nimmt dann den Vorrang wieder zurück und sagt: Dieses Ziel ist aber von Menschen in der Welt der Sünde nicht zu erreichen, dient aber der Orientierung. Deshalb braucht es das Gesetz zur Verteidigung des Rechts durch rechtmäßige Gewalt. In dieser Konstellation hat der Pazifismus seine Funktion nur als Zeichenhandlung und politischer Impulsgeber, aber nicht als universale politische Ethik.

Deshalb wird behauptet, dass aus den vier Dimensionen des Gerechten Friedens – Schutz vor Gewalt, Freiheit, Abbau von Not und kulturelle Vielfalt – der *Schutz vor Gewalt Priorität* hat *(anders als in der Denkschrift 2007, wo alle Dimensionen gleichrangig sind*). Der Schutz muss allerdings mit rechtserhaltender Gegengewalt geschehen nach den alten Kriterien des gerechten Kriegs, insbesondere mit Verhältnismäßigkeit im Blick auf den Abbau von Not wird die Soziale Marktwirtschaft empfohlen. Militärische Gegengewalt darf allerdings nur als ultima ratio für Selbstverteidigung eingesetzt werden. Hier (in Abschnitt 58) heißt es nun zum ersten Mal entgegen den Positionen von 2007 und 2019:

„Wenn der Erwerb von Massenvernichtungswaffen unmittelbar bevorsteht, ihr Einsatz konkret angedroht ist und alle diplomatischen Mittel erschöpft sind, kann eine militärische Reaktion bei Abwägung aller Umstände des Einzelfalls als Selbstverteidigung gegen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff betrachtet werden (s. unten, Ziff. 146)".

Weiter wird der Begriff „Kriegstüchtigkeit" verteidigt, denn er soll angeblich feststellen, „dass eine ausreichende Ausstattung der Bundeswehr für einen Verteidigungsfall derzeit nicht gegeben ist." (59) Dafür sollte aber der Begriff „Verteidigungsfähigkeit" benutzt werden.

2.2 werden die heutige Gewalt und die daraus erwachsenden *aktuellen Herausforderungen* geschildert. Dabei stehen Ukraine, Gaza und die Kriege in Afrika an erster Stelle. Als Reaktion steigen die Militärausgaben. Verteidigungsfähigkeit ist nötig und hat ihre Berechtigung. Verhandlungen sind nur dann ethisch vertretbar auf der Basis des Rechts. „Investition in die Verteidigung (ist) Teil einer verantwortlichen Friedenspolitik." (80). Russlands Krieg gegen die Ukraine „ist eine markante Disruption dieser regelbasierten Ordnung" (114). Aber auch die USA, besonders unter Trump, sind kein „verlässlicher Ordnungshüter", weil sie die internationalen Institutionen nicht unterstützen. Der Kapitalismus wird nicht systemisch untersucht.

2.3 muss es *neue, aktuelle Antworten auf bekannte friedensethische Fragen* geben. Atomare Abschreckung bleibt ein „zu überwindendes Dilemma". Aber angesichts des Angriffs Russlands gegen die Ukraine inklusive der Androhung nuklearer Waffeneinsätze ist der Verzicht auf Atomwaffen „kaum politisch zu vertreten" und ihr Besitz „eine ethisch begründbare Entscheidung". Damit entfernt sich die Denkschrift erneut von früheren Positionen der EKD (2007 und 2019). Das gilt ebenso für die Zustimmung zu Waffenlieferungen an Angegriffene. Außerdem müsse man der Wehrpflicht zustimmen, am besten im Rahmen eines allgemeinverpflichtenden sozialen Jahres. Ausdrücklich abgelehnt wird, dass die Totalverweigerung oder ein Ersatzdienst das „deutlichere Zeugnis" für ChristInnen ist, wie es die DDR-Kirchen 1965 festgestellt hatten und wie es der Asymmetrie der Komplementarität in den Heidelberger Thesen entspricht

(158, wiederholt in 169). Gewaltfreiheit verdient nur als „individuelle Glaubensüberzeugung Respekt" (159). In dieser veränderten Zeit „gilt es eigene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung substanziell auszubauen" (162). Das gilt inklusive Einführung der Wehrpflicht. Damit identifiziert sich die EKD hundertprozentig mit der Politik der Bundesregierung und der NATO.

2.4 beginnt der Friede „mit einem vertrauenden Herzen, vergewissert sich im Gebet und zeigt sich im Handeln. Hier wird noch einmal zusammengefasst und zu gegenseitigem Respekt zwischen den verschiedenen Positionen aufgefordert.

3. Kritik: Falsche Schlussfolgerungen aus dem Fehlen einer rationalen geopolitischen Situationsanalyse

Ganz im Sinn des geforderten Respekts möchte ich die Verantwortlichen in der EKD auffordern, ihre Positionen in der neuen Denkschrift dringend zu überprüfen und zu verändern. Unter reformatorischen Christen sollten nicht nur biblische Argumente zählen, sondern auch nachprüfbare Argumente der Vernunft. In beiden Feldern versagt die Denkschrift.

Biblisch gesehen bezeugt sie selbst, dass Jesus der Gewaltfreiheit den Vorrang gab. Dann hebelt sie aber diese Aussage damit aus, das angeblich im Konzept des gerechten Friedens die Schutzpflicht Vorrang hat, ohne diese widersprüchliche Dialektik biblisch zu begründen. Denn dass die Realität der Welt von Sünde gekennzeichnet wird, wusste auch Jesus. Aber selbst, wenn man sich über Jesus hinaus mit der Reformation darauf einlässt, dass durch Recht begrenzte, gewaltmindernde Gegengewalt zum Schutz der Nächsten und der Rechtsordnung das geringere Übel ist, hält die Denkschrift ihre eigenen, aus der Lehre vom gerechten Krieg gewonnenen Kriterien nicht ein.

Sie lässt nämlich ihre gesamte Situationsanalyse zum Beweis der gestiegenen Gewalt- und Kriegsgefahr auf dem Hinweis ruhen, dass Russland die Ukraine und Hamas den Staat Israel angegriffen haben. Sie lässt aber vollständig die Vorgeschichte und den Kontext heraus und fragen gar nicht nach dem ersten, aus der Lehre vom gerechten Krieg übernommenen Kriterium, nämlich der Ursache

(*causa iusta*) und schon gar nicht nach der Verhältnismäßigkeit (*proportionalitas in bello*). Nehmen wir zuerst die Verhältnismäßigkeit. Welche Vernunft würde zustimmen, wenn man bei der heutigen Realität sagt: Die NATO gibt zehnmal so viel für Rüstung aus wie Russland, darum müssen die NATO-Länder ihre Rüstungsausgaben auf 5 Prozent ihres Bruttosozialprodukts steigern? Bemerkt die EKD diese Unlogik nicht?

Viel gravierender ist aber die Frage der Ursache, der *causa iusta*. Auf der Hand liegt die Antwort bei der Frage: Wer hat den Ausbruchsversuch der Hamas aus dem völkerrechtswidrigen Freiluftgefängnis Gaza mit seinerseits allerdings völkerrechtswidrigen Angriffen auch auf Zivilbevölkerung verursacht? Die Antwort sollte klar sein: Eindeutig die völkerrechtswidrige Besetzung der palästinensischen Gebiete durch ein völkerrechtswidriges Apartheidsystem Israels, was der Westen nicht nur toleriert, sondern mit Waffen und wirtschaftlichen Vorteilen unterstützt. Ist also Israels völkermordende „Selbstverteidigung" als Beispiel für leider notwendige, aber legitime und verhältnismäßige Gegengewalt gegen Terror vernünftig und friedensethisch zu unterstützen?

Komplexer ist die Frage der Ukraine, aber die Antwort darauf mit Fakten belegbar. Schon das Accra-Bekenntnis des Reformierten Weltbunds hatte 2004 den imperialen Charakter des herrschenden Kapitalismus klar erkannt und verworfen. Das hätte also dem Redaktionsteam der Denkschrift bekannt sein können. Aber dies war doch zu allgemein und reichte nicht, um die gegenwärtigen Katastrophen zu verhindern. Darum muss die Friedensfrage in ihren geopolitischen Dimensionen unbedingt neu in den gesellschaftlichen und kirchlichen Diskursen und Strategien bearbeitet werden. Denn die extremen Kosten und Schäden, die die Kriege und die daraus folgende Militarisierung verursachen, verhindern die Investitionen in eine lebensfähige Zukunft – und auch die Entwicklung von Kooperation zwischen den Völkern zur gemeinsamen Lösung der Menschheitsprobleme.

Die beste Analyse und Hilfe zu dieser Aufgabe bieten Noam Chomsky und Marv Waterstone mit ihrem Buch *Konsequenzen des Kapitalismus – Der lange Weg von der Unzufriedenheit zum Widerstand*.[9]

[9] Frankfurt: Westend, 2022. – Vgl. auch Kristian LAUBJERG* – Meer, From Deter-

Sie zeigen, wie konkret die Mechanismen funktionieren, wenn man die Idee eines sich selbst regulierenden Marktes, der angeblich aus den individuellen Egoismen gemeinsamen Wohlstand schafft, Schritt für Schritt in die Praxis umsetzt. Denn der kapitalistische Markt, dessen Zweck und Ziel Profitmaximierung für Kapitaleigner ist, hat ungenannte reale Voraussetzungen und Folgen.

– Eine der realen Voraussetzungen des angeblich sich zur allgemeinen Wohlfahrt selbst regulierenden globalen Marktes ist staatliches *Militär* zur Eroberung des Zugangs zu Rohstoffen und Märkten mit der Folge von Kriegen und Rüstungswahnsinn. Angesichts des Ukrainekriegs und des Völkermords in Gaza ist es unbedingt nötig, einen Blick auf diese Dimension des Kapitalismus zu werfen. Chomsky und Waterstone untersuchen nach dem klassischen Kolonialismus und Imperialismus des europäischen Weltsystems die verschiedenen geschichtlichen Wendepunkte nach dem 2. Weltkrieg daraufhin, wie jeweils die USA als neue Hegemonialmacht neue Feindbilder erzeugt hat, um die Militarisierung zur Absicherung der Wirtschaftsinteressen und Ausbau der Rüstungsindustrie voranzutreiben.

Das ist hochrelevant zum Verständnis der Vorgeschichte der von der Denkschrift diagnostizierten Gewaltzunahme, besonders im Ukrainekrieg, die angeblich die Steigerung der Rüstung nötig macht. Nach der Wende von 1989 setzte die US-Regierung 1991/92 eine geheime Strategiekommission ein, in der das sog. *Wolfowitz-Memorandum* erarbeitet wurde.[10] Darin ist eines der Hauptpunkte die Verhinderung eines Systems der gemeinsamen Sicherheit und wirtschaftlicher Kooperationsstrukturen in Europa unter Einschluss Russlands. Die USA wollen unbedingt das Gorbatschowsche „Europäische Haus" verhindern, damit die von ihnen dominierte NATO die einzige Sicherheitsstruktur und mit ihr die USA die einzige Supermacht bleiben kann. So entschieden die US-Regierungen, das Versprechen an Gorbatschow (leider nicht in einem Vertrag, sondern nur in Protokollen schriftlich festgehalten) zu brechen, die NATO nicht über die Elbe hinaus auszudehnen, und stattdessen den

---

rence and Defence to Confrontational Warmongering in: https://www.other-news.info/from-deterrence-and-defence-to-confrontational-warmongering/.

[10] Dazu vgl. Thomas BARGATZKY: *Der große Wahn. Der neue Kalte Krieg und die Illusionen des Westens.* Baden-Baden: Tectum 2020, S. 135.

Sieg über die Sowjetunion auszukosten und die Welt unilateral mit Militärbasen zu überziehen (um 800). Dabei spielt die Frage der Kontrolle über die Ukraine seit 1997 eine zentrale Rolle, wie man in aller Klarheit bei Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, nachlesen kann.[11] Denn, so heißt es, wer die Ukraine kontrolliert, kontrolliert den euro-asiatischen Markt. Gemeinsame Sicherheit und evtl. sogar gemeinsame Marktstrukturen hätten zu einer multipolaren Welt beigetragen, was die USA um jeden Preis verhindern wollen. Dann folgt der Krieg gegen den Terror mit dem neuen Feindbild des Islam und jetzt China. Und so wird die NATO schrittweise bis an die direkten Grenzen Russlands erweitert. Es wird gezeigt, wie all dies die Vorbedingung für Russlands Krieg geschaffen hat, der natürlich auch selbst völkerrechtswidrig ist und wieder extrem negative Folgen für Umwelt und soziale Gerechtigkeit hat. Hinzu kommt, dass Russland und die Ukraine bereits im April 2022, wenige Woche nach Kriegsbeginn, einen Waffenstillstandsvertrag mit Aussicht auf Friedensverhandlungen vorbereitet hatten. Auch das verhinderten die USA. Sie schickten Boris Johnson nach Kiew, um Präsident Selinskyj zu beeinflussen, den Vertrag nicht zu unterschreiben. Motiv: Russland schwächen – oder in der Sprache der damaligen deutschen Außenministerin Baerbock „Russland kaputtzumachen". Alle Toten und Zerstörungen über die folgenden dreieinhalb Jahre bis heute gehen also auf das Konto der USA und indirekt der NATO. Und trotzdem soll man nach der Denkschrift gegen Russland aufrüsten.

Nimmt man weiter die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO unter Beteiligung Deutschlands in Kosovo, Libyen und Afghanistan hinzu, muss man eindeutig feststellen, dass die NATO unter Führung der USA und mit Beteiligung Deutschlands nicht ein Bündnis für Recht und Frieden erhaltende *ultima ratio*-Militäreinsätze, sondern eine die US-Hegemonie durchsetzende und Kriege provozierende Institution ist. Nach den Kriterien der Denkschrift muss aber legitime militärische Gewalt verbunden sein mit vorrangigem Ziel Frieden und Abrüstung. Auch Letzteres ist das Gegenteil von dem, was die USA tut.[12]

---

[11] Frankfurt: S. Fischer, 1997.

[12] Vgl. z. B. Alexander Neu in: https://www.nachdenkseiten.de/?p=141913.

Besonders wichtig ist angesichts dieser Realität, dass die europäischen Kirchen mit anderen darauf hinarbeiten, dass sich Europa unabhängig von den USA wieder Strukturen der gemeinsamen Sicherheit erarbeitet. Auch kann angesichts dieser belegbaren Fakten ein junger Christ oder eine junge Christin in Deutschland mit der Kriegsdienstverweigerung nicht nur ein deutlicheres Zeugnis ablegen, sondern *muss* dies in diesem institutionellen Rahmen unbedingt tun, selbst wenn er oder sie kein prinzipieller Pazifist ist, sondern nach den Kriterien des gerechten Kriegs handelt. Dies sollte die EKD ihren Gemeinden erläutern.

Den Verantwortlichen für Politik in Deutschland sollte sie raten, Deutschland dringend von der Abhängigkeit an die USA zu lösen und sich wieder auf die Neuentwicklung eines Systems der gemeinsamen Sicherheit im Sinn der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter Einschluss Russlands zu konzentrieren.[13] Gab es nicht einmal eine EKD-Denkschrift, die die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen als Friedenshandeln empfahl? Nur so kann auch die EU wieder zu einer Friedenskraft werden. Das wäre die vernünftige Ausübung der Schutzpflicht. Und wenn man dann noch von der Ökumene lernen würde, den sozial spaltenden und durch Wachstumszwang ökologisch zerstörerischen imperialen Kapitalismus mit einer Wirtschaft im Dienst des Lebens zu überwinden, würden auch die anderen Dimensionen des gerechten Friedens umsetzbar sein.

Über den Verfasser | Ulrich Duchrow ist apl. Professor für systematische Theologie an der Universität Heidelberg. Seit 1969 in der ökumenischen Bewegung tätig – besonders im interreligiösen Feld Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung; Mitbegründer und Ehrenvorsitzender des ökumenischen Basisnetzwerkes ‚Kairos Europa' und Ko-Vorsitzender des *Kairos Palästina Solidaritätsnetzes* in Deutschland und Mitglied des Theologischen Ausschusses von *Global Kairos for Justice*, dem internationalen Netzwerk von *Kairos Palästina*. – Im Frühjahr 2025 erschien im VSA: Ver-

[13] Dazu könnten sogar frühere deutsche Diplomaten und Generäle helfen – wie z. B. Michael von der Schulenburg und General a. D. Harald Kujat, vgl. z. B. https://www.beck-shop.de/schulenburg-nie-wieder-krieg/product/40265769; https://www.nachdenkseiten.de/?p=118536.

lag sein Buch *„Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben“*, in dem er seine langjährigen „Erfahrungen, Kampfe und Visionen in der weltweiten Ökumene“ zusammengefasst hat.

Kirche gegen christlichen Pazifismus?

„[…] Von einer ‚Neupositionierung' berichtet die ‚Tagesschau': Um Frieden zu sichern, müsse unter Umständen auch Gewalt als letztes Mittel angewendet werden. Und der *Spiegel* titelt ‚Friedensdenkschrift 2025: Evangelische Kirche spricht sich für Möglichkeit der atomaren Abschreckung aus'. Sogar der christliche Pazifismus werde infrage gestellt.

Tatsächlich hat sich die EKD auf ihrer Synode in Dresden vom christlichen Pazifismus verabschiedet – jedenfalls als kollektivem ethischen Leitmotiv, das sich aus der Bergpredigt im Neuen Testament herleitet. So heißt es in der Denkschrift: ‚Christlicher Pazifismus ist als allgemeine politische Theorie ethisch nicht zu begründen.' […] War also der Pazifismus eines Martin Luther King – oder, im interreligiösen Kontext: eines Mahatma Gandhi – lediglich ‚Ausdruck individueller Gewissensentscheidung', und nicht zugleich auch politische Theorie und Praxis etwa gegen die Rassentrennung in den Vereinigten Staaten und den US-Krieg in Vietnam mit bis zu vier Millionen getöteter vietnamesischer Zivilisten, oder für ein Ende der Jahrhunderte währenden Herrschaft des britischen Empire in Indien? […] Doch es gibt noch Hoffnung. Schon bei der Präsentation der neuen ‚Friedensdenkschrift' protestierte eine Gruppe von Friedensaktivisten in Dresden. Dass die EKD-Positionen nicht für die gesamte evangelische Kirche stehen, zeigt auch die prompte Erwiderung ‚Gerät der Friede aus dem Blick?' der ‚Initiative Christlicher Friedensruf', die das Ökumenische Friedenszentrum im Mai 2025 gemeinsam mit 25 Friedensorganisationen gegründet hat: ‚Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist so groß wie nie zuvor. In dieser Situation stärkt die Denkschrift mit ihrer theologischen Rechtfertigung kriegerischer Gewalt als *ultima ratio* militärische Optionen …'

[…] Unterzeichnet ist die EKD-Denkschrift zur ‚Evangelischen Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen' von Bischöfin Kirsten Fehrs, der Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Fehrs Vorgängerin als EKD-Ratsvorsitzende 2009/2010, Margot Käßmann, fand in ihrem Redebeitrag für die Demonstration ‚Nie wieder kriegstüchtig!' in Stuttgart am 3. Oktober 2025 deutlich andere Worte: *Der Präsident des Reservistenverbandes rechnete kürzlich für den Fall eines Krieges mit Russland mit täglich 5.000 toten Soldaten auf der eigenen Seite. Das eindeutige Zeichen gegen diesen Wahnsinn ist: Kriegsdienstverweigerung*!"

(Volker REKITTKE: Abschied vom christlichen Pazifismus.
In: Nachdenkseiten, 13.11.2025.)

Kirchen wollen kriegstüchtig werden

Ein internes Dokument zeigt, wie die Kirchen sich auf den Krieg vorbereiten. Eine offene Diskussion gibt es darüber nicht.[1]

(Publik-Forum | 5. Dezember 2025)

Von Christoph Fleischmann

Kriegstüchtig sollen Bundeswehr und Gesellschaft nach den Vorstellungen von Verteidigungsminister Boris Pistorius werden. Ein umstrittener Begriff. In der neuen Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wird er dennoch mit viel Verständnis gewürdigt: Es gehe um die Fähigkeit, die eigenen Werte zu verteidigen, darum, „wie Soldatinnen und Soldaten befähigt werden können, eine militärische Auseinandersetzung erfolgreich zu bestehen". Dazu will auch die EKD ihren Beitrag leisten und lässt seit rund eineinhalb Jahren ein Konzept ausarbeiten, wie sie sich auf einen Krieg vorbereiten kann. Die katholische Kirche wurde inzwischen mit einbezogen. Publik-Forum liegt das „Ökumenische Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall" in einer Fassung vom September diesen Jahres vor. Es ist ein internes Arbeitspapier, doch geheim sind diese Überlegungen nicht.

Der evangelische Militärbischof Bernhard Felmberg spricht gern davon: Die Militärseelsorge müsse sich vom Verteidigungsministerium fragen lassen, ob sie im Kriegsfall in der Lage sei, sich an der NATO-Ostflanke um Verletzte zu kümmern, Rücktransporte zu begleiten, Todesnachrichten zu überbringen und Bestattungen durchzuführen, erklärte Felmberg schon vor über einem Jahr im Berliner Tagesspiegel. Diese Aufgabe könne er mit 104 evangelischen Militärgeistlichen nicht leisten; dafür brauche es die ganze Kirche. Deshalb habe er von der Kirchenkonferenz der EKD den Auftrag erhalten, eine Art „geistlichen Operationsplan Deutschland" zu erstellen,

[1] Zuerst erschienen in: Publik-Forum 23/2025 am 5.12.2025; erneuter Abdruck an dieser Stelle mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers.

so Felmberg. Er meint das besagte Rahmenkonzept, das sich derzeit noch im „ökumenischen Abstimmungsprozess“ befinde, wie es aus dem Kirchenamt der EKD heißt. Deswegen will man dort genauso wie bei der katholischen Bischofskonferenz noch nichts dazu sagen.

Tatsächlich knüpft das Kirchenkonzept an den sogenannten „Operationsplan Deutschland“ an, den die Bundeswehr erstellt hat. In ihm würde die militärische Landes- und Bündnisverteidigung mit den zivilen Unterstützungsleistungen in einem Plan zusammengeführt, erfährt man im Rahmenkonzept der Kirche. Im Operationsplan gehe es auch um die Frage, welche Rolle die Religionsgemeinschaften bei der Verteidigung hätten.

Das wollen die Kirchen mit ihrem Konzept beantworten und zählen all die Ressourcen auf, die es bei ihnen gibt: Gemeindeseelsorge, Notfallseelsorge, Krankenhausseelsorge, Polizei- und Gefängnisseelsorge. Es wird überlegt, wie diese alle im Bündnis- oder Verteidigungsfall eingesetzt werden können, welche Kompetenzen bereits vorhanden sind und in welchen Bereichen noch Schulungen nötig sind, um den Anforderungen im Krieg zu genügen. Vieles davon bleibt noch unkonkret. Das 24-seitige Konzept soll später durch „Handlungsleitfäden“ ergänzt werden.

„Die Kirchen lassen sich nach meiner Wahrnehmung zu einem Teil des Betrugs machen, dass Krieg eine Handlungsmöglichkeit sei“, sagt Gottfried Orth empört. Er ist emeritierter Theologieprofessor mit dem Schwerpunkt Friedenstheologie. Und Angelika Claußen, Kovorsitzende der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), meint, dass die Verfasser des Konzeptes sich wohl nicht die Dimension eines Krieges klargemacht hätten. Bundeswehroffiziere hätten gegenüber Ärztevertretern Szenarien vorgestellt, wonach Deutschland im Kriegsfall bis zu 1000 verletzte Soldaten täglich versorgen müsse, was nur zulasten der normalen Krankenversorgung gehen könne.

Diesen Konflikt sieht das Rahmenkonzept durchaus: Kapazitäten für verletzte Soldaten würden „tief in den Regelbetrieb“ der Krankenversorgung eingreifen und „Standards der bestmöglichen individualmedizinischen Versorgung“ außer Kraft setzen, heißt es. Eine inhaltliche Position dazu haben die Kirchen aber nicht in ihrem Plan. Nur dass man das Seelsorgepersonal auf diese Situation vorbereiten müsse und – wie es in dem Konzept häufig heißt – mit den

staatlichen Stellen zusammenarbeiten werde. Die Aufgabe der Seelsorge in Kriegszeiten wird beschrieben als „emotional und seelisch zu stabilisieren, Halt und Orientierung" zu vermitteln. Entscheidungen der kirchlichen Stäbe sollen „Ruhe, Ordnung" und „Handlungsfähigkeit" gewährleisten. Es fällt auf, dass an keiner Stelle ein möglicher inhaltlicher Konflikt mit den Anordnungen staatlicher Stellen angesprochen wird.

Claußen sieht in diesen Beschreibungen eine „Unterwerfung"; die Befehle kämen im Kriegsfall, autorisiert durch Notstandsgesetze, vom Militär. Und Gottfried Orth sieht es kritisch, dass das Konzept der Kirche selbst eine militärische Sprache verwende, wenn etwa von „Stabsarbeit" die Rede ist oder wenn es heißt, dass es darauf ankäme, „in bereichernder Vielfalt und dennoch mit einer Stimme zu sprechen".

In dem Konzept wird einerseits die föderale Struktur von Kirche als Ressource gewürdigt, aber es wird auch davon gesprochen, „dass im Krisenfall" Entscheidungen „durch Stabsarbeit getroffen werden". Solche Stäbe könne es von der Gemeinde- oder Pfarreiebene bis zur Bundesebene geben: „Die Einrichtung eines kompakten, circa zehnköpfigen ökumenischen Krisenstabs auf Bundesebene ist in Erwägung zu ziehen." Dazu sollen Kirchenleute in „Krisenstabsarbeit" ausgebildet werden.

Gottfried Orth stellt verwundert fest, dass Kriegsdienstverweigerer in dem Konzept nur zweimal knapp erwähnt werden, und zwar als „besondere Personengruppe", die „in den Fokus von Gemeindearbeit und Seelsorge geraten" könne. Orth hingegen findet, Kriegsdienstverweigerer und die ebenfalls erwähnten Deserteure seien Menschen, „die auf besondere Unterstützung gerade der Kirchen angewiesen" seien – bis hin zum Kirchenasyl für Deserteure. Friedensbewegte Stimmen aus den Kirchen würden in dem Konzept völlig fehlen, so Orth.

Dafür werden aber den gefallenen Soldaten knapp zweieinhalb der 24 Seiten gewidmet: Es geht um die Überbringung der Todesnachricht, die würdevolle Bestattung und die Begleitung trauernder Angehöriger bis hin zur Schaffung von „Gedenkorten und -zeiten": „Neben dem Volkstrauertag, dem Ewigkeitssonntag und Allerseelen werden weitere Zeiten und Orte geschaffen, an denen der Gefallenen in einer besonderen Weise gedacht werden kann." Orth

schüttelt den Kopf. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Landeskirchen wieder ein Gefallenengedenken einführten, wie es das früher gegeben habe.

Bleibt die Frage, ob es bei dem Rahmenkonzept nur um operative Fragen geht, wie die Autorinnen und Autoren des Konzeptes meinen, wenn sie schreiben, dass sie in keiner Weise die friedensethischen Grundeinsichten der Kirchen relativieren wollen. Orth meint, dass man sich auf den Weg der Kriegsvorbereitung begebe, wenn man so tue, als sei ein Krieg führbar.

Militärbischof Felmberg hält dagegen: „Fördert die Notfallseelsorge den Unfall auf der A9? Fördert die Krankenhausseelsorge die Entstehung von Krebs?", fragte er kürzlich im Bayerischen Rundfunk. „Nein, tut sie nicht." Aber weil diese Dinge passieren können, sei man besser darauf vorbereitet. Ja, es sei geradezu „fahrlässig", so Felmberg, „wenn wir in einem hoffentlich niemals eintretenden Verteidigungsfall nicht handlungsfähig wären". Orth hingegen sieht die vom Evangelium gebotene Aufgabe der Kirchen darin, Stopp zu sagen, wenn Krieg wieder als Option erscheine.

Wie so ein Stopp aussehen kann, macht die IPPNW gerade mit einer Kampagne gegen die Militarisierung im Gesundheitswesen vor: „Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Nur kriegspräventive Maßnahmen kann ich vertreten", heißt es in einer Selbstverpflichtung, die bisher rund 900 Bedienstete im Gesundheitswesen unterschrieben haben. „Ich lehne deshalb jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen." Eine vergleichbare Kampagne, meint Angelika Claußen, könne man auch in den Kirchen machen. Dort gäbe es doch auch viele, die mit der Politik der Kriegstüchtigkeit nicht einverstanden seien.

Zum Verfasser | Christoph Fleischmann ist Redakteur der kirchenunabhängigen christlichen Zeitschrift Publik-Forum: www.publik-forum.de |
Der dargebotene Text ist zuerst erschienen in: Publik-Forum 23/2025 am 05.12.2025.

Echo aus Friedens- und Sozialbewegung

„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“

Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen | 2006

Die Gemeinschaft der Kirchen umfasst heute Christen, die einen „Friedensdienst mit Waffen“ für möglich halten, und christliche Pazifisten. Diese Gemeinschaft von Christen auf unterschiedlichen Wegen und in gegenseitigem Respekt basiert auf dem ökumenischen Konsens, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Ohne diesen Konsens kann sie nicht bestehen.

Im dritten Jahrtausend werden nun in der so genannten „westlichen Welt“ immer offener nationale Wirtschaftsinteressen als Zielvorgaben in militärischen Planungen geltend gemacht und sogar dem zuarbeitende Verfassungsänderungen angestrebt. Verschiedene Militärdoktrinen nennen in diesem Zusammenhang unter anderem „freie Weltmärkte“, freie Handels- und Seewege, den Zugang zu Rohstoffen, eine gesicherte Versorgung mit Energie-Ressourcen, die Wahrung des nationalen Wohlstands und eine Abwehr von Immigration aus armen Erdregionen.

All diese Gesichtspunkte rechtfertigen weder nach dem Völkerrecht noch nach der Friedensethik der christlichen Ökumene den Einsatz von tödlichen Waffen oder die Gefährdung des Lebens von Zivilisten und Soldaten. Als Getaufte erklären wir in aller Deutlichkeit: Wer für Soldaten betet und gleichzeitig Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschaftsinteressen befürwortet, lästert Gott. Wer nationale Wirtschaftsinteressen zur Rechtfertigung von militärischem Handeln heranzieht, verlässt die Treue zum Evangelium und trennt sich selbst von der Gemeinschaft der Glaubenden. Wir bitten alle Schwestern und Brüder inständig, das gemeinsame Band nicht zu zerreißen, am Bekenntnis zum Gott des Friedens festzuhalten und gegen jegliche politische Rechtfertigung von Kriegen aus wirtschaftlichem Interesse Widerstand zu leisten.

Dokumentation des Ökumenischen Aufrufes aus dem Jahr 2006 und der Erst-Unterzeichnenden auf dem Portal ‚Lebenshaus Schwäbische Alb‘ (https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html)

Friedensgruppen entsetzt über „nukleare Zeitenwende“ in der EKD

Pressemitteilung vom 11.11.2025[1]

Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“

Das Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“ kritisiert die neue EKD-Friedensdenkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick“ als Kapitulation der christlichen Friedensethik vor der staatlichen Aufrüstungsraison. Das Bündnis von über 70 Friedensorganisationen, dem auch viele kirchliche Gruppen angehören, sieht in dem Papier eine „nukleare Zeitenwende“ und bedauert den Rückfall der EKD in längst überholt geglaubte Positionen für die Rechtfertigung nuklearer Abschreckung. Dass nun öffentlich der Eindruck entsteht, der Besitz von Atomwaffen sei friedensethisch vertretbar, hält das Aktionsbündnis für verheerend und gefährlich.

„Die seit Jahrzehnten zugestandene Gewährung einer Noch-Frist für eine Akzeptanz von Atomwaffen durch die Kirchen ist längst abgelaufen. Das hat Papst Franziskus bereits 2019 in seiner Rede in Hiroshima festgestellt, als er den Besitz von Atomwaffen als unmoralisch geißelte“, betont Martin Singe, Sprecher des Aktionsbündnisses. Die Atomwaffenstaaten seien ihrer Verpflichtung zu nuklearer Abrüstung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht einmal ansatzweise nachgekommen und hätten somit die ethische Duldungsfrist verwirkt. „Wir erwarten daher von der evangelischen Kirche keine Legitimation dieser Politik, sondern einen klaren, friedensethisch begründeten Ruf nach sichtbaren Schritten zu einer Welt ohne Atomwaffen.“

„Auch kirchliche Basisgruppen kämpfen seit Jahren in Büchel für den Abzug der hier gelagerten US-Atombomben. Die EKD fällt deren Engagement mit der neuen Denkschrift in den Rücken“, konstatiert Hildegard Slabik-Münter von der Friedensgruppe Daun in

[1] Textquelle | https://www.atomwaffenfrei.de/friedensgruppen-entsetzt-ueber-nukleare-zeitenwende-in-der-ekd/

der Eifel. Der Atomwaffenstandort Büchel wird gerade mit über zwei Milliarden Euro für die neuen F-35-Atombomber der Bundeswehr und für zielgenauere US-Atombomben umgebaut. Das Aktionsbündnis hofft, dass die evangelische Kirchenbasis der Kirchenleitung klaren Widerspruch entgegensetzt, wie es der Friedensbeauftragte der EKD, Friedrich Kramer, bereits getan hat: „Ich bin der Meinung, wir sollten bei einem klaren Nein ohne jedes Ja bleiben", hatte der Landesbischof der mitteldeutschen Kirche am gestrigen Montag zum Thema Atomwaffen gesagt. Dem schließt sich das Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt" vorbehaltlos an.

Erklärung zur EKD-Friedensdenkschrift 2025

(11.11.2025)

Bundesarbeitsgemeinschaft
Linke Christ:innen[1]

Oberste Maxime für Christ:innen in der Nachfolge des Jesus von Nazareth ist der Grundsatz: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.

Wir lehnen deshalb alle kriegsvorbereitenden Maßnahmen ab, die letztlich dazu führen, dass Menschen getötet und ihre Lebensgrundlagen vernichtet werden. Und auf der anderen Seite werden der Rüstungswirtschaft satte Gewinne ermöglicht, während für Menschen in prekären Lebenslagen Unterstützung massiv abgebaut wird. Kriegstüchtigkeit wird zum vorherrschenden Ziel erklärt, dem alles andere unterzuordnen ist. Ressourcen, die notwendig wären, um allen Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Würde zu ermöglichen, werden verschleudert für die Rüstungsindustrie.

Sowohl Papst Franziskus als auch Leo XIV. sprechen von einer „Wirtschaft, die tötet".

Die Denkschrift der EKD zum Frieden vom 10.11.2025 trägt leider nicht zum gesellschaftlichen Frieden zwischen den Völkern bei. Die Ächtung von Atomwaffen wird zwar als ethisch geboten, deren Einsatz aber politisch für verantwortlich gehalten. Christlicher Pazifismus wird klein geredet als „Ausdruck gelebter Frömmigkeit", womit der Haltung gegen Krieg ein Platz ohne Wirkmächtigkeit in Kirche und Gesellschaft zugewiesen wird. Menschen, die aus der Kriegslogik ausscheren und politische Impulse für eine umsetzbare Sicherheitspolitik erarbeiten, werden dadurch marginalisiert.

Eine Kirche, die als Steigbügelhalter für eine kriegsbereite Regierung dient, verrät die Friedensbotschaft Jesu.

---

[1] Textquelle | Hier dokumentiert nach: https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

Unsere Positionen sind nach wie vor:

- Absage an eine nukleare Teilhabe Deutschlands und
- Abzug aller nuklearen Waffensysteme aus Deutschland,
- Stopp aller Waffenlieferungen,
- Nein zur Wiedereinführung einer Wehr- und Kriegspflicht,
- Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit.

Eine Kirche im Sinne Jesu Christi muss immer nach allen Möglichkeiten für Dialog, Verständigung und Entspannung von Konflikten suchen. Martin Luther King prägte den Satz: *„True Peace is not merely the Absence of Tension; it is the Presence of Justice."*[2]

Dazu gehört zuallererst die Aufarbeitung des zugrundeliegenden Konflikts unter Berücksichtigung der Fehler und Versäumnisse beider Konfliktseiten und das Bemühen, die Perspektive auch der Gegenseite einzunehmen; der Weg einer „rechtserhaltenden Gewalt" rechtfertigt aber letztlich Gewalt, er führt in die Irre.

Der Vorstand der BAG Linke Christ:innen am Gedenktag
des Hl. Martin von Tours, Kriegsdienstverweigerer, 11.11.2025.

V.i.S.d.P.: Clemens Selzer und Mechthild Greim (Vorsitzende).

Über die Gruppierung:
https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/

[2] [Wahrer Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Spannungen, sondern die Anwesenheit von Gerechtigkeit.]

Kritik der „Christ*innen in der Deutschen Friedensgesellschaft – VK“ an der EKD-Denkschrift 2025

November 2025[1]

Zwar ist der sprachliche Duktus wie gewohnt kirchlich-friedlich. Man spricht oft von Frieden, Frieden und nochmals Frieden. Aber am Ende findet man kein klares Nein zu Atomwaffen [Seiten 15 und 114], kein klares Nein zur Wehrpflicht [Seite 128] und kein klares Nein zur Aufrüstung [Seite 77].

Die Denkschrift nutzt oft den Zauberstab „rechtserhaltender Gewalt“. Man fragt sich: Wie kann man die rechtserhaltende Gewalt von Jesus Christus her, von seinen Worten und Taten her – und vor allem von seinem Friedensgeist her – rechtfertigen?

Als Mitglied einer evangelischen Landeskirche schäme ich mich für diese EKD-Schrift. Niemand braucht eine Denkschrift, die den Schulterschluss mit der aktuell allgegenwärtigen Aufrüstungspolitik (Hofreiter, Nouripour, Kiesewetter) vollzieht.

Selbst teilgenommen habe ich an der „3. Konsultation der EKD-Friedenswerkstatt“ (20. bis 21. Februar 2024 in Bad Boll). Übergroß an der Leinwand war ein Offizier zugeschaltet. Die Bundeswehr – vor allem die Abteilung Seelsorge – hat heftig an der Denkschrift mitgearbeitet. Und so fehlt auch das „Dilemma“ – ein Lieblingswort der Militärseelsorge – nicht. Es steht elfmal im Text. Der Begriff „Dilemma“ klingt zwar nach Bildung. Man nutzt das Wort „Dilemma“ in der Bundeswehr und in kirchlichen Kreisen aber fast ausschließlich, um den Einsatz militärischer Mittel zu rechtfertigen. An welcher Stelle hat Jesus Christus eigentlich das Dilemma gelehrt oder gelebt? Schon damals in Bad Boll hat man die Stimmen der wenigen Vertreter*innen der Friedensbewegung überhört und nicht ernst genommen.

[1] Text hier übernommen nach: https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

Anstatt dieser Denkschrift hätte ich mir eine Schuldeerklärung gewünscht, in der die EKD offen bekennt:

> „Als wir den Afghanistaneinsatz unterstützt haben, sind wir in die Irre gegangen. Und als wir den Malieinsatz unterstützt haben, sind wir in die Irre gegangen. Als wir im Stellvertreterkrieg in der Ukraine auf Waffengewalt gesetzt haben, sind wir in die Irre gegangen. Als wir in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder gemeinsame Sache mit der Staatmacht und dem Militär gemacht haben, sind wir in die Irre gegangen. Wir kehren um und unterstützen ab sofort nur noch diplomatische und andere aktiv-gewaltfreie Methoden."

Ungefähr so könnte das „EKD-Schuldbekenntnis 2025" lauten.

Seit der Konstantinischen Wende arbeiten Thron und Altar, Militär und Kirche zusammen. Die neue EKD-Kriegstüchtigkeits-Denkschrift ist eine traurige Fortsetzung dieser Tradition. Warum orientiert sich dann die neue EKD-Denkschrift zu 100% am Zeitgeist (an der militärpolitischen Zeitenwende), aber zu wirklich null Prozent an Jesus Christus?

Kontakt: Rainer Schmid, Theologe und Religionslehrer in Ulm/Donau.

Erklärung von ICAN Deutschland zur EKD-Friedensdenkschrift 2025: Ethische Lücken, sicherheitspolitische Mängel

Veröffentlicht am 1. Dezember 2025[1]

ICAN Deutschland

Die kürzlich veröffentlichte Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick“[2] stößt auf scharfe Kritik aus Friedensorganisationen und der Zivilgesellschaft. Auch der Friedensbeauftragte der EKD, Landesbischof Friedrich Kramer, stellte sich gegen die Denkschrift.[3]

ICAN Deutschland schließt sich der Kritik an: Die Denkschrift weist bezüglich Atomwaffen eklatante analytische Mängel auf, sie ignoriert die Stimmen der Opfer und Betroffenen von nuklearer Gewalt und sie übergeht internationale Fortschritte der atomaren Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Fehlerhafte Prämissen

Die Denkschrift beruht auf der falschen Prämisse, dass der Besitz von Atomwaffen und die Androhung von atomarer Vernichtung friedenswahrend seien. Das Konzept der Nuklearen Abschreckung wird in dem Text völlig unreflektiert verwendet, während seine inhärenten Risiken ausgeblendet werden.

---

[1] https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2025/12/ICAN-Statement-zur-EKD-Friedensdenkschrift-2025.pdf

[2] https://www.eva-leipzig.de/de/ekd-denkschrift-welt-in-unordnung-gerechter-friede-im-blick

[3] https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2025-11/deutschland-ekd-friedensbeauftragter-gegen-denkschrift.html

Doch Fakt ist: Atomwaffen sind eine existentielle Bedrohung für die gesamte Menschheit und den Planeten. Selbst ein regionaler Atomkrieg, etwa zwischen Pakistan und Indien, würde weltweit zu Milliarden Toten führen. Diese realen Problematiken zu ignorieren, ist sicherheitspolitisch gesehen unseriös.

Innere Widersprüche

Die ethischen Überlegungen des Textes bezüglich Atomwaffen sind in sich widersprüchlich. Einerseits finden sich Aussagen wie diese:

- *„Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens."*
- *„Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten."*
- *„Hinter die Ächtung von Atomwaffen, wozu auch die Androhung eines nuklearen Schlags gehört, gibt es kein ethisches Zurück."*
- *„Atomwaffen sind* […] *in keiner Weise ethisch zu legitimieren."*

Doch diese Sätze, die zunächst ethische Klarheit suggerieren, werden an anderer Stelle wieder entkräftet: *„Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben* […] *festhalten."*

Falsches Dilemma

Diese Widersprüchlichkeit versuchen die Autor:innen durch die Konstruktion eines falschen ethischen Dilemmas zu überbrücken. Sie schreiben: „Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, auch wenn ihr Einsatz durch nichts zu rechtfertigen ist."

Was die Autor:innen an dieser Stelle ausblenden: Der Besitz von Nuklearwaffen ist unumgänglich mit der Fähigkeit und dem Willen verknüpft, sie auch einzusetzen. Nukleare Abschreckung beruht auf der Idee, dass beide Parteien davon überzeugt sein müssen, dass die jeweils andere Seite bereit ist, ihre Atomwaffen einzusetzen. Wer

also den Besitz von Atomwaffen sicherheitspolitisch als notwendig erklärt, rechtfertigt damit auch implizit ihren Einsatz.

Zudem: Nukleare Abschreckung bedeutet die ständige Androhung der gegenseitigen Vernichtung. In diesem Sinne werden Atomwaffen bereits seit Jahrzehnten tagtäglich eingesetzt. Notwendig verwoben mit dem System der Nuklearen Abschreckung sind auch die mehr als 2000 Atombombentests, die weltweit ganze Landschaften zerstört und verseucht haben. Hunderttausende Tote und Opfer, die bis heute unter den Folgen leiden – all diese Menschen bleiben in der EKD-Denkschrift unerwähnt.

Stimmen der Betroffenen, Perspektiven der Diplomatie

Dass die Denkschrift bezüglich Atomwaffen teils die zynisch-realpolitische Sicht der Macht übernimmt, während sie die Stimmen der Opfer und Betroffenen ausblendet, ist aus ethischer Sicht besonders zu kritisieren. Die breite Kritik an der Denkschrift aus christlichen Friedensorganisationen und weiten Teilen der evangelischen Kirche ist deshalb kaum verwunderlich. Immerhin sehen die meisten Gläubigen die Solidarität mit den Schwächsten in der Gesellschaft und den Opfern von (atomarer) Gewalt als ihre christliche Pflicht. Atomwaffen sind zur Massenvernichtung konzipiert. Ein Atomkrieg wäre das unterschiedslose Töten von Abermillionen unschuldiger Menschen – Grund genug, diese Waffen aus ethischer Sicht abzulehnen.

Aus sicherheitspolitischer Perspektive ist die Ausblendung von internationalen Fortschritten der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung in der Denkschrift eklatant. Der Text erwähnt weder den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, noch das Abkommen der Vereinten Nationen zum Verbot von Atomwaffen. Der Kernwaffenteststopp-Vertrag, atomwaffenfreie Zonen, Maßnahmen zu Verifikation und Vertrauensbildung, bilaterale Abkommen wie der auslaufende New START-Vertrag – nichts davon wird in der Denkschrift aufgegriffen.

Dabei ist es diesem internationalen Regime an Verträgen zu verdanken, dass es nicht wesentlich mehr Staaten mit Atomwaffen gibt und dass es bisher zu keinem Atomkrieg gekommen ist. Das Regel-

werk ist heute wichtiger denn je, da immer mehr Staaten mit dem Gedanken spielen, eigene Kernwaffen anzuschaffen. Doch auch hier schweigt die Denkschrift: Das globale Problem der nuklearen Proliferation bleibt einfach unerwähnt.

Was Gemeinden und Gläubige tun können

Die beträchtlichen Mängel des Papiers bezüglich Kernwaffen, nuklearer Gerechtigkeit und atomarer Abrüstung sind – besonders im Vergleich zur letzten Denkschrift von 2007[4] – offensichtlich. Der Rat der EKD muss sich nun entscheiden, wie er mit der breiten Kritik[5] an diesem Text umgeht. Bezüglich Atomwaffen sollte er dringend die Perspektiven der Betroffenen und der Expert:innen aus Diplomatie und Zivilgesellschaft aufgreifen.

Seit diesem Jahr ist die Mehrheit der Staatenwelt Mitglied des Atomwaffenverbots der Vereinten Nationen – ein wichtiger Erfolg in krisengebeutelten Zeiten. Den vielen Menschen in der evangelischen Kirche, die ein starkes Zeichen gegen atomare Gewalt und Massenvernichtung setzen wollen, empfehlen wir:

1. Aktiv für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag einzutreten,
2. Den Abzug der in Deutschland gelagerten Atomwaffen zu fordern,
3. Gelebte Solidarität mit den Opfern und Betroffenen von atomarer Gewalt zu üben.

Dafür bieten die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und ihre Partnerorganisationen viele Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten für Engagement.

Berlin, 1. Dezember 2025

[4] https://www.ekd.de/friedensdenkschrift.htm

[5] https://www.evangelische-friedensarbeit.de/meldungen-friedensarbeit/agdf-neue-ekd-friedensdenkschrift-veraendert-konzept-des-gerechten

Über die Organisation | ICAN Deutschland ist Teil der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. Mit Unterstützung der Öffentlichkeit setzt sich ICAN (Friedens-Nobelpreis 2017) für die Ächtung der Atomwaffen ein. – Website: https://www.icanw.de | https://www.icanw.de/action/kritik-zur-ekd-friedensdenkschrift-2025/

Gegen die Propaganda einer christlichen Kriegstheologie

Überlegungen aus der gewerkschaftlichen Basisinitiative ‚Sagt Nein!'

Von Andreas Buderus & Johannes Schillo[1]

Als vor mehr als hundert Jahren das Zeitalter der Weltkriege begann, versagten die kosmopolitischen Programme, die sich vorher noch als Warner vor einem drohenden Weltenbrand hervorgetan hatten. Der Internationalismus der Arbeiterbewegung verschwand zugunsten einer „Burgfrieden"-Politik der Gewerkschaften, die das nationale Kollektiv gegen die ausländischen Klassenbrüder gnadenlos in Stellung brachte; die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland bekannten sich – ähnlich wie ihre auswärtigen Glaubensbrüder – zu ihrem Kriegsherren und bedienten ihn mit einer Kriegstheologie, die den Nachgeborenen die Sprache verschlug.

Und all das kommt jetzt wieder! Das Heilsversprechen des militärischen Komplexes feiert seit der von Kanzler Scholz angesagten „Zeitenwende" seine Wiederauferstehung, eine katholische Kriegstheologie im Dienst an NATO und Nation ist in Arbeit, und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlicht eine Friedensdenkschrift, die „wirkt, als käme sie direkt aus dem Bundestag". Da lässt sich auf katholischer Seite die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) nicht lumpen und steuert zur Debatte um den Wehrdienst eine Erklärung bei, von der man den Eindruck hat, sie käme direkt aus dem Verteidigungsministerium.

[1] Der Text wurde von den Verfassern am 13.12.2025 an den Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes eingesandt. Vgl. inzwischen auch: Andreas BUDERUS / Johannes SCHILLO, *Ein fester Burgfrieden.* Evangelische wie katholische Propagandisten einer deutschen Kriegsmoral räumen mit den letzten pazifistischen „Irrtümern" auf. Dagegen legen nicht nur christliche Basisinitiativen Protest ein. In: junge Welt, 10.01.2026. https://www.jungewelt.de/artikel/515389.ein-fester-burgfrieden.html

Damit hat man natürlich nicht das ganze Bild: Es gibt Christen und Christinnen – und sie dürfen sich teilweise auch noch öffentlich bemerkbar machen in unserer auf „Kriegstüchtigkeit" geeichten Republik! –, die diesen Kurs ihrer Kirchenleitung entschieden ablehnen. Damit sind sie übrigens in einer ähnlichen Lage wie die oppositionellen Kräfte in den DGB-Gewerkschaften, die entschiedenen Einspruch gegen den Kurs der Gewerkschaftsführungen einlegen und versuchen, an der Basis Widerstand zu organisieren.

Zu dieser Situation sollen im Folgenden einige Überlegungen aus der gewerkschaftlichen Basisinitiative Sagt NEIN! – Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarisierung und Burgfrieden beigesteuert werden, und zwar vor allem zur EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick".

Gegen einen kirchlichen Burgfrieden in der Zeitenwende

Im November 2025 beschloss der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – ein 15köpfiges (!) Leitungsgremium – die besagte Denkschrift. Dieses Papier markiert nicht weniger als eine Abkehr von zentralen friedensethischen Positionen der EKD, wie sie über Jahrzehnte – nicht zuletzt seit der Friedensdenkschrift von 2007 – vertreten wurden. Mit dieser Denkschrift verfällt die EKD, wie friedensbewegte Kreise bemerkten, dem „Mythos der erlösenden Gewalt":

- Militärische Mittel werden jetzt im Atomzeitalter (das bislang am Sinn von Kriegen zweifeln ließ) als „politisch notwendig" akzeptiert,
- Aufrüstung und Abschreckung (die sich notfalls auch präventiver Gewalteinsätze bedienen muss) ethisch eingehegt,
- zivile und gewaltfreie Alternativen wie überhaupt die Vision eines gewaltfreien globalen Zusammenlebens marginalisiert.
- *Fazit*: Krieg erscheint so nicht mehr als Scheitern der Politik angesichts christlicher Ideale, die auch und gerade für Staatenlenker gelten, sondern als legitimierbares Instrument verantwortlichen Handelns.

Dazu wollen wir als kritische Gewerkschafter*innen nicht schweigen. Wir erleben seit der ausgerufenen „Zeitenwende“ in unseren eigenen Organisationen, wie rasch sich friedenspolitische Grundsätze auflösen, wenn staatliche Machtpolitik als alternativlos gilt. Aufrüstung wird normalisiert, Militarisierung moralisch unterfüttert, soziale Kosten werden relativiert – und Kritik aus den eigenen Reihen gerät unter Druck.

Genau diesen Prozess beobachten wir nun – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, etwa im Kulturleben oder im Wissenschaftsbetrieb – in der Evangelischen Kirche. Das sagen wir nicht als unbeteiligte Beobachter*innen, die von außen auf eine bedenkliche Entwicklung blicken, sondern als solidarische Kritiker*innen, die wissen, wovon sie sprechen. So wie wir den DGB und seine Einzelgewerkschaften an ihren eigenen Beschlüssen messen, messen wir auch die EKD an den eigenen christlichen Grundlagen, die eben nicht mit der jahrhundertelangen Geschichte von Kriegstheologie und Militärseelsorge erledigt sind, sondern den erklärten Anspruch enthalten, eine „Kirche des Friedens“ zu sein.

„Welt in Unordnung“ – oder Ordnung der Herrschenden?

Schon der Titel der Denkschrift verrät mehr, als er vermutlich will. Wenn von einer „Welt in Unordnung“ die Rede ist, entsteht der Eindruck, als sei diese Unordnung gleichsam über uns gekommen – vom Himmel gefallen, aus der Hölle gekrochen oder Ergebnis eines plötzlichen moralischen Verfalls. Genau darin liegt eine zentrale Verzerrung und Verschleierung.

Die gegenwärtige gewalttätige, kriegerische, sozial zutiefst spaltende und den Planeten existenziell bedrohende „Unordnung“ ist kein Zufall, keine Anomalie, auch kein Ergebnis einer anonymen Entwicklung, die die Menschheit vor Herausforderungen stellt, wie die politischen Führer immer behaupten. Sie ist auch nicht das Werk einer Handvoll von Autokraten, die als Anführer von Schurkenstaaten „unsere“ moralisch einwandfreie Weltordnung in Frage stellen.

Sie ist im Gegenteil das konsequente, erwartbare und erklärbare Ergebnis der herrschenden Wirtschaftsordnung: eines globalisierten, kapitalistisch-imperialen Reproduktionsregimes, das auf Konkurrenz, Ausbeutung, militärischer Absicherung von Interessen und systematischer Externalisierung von Kosten beruht. Eine Erkenntnis, die auch der Kirche an anderer Stelle durchaus bekannt ist – wenn etwa die beiden letzten Päpste von der globalisierten Marktwirtschaft als einem mörderischen System sprechen: „Diese Wirtschaft tötet".

Und damit sind die herrschenden Zustände eben keine „Unordnung", sondern die Ordnung der Herrschenden. Wer aber diese Ordnung nicht als Problem benennt, sondern ihre Folgen als diffuse „Unordnung" beschreibt, entpolitisiert die Ursachen. Die Gewalt erscheint dann als tragisches Geschehen, bei dessen Ausbreitung wir alle uns an die Brust klopfen sollen, und nicht als Resultat konkreter ökonomischer, politischer und militärischer Machtverhältnisse. So wird Widerstand gegen die tatsächlichen Ursachen erschwert: Nicht das System gerät in den Blick, sondern nur seine Eskalationen, die allein als Schuld der anderen, mit Deutschland konkurrierenden Staatenlenker dingfest gemacht werden sollen.

Einschwenken auf den Regierungskurs

Die neue EKD-Denkschrift markiert einen deutlichen Bruch mit früheren friedensethischen Positionen. Der „Schutz vor Gewalt" wird zum dominanten Maßstab erhoben, während militärische Mittel gleichzeitig – von Waffenlieferungen über Abschreckung bis hin zur massiven Aufrüstung, die militärische Überlegenheit garantieren soll – als „politisch notwendig" akzeptiert werden. Zivile Konfliktbearbeitung, internationale Rechtsdurchsetzung und gewaltfreie Alternativen spielen nur noch eine untergeordnete Rolle.

Besonders problematisch ist dabei, dass die Ächtung von Atomwaffen zwar für „ethisch geboten", politisch aber für „unverantwortlich" gehalten wird. Damit wird der eigene erkennbare und sogar benannte ethische Widerspruch nicht aufgelöst, sondern politisch in der Hand der Kriegstreiber verwertbar gemacht. Hinzu kommt, dass der offensive militärische Anspruch, der imperialisti-

scher Politik immanent ist, in der Denkschrift explizit den kirchlichen Segen erhält: „Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind und bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein." (Nr. 147) „Präventiv" – also aus dem eigenen, selbstgerechten Anspruch, die Welt in gut und böse, in willfährige Partner und unbotmäßige Gefährder einzuteilen – darf demnach die deutsche Nation ihren dritten Versuch zum „Griff nach der Weltmacht" starten.

Diese Entwicklung ist innerhalb der Evangelischen Kirche keineswegs unumstritten. Zahlreiche Stimmen aus der kirchlichen Friedensarbeit, aus Initiativen, Netzwerken und Stiftungen kritisieren, dass die Denkschrift militärische Logiken stabilisiert, zivile Optionen marginalisiert und sich eng an die sicherheitspolitischen Deutungen von Bundesregierung, NATO und EU anlehnt. Zu nennen sind hier insbesondere die Stellungnahmen der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) sowie der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung. Letztere attestiert dem Papier, dass es „hinter die Charta der Vereinten Nationen und hinter den aktuellen friedensethischen Diskurs" zurückfalle, dem „Mythos der erlösenden Gewalt verfällt", und warnt vor einem neuen staatskirchlichen Anpassungsprozess.

Barmer Erklärung – noch aktuell?

Unsere Kritik richtet sich bewusst an die Evangelische Kirche – nicht, weil Kirche per se friedensfähig wäre, das war und ist sie allzu häufig gerade nicht –, sondern weil die evangelische Kirche in Deutschland aus einem Bruch mit überkommener Herrschaftslegitimation hervorgegangen ist. Die Reformation stand dafür, auch wenn Luther mit der brutalen Unterdrückung der aufständischen Bauern gleich die nächste Legitimationsvariante absegnete. Später hat die Barmer Theologische Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934 sich von solchen legitimatorischen Traditionen freizumachen versucht; seitdem steht sie als Beispiel für die konsequente und mutige Einsicht, dass sich Kirche weder staatlichen Machtansprü-

chen unterordnen noch ihre Botschaft den jeweils herrschenden politischen Logiken anpassen darf.

An diesem Maßstab messen wir die aktuelle EKD-Denkschrift – so, wie wir als „Sagt NEIN!“ auch unsere Gewerkschaften an ihren eigenen programmatischen Grundlagen und ihrer Geschichte messen. Die Barmer Erklärung kann zu eine klaren Absage an die Selbstgerechtigkeit einer wertebasierten Weltordnung motivieren, in der die maßgeblichen Staaten die unmaßgeblichen mit ihrer Kommandogewalt konfrontieren und in der sie ihre eigene Machtpolitik von grundlegender ethischer und politischer Kritik ausnehmen wollen.

Vor diesem Hintergrund ist es problematisch, dass die EKD-Denkschrift sicherheits- und militärpolitische Grundannahmen der Bundesregierung weitgehend übernimmt und in eine eigene ethische Sprache übersetzt. Nicht durch offene Kriegsrhetorik, sondern durch wohlabgewogene, moralisch anspruchsvolle Ableitung wird ein Kurs mitgetragen, der Aufrüstung, Waffenlieferungen und Abschreckung (inklusive, wie bemerkt, präventive Kriegführung) als politisch notwendig erscheinen lässt. Gerade diese Form der Zustimmung wirkt im gegenwärtigen Militarisierungsprozess eskalierend – weil so staatlicher Kriegslogik zusätzliche moralische Legitimation verschafft wird.

Entscheidend ist dabei, dass durch diesen Leitungsgremiumsbeschluss des EKD-Rates ein offizieller Deutungsrahmen entsteht, der nach innen wie nach außen wirksam ist. Kritische Stimmen geraten dadurch unter Druck – nach außen, weil sich Befürworter*innen von Militarisierung auf kirchliche Autorität berufen können; nach innen, weil Widerspruch nun als Abweichung von der „verantworteten Linie“ erscheint.

Was folgt daraus?

Die neue EKD-Denkschrift steht exemplarisch für einen breiteren gesellschaftlichen Trend: den Rückzug kritischer Institutionen in einen neuen Burgfrieden der politischen Unterwerfung, gesellschaftlichen Militarisierung und aktiven Kriegsvorbereitung. Dagegen wenden wir uns – konsequent, solidarisch und lernfähig aus der eigenen Geschichte.

Wir erklären uns ausdrücklich solidarisch mit allen Kräften innerhalb der Evangelischen Kirche, die diesen Kurs nicht mittragen. Wir freuen uns auf gemeinsame Arbeit in der Friedensbewegung, gegen Aufrüstung, gegen soziale Spaltung und gegen die Normalisierung von Krieg.

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg heißt heute:

- Keine Übernahme staatlicher Kriegsnarrative!
- Kein moralisches Abfedern von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!
- Kein Burgfrieden – weder kirchlich noch gewerkschaftlich!

Sagt NEIN!

Kontakt: info@sagtnein.org

Über die beiden Verfasser:

ANDREAS SCHILLO – Sozialwissenschaftler und Journalist, lange Jahre als Autor und Redakteur in der außerschulischen (politischen) Bildung tätig, wirkt in verschiedenen Antikriegsprojekten wie der Gewerkschaftsinitiative „Sagt NEIN!“ und in der antimilitaristischen Gegenöffentlichkeit („FriedensForum“, „Gewerkschaftsforum“…) mit, letzte Buchveröffentlichung (zusammen mit N. Wohlfahrt): „Deutsche Kriegsmoral auf dem Vormarsch“ (VSA, Hamburg 2023). Website: www.i-v-a.net, Kontakt: info@i-v-a.net

ANDREAS BUDERUS – Sozialarbeiter, Coach, Mediator und freier Autor (jW, gewerkschaftsforum.de, Marxistische Blätter, SOZ); Mitglied (u.a.) in: Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF e.V), Bund für soziale Verteidigung (BSV), PRO ASYL, ver.di, Industrial Workers of the World (IWW); seit über 40 Jahren Gewerkschafsaktivist; Mitbegründer gewerkschaftliche Basisinitiative ‚Sagt NEIN! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden‘ und Zentraler Arbeitskreis gegen Rassismus und Rechtsextremismus (ver.di).

Evangelische Kirche für Atomwaffen

Stellungnahme zur EKD-Denkschrift
„Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick …“[1]
(Internetportal ‚Unabhängige Grüne Linke‘ | 15.12.2025)

Von Karl-W. Koch

Die vorgelegte Denkschrift der Evangelische Kirche *„Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“*[2] ist lesenswert, detailliert und versucht sich aktuell mit der – ihrer Meinung nach – neu zu definierenden Friedenspolitik auseinanderzusetzen. Viele gute und richtige Ansätzen werden durch falsche, unchristliche Schlussfolgerungen z. B. zur Wehrpflicht oder zum Pazifismus entwertet. Gravierend ist u. E. vor allem die Fehlbewertung in der neuen Haltung zu den Atomwaffen. Hiermit beschäftigt sich das nachfolgende Papier.

Warum hier in dieser Art ein „Kurswechsel“ um 180° vollzogen wird, bleibt vermutlich allen informierten evangelischen Christen ein Rätsel.

Zu den Inhalten

In mystisch verklärten Worthülsen versucht die Evangelische Kirche in ihrer neuen Denkschrift, *„wenn es notwendig ist“* den Besitz und auch den Einsatz von Atomwaffen nicht mehr länger kategorisch zu verneinen:
Zitat S. 9 (Hervorhebung durch die Autoren):
„In solchen Konstellationen ist es mitunter notwendig, zwischen der ethischen Beurteilung und der politischen Einschätzung zu unterscheiden. Dann gilt: In solchen Konstellationen gibt es keine ‚guten‘ Lösungen im

[1] Die Stellungnahme ist zuerst erschienen am 15.12.2025 auf dem Internetportal *„Unabhängige Grüne Linke“*: https://www.u-g-l.de/evangelische-kirche-fuer-atomwaffen/

[2] https://www.ekd.de/friedensdenkschrift-2025-91393.htm

ethischen Sinn, ***wohl aber Optionen, die unter den gegebenen Umständen als am wenigsten problematisch erscheinen****. Das ist besonders im Blick auf Atomwaffen der Fall: Der ethisch gebotene Verzicht bleibt orientierend, ist angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber politisch schwer zu vertreten."*

und Zitat S. 15 (Hervorhebung durch die Autoren):

„6. Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens. Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten. ***Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte.*** *Dies führt in ein Dilemma: Egal welche Option gewählt wird, die Verantwortlichen machen sich schuldig. Dieses Dilemma kann im Moment nicht aufgelöst werden.* ***Die Denkschrift erkennt das Dilemma an."***

und Zitat S. 116 (Hervorhebung durch die Autoren):

„Die sehr herausfordernde ***Frage nach der ethischen Legitimationsfähigkeit einer präventiven bewaffneten Gegenwehr*** *stellt ein Teilproblem der grundsätzlichen Dilemmata dar, in die die Tatsache des Vorhandenseins nuklearer Bewaffnung führt.* ***Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben treffen, sondern lediglich die genannten Dilemmata festhalten."***

„Ein Dilemma anerkennen" – diese Aussage bedeutet nichts anderes, als die Situation objektiv zu analysieren und zu akzeptieren, dass es keine perfekte Lösung gibt, sondern eine Entscheidung mit Vor- und Nachteilen getroffen werden muss. Die evangelische Kirche lässt also mit diesen Aussagen, die Entscheidung für Atombewaffnung und in der Folge auch ihren Einsatz[3] zu.

Dass Abschreckung auch immer den gegebenenfalls notwendigen Einsatz einschließt, wird – aus Sicht der Schreibenden – klugerweise nicht weiter vertieft. Denn dann wäre das „Dilemma" zumindest nach christlichen Kriterien sehr eindeutig zu entscheiden. Es wird also unterstellt, dass (sinngemäß) *„eine Entscheidung zum Einsatz der Atomwaffen– trotz der Nachteile* **(?)** *getroffen werden kann."*

[3] S. 116.

Dass diese „Nachteile“ für Zehntausende einen elenden Tod, für Hundertausende schwerste Verletzungen, Vernichtung der Existenz und der Lebensgrundlage, also in der Folge ein Verrecken in Not und Elend und ohne jegliche Unterstützung bedeuten, wird als „*Dilemma*“ abgetan, das *„… im Moment nicht aufgelöst werden* (kann)“[4].

Dabei wird die Ausweitung eines Atomwaffeneinsatzes zu einem Atomkrieg mit vielfachem Einsatz von Atomwaffen auf beiden Seiten – völlig unrealistisch – offenbar ausgeschlossen bzw. verdrängt. Der Begriff „Nuklearer Winter“[5] von mehreren Jahren – nach allen bekannten Berechnungen und Einschätzung aller Experten zum Thema – die zwangsläufige Folge bereits beim Einsatz von jeweils mehreren Dutzend Atomwaffen auf beiden Seiten, wird kein einziges Mal erwähnt. Ein großer, nicht auszuschließender Atomkrieg zwischen den Großmächten (andere Überlegungen gehen aktuell von einer kaum noch zu verhindernden Zwangsläufigkeit beim ersten Einsatz von Atomwaffen aus[6]) würde das Ende der aktuellen Zivilisation auf der Erde und eine Vernichtung großer Teile der Menschheit und natürlich auch der Tiere und Pflanzen nach sich ziehen.

Spätestens bei Einbeziehung dieser Überlegungen hätte sich die Einschätzung als „unlösbares Dilemma“ als völlige Fehleinschätzung geklärt.

Bewertung der Aussagen im Einzelnen

(<u>*Hervorhebungen*</u> bei Zitaten immer durch die Autoren)

Zitat 1, S. 9: *„Schwieriger stellt sich die Lagebeurteilung in Spannungsverhältnissen bei Staaten dar, die mit der Bedrohung durch die atomare Aufrüstung anderer konfrontiert sind, wie im Fall von Israel und dem Iran. In solchen Konstellationen ist es mitunter notwendig, zwischen der ethischen Beurteilung und der politischen Einschätzung zu unterscheiden. Dann gilt: In solchen Konstellationen gibt es keine ‚guten‘ Lösungen im*

[4] S. 15.

[5] https://www.spektrum.de/news/welche-folgen-haette-ein-regionaler-atomkrieg-fuer-die-welternaehrung/1347744

[6] S.a. https://de.wikipedia.org/wiki/72_Minuten_bis_zur_Vernichtung

ethischen Sinn, ***wohl aber Optionen, die unter den gegebenen Umständen als am wenigsten problematisch erscheinen. Das ist besonders im Blick auf Atomwaffen der Fall****: Der ethisch gebotene Verzicht bleibt orientierend, ist angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber politisch schwer zu vertreten – ein Zustand, der sich* ***wiederum für eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung denken lässt****."*

Damit beginnt die Aufweichung der bisherigen strikten Ablehnung von Atomwaffen. Trotz des „ethisch gebotenen Verzichtes" lässt sich „… eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung" denken. Nicht ausgeführt, aber herauszulesen: Das Vorhalten von Atomwaffen lässt sich „als Übergangslösung" denken. Hierbei an dieser Stelle interessant – aber zumindest logisch – ist nebenbei, dass dies namentlich nicht nur Israel, sondern auch dem Iran zugestanden wird[7]. In Gesprächen zum Papier entstand bei den Autoren der Eindruck, dass vor allem die Atomwaffen Israels und die Präventiv-Schläge Israels und der USA[8] thematisiert – und gerechtfertigt – werden sollten. Aber verkannt wird dabei – und auch das zeigt wiederum die Unkenntnisse der Autoren, dass diese Forderung genauso umgekehrt gilt: Israel i s t atomar bewaffnet, der Iran ist auf dem Weg dahin. Der Iran droht Israel mit Vernichtung[9], aber der Iran wurde im 1. Golfkrieg vom Irak, damals Verbündeter der USA und Westeuropas, nach der Revolution mit einem achtjährigen fürchterlichen Krieg inklusiver Chemiewaffeneinsätze (die Fabriken geliefert von Deutschland!) überzogen[10]: Es gab ca. eine Million Todesopfer, die große Mehrheit auf der Seite des Irans.

Eines wird völlig übersehen bei dieser Argumentation: Was hier zugunsten Israels gesagt wird (es sei zur Klarheit wiederholt): „… ***wohl aber Optionen, die unter den gegebenen Umständen als am wenigsten problematisch erscheinen. Das ist besonders im Blick auf***

[7] Zitat: „*Schwieriger stellt sich die Lagebeurteilung in Spannungsverhältnissen bei Staaten dar, die mit der Bedrohung durch die atomare Aufrüstung anderer konfrontiert sind, wie im Fall von Israel und dem Iran.*"

[8] https://tagesschau.de/ausland/asien/interview-angriffe-usa-iran-100.html

[9] https://www.deutschlandfunk.de/israel-iran-erzfeinde-nahost-100.html

[10] https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/212301/der-erste-golfkrieg-1980-1988/

Atomwaffen der Fall**: **Der ethisch gebotene Verzicht (hier: auf einen Präventivschlag) *bleibt orientierend, **ist** angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber **politisch schwer zu vertreten** – ein Zustand, der sich **wiederum für eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung denken lässt***" gilt – zu Ende gedacht – natürlich auch für einen Angriff der USA und/oder des europäischen Nato-Teils auf Russland.

Ab Seite 15 wird das Thema erneut aufgegriffen:

Zitat 2, S. 15: „*Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens.*
*Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten. **Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein**, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte. Dies führt in ein Dilemma: Egal welche Option gewählt wird, die Verantwortlichen machen sich schuldig. **Dieses Dilemma kann im Moment nicht aufgelöst werden.** Die Denkschrift erkennt das Dilemma an. Sie spricht sich trotzdem dafür aus, innerhalb der NATO-Initiativen zu entwickeln, wie Sicherheit dauerhaft ohne Nuklearwaffen gedacht und organisiert werden kann.*"

„*Dieses Dilemma kann im Moment nicht aufgelöst werden*" und die „*NATO* (wird aufgefordert) *Initiativen zu entwickeln, wie Sicherheit dauerhaft ohne Nuklearwaffen gedacht und organisiert werden kann*". Bis dahin kann und darf die NATO – nach vielfacher Einschätzung durchaus „Teil des Problems", nicht der Lösung, vor allem aufgrund der von ihr und ihren Mitgliedern geführten Angriffskriege[11] – also mit evangelischen christlichen Segen Atombomben inkl. der völkerrechtswidrig in Büchel gelagerten Bomben der „Nuklearen Teilhabe" vorhalten und „wenn es notwendig ist" einsetzen.

Ab S. 111 ff wird das Thema ausführlich behandelt. Dargestellt wird dabei auch die bisherige bedingungslose Ablehnung,

Zitat 3, S. 112: (142) „*Eine besondere Aufmerksamkeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland galt der nuklearen Abschreckung, niedergelegt insbesondere in den Heidelberger Thesen 1959 und den Friedens-*

[11] Kosovo, Afghanistan, Libyen, Irakkrieg bzw. Dritter Golfkrieg, … Quelle: https://www.bpb.de/themen/internationale-organisationen/nato/556389/einsaetze-der-nato/

denkschriften 1981 und 2007. Die Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR setzten sich ebenfalls intensiv mit diesem Thema auseinander. ***Auf ihrer Synode 1987 in Görlitz bekannten sie sich ausdrücklich zur ‚Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung' und formulierten ein theologisches und friedensethisches Bekenntnis, das als verbindliche Orientierung ihrer Kirchen festgeschrieben wurde.***"

die nun aber aufgeweicht wird.

Zitat 4, S. 112: „*Deutschland besitzt zwar selbst keine Atomwaffen, aber es verfügt über Flugzeuge, die mit in Deutschland gelagerten Atomwaffen der USA bestückt werden können. Damit ist das Problem der ‚nuklearen Teilhabe' angesprochen.* ***Während vielen diese nukleare Teilhabe zu weit geht, werden derzeit Stimmen laut, die eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Atombewaffnung fordern.***"

Als eine dieser „Stimmen" wollen offenkundig die Schreiber*innen des Papiers wahrgenommen werden. Dass diese Forderung völlig unrealistisch – und, wenn überhaupt, eine „deutsche Atombombe" noch eher umsetzbar wäre, wird bereits ausführlich politisch diskutiert.[12] Als Begründung muss „*beispielhaft*", ohne weitere Differenzierung, Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine herhalten:

Zitat 5, S. 112/113: (143) „*Atomwaffen sind eine existentielle Bedrohung für Menschen und ganze Lebensräume. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine macht beispielhaft die Problematik nuklearer Rüstung in heutigen Konflikten deutlich:* ***Zum einen hat der Verzicht der Ukraine auf die auf ihrem Gebiet verbliebenen sowjetischen Atomwaffen wohl mit dazu beigetragen, dass sie Opfer eines konventionellen Angriffs geworden ist. Zum anderen sind die teils versteckten, teils offenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt die Drohung mit nuklearen Waffen eine entscheidende Rolle spielen kann.*** *In einer Welt, in der nukleare Waffen existieren, ist eine ethische Auseinandersetzung mit dieser Bedrohung unabdingbar.*"

Hier sind gleich mehrere Fehler enthalten:

[12] https://u-g-l.de/atomwaffen-erleben-ein-gefaehrliches-comeback/

1. Mit dieser Verharmlosung („*und ganze Lebensräume*“) wird negiert, dass der „ganze Lebensraum“ im worst case die gesamte Nordhalbkugel der Erde sein wird. (s. o.)
2. Der Verzicht der Ukraine auf die sowjetischen Atomwaffen wurde von den USA und Russland gefordert. Die gesamte, notwendige Infrastruktur zur regelmäßigen Wartung und Unterhaltung lag auf russischem Gebiet und hätte vollständig neu aufgebaut werden müssen, für Milliardenbeträge, die im Haushalt des neuen Staates schlicht nicht vorhanden waren.
3. Die mit einem „*wohl*“ (*dazu beigetragen*) abgeschwächte Behauptung ist eine völlig unbewiesene, nicht belegbare Behauptung.
4. Die „*teils versteckten, teils offenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen*“ durch Russland sind übrigens kein Alleinstellungsmerkmal. Auch die USA dachten in Vietnam mehrfach über den Einsatz von Atomwaffen nach[13] … und verloren dennoch den Krieg.

„*Ethische Auseinandersetzung mit dieser Bedrohung* (ist zwar) *unabdingbar*“, der hier gezogene Schluss: Das einzige und überaus vorsichtige Zugeständnis an die Drohung mit atomaren Waffen besteht darin, dass nur im Fall von Extremsituationen existenzieller Gefahr für den Staat **nicht festgestellt werden kann, dass „taktische“ Einsätze mit kleinerer atomarer Ladung von vornherein verboten sind**. Auch hier sind Atomwaffen und ihr Einsatz nicht erlaubt, sondern nur nicht ausnahmslos verboten, das ist aber die falsche Schlussfolgerung.

Zitat 6, S. 113 (144) stellt richtig fest: „*Die US-amerikanischen römisch-katholischen Bischöfe haben schon 1983 festgehalten**, dass jeglicher Einsatz, also auch der sogenannte Zweitschlag, von Atomwaffen ethisch verwerflich ist**. Denn bei einem Einsatz würden die Verhältnismäßigkeit von militärischem Ziel und zivilen Opfern sowie die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilpersonen in einem Ausmaß verletzt, das durch nichts zu rechtfertigen wäre. Aufgrund der nicht-diskriminierenden Wirkung und der lange fortwährenden Schädigung durch die im Falle eines Einsatzes freigesetzten nuklearen Substanzen (Fallout) sind in*

[13] https://www.atomwaffena-z.info/geschichte/atomwaffen-als-drohmittel/vietnamkrieg

ethischer Perspektive der Besitz, die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen abzulehnen. Das gilt auch für sogenannte taktische, also kleine Atomwaffen. ***Das internationale Recht folgt dieser Linie***."

Was daran jetzt neuerdings falsch sein soll, wird ausgeschwiegen.

Nochmals das Zitat 7, S. 113/114 (144): „***Das einzige und überaus vorsichtige Zugeständnis an die Drohung mit atomaren Waffen besteht darin, dass nur im Fall von Extremsituationen existenzieller Gefahr für den Staat nicht festgestellt werden kann, dass ‚taktische'***[14] ***Einsätze mit kleinerer atomarer Ladung von vornherein verboten sind.*** *Auch hier sind Atomwaffen und ihr Einsatz nicht erlaubt,* ***sondern nur nicht ausnahmslos verboten***."

Die sprachlichen Volten erreichen einen traurigen Höhepunkt. Atomwaffen – selbst der „Einsatz" – sind also weiter nicht erlaubt, aber auch „nicht ausnahmslos verboten". Dabei zeigt sich gravierende fachliche Unkenntnis u. a. an dem Begriff „*taktische Einsätze mit kleinerer atomarer Ladung*", womit die „Logik" endgültig hier ad absurdum geführt wird.[15]

Zitat 8, S. 114 (145): „*In diesem Szenario (*Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation*)* ***würden alle Staaten, die nicht glaubwürdig auf eine nukleare Abschreckung verweisen können, zu potenziellen Opfern konventioneller Angriffe von Staaten oder Regimes, die über Atomwaffen verfügen****. In dieser Konstellation auf nuklearen* Schutz *gänzlich zu verzichten, wäre* ***sicherheitspolitisch kaum zu verantworten****. … Eine ethisch richtige Option ist, einseitig auf Atomwaffen zu verzichten.* ***Dies wäre im Blick auf die Folgen*** *in der jetzigen konkreten politischen Situation wiederum* ***kaum politisch zu vertreten****.* ***Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann also vor diesem konkreten Hintergrund eine ethisch begründbare Entscheidung sein***."

Im nächsten Absatz gehen die Autoren noch weiter, hier wird sogar im Sinne einer „rechtmäßige[n] Selbstverteidigung" als „sogenann-

[14] „Taktische Atomwaffen" unterscheiden sich von „strategischen Atomwaffen" schon lange nicht mehr in der „Größe" (= *Sprengkraft, es gibt taktische Atomwaffen mit der mehrfachen Sprengkraft der Hiroshimabombe*), sondern nur in der Art des Einsatzes: *taktisch* (im Gefechtsfeld) oder *strategisch* (gegen strategische Ziele wie Großstädte, Infrastrukturen oder Befehlszentren), s. […] https://sicherheitspolitik.bpb.de/de/m6/articles/delivery-systems

[15] S. https://sicherheitspolitik.bpb.de/de/m6/articles/delivery-systems

ter präemptiver Gewaltgebrauch“[16] argumentiert, wenn es „um die Zerstörung oder Verhinderung völkerrechtswidriger Bewaffnung geht“. Zwar muss *„… auch hier die Gefährdung deutlich zutage getreten sein muss, bevor militärische Angriffe zu ihrer Abwehr gerechtfertigt sind*“. Man kann hier herauslesen, dass bei weiter wachsender Bedrohung durch Russland ein atomarer Erstschlag („Enthauptungsschlag“)[17] denkbar und nach der Denkweise der Schreiber*innen moralisch wie christlich zu verantworten wäre.

Zitat 9, S 115/116 (147): *„Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind, bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive* ***eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein****. … Analog zur Gegengewalt als Ultima Ratio kann eine solche präventive Reaktion nur dann erfolgen, wenn alle diplomatischen Wege erschöpft sind und das Kriterium der Verhältnismäßigkeit angewendet wird.“*

Vollkommen absurd (sic!) wird es an der Stelle:

„Damit das Recht der Selbstverteidigung nicht überdehnt oder ad absurdum geführt wird, müssen – ***mindestens im Nachgang*** *– ausreichende Belege für eine solche unmittelbare Angriffsgefahr angeführt werden können.*“

Dass es keinen „Nachgang“ geben wird, ist den Verfassern offenbar völlig unklar!

Was dieses Schreiben mit christlichem Glauben, speziell mit der Bergpredigt noch gemein hat, erschließt sich an kaum einer Stelle. Die Autoren meinen mit dem mehrfachen Treffen der Feststellung, dass ein (sinngemäß so zu lesen) *„fürchterliches, leider, leider unlösbares Dilemma vorliegt*“ aus ihrer christlichen Verantwortung stehlen zu können, statt sich mit den durchaus vorhandenen Lösungsansätzen im Sinn des Christentums auseinanderzusetzen bzw. dies zumindest zu versuchen.

---

[16] Geläufiger ist der in der Folge dann auch verwendete Begriff „Präventiv“, womit auch – so ganz nebenbei – offenbar die Stationierung der US-Ultraschallraketen gerechtfertigt wird. Diese sind eindeutige Erstschlags- also Enthauptungswaffen, wozu sie nicht einmal atomar bestückt sein müssen. Der Text orientiert sich deutlich an einem Papier des Bundestags dazu: https://www.bundestag.de/resource/blob/414640/WD-2-049-07-pdf.pdf.

[17] https://www.atomwaffena-z.info/glossar/begriff/enthauptungsschlag

Dieser Teil liest sich stellenweise wie von der NATO direkt diktiert oder per Gedankenübertragung gesteuert.

Die Autoren dieser Gegenschrift berufen sich auf die Bibel, explizit auf das Neue Testament. Dabei müssten sie in der Bergpredigt[18] feststellen, dass dort (und anderswo) nichts steht von:

- Präemptiv- bzw. Präventivschlägen,
- Einsatz von Massenvernichtungswaffen,
- auch bei vermuteter Bedrohung oder zur Abwehr von Bedrohungen.

Wir lesen da Sätze – heute wichtiger denn je – wie

- Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen.
- Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt ist 2. Mose 20,13: ‚Du sollst nicht töten'; wer aber tötet, der soll des Gerichts schuldig sein.
- Vertrage dich mit deinem Widersacher sogleich, solange du noch mit ihm auf dem Weg bist.
- Wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt, dem biete die andere auch dar. Und wenn jemand mit dir rechten will und dir deinen Rock nehmen, dem lass auch den Mantel. Und wenn dich jemand eine Meile nötigt, so geh mit ihm zwei.
- Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen.

In einer Mail zu meinen Fragen zum Thema erhielt ich die folgende Rückmeldung, besser kann man es nicht auf den Punkt bringen:

> *„Ich kann mir keine Situation vorstellen, in der ich auf die Frage, ‚Herr, was willst du, das ich tun soll?' von Gott die Antwort erhalte ‚Wirf eine Atombombe!' "*
> (Martin Niemöller, 1958).

Mir stellt sich die Frage, wurde Jesus mittlerweile aus der evangelischen Kirche ausgestoßen oder wer sind die Autoren dieses Papiers,

[18] https://www.die-bibel.de/bibel/LU17/MAT.5

dass sie sich in dieser Weise über die Worte der Bibel hinwegsetzen und meinen damit für die Kirche zu sprechen?

Über den Verfasser | Karl-W. Koch, Jg. 1952, ehem. Beruf: OStR (BBS, berufliches Gymnasium, Umwelttechnik), aktueller Beruf: Journalist, Verleger, politisch engagiert u. a. bei B90/Die Grünen, Publikationen: u. a. „Störfall Atomkraft" (Nomenverlag, VAS-Verlag).

„Es trieft der ganze Erdkreis von gegenseitigem Blutvergießen; und begeht der einzelne einen Mord, so ist es ein Verbrechen; Tapferkeit aber nennt man es, wenn das Morden im Namen des Staates geschieht. Nicht Unschuld ist der Grund, der dem Frevel Straflosigkeit sichert, sondern die Größe der Grausamkeit."

Bischof Cyprian von Karthago
(† 258 nach Christus)

[Illustrationsseite]

Sind die wahnsinnig? … die Kirchen wollen kriegstüchtig werden. Nicht mit mir!

Persönliche Anmerkungen zur Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland / EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“ sowie zum geplanten „Ökumenischen Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall“

Von Albert Ottenbreit

Vorbemerkung

Ich bin jetzt 70 Jahre alt und war dreiundsechzigeinhalb Jahre römisch-katholisch. Im Jahr 2019 bin ich zur Evangelischen Kirche im Rheinland / EKiR konvertiert. Nach sechseinhalb Jahren Erfahrung in meiner neuen Gemeinde Malstatt-Burbach/Saarbrücken und in der EKiR sowie der aktiven Beobachtung der Entwicklungen in der gesamten evangelischen Kirche in Deutschland/EKD (z. B. Ausmaß sexualisierter Gewalt auch in der Ev. Kirche, Entwicklung zur „unternehmerischen Kirche“ und Ökonomisierung, Hierarchisierung von Entscheidungen, Tendenzen zur „Untergangsverwaltung“ statt „Übergangsgestaltung“) habe ich nochmals Bilanz gezogen.

In diesem Beitrag geht es mir über all die oben genannten Entwicklungen hinaus, insbesondere um die Frage der evangelischen Friedenstradition im Zusammenhang der Themen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. In meinen ehren- und hauptamtlichen Tätigkeiten seit den siebziger Jahren habe ich in der kirchlichen Jugendarbeit, als Sozialarbeiter im Caritasverband, in der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung, in der Wärmestube Saarbrücken (Tagesaufenthalt für wohnungslose und arme Menschen) sowie bei Pax Christi und im Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar das Prinzip „Sehen-Urteilen-Handeln“ gelernt. Um als Christ angemessen handeln zu können, bedarf es zunächst einer

gesellschaftskritischen Einordnung / auch theoretischen Analyse von Problemen als auch einer darauffolgenden biblisch-theologischen Reflexion.

Nur *„gut gemeintes"* engagiertes Handeln (*so habe ich auch mal angefangen*) reicht in unserer immer komplexer werdenden Welt nicht aus. Und wir müssen immer besser lernen, *„global zu denken, um dann* (*auch lokal*) *angemessen handeln zu können*".

Die christlichen Kirchen als sowohl lokale wie auch weltweit vernetzte Bewegungen, könnten in diesem Sinne aktive Akteure für eine sozial gerechte, friedliche und ökologisch zukunftsfähige Welt sein – sie *könnten ...*

Am Beispiel der beiden o. g. Dokumente und mit Bezug auf vier kritische Kommentare dazu, will ich meinen persönlichen Erkenntnisstand, meine Positionen sowie mein persönliches Fazit daraus darstellen und erläutern.

Als ich das gelesen habe ...

wollte ich es erst nicht glauben: der Inhalt der neuen EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick, Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen", aber noch mehr die Auszüge aus dem in Arbeit befindlichen „Ökumenischen Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall" (Stand September 2025) – das kann doch nicht wahr sein.

Dann habe ich die kritischen Kommentare von „Ohne Rüstung leben", Prof. Ulrich Duchrow, Christoph Fleischmann und Jakob Augstein gelesen (*siehe Literaturhinweise*) und musste zur Kenntnis nehmen: doch, es ist wahr:

- „Scharfe Kritik an neuer EKD-Friedensdenkschrift: Dem Mythos der erlösenden Gewalt verfallen" (*Ohne Rüstung leben*).
- „Kirche wird staatstreu und kriegstüchtig, Die EKD verlässt die evangelische Friedenstradition" (*Ulrich Duchrow*).
- „Kirchen wollen kriegstüchtig werden" (*Christoph Fleischmann*).
- „Wie politisch sollen Kirchen sein?" (*Jakob Augstein*).

Oh Gott,
wohin entwickeln sich die beiden (noch?) großen
christlichen Kirchen in Deutschland???

Ich bin religiös und politisch ab Ende der 1970er Jahren erwachsen geworden: nach dem Wehrdienst (Oktober 1975 bis Dezember 1976) und meinem Studium der Sozialarbeit (1977 – 1980) habe ich Anfang 1980 den Kriegsdienst aus religiösen Gewissensgründen verweigert und anschließend vom Bistum Trier „kirchlich bestallt" junge Männer bei der Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes beraten.

Als Funktionsträger in der katholisch-verbandlichen Jugendarbeit (Diözesanvorsitzender und Referent für entwicklungspolitisches Engagement der DPSG sowie Vertreter der DPSG im BDKJ in der Diözese Trier) haben wir uns intensiv in den „ökumenisch-konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" eingebracht (in Gang gesetzt 1983 von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen/ÖRK in Vancouver). Das hat mein Christsein und mein politisches Engagement entscheidend geprägt. Nach Ende meiner Tätigkeit in der Jugendarbeit habe ich mich entschieden, mein Engagement bei der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi fortzusetzen, darüber habe ich das Anfang der 1990er Jahre gegründete Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar kennengelernt.

In gemeinsamen „Wirtschaftsseminaren" von Ökumenischem Netz, Pax Christi und Katholischer ArbeitnehmerInnen-Bewegung haben wir über die Jahre den „Kapitalismus" als grundlegende Ursache für die zunehmenden Krisen der Menschheit erkannt; so bin ich „Kapitalismuskritiker" geworden.

Erkannt haben wir in diesen Jahren, dass die großen Menschheitsprobleme im Rahmen der kapitalistischen Form nicht lösbar sind.

Wir haben begonnen, intensiver (auch theoretisch) nachzudenken und in der „Wertabspaltungskritik" eine Theorie gefunden, die hilfreich ist beim Verstehen der „zerstörerischen gesellschaftlichen Totalität des globalen kapitalistischen Systems". Nach dem Prinzip „Sehen – Urteilen – Handeln" haben wir uns eine inhaltlich grundlegende Position erarbeitet, die der Diözesanverband Trier von Pax

Christi im November 2022 bezogen auf die Friedensthematik in seinem **„Schalom-Papier"** festgehalten hat:

- **Kritische Gesellschaftsanalyse** (*Sehen*),
- **theologische Reflexion** (*Urteilen),*
- **Auftrag der Kirchen als Teil der Zivilgesellschaft angesichts der globalen Krisen** (*Handeln*).

(*siehe Literaturhinweise im Anhang).*

Die inhaltliche Ausrichtung der beiden Dokumente: *„EKD – Friedens-Denkschrift 2025"* sowie *„Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall"* sind mit dieser/meiner oben beschriebenen Position grundlegend unvereinbar – sowohl in der Analyse der gesellschaftlichen Situation, in der darauf bezogenen theologisch-biblischen Reflexion als auch in den daraus abgeleiteten Handlungsoptionen (Kapitel 3): *Legitimierung von Atomwaffen, Waffenlieferungen und Rüstungsexporten, die Relativierung der Kriegsdienstverweigerung als das deutlichere christliche Zeichen gegenüber dem Kriegsdienst, der Relativierung des persönlichen Gewissens gegenüber der Weisungsgebundenheit als Soldat der Bundeswehr.*

Die bereits o. g. kritischen Kommentare aus den Kirchen – wie die von ‚Ohne Rüstung leben', Duchrow und Fleischmann sowie die Rede von Jakob Augstein – bestätigen dies auf jeweils eigene Weise.

Mein persönliches Fazit

Für mich gehen besonders die beiden besprochenen Kirchen-Dokumente zu „Frieden und Krieg", aber auch die reale Entwicklung der Kirche insgesamt (*siehe Vorbemerkung*) in eine völlig falsche Richtung. Christliche Kirchen, die auf *diese* Weise den vielfältigen Krisen und Herausforderungen unserer Zeit begegnen wollen, sind nicht *meine* Kirchen.

Ich überlege deshalb ernsthaft, nach der katholischen auch die verfasste Institution Evangelische Kirche in Deutschland / EKD zu verlassen, obwohl mir das sehr schwerfällt. Und es macht mich sehr traurig, weil ich diesen Kirchen viel verdanke, in kirchlichen Grup-

pen und Bewegungen viel gelernt habe und großartige Menschen, Solidarität und Gemeinschaft erleben durfte. Mit meinen katholischen und evangelischen FreundInnen – auch in meinem Saarbrücker Stadtteil Malstatt incl. des Evangelischen Gemeindezentrums Malstatt, die mir in den letzten sechseinhalb Jahren ein gutes Stück Heimat geworden sind –, werde ich auch weiter Kontakt halten und mich auch an der einen oder anderen Aktivität gerne beteiligen.

Gott sei Dank gibt es innerhalb und außerhalb der Kirchen Gruppen, Initiativen, Einrichtungen und Bündnisse, in denen und mit denen ich meine Ziele und das, was mir wichtig ist, weiterhin verfolgen kann und in denen auch ChristInnen aktiv sind. Sie müssen eben nicht immer das Label „*katholisch*" oder „*evangelisch*" haben, wichtig ist mir, dass sie mir weiterhin helfen, „*solidarisch Mensch zu werden*" (*Ulrich Duchrow* u.a., 2006).

Zurzeit sind das für mich weiterhin Pax Christi, das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar, die Evangelische Akademie im Saarland, das FriedensNetz Saar, der Ortsverband Saar-Blies meiner Gewerkschaft ver.di sowie auch in meinem unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld der Stadtteilverein „Malstatt gemeinsam stark".

Neu dazugekommen sind Amnesty International, das Bündnis solidarische Linke Saar sowie die palästinasolidarischen Gruppen im Saarland für gerechten Frieden im „Nahen Osten".

Auch ist es mir als nun alter Mann wichtig, Gruppen, Initiativen und Bewegungen von jungen Leuten wie beispielsweise „fridays for future" und die „SchülerInnen gegen die Wehrpflicht" zu unterstützen und ihnen Mut zu machen in ihrem Engagement! – „*heiter humpelnd gegen die Zerstörung der Welt*" (*Fulbert Steffensky*).

Saarbrücken, zum 18. Dezember 2025,
meinem 70. Geburtstag.

Literatur

Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Hannover, November 2025, 150 Seiten.

EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND / EKD UND DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ / DBK: Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall", Stand September 2025, zitiert in: Publik Forum Nr. 23 vom 5. Dezember 2025, Seite 38 f.

Ulrich DUCHROW: Kirche wird staatstreu und kriegstüchtig. Die EKD verlässt die evangelische Friedenstradition, in: Sozialismus. de, Heft 12-2025, Seiten 12-16.

Ulrich DUCHROW u. a.: Solidarisch Mensch werden, VSA, 2006.

Christoph FLEISCHMANN: Kirchen wollen kriegstüchtig werden, in: Publik Forum Nummer 23 vom 5. Dezember 2025, Seite 38 f.

OHNE RÜSTUNG LEBEN: Scharfe Kritik an neuer EKD-Friedensdenkschrift: „Dem Mythos der erlösenden Gewalt verfallen", www.orl.gaia.de. November 2025.

Jakob AUGSTEIN: Wie politisch soll Kirche sein?, Rede beim Empfang des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg zum Beginn des neuen Kirchenjahres, 28.11.2015 – Salvatorkirche.

PAX CHRISTI DIÖZESANVERBAND TRIER: SCHALOM. Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, Friedensbewegung in einer kapitalistisch geformten Gesellschaft. – Eine Positionsbeschreibung, Trier, 5.11.2022.

[Textstand: eingesandt am 13.12.2025.]

Über den Verfasser | Albert Ottenbreit (Jahrgang 1955): Beruf Diplom-Sozialarbeiter (FH),Tätigkeiten in den Bereichen Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit, Arbeitnehmer-Bewegung und Wohnungslosenhilfe, seit Oktober 2021 in Rente. – Ehrenamtliche Tätigkeiten seit Mitte der 1970er Jahre in der verbandlichen Jugendarbeit, kirchlichen Sozial- und Friedensorganisationen sowie in der Friedensbewegung und bei der Gewerkschaft ötv/ver.di (*mehr dazu im Text selbst).*

Zusendungen

[Illustrationsseite]

Kritik an der EKD-Denkschrift

(November 2025)

Dipl.-Theol. Ursula Mathern, Merxheim

„Sehr geehrte Frau Fehrs, dem Anspruch, Orientierungshilfe zu bieten, wird diese Denkschrift leider nicht gerecht. Nicht nur die Welt ist in Unordnung, auch der Text lässt eine gedankliche Stringenz bedauerlicherweise vermissen.

Jesus hat Gewaltverzicht nicht nur gelehrt, sondern selbst die Verteidigung seiner Person vor Gewalt zurückgewiesen, Gewaltverzicht (von der Tempelreinigungsszene abgesehen) also bis zur letzten Konsequenz gelebt.

Bereits bei Sacharja ist zudem zu lesen: *Es soll nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen*.

Mit welchem Recht wird dann abwertend von den ‚so genannten' Friedenskirchen geredet und problematisiert, ihr Beispiel zur allgemeinen Norm werden zu lassen?

Warum wird der Friede zwar als anzustrebendes Ziel benannt, das aber nicht zu erreichen sei?

Klar ist die Denkschrift allerdings, wenn's um die ‚Aktuelle(n) Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch geht'.

Trotz Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit werden da 1 : 1 die westliche und gerade auch in Deutschland vorherrschende Weltsicht und entsprechende Wertungen incl. des Wordings von der ‚regelbasierten Ordnung' statt des Völkerrechts, übernommen, ungeachtet der Tatsache, dass die NATO-Länder nur 12 % der Weltbevölkerung ausmachen, und der ‚Rest der Welt' einen gänzlich anderen Blick auf die gegenwärtige Lage hat. […]

Ebenso wenig wie in Politik und Medien wird in der Denkschrift nach den Ursachen der Konflikte gefragt. Geböte nicht genau das die von Jesus gepredigte ‚Feindesliebe', d. h. der Respekt vor dem Gegner und seinen womöglich berechtigten Interessen, die seit vielen Jahren, im Falle Palästinas seit Jahrzehnten strikt ignoriert wurden und weiterhin werden?

Hinsichtlich der Ukraine zeigt ein Blick auf die jüngste Gallup-Umfrage, dass 69 % der Ukrainer schnellstmögliche Verhandlungen und ein Ende des Kriegs gegen Russland wollen. Zwischen 16.000 und 19.000 Ukrainische Soldaten pro Monat desertierten in den ersten 8 Monaten dieses Jahres! Gleichzeitig werden hohe Schmiergelder gezahlt, um zu einer Einheit seiner Wahl oder wieder nach Hause gehen zu können.

Mit welchem Recht also zwingen deutsche und EU-Politiker die Ukraine zur Fortsetzung dieses Fiaskos, das bei etwas gutem Willen ganz hätte vermieden werden können?

Mit welchem Recht lassen Deutschland und der Westen die mörderische Gewalt gegen die Palästinenser immer noch zu, obwohl doch vor ein paar Wochen bereits ein Waffenstillstand ausgerufen wurde? – Deutschland hat als zweitgrößter Rüstungslieferant Israels in den Augen der Mehrheit der Weltbevölkerung längst jedes Ansehen eingebüßt.

Dass man auch sehr anders auf die aktuellen Verhältnisse sehen kann, sollte Ihnen eigentlich auch die weltweite Ökumene deutlich machen.

Während Jesus mit seiner Predigt vom Reich Gottes die Geringsten, Missachteten und die Opfer herrschender Verhältnisse zum Maßstab machte, wird in der Denkschrift die hierzulande und EU-weit herrschende Politik der monströsen Aufrüstung, der Rüstungsexporte, der ‚atomaren Teilhabe', der Einführung der Wehrpflicht und der aktiven Kriegsvorbereitung gerechtfertigt.

Ist Ihnen denn nicht klar, dass wir mit zunehmender Beschleunigung auf den Abgrund zurasen?

Die Stationierung von nuklear bestückbaren US-Mittelstreckenraketen hierzulande schützen uns keineswegs. Im Gegenteil: sie machen uns zu Angriffszielen. Und dann war's das mit Europa.

Nicht nur wird hinter den Kulissen bereits eifrig daran gearbeitet, das Gesundheitswesen ‚kriegstüchtig' zu machen, Munitionsdepots in Kommunen anzulegen etc., 2026 soll der Spannungsfall ausgerufen werden. (Spannungsfall 2026. Wie die deutsche Industrie auf Kriegswirtschaft vorbereitet wird. 02.11.2025: Michael Hollister Seniora.org – Aufgepasst! Alle mal herhören: *Spannungsfall 2026*).

Wäre es da nicht endlich an der Zeit, dass auch die Kirchen öffentlich klar und deutlich Position beziehen und alles unternehmen, um weiteres Unheil abzuwenden?“[1]

Mit Gewalt gegen Gewalt

Leserbrief an die Frankfurter Rundschau | 12.11.2025
Zu: ‚Die Angst darf nicht gewinnen‘,
FR-Politik vom 10. November

Von Gerhard Kern, Hofheim

Die neue Friedensdenkschrift hält fest an der These: Als Ultima ratio ist „der Einsatz von militärischer Gegengewalt zur Verhinderung schlimmerer Gewalt und der Wiederherstellung von friedlichen Verhältnissen erforderlich“.

Die sich als Pazifistin bezeichnende Ratsvorsitzende, die an keiner Stelle auf die absolute Gewaltlosigkeit Jesu Christi, des Namensgebers der christlichen Kirchen, eingeht, hat sich damit dem Zeitgeist der Rede von einer Zeitenwende und der Forderung nach Kriegstüchtigkeit und Militarisierung unserer Gesellschaft angeschlossen. Bezüglich Atomwaffen macht Kirsten Fehrs sogar noch eine Rolle rückwärts zu den Heidelberger Thesen von 1959 („Die Kirche muss […] durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit sichern“), wenn sie meint, dass ein einseitiger Verzicht auf atomare Waffen „eine aggressive Diktatur zum Krieg ermuntern“ könne.

Die oberste Repräsentantin der EKD will also Sicherheit durch Androhung von militärischer (gegen-)Gewalt inklusiv mit Atomwaffen erlangen. Wie sie diese Position mit der Friedensbotschaft Jesu in Einklang bringen will, ist rätselhaft.

[1] Textauszug hier dokumentiert nach: https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

Aus einer Leserbriefdebatte im Weser-Kurier

(November 2025)

In seinem Kommentar *„Nicht weniger als eine Zeitenwende"* unterbreitete BENJAMIN LASSIWE der Leserschaft des Weser-Kuriers vom 13.11.2025 folgende Sicht: „Für die Evangelische Kirche ist es eine Zeitenwende. In ihrer am Montag in Dresden vorgestellten Friedensdenkschrift unternimmt die Evangelische Kirche Deutschland (EKD) eine deutliche Abkehr vom Pazifismus der 70er- und 80er-Jahre […] Mit ihrer neuen Friedensdenkschrift gibt die evangelische Kirche an dieser Stelle zeitgemäße Denkanstöße, die sich auch Menschen zu eigen machen können, die selbst der Kirche gar nicht angehören. Die Protestanten zeigen damit, dass mit ihnen als gesellschaftlichem Akteur auch weiterhin zu rechnen ist – allem Mitgliederschwund zum Trotz."

Dazu schrieb zunächst BERND FISCHER, Bremen in einem Leserbrief: „Benjamin Lassiwe präsentiert uns die ‚Friedensdenkschrift' der EKD als ‚Abkehr vom Pazifismus der 70er- und 80er-Jahre'. Diesen Pazifismus hat es nur in Teilen der EKD gegeben, und er war spätestens mit der Zeitenwende 1999 erledigt, als die EKD nicht willens war, den völkerrechtswidrigen Angriff der Nato auf Jugoslawien zu verurteilen. – Die ‚zeitgemäße Orientierung', die den Menschen ‚auf Basis ihres Glaubens' laut Lassiwe nun geliefert wird, ist also schon seit einem Vierteljahrhundert zeitgemäß militarisiert und steht dabei im krassen Widerspruch zum Friedensgebot des Grundgesetzes. Dazu passt, dass der Autor sich ausgerechnet auf Katrin Göring-Eckardt (Grüne) bezieht, die 2023 die überaus christlichen Panzerlieferungen an die Ukraine auf Twitter bejubelte: Der Leopard sei befreit und könne jetzt ‚hoffentlich schnell der Ukraine bei ihrem Kampf gegen den russischen Angriff und für die Freiheit der Ukraine und Europas helfen'. – Damals wollte die Nato-Welt noch glauben, dass sie Russland in die Knie zwingen könne. Kann sie aber nicht. Weshalb jetzt gnaden- und gedankenlos hochgerüstet werden muss. Übrigens auch mit Hilfe der Bremischen Evangelischen Kirche, die sich mit Pastor Andreas Hamburg einen ‚Friedensbeauf-

tragten' hält, der schon als Propagandist für die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine aufgefallen ist. | Der Imperativ aus Psalm 34 – ‚Suche den Frieden und jage ihm nach!' – wird so immer mehr in sein Gegenteil verkehrt" (Weser-Kurier, 18.11.2025).

Es folgte eine Zusendung von MARION TRETSCHOK, Bremen: „Kann Kirche Krieg? Ja! Mitgemacht und mitgebetet im Ersten und Zweiten Weltkrieg und nun auch gut vorbereitet für die nächste Schlacht. Die Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat den Militärbischof Felmberg gebeten, einen ‚geistlichen Operationsplan' zu entwerfen, damit Pfarrer und Soldaten für den nächsten Krieg gut gerüstet sind. Bischöfin Fehrs erklärt die neue Friedensdenkschrift der EKD-Synode – ‚Die Welt in Unordnung' – und hält den Besitz von Nuklearwaffen für politisch notwendig. Der Staat dürfe Mittel haben, seine Bürger durch Gegengewalt vor Gewalt zu schützen. | Neu ist jetzt die Meinung, dass der Friede bewaffnet sein muss, und wer Frieden will, muss den Krieg vorbereiten. Das Motto ‚Ohne Waffen Frieden schaffen' wurde fallen gelassen. Ohne Not hat sich die Kirche von der christlichen Botschaft verabschiedet, die da heißt: Gespräche statt Gewalt. Verstehen statt Verachten. Selig sind die Friedfertigen. Bewahrung der Schöpfung. | Ich schäme mich, dass ich immer noch Kirchenmitglied bin, aber es gründen sich in den Gemeinden jetzt viele Friedensinitiativen, die will ich unterstützen" (Weser-Kurier, 20.11.2025).

Schließlich schrieb UWE HEIL, Osterholz-Scharmbeck, der Redaktion eine Verteidigung des kirchenamtlichen Standpunktes: „Im Leserbrief ‚Längst militarisiert' [18.11.2025] heißt es, dass mithilfe der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ‚gnaden- und gedankenlos hochgerüstet' werde. Solche Sätze entbehren jeder Faktizität und sind auch aggressiv. Dass die Denkschrift in dem anderen Leserbrief derart pampig abgebügelt wird von einem, der von sich selbst sagt, er sei nicht bibelfest, das ist arg unter der Gürtellinie! Die EKD hat sich bemüht, sehr vorsichtig und auch umsichtig die Frage ‚Wie kann man den Frieden erhalten?' zu erörtern und darzulegen, wie in unserer Zeit argumentiert werden kann. Dabei ist es schon schwierig genug, den verschiedenen Bekenntnissen innerhalb der lutherischen, der unierten und der reformierten Kirchen gerecht zu werden – und noch dazu interessierten Menschen innerhalb und

außerhalb der Kirchen Denkanstöße, Argumente und vielleicht auch mal ganz praktische Handreichungen zu geben. | Sich für den Frieden einzusetzen, heißt doch immer auch, sich dem Dilemma zu stellen, dass es Situationen gibt, in denen man, egal wie man sich verhält, nur schuldig werden kann. Entweder, indem man Unrecht tut, oder dadurch, dass man Unrecht nicht verhindert, oder dadurch, dass man es einfach geschehen lässt. Diffamierende Rede wird dem Ernst unserer Lage nicht gerecht und trägt nicht zur Lösung irgendeines Problems bei, sondern schafft Unfrieden gerade da, wo sich Kirche bemüht, Wege zum Frieden nach innen und außen zu erkunden" (Weser-Kurier, 28.11.2025).

Friedensdenkschrift der EKD als Gewaltrechtfertigung

07.12.2025[2]

Von Pfr. i.R. Manfred Alberti, Wuppertal

Auf der ersten Seite der Denkschrift, schon im Vorwort der EKD-Ratsvorsitzenden Kirsten Fehrs, offenbart die Friedensdenkschrift ihre fundamentale Schwäche: Die Unordnung der Welt zeige sich im „völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine" und im „Terrorakt der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023". Aus diesem Blickwinkel heraus erscheint es unumgänglich, Gewalt nur mit Gegengewalt Einhalt gebieten zu können.

Aber fängt die Weltgeschichte erst 2022 oder 2023 an? Muss man nicht wenigstens die Entwicklungen seit dem Fall der Mauer mit dem einerseits sehr guten Verhältnis zu Russland und andererseits der weiten Ostausdehnung der Nato in den Blick nehmen? Und beruht nicht der Angriff der Hamas auch auf einer jahrzehntelangen

[2] Textquelle | https://www.manfredalberti.de/a-22-6-friedensdenkschrift-als-gewaltrechtfertigung-art-dt-pfr-blatt/

Unterdrückung der Palästinenser durch z. B die Siedlungspolitik Israels? Aber der selbstkritische Blick auf möglicherweise eigene fehlerhafte Entscheidungen, die Kriege, Leid und Töten verlängern, gehört nicht zum Standardrepertoire der Politik. Doch muss Kirche das unterstützen durch eine theologische Rechtfertigungsdenkschrift für eine billionenteure militärische Aufrüstung?

Diese Geschichtsverengung der Denkschrift wie der heutigen Politik versperrt den erhellenden Blick auf weitgehend gelungenen Friedenswege, z. B. zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen den meisten europäischen Staaten, z. B. durch die EU. So kommen die starken Friedenskräfte, die in engen Austauschbeziehungen liegen, überhaupt nicht als Friedensmöglichkeiten in den Blick, obwohl sie sich über Jahrzehnte bewährt haben.

Ein ganzes Bündel von wirtschaftlichen Beziehungen, politischen Kontakten, Sporttreffen, kulturellen Ereignissen, wissenschaftlichen Konferenzen, Schüleraustauschen, touristischen Angeboten war jahrelang die Basis für viele persönliche und staatliche Freundschaften. Dieses Bündel an Beziehungen stärkte das Zusammengehörigkeitsgefühl in weiten Teilen Europas einschließlich Russlands, denn jeder Beteiligte und jedes beteiligte Land profitierte von diesen Kontakten. War nicht vor gut einhundert Jahren Frankreich noch der „Erzfeind" der Deutschen? Und haben nicht schon in den Jahrhunderten vorher vor allem durch den Handel die Menschen ihren Weg aus den sich bekämpfenden Kleinststaaten Mitteleuropas hin zu einem friedlichen Zusammenleben gefunden?

Könnte man aus diesen Erfahrungen nicht Konsequenzen ziehen für einen Weg zu einem immer größer werdenden Verbund friedlich zusammenlebender Staaten? Irgendwann weltweit? Natürlich müsste man dann sehr viel Initiative in das Ziel hineinstecken, dass weltweit alle Menschen ihre Vorteile von einem solchen Bündnis haben, nicht nur der machtbewusste und oft sehr egoistische Westen oder China.

Leider liegt ein solcher Weg vielfacher Bündnisse, Wirtschaftsbeziehungen, politischer Kontakte und Austausche zwischen Sportlern und Schülern nicht im Blickfeld der Friedensdenkschrift. Sehr schade. Hier hätte die evangelische Kirche wie 1965 mit der Ostdenkschrift einen erfolgversprechenderen Weg zu einer friedlichen Welt aufzeigen können.

Wer sich auf Frieden durch Gewalt und Gegengewalt verlässt, wird gerechten Frieden nie erleben können.

Leserbrief an Publik Forum

(12.12.2025)

Von Clemens Ronnefeldt, Freising

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bitte ich Sie um Abdruck meines nachfolgenden Leserbriefes zu: „Lutherisches Regiment“, von Christoph Fleischmann, S. 29 in Publik Forum Nr. 22 vom 21.11.2025:

Christoph Fleischmann ist es in seinem Beitrag zur Synode der EKD hervorragend gelungen, die großen friedensethischen Schwachpunkte der neuen EKD-Denkschrift auf den Punkt zu bringen.

Die Folgen des Satzes der EKD-Denkschrift: „Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, …“ sind gravierend:

Die Kernaussage des Richterspruchs des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag vom 8. Juli 1996 zur Frage von Besitz, Lagerung und Drohung mit Atomwaffen besteht darin, dass die Androhung und der Gebrauch von Atomwaffen generell gegen die Regeln des für bewaffnete Konflikte geltenden Völkerrechts verstoßen würden, im besonderen gegen die Prinzipien und Regeln des sogenannten humanitären (Kriegs-)Völkerrechts.

In der Bundesrepublik Deutschland sind nach Art. 25 Grundgesetz die „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“, zu denen auch die vom IGH in seiner Entscheidung herangezogenen Grundsätze des sogenannten humanitären Kriegsvölkerrechts gehören, „Bestandteil des Bundesrechtes“, das vom Gesetzgeber, von der Regierung, der Verwaltung und den Gerichten strikt zu beachten ist (Art. 20 Abs. 3 GG); sie „gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflich-

ten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“. Offenbar nicht für die EKD!

Die neue EKD-Denkschrift stellt sich mit dem Satz zur Notwendigkeit von Nuklearwaffen außerhalb des (Kriegs-)Völkerrechts und außerhalb des Grundgesetzes. Wann werden die Verantwortlichen der neuen EKD-Schrift diesen katastrophalen Satz korrigieren?

Clemens Ronnefeldt, Diplom-Theologe,
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes.

‚Jesus hat auf die Kraft der Gewaltlosigkeit gesetzt‘

Leserbriefe von Gerhard Kern und Gregor Böckermann
an die Frankfurter Rundschau (17.12.2025)

Zu: ‚Kirche darf nicht unpolitisch sein,
FR-Politik vom 9. Dezember 2025‘.

„*Wohin führen Sie die Kirche, Frau Präses*? – Nach Meinung der Evangelischen Kirche in Deutschland, Anna-Nicole Heinrich, macht die neue Denkschrift der EKD einen ‚Reality-Check‘. Sie gebe keine Meinung vor und zeige lediglich ‚Dilemmata und Argumente, die Menschen zur Gewissensbildung brauchen‘. Nein, Frau Präses, die Denkschrift befürwortet klipp und klar ‚den Einsatz von militärischer Gegengewalt‘, und sie befürwortet sogar ‚das Dasein von Atomwaffen‘, um damit angeblich ‚einen Frieden in Freiheit zu sichern‘. Diese Festschreibung muss vom Leser zumindest als Orientierungshilfe der evangelischen Kirche verstanden werden. | Die Denkschrift selbst orientiert sich jedoch nicht an dem, was im Neuen Testament über das Tun und Sagen des Jesus von Nazareth übermittelt wird. Dieser Jesus schließt sich nicht der Gruppe der Zeloten an, welche die römische Besatzungsmacht mit Gewalt aus dem Land treiben will, sondern er setzt allein auf die Kraft der Gewaltlosigkeit,

die letztlich zu tatsächlicher Sicherheit und echtem Frieden führt. | Ihr Dilemma, Frau Heinrich, ist, dass Sie sich weniger an der Friedensbotschaft Jesu, sondern mehr an der staatlichen Forderung nach Kriegstüchtigkeit ausrichten. Wohin führen Sie die Kirche?
Gerhard Kern, Hofheim."

„*Das Nachbohren ist überzeugend*. Beim Interview der EKD-Präses Anna Nicole Heinrich zur Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche überzeugen mich vor allem die Fragen von Bascha Mika. Danke für ihr ständiges Nachbohren!
Gregor Böckermann, Neu-Isenburg."

Umdenkschrift und Friedenstheologie

[Illustrationsseite]

Kriegsdienst ist Nächstenliebe[1]

Die EKD verabschiedet sich aus dem friedensethischen Diskurs

Von Uwe-Karsten Plisch

Rezension[2] zu:
Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Leipzig (Evangelische Verlagsanstalt) 2025. (152 Seiten; 12,00 Euro).

Durch Hannover geht ein Beben. Der Rat der EKD hat, huch, festgestellt: (Die) Welt (ist) in Unordnung. Nämlich seit nur 1.000 km östlich von uns Russlands Krieg gegen die Ukraine tobt. Als Bush und Obama auch von Deutschland aus gesteuert ihren Drohnenkrieg führten, um gezielt (und manchmal auch eher ungezielt) Menschen zu töten, war die Welt offenbar noch in Ordnung, oder jedenfalls nicht so in Unordnung, dass es die EKD merklich gestört hätte. Ebenso, als sich Deutschland am völkerrechtlich mindestens bedenklichen Kosovo-„Einsatz" beteiligte (Kriege führen auch in dieser Denkschrift immer nur die anderen) oder die „Koalition der Willigen" den Irak ins Chaos bombte, von den vielen, oft auch nach eigenen Maßstäben bemerkenswert erfolglosen, Auslands-„Einsätzen" der Bundeswehr ganz zu schweigen. Kaum, dass die auch schon nicht unproblematische Friedensdenkschrift von 2007 ihre erste Bewährungsprobe zu bestehen hätte, wird sie nun also durch den Rat der EKD in die Tonne getreten und durch eine neue ersetzt.

[1] Vgl. § 163 der EKD-Denkschrift [zu: Kriegsdienst ist Nächstenliebe].

[2] Textquelle | Die Rezension ist zuerst erschienen in: *ansätze*. ESG-Nachrichten Nr. 3-5/2025, S. 18-20. Erneute Darbietung an dieser Stelle mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers.

Bereits der erste Satz des Vorwortes setzt den Maßstab für Peinlichkeit:

> „Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) weiß sich in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet." (S. 5)

Was soll das bedeuten? „Die EKD ist dem Frieden verpflichtet" wäre ein klarer Satz, den man dann theologisch/friedensethisch entfalten könnte. „in besonderer Weise" ist nur völlig sinnentleerter Kirchensprech, der „besonderen" Inhalt vortäuscht, wo keiner ist. Überhaupt liest sich die Denkschrift über weite Strecken, als hätte eine KI eine regierungsamtliche Verlautbarung in eine „besondere" evangelische Diktion verwandelt, garniert mit allerlei einerseits andererseits und sowohl als auch. Ganz so einfach ist es aber natürlich nicht. Entscheidend sind die Adjektive, mit denen die Denkschrift klar macht, worum es eigentlich geht.

Mit der Formel von der „rechtserhaltenden Gewalt", die schon in der vorigen Denkschrift eine wichtige Rolle spielte, meinen die Autor:innen einen Kniff gefunden zu haben, mit dem sie militärische Gewaltanwendung auch künftig rechtfertigen können. Allein 24-mal erscheint diese Zauberformel im Text. Wenn es aber primär um die Erhaltung des Rechts ginge, müsste die Denkschrift mindestens ebenso nachdrücklich die Stärkung internationaler Rechtsinstitutionen wie des internationalen Strafgerichtshofs in den Blick nehmen, der von gewaltaffinen Staaten wie den USA, Russland oder Israel nicht anerkannt wird. Die Denkschrift erwähnt ihn nur dreimal, einmal im Zusammenhang mit Ökozid, einmal im Bezug auf sexualisierte Gewalt und einmal als Parallele zur UNO, aber nicht im Zusammenhang mit Völkermord. Dass Ökozid, Klimagerechtigkeit und sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Krieg bedacht werden, ist neu und positiv zu würdigen. Reflexionen darüber, dass Klimagerechtigkeit und wie man sie herstellen kann, mit einer gerechten, bzw. ungerechten Weltwirtschaftsordnung, d. h. mit dem globalen Kapitalismus (und wie man ihn überwindet, bzw. sozialdemokratisch gesprochen: einhegt) zusammenhängt, sucht man in dieser Denkschrift vergeblich.

Der Friedenspredigt Jesu fühlt sich die EKD zwar verpflichtet, verschiebt die Hoffnung auf Frieden aber auf ein jenseits der Zeit

gedachtes mythisches Reich Gottes. Gott wird es dann schon richten, solange aber die Sünde in der Welt ist, darf der Mensch weiter feste draufhauen (natürlich nur, wenn er auf der richtigen Seite steht). Von geradezu verstörender Perfidie ist der folgende Absatz:

> (§ 77) Die Erfahrungen des gewaltsamen Todes vieler Menschen im Krieg könnte aufgrund des Primats der Gewaltfreiheit zu der Forderung führen, auch in einem heißen Konflikt allein auf Verhandlungen zu setzen. Diese Sichtweise übersieht allerdings, dass solche Verhandlungen nur dann ethisch vertretbar sind, wenn sie sich innerhalb des internationalen Rechts bewegen, das heißt dem Schutz der territorialen Unversehrtheit und Selbstbestimmung dienen. Der Primat der gewaltfreien Lösung darf nicht gegen die Ethik rechtserhaltender Gewalt ausgespielt werden […] Aufgezwungene Verhandlungen sind kein Weg zum Gerechten Frieden. Verhandlungen, die lediglich dazu dienen, die Ergebnisse militärischer Kriegsführung abzusichern, sind abzulehnen.

Aus der Formel vom „gerechten Frieden" wird somit wieder ein bloßes Synonym bzw. ein Euphemismus für „gerechter Krieg" und aus der Idee des ewigen Friedens die friedensethische Legitimation eines ewigen Krieges – denn Frieden gibt es, wenn er denn kommt, nur zu unseren Bedingungen. Man wüsste doch gern, wie viele Tote und Verstümmelte es bräuchte, bis der Rat der EKD sich dazu bequemte, seine kategorische Ablehnung aufzuweichen.

Die Ächtung von Atomwaffen hält die EKD zwar für ethisch geboten, politisch aber für unverantwortlich. Letztlich erliegt die EKD dem Mythos von der erlösenden Gewalt und kann sich scheinbar nicht zwischen der gelebten Friedenspraxis Jesu und einem aus der Zeit gefallenen Staatskirchentum entscheiden, de facto hat sie sich längst entschieden.

Dass die Denkschrift so ist, wie sie ist, hat natürlich mit dem Milieu zu tun, dem sie entspringt. Hier lässt es die Denkschrift an erfrischender Klarheit nicht fehlen:

> (§ 13) … Die Nächsten können dabei, wie der matthäische Jesus in der Rede vom Weltgericht betont, auch genau die sein, an die

man nicht als Erstes denkt (Matthäus 25,37–40), nämlich diejenigen, die am Rand der Gesellschaft stehen.

„… an die man nicht als Erstes denkt" – so viel unfreiwillige Selbstentblößung ist natürlich einerseits recht unterhaltsam, andererseits ist die völlige Abwesenheit von Selbstreflexion über den eigenen Standort („man" selbst steht offenbar felsenfest in der Mitte der Gesellschaft) und dass niemand, der den Text vor seiner Drucklegung gelesen hat, an dieser Stelle die Reißleine gezogen hat oder ziehen durfte, höchst beunruhigend. Wie immer lohnt auch ein Blick auf die Autor:innen der Denkschrift (wie üblich am Ende mit Namen und Ort, aber ohne Funktion aufgeführt). Dirck Ackermann z. B. ist Leitender Militärdekan, Uwe Hartmann Oberst im Generalstab. Mit Andreas Dieterich, dem Referenten für Friedensarbeit an der Dresdner Frauenkirche, ist zumindest ein Vertreter der evangelischen Friedensarbeit mit im Boot. Wie schon 2007 war auch diesmal der Friedensbeauftragte der EKD nicht an der Abfassung der Denkschrift beteiligt, wurde aber durch das vorherige Abhalten von „Friedenskonsultationen" eingebunden (clever!) und muss sich nun irgendwie loyal zu diesem Papier verhalten.

Auch die EKD-Friedensdenkschrift weiß, dass Frieden nur global, kirchlich gesprochen: ökumenisch zu realisieren ist. Inmitten einiger wohlfeiler Gemeinplätze blitzt dann sogar etwas wie Selbstkritik auf:

> „Die weltweite Ökumene fordert dazu auf, die eigenen Theologien als kontextuelle und partikulare zu verstehen, die zugleich nach dem Gemeinsamen und Universalisierbaren im Angesicht des Evangeliums fragen." (S. 94)

Wo es allerdings konkret wird, ist es dann doch eher eine NATO-Ökumene, das (Uniform-)Hemd ist halt näher als der (Heilige) Rock:

> „Die friedensethische Positionierung der EKD lässt sich … in die kontextbezogenen friedensethischen Diskussionen der weltweiten Ökumene, insbesondere auch der Nachbarkirchen im Norden und im Osten Europas, einordnen. So ringen z. B. auch die Kirchen in Schweden und Finnland, den jüngsten NATO-Mit-

> gliedsstaaten … um eine theologisch-ethisch verantwortbare Haltung zum Thema Frieden." (S. 9)

Besonders beschämend ist die Desavouierung des Pazifismus durch die Denkschrift der EKD. Die Autor:innen machen sich erst den Pazifismus als gesinnungsethischen Exzess zurecht, um ihn dann umso einfacher widerlegen zu können. Das ist nicht nur theologisch und intellektuell unredlich, die „Würdigung" des christlichen Pazifismus als „Ausdruck gelebter Frömmigkeit" (S. 20) bzw. „als Ausdruck einer individuellen Glaubensüberzeugung" (S. 125, der Ausdruck „Glaubensüberzeugung" nur an dieser Stelle) ist überdies eine Beleidigung aller christlichen Pazifist:innen und aller echten Friedenskirchen.

Während in der Friedensdenkschrift von 2007 die friedensethischen Einsichten der Kirchen in der DDR noch ignoriert wurden (um sie dann nachträglich im Vorwort zu desavouieren) werden sie nun explizit verworfen:

> (§ 177) … Vor diesem Hintergrund eines an Recht und Ethik gebundenen Dienstes in den Streitkräften ist der Einschätzung zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe das deutlichere Zeichen des Christseins darstelle. Diese in der Situation einer Armee als Instrument einer Diktatur getroffene und darum sehr verständliche Feststellung, die in der Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche" 1965 formuliert wurde, ist unter den Bedingungen des liberalen Rechtsstaats der Bundesrepublik und den Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Die paternalistische Hochnäsigkeit, die in diesem Abschnitt zum Ausdruck kommt, ist charakteristisch für die gesamte Denkschrift und etwa für ehemalige Bausoldaten ein Schlag ins Gesicht. Dass die Denkschrift ausgerechnet in Dresden vorgestellt wurde, ist dann wohl nur ein Backenstreich extra. Anders als die Vorgängerschrift von 2007, die etwas zu vollmundig noch „einen stellvertretenden Konsens für die ganze Gesellschaft" formulieren wollte, bescheidet sich die Denkschrift von 2025 damit, Orientierung zu geben und zur Prüfung der eigenen Position einzuladen. Auch solch bescheidener

Wunsch auf Resonanz setzt aber Substanz voraus, aus der erst Relevanz erwächst. Vielleicht springen nach Wiederaufnahme der Wehrpflicht (Zwangsdienste hält die Denkschrift für gemeinschaftsstiftend, S. 16) wenigstens noch ein paar neue Militärseelsorgestellen heraus, dann hätte sich der Aufwand immerhin finanziell gelohnt.

Nicht zum ersten Mal stellt sich mir angesichts dieser westdeutschen NATO-Theologie (der Anklang an Nahtod-Theologie ist beabsichtigt) die Frage, ob diese evangelische Kirche überhaupt noch eine Zukunft hat und, schlimmer noch, ob das überhaupt wünschenswert wäre. Vielleicht muss diese gleichzeitig verzagte und sich grandios selbst überschätzende Beamt:innenkirche erst an ihren kollabierenden Pensionskassen zu Grunde gehen, damit geistlich und geistig etwas Neues wachsen kann.

PS: Der Westfälische Friedenspreis geht 2026 an die NATO und ausdrücklich auch an ihren großartigen Generalsekretär Mark Rutte. Was wohl das Känguru dazu sagen würde?

Über den Verfasser | Dr. Uwe-Karsten Plisch, geb. 1965 in Wittenberg, Referent für Theologie, Hochschul- und Genderpolitik beim Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland (ESG), Vorstandsvorsitzender der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung, zahlreiche Veröffentlichungen zu *Bibel, Gnosis* und *Spätantike* sowie *Friedenstheologie*.

EKD-Friedensdenkschrift 2025 ‚Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick'

Ein Kommentar aus christlich-pazifistischer Sicht
(November 2025)

Von Theodor Ziegler

1. Anliegen

Die EKD möchte, so die Ratsvorsitzende Bischöfin Kirsten Fehrs, mit dieser Denkschrift die friedensethische Urteilsfähigkeit stärken. Das in der letzten Friedensdenkschrift aus dem Jahr 2007 ausgeführte Leitbild des Gerechten Friedens solle aktualisiert und konkretisiert werden. Das biblisch-theologische Zeugnis solle mit den gegenwärtigen Erfahrungen und der interdisziplinären friedensethischen Expertise in Zusammenhang gebracht werden. Die zentralen Themen, für die Orientierung gegeben werden solle, seien „friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung, um Waffenlieferungen, um Wehr- und Dienstpflicht, um die Herausforderungen hybrider Kriegsführung und Terrorismus". (S. 5, 6)

KRITIK: Die interdisziplinäre Expertise wurde offenkundig nur teilweise eingeholt. Auch fehlt die wichtige Frage nach Alternativen zur militärischen Friedenssicherung und die Einbeziehung der vorhandenen Forschung zu gewaltfreier, ziviler Konfliktaustragung. Der Verteidigungskrieg – konventionell und atomar (wobei man hier meint, sich nur auf den Atomwaffenbesitz zur Abschreckung beschränken zu können) (Zif. 145) wird nicht kategorisch ausgeschlossenen, sondern einer friedensethischen Güterabwägung anheimgestellt. Ebenso wenig berücksichtigt werden die mangelnde Zielführung militärischer Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie das damit verbundene menschliche Leid bei der betroffenen Zivilbevölkerung, aber auch bei den eingesetzten Soldaten (PTBS).

Auch wäre angesichts der aktuellen Aufrüstungspolitik eine Reflexion des in diesem Jahr 80 Jahre alten Stuttgarter Schuldbekenntnisses zum kirchlichen Versagen im Hitlerreich und Zweiten Weltkrieg angezeigt gewesen.

2. Vorgehen

Nach dem „überhasteten Ende" des Afghanistankriegs und dem Beginn des russischen Eroberungskrieg in der Ukraine habe der Rat der EKD im September 2022 die Weiterentwicklung seiner friedensethischen Position beschlossen. Vier Konsultationstagungen in Evangelischen Akademien sollten „den Aktualisierungsbedarf der bisherigen Friedensethik vermessen". Das friedensethische Redaktionsteam des Kammernetzwerkes habe dann den erarbeiteten Text mit der von Landesbischof Friedrich Kramer, dem Friedensbeauftragten des Rates der EKD, geleiteten Friedenwerkstatt, bestehend aus Fachleuten verschiedener friedensethischer Arbeitsfelder „ausgiebig diskutiert". Das überarbeitete Konzept habe der Rat der EKD „mit großer Zustimmung aufgenommen" und mit obigem Titel zu veröffentlichen. (S. 7)

KRITIK: Nachdem es der christlich-pazifistische Ansatz (*Friedenslogik, Szenario Sicherheit-neu-denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik*) *auf der letzten EKD-Friedenssynode 2019 in Dresden nur ins vorbereitende Lesebuch geschafft hatte, initiierte ich als am friedensethischen Prozess der badischen Landeskirche Beteiligter im November 2021 eine Videokonferenzgruppe von über dreißig ausgewiesenen Expertinnen und Experten mit einer christlich-pazifistischen Haltung aus ganz Deutschland mit dem Ziel einer Eingabe an die EKD, die Denkschrift von 2007 weiterzuentwickeln: Die* ***Gewaltfreiheit*** *sollte im Blick auf die biblische Friedensbotschaft und die Menschenrechte nicht nur die vorrangige, sondern die* ***einzige Option*** *sein. Infolgedessen sollte die EKD* ***auf die ultima ratio militärischer Gewalt generell verzichten und sich tatkräftig für den Aufbau einer zivilen Sicherheitspolitik engagieren****. Die vom EKD-Friedensbeauftragten gegebene Zusage, unsere Initiative in den Konsultationsprozess einzubeziehen, wurde leider nicht realisiert. Auf mein Insistieren bei der dritten Akademietagung in Bad Boll hin, konnte die Initiative Sicherheit neu denken (SND) auf der vierten Tagung in Loccum, bei der es um Zivile Friedensdienste gehen sollte, wenigstens neben*

schon drei bestehenden Workshops an einem Nachmittag noch einen vierten anbieten.

3. Fragwürdige evangelische Friedensethik – Beispiele

Kirsten Fehrs betont, neben der „bleibenden, prinzipiellen Orientierung evangelischer Friedensethik an Jesus Predigt der Gewaltfreiheit", würden die vier Dimensionen, Schutz vor Gewalt, Förderung von Freiheit, Abbau von Ungleichheiten sowie der friedensfördernde Umgang mit Pluralität, neu profiliert. „Neu akzentuiert" sei „das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik". (S. 8)

KRITIK: Mit dieser Formulierung von der „prinzipiellen Orientierung" ist der Abweichung vom Prinzip hin zur Bejahung der Notwendigkeit militärischer Gewalt unter bestimmten Bedingungen weiterhin Tür und Tor geöffnet. Insbesondere dann, wenn man der Auffassung ist, zum Schutz vor Gewalt militärischer Gewalt zu bedürfen. Solange der Schutz vor Gewalt nicht mit der Erkenntnis einhergeht, dass das Leben jedes Menschen das höchste Gut ist und deshalb auch der Verteidigungskrieg nicht zielführend sein kann, wird die proklamierte „evangelische Friedensethik" ihrem geistlichen, auf Jesus Christus bezogenen Anspruch nicht gerecht. Nimmt man die biblische Friedensspur des alten und des neuen Testaments ernst, hätte es einer fünften Friedensdimension bedurft: der Bemühung um Alternativen zur militärischen Friedenssicherung. Dass dies im vorhergehenden Konsultationsprozess so gut wie keine Rolle gespielt hatte, zeigt sich nun auch in der vorliegenden Denkschrift.

An dieser Stelle sei ein Blick auf die Zusammensetzung der 14-köpfigen Redaktionsgruppe gestattet. Die eine Hälfte der Personen ist mir durch Tagungen bekannt, bei der anderen Hälfte habe ich recherchiert. Ihre friedensethischen Positionen sind entweder militärbefürwortend (teils mit beruflichen Bezügen zur Bundeswehr) oder indifferent. Eine Persönlichkeit mit einer christlich-pazifistischen Haltung konnte ich bislang nicht entdecken – wobei ich mich gerne vom Gegenteil überzeugen lasse. In dieser Hinsicht gibt es zur Denkschrift von 2007 keinen Unterschied. Von der EKD als Volkskirche wäre jedoch zu erwarten gewesen, bei einem so strittigen Sachverhalt (gleich dem „Beutelsbacher Konsens" für die Bildungsarbeit) auch die andere Position, dies sich nicht nur „prinzipiell" auf Jesu Friedensethik

bezieht, sondern sich konsequent bemüht, diese in die Aktualität einzubringen, an den Konsultationen und in der Redaktionsgruppe zu beteiligen. Das hätte möglicherweise zu einigen Dissens-Kapiteln geführt, die jedoch die in der EKD vorhandenen Überzeugungsunterschiede besser wiedergegeben hätten.
Dass das der Goldenen Regel Jesu (Mt 7,12) *entsprechende Konzept der Friedenslogik nur in apologetischer Absicht Erwähnung findet* (S. 13), *ebenso das diese in eine politische Strategie umsetzende Szenario Sicherheit neu denken, lässt bestimmte Vorfestlegungen in der Autorenschaft oder deren Auftraggeberin vermuten.*
Demzufolge werden die Begriffe „Verteidigung" und „Sicherheitspolitik" im Wesentlichen militärisch gedacht.

Der geistliche Schluss des Vorwortes (S. 10), *vom* „Glauben an den Gott des Friedens" getragen zu sein, und „eine verantwortbare evangelische Friedensethik unter den Frieden Gottes zu stellen" sowie „an einer Überwindung aller Gewalt zu arbeiten" wie auch die theologischen Aussagen zu Beginn und am Schluss der Erörterungen, *stehen in einem starken Gegensatz zu einigen mit dieser Denkschrift in Erwägung gezogenen Optionen.*
Diese die ganze Denkschrift durchziehende Widersprüchlichkeit wird schon in der ersten Kernaussage (S. 13) *ersichtlich:*
„Angesichts der Grausamkeit von Tod, Vergewaltigung, Verletzung und Traumatisierung durch bewaffnete Konflikte" müsse der Schutz vor Gewalt im Zentrum der politischen, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Bemühungen stehen.

KRITIK: So weit ist die Aussage plausibel und begrüßenswert. Wenn dann jedoch der Schutz vor Gewalt an die Garantie der territorialen Integrität eines Landes gekoppelt wird und diese mit dem „maßvollen Ausbau" der militärischen Kapazitäten verknüpft wird, ist zu fragen, wie man mittels dieses Zirkelschlusses die Kriegsgefahr wirklich abbauen möchte. Befremdlich ist auch die komplementäre Zuordnung von militärischer Sicherheitspolitik und Friedenslogik. Das gleichnamige politologische Konzept[1] *scheint hier nicht verstanden worden zu sein.*

[1] siehe: BIRCKENBACH, Hanne-Margret (2023), Friedenslogik verstehen, Wochenschauverlag Frankfurt

Nachfolgend seien noch ein paar Beispiele für die Spannung zwischen theologischen Erkenntnissen und der daraus gefolgerten Ethik benannt:
„Den Frieden, für den Christus steht, kann der Mensch nicht aus eigener Kraft schaffen. … Friede bleibt Gabe Gottes, sein Gelingen liegt letztlich in Gottes Hand." (Zif. 5)
„Im Gebet des Vaterunsers kann die Kraft entstehen, sich dem Willen Gottes zu unterordnen." (Zif. 9)

KRITIK: Einverstanden, wir Menschen können auch mit gewaltfreien Strategien keine absoluten Lösungen erreichen. Es jedoch von vornherein nicht ernsthaft zu versuchen, erinnert an Jesu Gleichnis von den anvertrauten Talenten, bei dem ein Beauftragter das anvertraute Kapital vergräbt (Mt 25,14 ff). Die Reden Jesu ermutigen zum Handeln in aller Bescheidenheit. Wenn wir bitten, „dein Wille geschehe wie im Himmel, so auf Erden," dann kommt es zunächst darauf an, den Willen Gottes von der sogar den Feind einschließenden Nächstenliebe, ernsthaft versuchen zu erfüllen.
Zum Ausdruck kommt diese widersprüchliche Friedenshaltung auch in Zif. 11, wo an den Noachitischen Friedensbund Gottes erinnert wird, an den Auftrag, dem Frieden nachzujagen (Hebr. 12, 14) und als Botschafter Christi für die Versöhnung zu wirken (2. Kor. 5, 20).
Im nachfolgenden Absatz (Zif. 12) werden jedoch für den Notfall „Zwangsmaßnahmen" als erforderlich erklärt. Die ethisch sehr bedeutsame Unterscheidung zwischen persönlicher Notwehr bzw. Nothilfe und staatlicher militärischer Verteidigung oder Nothilfe, zwischen polizeilichen und militärischen Zwangsmaßnahmen unterbleibt. (Zif. 14)
Pazifistischen Initiativen wie dem Konziliaren Prozess, den ökumenischen Versammlungen, der Initiative Sicherheit-neu-denken wird lediglich die Rolle als „politische Impulsgeber" zugutegehalten, die zur „sensiblen Wahrnehmung latenter und offener Militarisierungsprozesse in unserer Gesellschaft" aufforderten. (Ziff. 14-16) Im Fortgang der weiteren Erörterungen scheint dies jedoch keine Beachtung mehr zu finden.

„Als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts ethisch nicht legitimieren." Es wird kritisiert, dass die von pazifistischer Seite vorgebrachten Beispiele für erfolgreiche gewaltfreie Widerstandsaktionen sich nicht auf die

Abwehr einer Besatzungsmacht und zur Verteidigung von Staatsgrenzen übertragen ließen. (Zif. 17).
„Gewalt muss – notfalls mit Gegengewalt eingedämmt werden, ohne aber das Ziel der Überwindung von Gewalt aus den Augen zu verlieren." (Zif. 18)

KRITIK: Man stelle sich diese Aussagen in Bezug auf die Ablehnung des Verbots der Sklaverei oder der Todesstrafe vor. Es gibt deren kategorische Verbote, zumindest in einigen demokratischen Staaten. Krieg bedeutet jedoch, durch den damit verbundenen Militärzwang und die Tötung von Menschenmassen, eine Potenzierung von Sklaverei und Todesstrafe in unvorstellbarem Maße, weshalb bei der ablehnenden Bewertung „militärischer Zwangsmaßnahmen" mindestens ebenso kategorisch geurteilt werden kann und muss.
Dass die Empirie gewaltfreier Verteidigung von Staaten bislang nicht vorhanden ist, erklärt sich schlicht damit, dass fast alle Staaten dieser Welt eine Armee haben. In den ersten vier Monaten des russischen Angriffskriegs wurden jedoch über 200 Beispiele gewaltfreien Widerstands durch die Bewohner von Ortschaften, der Bürgermeister oft vornedran, dokumentiert.[2] Dieser spontane zivile Widerstand wurde dann jedoch durch den von der ukrainischen Zentralregierung angeordneten Verteidigungskrieg weggedrängt.
Bei einer friedensethischen Beurteilung hätte nunmehr zwischen dem Leid durch ein Besatzungsregime einerseits (Verlust der Souveränität und Demokratie) und dem hunderttausendfachen Tod von Menschen, hunderttausendfacher Verstümmelung, seelischer Traumatisierung, der enormen Zerstörungen von Häusern, Infrastruktur, Verminung landwirtschaftlicher Flächen, Vergiftung von Böden und Grundwasser usw. andererseits abgewogen werden müssen (vgl. 1. Kön 3,16 ff). All das wurde in der Denkschrift nicht bedacht, die Suche nach dem kleineren Übel unterblieb.
Ganz außer Acht lässt die Denkschrift die Vorgeschichte des Ukrainekriegs. Sie ist nicht nur mit Putinschen Großmachtsplänen zu begründen, sondern auch mit den Denkspielen der Heritage Foundation in Washington über die globale US-Vormachtstellung und die Einhegung Russlands. Des Weiteren mit der absprachewidrigen NATO-Osterweiterung und mit der

[2] Felip Daza SIERRA (2022) Ukrainischer Ziviler Widerstand im Angesicht des Krieges: https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/306812/ukraine-gewaltfreier-ziviler-widerstand-study-deutsche-fassung-november-2022-de.pdf

Mittelstreckenraketenstationierung Obamas nahe der Grenzen Russlands in Polen und Rumänien, was den Konflikt weiter anheizte.

„Zivile Konfliktbearbeitung besitzt grundsätzlich Vorrang vor militärischen Mitteln." (Zif. 33)

KRITIK: Diese schon in früheren Denkschriften formulierte Vorrangsbekundung beinhaltet automatisch den Nachrang, der in der Wirklichkeit von Staat und Kirche faktisch den Vorrang darstellt. Betrachtet man die personellen und finanziellen Gewichtungen, wird das anhaltende Desinteresse an der dringend notwendigen Entwicklung einer zivilen Sicherheitspolitik belegt. Vom Vorrang zu sprechen und den Nachrang militärischer Rüstung bis hin zu Atomwaffen (Zif. 145) und zum Präventivkrieg (Zif. 147) zwar unter vielen Vorbehalten, aber schlussendlich doch zu billigen, ist nicht glaubwürdig. Erst mit der Entscheidung für den Aufbau einer zivilen Sicherheitspolitik und dem damit korrespondierenden Abbau des Militärs, könnte man zu Recht von einer sicherheitspolitischen Zeitenwende sprechen. Was seit Olaf Scholz' Äußerung im Deutschen Bundestag in Gang gesetzt wurde und durch diese Denkschrift auch noch kirchlich kräftig unterstützt wird, ist leider eine Wende rückwärts.
Der Großteil der Denkschrift widmet sich nun den Details der aktuellen militärpolitischen Debatte zur Schließung militärischer „Fähigkeitslücken", zu den Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, der hybriden Kriegsführung, dem Rüsten im Weltall, der Frage der Wehr- und allgemeinen Dienstpflicht bis hin zur Notwendigkeit atomarer Abschreckung. In all diesen Fragen wird abgewogen, werden Bedenken geäußert und Kriterien benannt – jedoch die grundsätzliche Ablehnung der militärischen Friedenssicherung leider nicht erwogen.
Würde man im Sinne des Schöpfungsglaubens und der von Jesus gelehrten universellen Nächstenliebe die in der Denkschrift häufig betonte Schutzpflicht über die eigene Nation und das eigene Militärbündnis hinaus auf alle Menschen ausdehnen, verböte sich das Festhalten an militärischen Mitteln zur Friedenssicherung. Denkbar für die Bekämpfung internationaler Kriminalität und Terror wäre neben dem Ursachenabbau durch eine faire Weltwirtschaft die Bildung internationaler Polizeien auf weltregionalen Ebenen als Restgewalt.[3]

[3] HARMSEN u. a. (2023) Weltinnenpolitik und internationale Polizei: https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/literatur-sprach-und-ku

Wenn wiederholt auf die Einhegung der friedensgefährdenden „destruktiven Mächte" in der erlösungsbedürftigen Welt hingewiesen (z. B. in Zif 187) und dabei die Destruktivität der westlichen Welt und Nato-Staaten nicht auch selbstkritisch klar benannt wird, kann die evangelische Friedensethik weiterhin ihrem friedensstiftenden (= pazifistischen) Auftrag durch Jesus (Mt 5, 9) nicht gerecht werden.

4. Schlussbemerkungen

a. Schreibstil | *Die Ausdrucksweise, der Gebrauch von Fremdwörtern und Fachbegriffen ohne Erläuterungen erweist die Denkschrift als für nichtakademische Gemeindeglieder bzw. gar Wehrpflichtige schwer verständlich. In einer Volkskirche sollte allgemeinverständlich formuliert werden.*

b. Folgerung aus der offenkundigen Einseitigkeit | *Wenn die EKD dem eigenen Dialoganspruch mit pazifistischen evangelischen Christen bislang nur in sehr begrenztem Maße und auch nur außerhalb der Denkschriftabfassung gerecht wird, könnten sich die bislang „Ausgegrenzten", möglicherweise in ökumenischer Verbundenheit, an die Erstellung einer alternativen Friedensdenkschrift im Geiste der biblischen Friedensbotschaft machen. Vielleicht käme es dadurch zu dem notwendigen Dialog in Kirche und Gesellschaft. Es wäre zu hoffen.*

Über den Verfasser | Dr. phil. Theodor Ziegler, Religionspädagoge, Baiersbronn/Schwarzwald, Mitbegründer der Initiative Sicherheit-neudenken sowie des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie; Dissertationschrift: „Motive und Alternativentwürfe christlicher Pazifisten" (s. https://www.friedenstheologie-institut.jimdofree.com/wer-wir-sind/theodor-ziegler/).

lturwissenschaften/interdisziplinaere-geisteswissenschaft/57967/weltinnenpolitik-und-internationale-polizei?c=1747

„Kirche über Gut und Böse“

Zur Vorstellung der Friedensdenkschrift der EKD
am 13.11.2025 in der Evangelischen Akademie, Berlin
(Textstand 16.11.2025)[1]

Von Heinrich Schäfer, Bielefeld

„Die Macht des Bösen, die dem Menschen innewohnt“, wurde bei der Vorstellung der neuen Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin am 13.11. in den frühen Abendstunden von Prof. Dr. Anselm, dem federführenden Autor der Schrift, dem Publikum vor Augen gestellt. Die neue protestantische Schrift lässt in ihren Passagen zur militärischen Gewalt und deren Legitimation eine **Faszination für das Böse** erkennen. Der einzige geladene Kritiker auf dem Panel, der Philosoph Prof. Olaf Müller, sieht die Einlassungen zur Gewalt anders: Die Friedensdenkschrift der EKD liege „erschreckend nah“ an der NATO-Doktrin. Das bestätigte, allerdings positiv überrascht von der Denkschrift, die Ex-NATO-Mitarbeiterin Gerlinde Niehus auf dem Panel.

In welchem Verhältnis stehen diese widersprüchlichen Wahrnehmungen und Wertungen zu **theologischen, ethischen** und sozialwissenschaftlichen Überzeugungen der Repräsentantinnen und Repräsentanten der EKD und ihrer geladenen Gesprächspartner aus Politik, Medien und Philosophie? Was lassen die Redebeiträge der Veranstaltung erkennen?

Zunächst fällt der stark herausgehobene Begriff der **Ordnung** auf. „Welt in Unordnung“ – so der Titel der Denkschrift. Ordnung ist nicht die primäre Kategorie, wenn es um politische Teilhabe souveräner Bürger geht. Der Begriff ist der alten Tradition des Obrigkeitsstaates assoziiert, die vom Luthertum traditionell vertreten wird. Und er wird heute als „Gesetzesattrappe“ (Maus) im Begriff „unsere regelbasierte Ordnung“ verwendet, wenn die UN-Charta mit *ad hoc*-komponierten und strikt westlichen Ordnungsvorstel-

[1] Textdarbietung hier mit freundlicher Zustimmung des Verfassers.

lungen ausgehebelt werden soll. Zudem ist die Frage erlaubt, ob die Kriege der NATO-Staaten seit 1990 (Serbien/Kosovo, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen etc.) etwa für Ordnung gesorgt haben. Schließlich wirft der Ordnungsbegriff die Frage auf, wer bei entstandener Unordnung die Ordnung wiederherstellen soll. Der lutherischen Tradition ist in dieser Hinsicht der traditionsreiche Begriff der Obrigkeit lieb. Die Denkschrift assoziiert dafür schon auf ihrem Deckblatt eine Antwort: eine stilisierte Taube, oszillierend zwischen Origami und den Polygonen der Bundeswehr-Werbung. Dazu passte die Keynote-Ansprache in der Evangelischen Akademie.

Die Ehre dieser Ansprache fiel dem **Außenminister** der Bundesrepublik Deutschland zu. Die Regierung gab an diesem Abend also die Grundtonalität für den kirchlichen Cantus vor. Hatte der Protestantismus nicht jeder **konstantinisch** anmutenden Annäherung von Thron und Altar abgeschworen? Oder eben doch nicht ganz? Das Luthertum hat im Laufe seiner Entwicklung diese Grenze erodieren lassen. Es blieb die lutherische Konzeption des Staates als Obrigkeit, der in „weltlichen Dingen" zu gehorchen sei. In der Denkschrift wird dieser Ansatz modernisiert. Im Effekt allerdings, der Einladung des Außenministers zur Keynote, schwingt noch etwas von der obrigkeitsorientierten Unterwürfigkeit mit.

Wacker hat Herr Minister **Wadephul** seinen Quasi-Bischofsstab ergriffen und die Akzente gesetzt. Er beginnt, enttäuschend für ernsthafte Zuhörer, mit Nachrichten aus der Berliner Echokammer: russische Flugzeuge im estnischen Luftraum und russische Drohnen überall in Europa, wenngleich das alles bereits widerlegt ist. Er spricht von diplomatischen Bemühungen, sagt aber nicht welche. Und endet im Crescendo: das Böse in der unerlösten Welt personalisiert im „russischen Diktator" und seiner „imperialen Gier"; und die Ukraine im Abwehrkampf. Damit ist gleich zu Anfang die zweifelhafte Theologie der Denkschrift-Autoren zur Magd einer zweifelhaften Politik geworden.

Dieser *cantus firmus* durchzog dann die gesamte Veranstaltung. Prof. Anselm verband den Begriff der unerlösten Welt mit der **Macht des Bösen** und der **Sünde** als zerstörerischem Potenzial – ein Konglomerat, das (für nicht-böse Menschen) leider darauf hinauslaufen könnte, durch Gewaltanwendung ebenfalls schuldig zu werden. Seine Powerpoint unterstrich dazu, dass das Böse eine „Macht"

sei, die von Gnade und Widerstehen konterkariert wird. Zwar wird eingeräumt, dass Gewalt nur als *ultima ratio* in Frage käme und nur, wenn sie auf Frieden ziele. Freilich müsse das Recht durch eine „rechtserhaltende Gewalt" geschützt werden. Wieso auch dazu schon wieder „Gewalt"? Was das Böse betrifft, machte die EKD-Vorsitzende Bischöfin Fehrs klar: Das Böse sei hemmungslos gewalttätig und erzeuge die Bedrohungslage des „hybriden Kriegs"; dagegen müsse man resilient werden. Natürlich wurde auch von „Jesu Gebot der Feindesliebe" gesprochen, wenngleich meist (immer?) im Zusammenhang der notwendigen *ultima ratio* der Gewalt. Umso deutlicher wird in der Folge das Framing von Gut versus Böse.

Dieser Diskurs entspricht einer konservativen Interpretation von **Luthers Zwei-Reiche-Lehre**, die der Reformator im Rückgriff auf Augustinus formuliert hat. Aus den frühen Schriften Luthers lässt sich eine Sozialtheorie rekonstruieren, die zwischen religiösen und säkularen Tätigkeiten unterscheidet (Duchrow). Erst beim späten Luther – etwa in seinem Antisemitismus – lässt sich eine Spaltung zwischen einem guten Reich Gottes und einem bösen des Teufels feststellen. In der lutherischen Geschichte konkurrieren diese Lesarten bis hin zu einer sehr unguten Phase der Spaltungstheorie bei den Deutschen Christen nach 1933. Heute hat sich die kategorische Spaltung zwischen Bösem und Gutem zum Nährboden für religiösen und politischen Fundamentalismus entwickelt.

Die Redebeiträge in der Evangelischen Akademie an diesem Abend lassen in der Tat eine Tendenz zum religiösen Fundamentalismus erkennen. Das Böse erscheint einerseits als eine Art real existierende kosmische Macht. Andererseits wird es personalisiert als „Putin" (und sonstige Schurken) und als entsprechende Praktiken, wie „hybrider Krieg" beispielsweise.

In der aktuellen, nicht-kirchlichen Medienöffentlichkeit findet die theologische Theorie ihre Entsprechung im Schüren der Angst vor einem russischen Überfall durch traditionsreichen Russenhass, was reale Kriegsgefahr erhöht, wirtschaftlich den Sozialstaat und die jüngere Generation schleift sowie die Meinungsfreiheit *peu a peu* durch Autoritarismus ersetzt.

Besonders problematisch wird das Jonglieren mit zwei Reichen im Zusammenhang der **Atomwaffen**. Das frühere kategorische Nein der meisten Kirchen zu Atomwaffen wird von den kirchlichen

Vertreterinnen und Vertretern zu einem klaren Jein umgedeutet. Prinzipiell müssten Atomwaffen vernichtet werden (Reich Gottes); da aber Schurkenstaaten mit Atomwaffen drohen (Reich der Welt / des Teufels), müsse atomare Teilhabe kirchlich befürwortet werden – natürlich „schuldhaft". Drei der Panelisten stimmten zu. Keine Rede von Rüstungskontrolle, Abrüstungsgesprächen oder einer neuen gemeinsamen Sicherheitsstruktur, wie von Russland jüngst vorgeschlagen. Nur der Agnostiker erinnerte an die offensive Nuklearstrategie der USA mit ihrer Option auf den präemptiven Erstschlag als ethisch unannehmbar. Die Guten werden, so die EKD und ihre Gleichgesinnten, also gezwungen, die Strategien der Bösen zu imitieren.

Wer aber sind die **Guten**? Wir wissen zunächst so viel: Die Kirchenleute kämpfen mit der Macht der Gnade gegen die Bösen. Vermutlich sind sie also die Guten. Man würde aus soziologischer und sozialethischer Sicht von ihnen in ihren Redebeiträgen nun einen kritischen Blick auf sich selbst und ihren eigenen Standpunkt erwarten. Genau das wird in der Bergpredigt gefordert, wenn es heißt, statt den Splitter im Auge des Nächsten zu kritisieren, den Balken im eigenen wahrzunehmen. Im Gegensatz dazu belassen es die Redebeiträge bei einem imaginären „Wir". Wird aber die eigene Position nicht reflektiert, so bleibt der Ausgangspunkt, von wo die eigenen Beobachtungen gemacht werden, ein blinder Fleck. Die Beobachtungen sind notgedrungen einseitig und nur dies.

Als Lutheraner fragt man sich nun, warum eigentlich der Begriff der Sünde in den Redebeiträgen nicht zum Tragen kam. Zu Beginn erfuhr man zwar, „Sünde" stehe für das „zerstörerische Potenzial im Menschen" (Anselm). Wenn man es allerdings so sieht, fällt „Sünde" einfach mit den Machenschaften der/des Bösen zusammen. Für die lutherische Lehre ist aber zentral, dass der erlöste Mensch *zugleich* Gerechter *und* Sünder ist. Und genau diese Einsicht kann der **Selbstkritik** eine zentrale Rolle in Ethik und Politik zuweisen. Diese Überlegung ist völlig abwesend in allen Beiträgen an diesem Abend, außer in einem.

Es war ein bekennender Agnostiker, Prof. Müller, der das Thema der Selbstkritik ins Spiel brachte. Er tat das am Beispiel des Scheiterns der **Verhandlungen** zwischen Russland und der Ukraine im Frühjahr 2022 durch Intervention des Westens. Müller wies auf die

Dringlichkeit des Dialogs mit dem Gegner hin. Deutschlands Chefdiplomat war da schon längst wieder abgereist. Zwar wird Dialog in der Denkschrift an einigen Stellen angedeutet. Diplomatie, Verhandlungen, Konfliktprävention usw. spielen aber weder in der Schrift noch in den anderen Beiträgen des Abends eine für christliche Friedensethik angemessene Rolle. Der Ukraine-Konflikt könnte ein Lehrstück für verpasste Chancen der Diplomatie und der Konfliktprävention sein. An diesem Abend inszenierten ihn die Kirchenleute jedoch als den kosmischen Kampf zwischen Gut und Böse. Für Diplomatie und Prävention müsste man – wie es für jede Ethik unumgänglich ist – erst einmal umfassend und so objektiv wie möglich die Lage analysieren, statt sich, von problematischen theologischen Vorurteilen geleitet, einem Mythos der erlösenden Gewalt in einer „unerlösten Welt" zu verschreiben.

Über den Verfasser | Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer (i. R.) ist Professor für Soziologie und Evangelische Theologie in Bielefeld. Er arbeitet seit über 40 Jahren zum Verhältnis von Religion, Politik und Gewalt in nationalen und internationalen Kontexten.

Erich Mühsam
über den Kriegsterminus
„Zeitenwende“

„Z e i t w e n d e! Das Wort führt jetzt jeder Esel im Munde, dem die Zeit noch niemals etwas gewendet hat. Das Schicksalsjahr 1915! Voll Stolz und Selbstgefühl wird dieser 1. Januar begrüßt. Dass er bestimmt ist, eine Epoche fortzusetzen, die die Vernichtung von Millionen Schicksalen bedeutet, fällt den Hanswürsten nicht ein.“ (Tagebucheintrag, 1. Januar 1915)

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte der Dichter zuvor diagnostiziert: „Mit zwei Milliarden Mark muss jährlich die Henne gefüttert werden, die unter dem Namen ‚Deutsche Wehrmacht‘ […] herumgackert. Jetzt ist sie mit einer Extramilliarde noch fetter aufgeplustert worden und beansprucht infolgedessen fortan noch erheblich mehr Getreidekörner aus den Äckern des deutschen Volkes als bisher. Der Geflügelzüchter Michel […] merkt nicht, dass das meschuggene Huhn ihm nichts als Kuckuckseier in den Stall legt. Eines guten Tages aber wird es ihm schmerzlich fühlbar werden, wenn nämlich der zärtlich gepflegte ‚bewaffnete Friede‘ an Überfütterung krepiert, seine Küken aber auskriechen und sich die missgestalteten Kreaturen als Krieg, Hunger und Pestilenz über das Land ergießen.
Die Erbpächter der deutschen Ehre und der deutschen Phrase möchten das 43jährige Friedensvieh schon längst zum Platzen bringen. Sie ängstigen deshalb den dummen Michel heute mit diesem, morgen mit jenem Bauernschreck und heißen ihn zur Abwehr immer größere Mengen seiner schwitzend erarbeiteten Profite in die Armee hineinstopfen. Fehlt bloß noch ein geeigneter Anlaß – und der Krieg gegen den Erbfeind ist fertig.“ (*Die Fremdenlegion*, Februar 1914)

Erich MÜHSAM: *Das große Morden. Texte gegen Militarismus und Krieg*. Zusammengestellt von Peter Bürger. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 9). Hamburg: BoD 2025, S. 233 und 152.

Zeiten-Wende? – oder Menschen-Wende?

(Nachwort zur Open Access-Stellung, 2026, meines Buches „Deutsche Theologie im Dienste der Kriegspropaganda – Umdeutung von Bibel, Gesangbuch und Liturgie 1914-1918, Bd. I-II, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen | deGruyter/Brill, Berlin | Leyden)[1]

Von Friedrich Erich Dobberahn

Die EKD-Denkschrift von 2025 „Welt in Unordnung – gerechter Friede im Blick"[2] stellt eine beachtlich reflektierte, um Lückenlosigkeit bemühte Darstellung[3] großkirchlicher Standortbestimmung dar. Auch wenn diese Denkschrift hierbei durchaus verdienstvolle und hilfreiche Überlegungen vorbringt, hinterlässt sie für mich dennoch das Bedürfnis nach einer Ergänzung. Den Spitzensätzen der EKD-Denkschrift, Ziffer 17: „Als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts ethisch nicht legitimieren"[4], sowie Ziffer 159: „… dass sich biblisch das 5. Gebot nicht auf das Töten im Krieg oder etwa das Töten aus Notwehr bezieht"[5], setze ich verschiedene andere Ziffern (= Z.) der Denkschrift

[1] https://www.vr-elibrary.de/doi/book/10.13109/9783666565243 [21.01.2026]. Der Text meines Nachwortes erscheint im *vorliegenden* Sammelband mit einigen Ergänzungen als Adaptation für die „Kritischen Stellungnahmen zur neuen EKD-Denkschrift". Zu meinem Buch s. a. die Rezension von Markus WRIEDT in der Theologischen Literaturzeitung (ThLZ), Jg. 147, Heft 6, Leipzig, 2022, Sp. 581-584.

[2] „Welt in Unordnung, gerechter Friede im Blick" – Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2., korr. Auflage, Leipzig, 2025.

[3] Insbesondere zur „rechtserhaltenden Gewalt", ebd., Ziffer (= Z.) 18 (S. 33 f), Z. 23 (S. 38), Z. 33 (S. 44), Z. 36 ff (S. 46 ff), Z. 40 (S. 50), Z. 47 (S. 56), Z. 49 (S. 58), Z. 52 f (S. 60), Z. 77 (S. 75 f), Z. 86 (S. 80 f), Z. 153 (S. 119), Z. 173 (S. 137).

[4] EKD-DENKSCHRIFT „Welt in Unordnung …", aaO., Z. 17, S. 34.

[5] EKD-DENKSCHRIFT „Welt in Unordnung …", aaO., Z. 159, S. 125 f; die exegetische Begründung mit Hinweis auf Matth. 5,21b ist willkürlich. Mit „Gericht" ist bei Jesus nicht die Todesstrafe irdischer Gerichtsbarkeit qua Mosegesetz (Ex. 21,12; Lev. 24,17; Num. 35,16 ff; Deut. 17,18 ff; vgl. Gen. 9,6), sondern Gottes

aufrufend[6] – den Standpunkt der „Vision" einer *historisch bezeugten* Möglichkeit kategorischen Gewaltverzichts an die Seite. Mein Anliegen möchte ich in Anlehnung an die Achtzehn Thesen Walter Benjamins „Über den Begriff der Geschichte" von 1940, die den eschatologischen Vorbehalt, der in der EKD-Denkschrift mit dem Hinweis auf die unaufhebbare Schulverstrickung des Menschen und das erst kommende Friedensreich Gottes dogmatisch korrekt vorgebracht wird[7], nicht im Vollsinn akzeptieren, folgendermaßen formulieren: Es gilt, „sich dem Katastrophensturm der Geschichte dialektisch entgegen zu stemmen" – und zwar mit dem aktiven „Nacherleben" der in die Historie bereits vor der Weltvollendung „eingesprengten Splitter der messianischen Gegenwart."[8] Der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts wagt einen solchen Nachvollzug, wenn er die bereits in der Geschichte verbürgte „messianische" Möglichkeit ergreift, die weltweite Hass- und Gewalt-Ära mit subversiver, wahrer und reiner Menschlichkeit zu durchbrechen, und damit eine „*Menschenwende*" als Ausdruck universaler politischer Ethik zu praktizieren sich anschickt.[9] Es wird zu zeigen sein, inwieweit ich hier nicht mit leerem Pathos spreche.

Mit dem Terminus „Menschenwende" knüpfe ich zunächst bei dem kriegsbezogenen Ausdruck „*Zeitenwende*" in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz am 27.02.2022 an. Dieser Ausdruck, der gleichfalls nicht ohne Pathos ist und dessen Gebrauch

---

endgültiges Gericht gemeint; Eduard SCHWEITZER, Das Evangelium nach Matthäus, NTD Bd. 2, Göttingen, 1981, S. 71.

[6] Anknüpfungspunkte für meinen Standpunkt sehe ich in der EKD-DENKSCHRIFT, aaO., in den Z. 84, S. 79 f; Z. 123 f, S. 101 f; Z. 158, S. 124 f; Z. 178 ff, S. 141 f; Z. 185 f, S. 143 f; Z. 193, S. 146, die mit Christus und der von ihm geschenkten Freiheit der „neuen Kreatur" zu tun haben; Joh. 8,36.

[7] Matth. 6,10 f. 12 f; EKD-DENKSCHRIFT „Welt in Unordnung …", aaO., Z. 9, S. 28; Z. 48, S. 56; Z. 179, S. 141.

[8] Walter BENJAMIN, Über den Begriff der Geschichte, in: Rolf TIEDEMANN / Hermann SCHWEPPENHÄUSER (Hg.), Walter BENJAMIN, Gesammelte Schriften, Bd. I, 2 (werkausgabe Bd. 2), edition suhrkamp, Frankfurt a. M., 1980, S. 691-704, These II, VI, VII, XIV, XV, XVII und Anhang A; vgl. Bd. I, 3 (werkausgabe Bd. 3), Frankfurt a. M., 1980, S. 1223-1266. Zur Erklärung der Thesen und zu ihrem jüdisch-qabbalistischen Hintergrund s. Friedrich Erich DOBBERAHN, Deutsche Theologie im Dienste der Kriegspropaganda, Bd. I, aaO., S. 747 ff.

[9] DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 56 ff. 281 ff. 599 ff. 608 ff. 683 ff.

inzwischen inflationäre Ausmaße angenommen hat[10], ist nicht ohne Vorgeschichte. Er begegnete als Schlagwort bereits 1914. Karl Dunkmann setzte es 1915/1916 auf den Buchdeckel seiner zweibändigen Predigtsammlung: „Die Predigt des Evangeliums in der Zeitenwende".[11] Landauf landab hieß es damals, Gott habe Deutschland den Krieg als eine „große", „schwere", „ernste", „eiserne", „eherne", „dunkle" und „drangvolle" Zeit zur Bewährung auferlegt, um es in einem gerechten und heiligen Krieg zum Vollstrecker seines göttlichen Willens werden zu lassen. Man sprach vom „stahlharten Willen der Zeit".[12] Unsere Weltsicht hat sich seitdem radikal geändert. Schon 1922 grenzte sich Oswald Spengler von solcher die „Zeiten" zum Mythos machenden Wortbildung ab, als er entmythologisierend von „*politischer* Zeitenwende" sprach.[13] Die kriegstheologischen Rechtfertigungen des Ukraine-Krieges durch das Russisch-orthodoxe Patriarchat bezeugen allerdings, wie sehr in Russland, dort auch auf islamistischer Seite, metaphysische Dimensionierungen der Zeitläufte immer noch im Denken verankert werden können.[14] Der Angriffskrieg auf die Ukraine erscheint in der russischen Kriegspropaganda hierdurch mit all' seinen Kriegsverbrechen als unvermeidbar, als unhinterfragbare Bestimmung der „Vorsehung" und gottgewollt.[15]

---

[10] Der Ausdruck wird mittlerweile auch ohne Übersetzungsversuch in Fremdsprachen übernommen.

[11] Karl DUNKMANN, Die Predigt des Evangeliums in der Zeitenwende, Bd. I-II, Herborn, 1915/1916; vgl. etwa ebd., Bd. I, 1915, S. 157 ff zu Ps. 68,1-36, insbes. zu Vers 20.

[12] DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 611; vgl. ebd., S. 141 f. 150. 155. 263 f. 267. 273. 275 ff. 280 f. 319 f. 398. 402. 427 f. 438 f. 455 f. 468 f. 580 ff. 588 ff.

[13] Oswald SPENGLER, Der Untergang des Abendlandes, Bd. II, 43.-49. Aufl., München, 1924, S. 23.

[14] DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. II, aaO., S. 1161-1179 (Epilog); Richard OTTINGER (Hg.), Religiöse Elemente im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – Propaganda, Religionspolitik und Seelsorge 2014-2024, SPPS (Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Vol. 289, ed. Andreas UMLAND), Hannover / Stuttgart, 2025; dort auf S. 89-98 der Artikel von Andreas JACOBS, Islam und Muslime im russischen Angriffskrieg: „Dschihad gegen die Ukraine?"

[15] So rief Kyrill I. schon 2012 Putin als Werkzeug und „Wunder Gottes", sowie „Gesandten Gottes" aus wie ebenso die Christusträgerschaft Russlands und die apokalyptische „Satanisierung" der Ukraine; DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. II, aaO., Epilog, S. 1164 ff. 1167 ff. 1169 ff. 1173 f.

Derart voraufklärerische, millenaristische[16] Jargons hat es zu allen Zeiten existentieller Verunsicherungen gegeben: Auch wenn 2022 in unserer Öffentlichkeit ein solches Verständnis nicht zur Debatte stand, lauerte trotzdem die Gefahr, dass nun schon die bloße Wortbildung „Zeiten-Wende" als *genetivus subjectivus* missverstanden[17] eine diffuse, nicht ganz ausgeräumte fatalismusverdächtige und damit auch im Nach- und Vorhinein politische Fehler und Versäumnisse exkulpierende Verhängnisinstanz suggerierte, so als spiele hier – wie Goethe einst formulierte – das „*Vorwaltende des oberen Leitenden*"[18] noch irgendeine schicksalhafte Rolle. So hatte auch mich irritiert, dass die Wortbildung „Zeitenwende" (anstatt: „Zeit der Wende") als Exponenten der politischen Wende eher nebulöse Sphären der Unvermeidlichkeit, nämlich „Zeit" und „Zeiten", und nicht den Menschen als frei Entscheidenden selbst ansprach. Man könnte mich bei meiner Begriffskritik der Überbeleuchtung sprachlicher Termini schelten, doch schaffen Sprache und Worte Wirklichkeiten.[19] Eine richtige Benennung hilft, eine falsche Benennung schadet – und solche den Menschen mythisierend *entmündigende* Jargons[20] sind nicht ohne Gefahren in einer Phase, in welcher ohnehin schon ein resigniert hinnehmendes Zeitempfinden der „*Verjenseitigung*" verbunden mit der kompensativen Tendenz zur Exkulpation, zu eher peripheren Problematisierungen, zu Fiktion, Utopie und

[16] Zum spätantiken und modernen Millenarismus vgl. Heinrich Wilhelm SCHÄFER, Kampf der Fundamentalismen – Radikales Christentum, radikaler Islam und Europas Moderne, Frankfurt a. M. / Leipzig, 2008, S. 140 ff.

[17] „Zeitenwende" = „Die *Zeiten* (subj.) haben sich geändert oder wenden sich …"; ähnlich „Zeitgeschehen", „Zeitläufte", „Zeitströmung", etc., so als ob *Zeit* oder *Zeiten* deterministisch unentrinnbare, „göttlich hereinbrechende" wären. Vgl. zu 1933-1945 Dolf STERNBERGER / Gerhard STORZ / Wilhelm Emanuel SÜSKIND, „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen", dtv 48, München, 1962, S. 150.

[18] Karl GOEDEKE (Hg.), Goethes sämtliche Werke, Dritter Band, Stuttgart, 1893, S. 188 („West-östlicher Diwan", Noten und Abhandlungen). DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 250. 741; vgl. die bei Gustav HILLARD, Kaisers Geburtstag – Berliner Roman, Hamburg, 3. Aufl., 1968, S. 246 geschilderte Szene.

[19] STERNBERGER / STORZ / SÜSKIND, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, aaO., S. 10.44.82.116; DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 30.

[20] Vgl. Theodor W. ADORNO, Jargon der Eigentlichkeit, edition suhrkamp 91, Frankfurt a. M., 1965, S. 8 ff. 20 ff. 39 ff. 61 ff. 85 ff. 95 ff. 107 ff. 115 ff. 137 ff; s. a. Siegfried JÄGER, Rechtsextreme Propaganda heute, in: Konrad EHLICH (Hg.), Sprache im Faschismus, stw 60, Frankfurt a. M., 1989, S. 30. 297 ff. 309. 314. 317.

Eskapismus[21] um sich greift. Trotz häufiger Protestbewegungen beobachtet man heutzutage ein wachsendes Ohnmachtsgefühl der Lähmung und Entmutigung: es herrscht der allgemeine Eindruck, dass sich insbesondere politische und soziale Makroprozesse ins Unentwirrbare, Unbeeinflussbare, Unkontrollierbare verschieben durch die Exklusivität der „Fürstenspiele" von hohen Entscheidungsträgern, von besitzenden, kapitalistischen und militaristischen, kriegerischen Eliten bis hin zu „jupiterhaften" Machthabern, deren Gewaltausübung sich gleich metaphysischen Maßgaben unangreifbar und vorherbestimmend auf menschliche Handlungsmöglichkeiten auswirkt.

Dies alles zeigt mir, warum sich unsere Alltagssprache, weil es sich bei dem Angriffskrieg Putins auf die wertebasierte, freiheitliche Ordnung des Westens in der Tat um einen politischen Einschnitt ersten Ranges handelte, mehr oder weniger unbedacht auf diesen nicht unvorbelasteten Terminus der „Zeitenwende" einließ. Rüdiger v. Fritsch setzte ihn publikumswirksam auf den Deckel seines 2022 erschienenen Buches „Zeitenwende", auch wenn er ihn *im* Buch nur ein einziges Mal übernahm und sachlicher von „neuer Zeit", „weltweiter Zäsur" und der notwendigen „fundamentalen Neuausrichtung" sprach, in welcher ab sofort „an einer nationalen Sicherheitsstrategie" gearbeitet werden müsste.[22] Bemerkenswert ist da immerhin, dass in der EKD-Denkschrift der Begriff der „Zeitenwende" nicht auftaucht. Am rechten Rand des Politspektrums wiederum erklärte man dagegen *in summa* den „Globalismus" als die eigentliche, fernsteuernde Zeitenwende[23]; sie habe den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine als zu erwartenden Gegenschlag ausgelöst. Dieser sei lediglich als Reaktion auf die „inhaltliche Zerstörung" der Begriffe „Tradition", „Natur", „Geschlecht", „Ehe", „Familie", „Kultur", „Volk" etc. zu verstehen.[24]

---

[21] S. in der Open-Access-Stellung meines Buches S. 1179 (unter Addenda et Corrigenda).

[22] Rüdiger v. FRITSCH, „Zeitenwende – Putins Krieg und die Folgen", Berlin, 2022, S. 135 f. 140 f. 142.

[23] S. das ganze Kapitel 4 „Zeitenwende – Die Weltordnung im Wandel" in: Maximilian KRAH, Politik von rechts – Ein Manifest, Steigra, 2023, S. 100-130; vgl. ebd., S. 64. 68 f. 100. 108 f. 114 f. 119. 125 ff.

[24] DERSELBE, Politik von rechts – Ein Manifest, ebd., S. 32 ff. 35 ff. 37. 40 ff. 53 f. 59.

Aber bedeutete der Angriffskrieg Putins im „Katastrophensturm der Geschichte" wahrhaftig schon eine echte „Zeit der *Wende*", die ihren Namen verdient, zumal dieser militärische Konflikt längst angebahnt sowie absehbar und eine stärkere Aufrüstung der NATO seit Donald Trumps erster Amtszeit angemahnt gewesen war? Mir wurde das pathetische Missverhältnis der Benennung „Zeitenwende" Anfang Februar 2023 klar, als ich an einem Treffen von Friedensaktivisten in Herford zum Thema „Zeitenwende" teilnahm. Dort hörte ich dem öffentlichen Vortrag einer „Vision" von Winfried Eisenberg[25] zu, die konkret und anschaulich zu machen versuchte, dass auf unserem Erdkreis voller kriegerischer Weltfrevel (im Oktober 2023 kam der Gaza-Krieg hinzu) eine wirkliche „Zeit der *Wende*" völlig anders aussähe als einfach ein weiteres Kapitel der konjunkturellen Entwicklung bewaffneter Auseinandersetzungen: Es müsste eine *Menschen-Wende* sein, welche den Katastrophenverlauf der Geschichte „gegen den Strich zu bürsten" verstünde[26], indem sie das seit Menschengedenken – ohnmächtig, schicksalsergeben, gezwungenermaßen auch in der „Kriegsertüchtigung" hingenommene – Hass- und Gewalt-Kontinuum aufzuheben imstande wäre: Eine *Menschen-Wende*, für die man sich auf die Bergpredigt Jesu als zeitlos gültigem, geistigem Leitbild berufen kann. Die „Vision" Eisenbergs erkannte ich als kontextgerechte Variation des „messianischen" Zukunftsbildes von Mi. 4,3, in welchem Menschen von keiner gleichsam von oben her gestifteten „Zeitenwende" überwältigt werden, sondern selbst die notwendige „Zeit der Wende" herbeiführen, indem sie aufgrund eigener Einsicht (hier in das Wort Gottes) ihre Waffen dadurch vernichten, dass sie ihre „Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln" machen.[27] In der „Vision" Eisenbergs heißt es:

66. 68. 76. 79. 82. 86. 88. 90 ff.

[25] Dr. med. Winfrid EISENBERG (geb. 1937, Wikipedia), Herford, 8. Februar 2023; die „Vision" zirkulierte im Papierformat und war zur Verbreitung bestimmt.

[26] Walter BENJAMIN, Über den Begriff der Geschichte, aaO., S. 697 (These VII).

[27] Hans-Walter WOLFF, Micha – Dodekapropheton 4, Biblischer Kommentar Altes Testament, Bd. XIV, 4, Neukirchen-Vluyn, 1982, S. 90 ff, insbes. S. 97.

„Die russischen und ukrainischen Generäle, des wechselseitigen Mordens ihrer Soldaten überdrüssig, beschließen, ihre Truppen blitzschnell in das Erdbebengebiet in der Türkei und in Syrien[28] *zu verlegen, um dort gemeinsam Verschüttete zu bergen und den Millionen vom Erdbeben betroffenen Mitmenschen umfassende Hilfe jedweder Art zu leisten. Alle Panzer werden während des Transportes zu Räumpanzern umgebaut, statt der Kanonen rüstet man sie mit Baggerschaufeln und Greifarmen aus. Gleichzeitig einigen sich die Generäle darauf, die Soldaten nach dem humanitären Einsatz nach Hause zu schicken. Die Politiker* […], *unfähig zum Frieden, stellt man einfach vor vollendete Tatsachen – sie müssen einsehen, dass der Krieg aus ist, weil keiner mehr hingeht. Der Massenmord ist beendet."*

Mich faszinierte an dieser „Vision", dass sie endlich Klarheit schaffte, wie eine *wirkliche* und menschen*freiheitliche* „Zeit der Wende" aussehen müsste. Diese käme nur als entschlossener Eingriff der subversiven, reinen und wahren Menschlichkeit (hier Humanität genannt) zustande, mit der man die aktuelle Notwendigkeit zu rechtserhaltender Kriegsgewalt unterliefe – also keine waffenstarrende Wende, verursacht durch die Einwirkung schicksalhaft wahrgenommener Machthaber, einer quasi „von oben her" lenkender, verhängnisstiftender „Zeitenwende"[29], sondern allein durch die freiheitlich frontenüberschreitende, politische *Menschen*-Wende durch Empathie und Imagination[30] in den Vor-Ort Krisen- und Kriegsgebieten von Schmutz, Not, Zerstörung, Wunden, Hunger, Gräueltaten, Qualen Unschuldiger, Todesängsten, Schmerzensschreien, Armut und Verelendung, Deportation, Seuchen, grausamen Foltern, Massakern und Völkermorden …

---

[28] 6. Februar 2023; registriert wurden 62.013 Tote und mehr als 125.000 Verletzte; der Sachschaden belief sich auf 118,8 Milliarden US-Dollar (Wikipedia).

[29] Es scheint, dass es schon in der Spätantike Widerstände gegen die mythologische Auffassung von Heils- und Unheilszeiten gab. Die Qabbalah betrachtete Zeit und Raum als bloße Existenzbereiche und qualifizierte diese so zur Basis der freiheitlichen geschichtlichen Selbstverantwortung des Menschen. Vgl. Karl Erich GRÖZINGER, Jüdisches Denken – Theologie / Philosophie / Mystik, Band II, Frankfurt / New York, 2005, S. 55 ff. 61. 126. 222 f. 231. 270 ff. 326. 353 f. 417. 676 f. 860.

[30] DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 56 ff; Lionell RUBINOFF, The Pornography of Power, Chicago, 1968, S. 183 ff. 200 ff. 206 ff (religiöse und prophetische Imagination).

Man stelle sich vor, eine solche „Vision" ginge heute als reale, faktenbasierte Pressemeldung um die Welt und würde an allen bestehenden Kriegsfronten über Milliarden von Handys und Smartphones verbreitet! Welche Ermutigung bedeutete das! Eine solche „Zeit der Wende", gewagt als „*Menschen*-Wende" – müsste sie nicht die Menschheit mitreißen? Machte sie nicht aller Welt klar, dass mit ihrer Idee überall Menschen, auch die harthörigsten, *anzusprechen* wären? Der polnische Dichter Tadeusz Różewicz tat genau das, als er 1950 schrieb:

„Ich spreche die Politiker an / die mich nicht lesen
die Bischöfe / die mich nicht lesen
die Generäle / die mich nicht lesen.
die sogenannten ‚einfachen Leute' / die mich nicht lesen
ich spreche alle an / die mich nicht lesen
nicht hören nicht kennen / nicht brauchen
Sie brauchen mich nicht / ich aber brauche sie."[31]

Wir *alle* brauchen sie …! Diese dringend nötige *Menschen*-Wende, die uns Winfried Eisenberg vor Augen führt, ist nun allerdings – wie Micha 4, 3 – nicht dagegen gefeit, als zu idealistisch[32], ebenso als Eskapismus-Fiktion, Utopie und als zu illusorisch kritisiert und abgewiesen zu werden. In seinem Drama „Der Teufel und der liebe Gott" hat Jean-Paul Sartre dann auch das grundsätzliche Scheitern-Müssen einer solchen Menschen-Wende geschildert.[33] Doch bedeutet das zwingend, auf *solche* „Visionen" verzichten zu müssen? Keines-

[31] Aus: Tadeusz RÓŻEWICZ, „*Żart patetyczny*" („Pathetischer Scherz"); zit. n. Eva STRITTMATTER, POESIE und andre Nebendinge, 4. Aufl., Berlin und Weimar, 1989, S. 39-45. Letzte Zeile nach dem polnischen Urtext ergänzt (*ale ja ich potrzebuję*); das Zitat und seine Interpretation bei STRITTMATTER, ebd., S. 43 f.

[32] Werner MITTENZWEI, (kritisches) Nachwort, in: Jean-Paul SARTRE, Dramen, Berlin und Weimar, 1967, S. 692; zum Sartre'schen Begriff der Freiheit des Einzelmenschen vgl. a. DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 713.

[33] Jean-Paul SARTRE zeigt am Beispiel Gœtzens in „Le Diable et le Bon Dieu", Paris, 1951, S. 227 ff (Acte III, Onzième tableau, Scène II) = DERS., Dramen, aaO., S. 361 ff (III, 11, 2) eindrücklich, wie „auf dieser Welt und zu dieser Zeit Gut und Böse verquickt („*inséparables*") sind" und „reine Liebe Unsinn („*niaiserie*") und nur das Gute zu wollen Torheit („*sottise*") sind"; vgl. a. Lionell RUBINOFF, The Pornography of Power, aaO., S. 11 ff.

wegs! Wie wichtig es ist, dass es derartige Phantasien gibt, dass sie gelesen, gehört und gekannt werden, dazu schrieb Hoimar von Ditfurth 1946 die bemerkenswerten Sätze:

> *„Nur die Phantasie wird die Menschheit vor dem Selbstmord bewahren können* […]. *Wir sind dabei, uns zu verlieren aus Mangel aus Vorstellungskraft* […]. *Laßt uns heute Phantasie gebrauchen, dann werden* [*den*] *entsetzensstarren Händen Logarithmentafeln, Parteiprogramme und Waffen entfallen. Wenn es nicht das Entsetzen ist, was uns aufhält in unserem mörderischen Tun, dann laßt alle Hoffnung fahren* […]. *Wenn wir aneinander umkommen werden, so sterben wir aus Mangel an Phantasie.*"[34]

Zwar lässt die Gefangenschaft in Aporien und in unlösbar erscheinenden ideologischen und politischen Gegnerschaften, in der Haftung von Zweckmäßigkeiten, von Wirtschafts- und Großmachtinteressen, aber auch in notwendigen Rettungs- und Hilfsmaßnahmen schwerlich noch Handlungsspielräume zu, so dass von Politikern, Bischöfen (die den Krieg vom 5. Gebot ausnehmen[35]), von Generälen, Machthabern aller Art, die in ihren Entscheidungen dem „Vorwalten" konjunktureller Entwicklungen (also ihrer „Zeiten") eher nachlaufen und dadurch dieses „Leiten des Oberen" eher festschreiben als aufzulösen trachten, in der Tat kaum etwas anderes erwartet werden kann als das, was sie schon immer gesagt, getan oder unterlassen haben, bis dahin, „Politik nach Steinzeitmethoden" zu betreiben.[36] Doch scheue ich mich da trotzdem nicht zu phantasieren: Eine wahrhaftige „Sternstunde der *Menschheit*", der Demonstration ethischer Freiheit, wäre angebrochen, wenn sich der Bischof von Rom, Papst Franziskus 2022 vor aller Weltöffentlichkeit mit einem Hubschrauber des Vatikans ins Stahlwerk des belagerten und zerbombten Mariupol hätte einfliegen lassen, um die sich solidarisierende

---

[34] Hoimar v. DITFURTH, Das Erbe des Neandertalers – Weltbild zwischen Wissenschaft und Glaube, Köln, 1992, S. 146. 148 f („Zwischen Wissen und Erleben – Sterben aus Mangel an Phantasie"); vgl. Lionell RUBINOFF, The Pornography of Power, aaO., S. 202 f. 208 ff.

[35] Vgl. o. Anmerkung 5; DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 200 ff. 321. 596 ff. 603 ff. 698.

[36] Hoimar v. DITFURTH, Das Erbe des Neandertalers, aaO., S. 148.

Empathie und Imagination seines Glaubens einzusetzen, um Verzweiflung in Optimismus zu verwandeln.[37]

Aber verlaufe ich mich hier nun nicht ebenso in ein „leeres Pathos"? Deswegen die Frage: Leuchteten denn jemals in der Weltgeschichte vergleichbare Tage und Pressemeldungen solcher *Menschen*-Wenden auf wie sie bei Micha 4,3 und in der Eisenberg'schen „Vision" einer „universalen politischen Ethik des Pazifismus" geschildert werden?[38] Ja, in der Tat! Ich erwähne in meinem Buch den „Weihnachtsfrieden" von 1914/1915, als die von der Gräuelpropaganda[39] in den Krieg gehetzten sog. „einfachen Menschen" des „wechselseitigen Mordens überdrüssig" wochenlang den Massenmord stoppten, die Kriegsbarbarei überwanden, sich von der ideologischen Deformation und dem aufgezwungenen Hass lossagten.[40] Die Idee, mitten im Krieg den Krieg zu überwinden und zu „verlernen" (Mi. 4,3), sprach sich überall herum – damals noch ganz ohne Handys! – und wirkte sich als ein Ereignis aus, das beiderseits der 750 km langen Westfront die Soldaten zu einer Massenbewegung mitriss.[41] Verbrüderungen wurden bereits November 1914 von der

---

[37] Lionell RUBINOFF, The Pornography of Power, aaO., S. 209 f.

[38] Vgl. EKD-DENKSCHRIFT „Welt in Unordnung …", aaO., Z. 17, S. 34.

[39] DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 204-251.

[40] Michael JÜRGS, Der kleine Frieden im Großen Krieg, Goldmann 15303, München, 2005, S. 41 ff. 99 ff. 185 ff. 251 ff; Heinrich RIEKER, „Nicht schießen, wir schießen auch nicht!" – Versöhnung von Kriegsgegnern im Niemandsland 1914-1918 und 1939-1945, Donat Verlag, Berlin, 2006, S. 41 ff. 59 ff. 81 ff. 87 ff. 98 ff. 147 ff u. ö.; Helmut DONAT, Weihnachten und der Widersinn des Krieges, in: Peter BÜRGER (Hg.), Die Minderheit der christlichen Botschafter im Ersten Weltkrieg – Ein Lesebuch, kirche & weltkrieg, Bd. 3, BoD, Norderstedt, 2021, S. 322-324; Michael SCHOBER, „Der Weihnachtsfriede hatte es gemacht" – Die Waffenruhen 1914 an der Westfront als ein Beispiel für die Unterbrechung von Gewalt, in: Peter BÜRGER (Hg.), Die Minderheit der christlichen Botschafter im Ersten Weltkrieg, aaO., S. 325-329; Thorsten OTTMER, „We not shoot, you not shoot!", in: Annette GROSSBONGARDT / Uwe KLUSSMANN / Joachim MOHR (Hg.), Der Erste Weltkrieg – Die Geschichte einer Katastrophe, DVA, München, 2024, S. 112 f; s.a. Christian CARION, „Merry Christmas" – Weihnachten 1914 an der Westfront, DVD (111 Minuten), Universum Film GmbH, München, 2006; DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 234. 282 f. 922 f.

[41] Heinrich RIEKER, „Nicht schießen, wir schießen auch nicht!", aaO., S. 75 ff u. ö.; so sollen allein an der britisch-deutschen Front etwa drei Viertel der Mannschaften am Weihnachtsfrieden beteiligt gewesen sein; Michael SCHOBER, „Der Weihnachtsfriede hatte es gemacht", aaO., S. 327 f.

gesamten Westfront gemeldet; an einigen Abschnitten, wie etwa im belgisch-französischen-deutschen Grenzgebiet bei Ploegsteert, hielt die „weihnachtliche" Waffenruhe dann sogar bis in den März 1915 hinein an.[42] Diese „*Menschen*-Wende" führte zu einer wahrhaftigen „Zeit der *Wende*": die Soldaten meuterten, sie fraternisierten, tauschten Zigaretten, veranstalteten gemeinsame Picknicks, Fußballspiele und Bestattungsgottesdienste, sie warfen sich statt Handgranaten über die Drahtverhaue hinweg Päckchen mit Wurst oder Schokolade zu. Sie wagten mitten im Krieg das, was letztlich das Ziel aller Friedensbestrebungen sein muss: In ihrer Menschen-Wende setzten sie durch und rechtfertigten ethisch den Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts, auch wenn sie ahnen mussten, dass ihrer subversiven Menschlichkeit gewaltverzichtender Frontenüberschreitung das Kriegsgericht drohte.[43]

Kein leeres Pathos also, weil *keine* Utopie? Ich kann nicht sagen, ob dieser mein Überzeugungsversuch „*Zeitenwende? – oder Menschenwende?*" glücken und etwas bewegen kann. Doch auch im heutigen Kontext der für ausweglos gehaltenen Eskalationen – in Bezug auf nukleare Abschreckung, hybride Kriegsführung, Terrorismus, KI-unterstützte Waffentechnik bis hin zur Kriegsführung im Weltraum[44] – halte ich es trotzdem für unentbehrlich, dass solche nicht bloß völlig frei phantasierten oder prophezeiten, sondern von realer, faktenbasierter Immanenz her abgeleiteten Visionen der hier dokumentierten „*Menschen*-Wende" nicht in Vergessenheit geraten. Ihre Beispiele, auch besiegter, verlachter und vergessener *Möglichkeiten* menschlichen Daseins, sind „im dialektischen Stillstand festzuhalten".[45] Ihre Visionen des sichtbar gewordenen Aufbrechens des Geschichtskontinuums von Hass und Krieg dürfen nicht aufgegeben, sondern müssen angehört, gelesen und gekannt werden. Und warum jetzt nicht auch in den *social medias* beiderseits der russisch-ukrainischen Fronten? Landauf landab müssen sie – „historisch mani-

[42] Heinrich RIEKER, „Nicht schießen, wir schießen auch nicht!", aaO., S. 62. 85.
[43] Vgl. DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 32. 282 f; desgleichen auch 1939-1945; vgl. Heinrich RIEKER, „Nicht schießen, wir schießen auch nicht", aaO., S. 10-39.
[44] EKD-DENKSCHRIFT *„Welt in Unordnung …"*, aaO., Z. 87ff, S. 81ff; Z. 96ff, S. 86 ff.
[45] Walter BENJAMIN, Über den Begriff der Geschichte, aaO., S. 701 ff (Thesen XV-XVII).

feste Funken vom Brand des Ideals" – sich in den Gebrauch der öffentlichen Sprache und im kollektiven Wissen (wie das andererseits auch den vielen verderblichen Jargons gelungen ist) einschärfen, um möglichst viele Menschen durch richtige, hilfreiche Benennung dessen, was wahre und reine Menschlichkeit sein und bewirken kann, mitreißen und im Innersten ihres Wesens verwandeln zu können.

Nicht erst 1940, sondern bereits 1915[46], also nicht eben zufällig mitten in zwei Weltkriegen, lag Walter Benjamin daran, den lähmenden, entmutigenden eschatologischen Vorbehalt des deutschen Idealismus und damit auch der christlich-theologischen Dogmatik teilweise aufzuheben, um damit die *nicht utopische* „schwache messianische" Kraft, die dem *irdisch*-menschlichen Handeln mitgegeben sei, zu ermutigen.[47] Einer solchen Menschen-Wende wie dem Weihnachtsfrieden von 1914/1915, die wir nun nach Walter Benjamin einen „in den Katastrophensturm der Geschichte eingesprengten messianischen Splitter" der zur Gänze erst noch erwarteten eschatologischen Weltvollendung nennen können[48], gilt es als einem Gut nachzujagen[49], das gar nicht „*höher* ist als alle Vernunft"![50] Der geschichtlich bezeugten Möglichkeit eines solchen Durchbruchs subversiver, wahrer und reiner Menschlichkeit müssen wir in Worten und Taten nacheifern, trotz aller – auch großkirchlichen[51] – Zweifel an der immanenten Überwindbarkeit des Krieges. Mit dem eschatologischen Vorbehalt ist für mich die Legitimität einer freiheitlichen

---

[46] DERS., *Das Leben der Studenten*, in: Gesammelte Schriften II, 1 (suhrkamp-werkausgabe, Bd. 4), aaO., S. 75; DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 747 f.

[47] Wenn Walter BENJAMIN fordert, dass sich selbst das materialistische Geschichtsverständnis der Metaphysik nicht verschließen dürfe und dass die Geschichte eben „nicht grundsätzlich atheologisch" zu *begreifen* sei, so wenig wir sie in theologischen Begriffen zu *schreiben* versuchen dürfen" (Hervorhebung von mir), so deutet er sie aktivistisch in dem Sinn um, dass jeder Generation eine „schwache messianische Kraft mitgegeben ist, in welcher unveräußerlich die Erlösung mitschwingt." DERS., Gesammelte Schriften, Bd. I, 3 (werkausgabe Bd. 3), aaO., S. 1235; DERS., Über den Begriff der Geschichte, aaO., These II, III, IX, S. 693 f. 697 f; DOBBERAHN, Deutsche Theologie, Bd. I, aaO., S. 749 f.

[48] Walter BENJAMIN, Über den Begriff der Geschichte, aaO., S. 693 f (Thesen II-III und Anhang A).

[49] Vgl. Ps. 34, 15; Phil. 3, 12 ff; 1. Thess. 5, 15; 1. Petr. 3, 8 ff; Hebr. 12, 14 f.

[50] Vgl. EKD-DENKSCHRIFT *Welt in Unordnung …*, aaO., Z. 193, S. 146; vgl. Phil. 4,7.

[51] EKD-DENKSCHRIFT „Welt in Unordnung …", aaO., Z. 48, S. 56; Z. 151, S. 118; Z. 183, S. 142 f; Z. 187, S. 144.

„universalen politischen Ethik des Pazifismus kategorischen Gewaltverzichts" nicht generell zu entmutigen, zu lähmen und „abzufertigen".[52]

Jean-Paul Sartre lässt Jupiter, den „Gott der Fliegen und des Todes", sagen: „Das schmerzliche Geheimnis der Götter und Könige ist, daß nämlich die Menschen frei sind. Sie sind frei […] und sie wissen es nicht."[53] Diese Freiheit gilt auch gegenüber den von der theologischen Dogmatik und ebenso gegenüber den von der Kriegstheologie festgelegten Grenzen. Es geht darum, alle genau das – auch beiderseits sämtlicher Kriegsfronten – wissen zu lassen (vgl. Joh. 8, 36). Für alle diejenigen, die auch mich „nicht lesen, nicht hören, nicht kennen, nicht brauchen", lasse ich deshalb mein Buch mit all' den von mir zitierten Anti-Kriegs-Stimmen aus dem Kontinuum von 1914-1945 in den *Open Access* stellen. Ich spreche sie alle an, Politiker, Kirchenleute, Generäle, Menschen, Leute wie Du und ich, in der Hoffnung, dass die in meinem Buch demaskierten, den Krieg verheiligenden Ideologien, sowie die skrupellosen polittheologischen Verfälschungen und übrigen Verführungstaktiken ebenso zum Nach- und Umdenken anregen wie die Chöre universalen Friedensstrebens, die uns, um mit Walter Benjamin zu sprechen, mit ihrem Vertrauen auf die „messianische" Friedenskraft menschlicher Handlungen mitreißen wollen in die uns geschichtlich vorgelebte nötige Phantasie, erwiesene Freiheit und „*Menschen*-Wende".

Südheide, am 13.10.2025,
dem Tag der Einstellung des Massenmords,
des Waffenstillstands im Gaza-Krieg
und der Freilassung von Geiseln und Gefangenen …

Adaptation mit Blick auf die EKD-Denkschrift: Südheide, 21.12.2025.

---

[52] Walter BENJAMIN, Über den Begriff der Geschichte, aaO., S. 694 (These II).

[53] Jean-Paul SARTRE, Dramen, aaO., S. 57.696; DERS., *Les mouches* – Drame en trois actes, ed. by F. C. St. Aubyn and Robert G. Marshall, New York, 1963, S. 86: „Jupiter [Le Dieu des mouches et de la mort]: *Le secret douloureux des Dieux et des rois: c'est que les hommes sont libres. Ils sont libres […] et ils ne le savent pas*." (II, 2, 5). Jürgen HENGELBROCK, Jean-Paul Sartre – Freiheit als Notwendigkeit, Einführung in das philosophische Werk, Alber Kolleg Philosophie, Freiburg / München, 1989, S. 18. 78 f.

Zum Verfasser | Friedrich Erich Dobberahn, geb. 28.03.1950 in Düsseldorf, ist promovierter Orientalist (Dr. phil.) und Theologe (Dr. theol.). Er amtierte 1983-1985 und 1993-1997 als ev. Gemeindepfarrer in Wuppertal. 1985-1993 lehrte er als Professor Catedrático für Altes Testament und Semitische Sprachen an der staatlich anerkannten Escola Superior de Teologia in São Leopoldo-RS, Brasilien, und hatte von 1997-2015 auch in Deutschland an verschiedenen Hochschulen Dozenturen für Altes Testament, Islamkunde und Allgemeine Religionswissenschaft inne. 2002-2006 war er ordentliches Mitglied der Theologischen Kammer der EKD-Gliedkirche Braunschweig und war an der Abfassung mehrerer Gutachten für die Landessynode maßgeblich beteiligt. Im Bologna-Verbund gehörte er 2002-2006 als Recognized Lecturer der University of Birmingham-UK und der Misjonshøgskolen in Stavanger-NO an. Er gab 1997 das Maṣḥafa Genzat der äthiopischen Nationalliturgie heraus (Text, Übersetzung und Kommentar, in: Pietas Liturgica 9/10, herausgegeben von Hansjakob Becker / Hermann Ühlein, EOS-Verlag, Erzabtei St. Ottilien) und publizierte ab 1986 in Deutsch, Englisch, Portugiesisch und Spanisch zahlreiche Aufsätze zu seinen Forschungsgebieten (Themen der lateinamerikanischen Befreiungstheologie, der Soziologie des Alten Testaments, sowie des Islamismus und der „Saarbrückener Schule"). 2021 veröffentlichte er bei Vandenhoeck & Ruprecht / deGruyter-Brill sein Buch „Deutsche Theologie im Dienste der Kriegspropaganda – Umdeutung von Bibel, Gesangbuch und Liturgie 1914-1918", das bereits 2023 in zweiter Auflage erschienen ist. [Zugang Open access: https://www.vr-elibrary.de/doi/book/10.13109/9783666565243 | 21.01.2026]. In der Reihe „Kirche und Weltkrieg", Bd. 15, hg. v. Peter Bürger, liegt von ihm vor: „*Kontroverse um ein Anti-Kriegs-Buch* – Die Sprachverbrechen der Theologie 1914-1918 und die klerikale Sackgasse einer Rezension", 2023 (ISBN-13: 9783757889296).



EKD – Auf dem Weg zur Militärkirche?

Stellungnahme zur EKD-Denkschrift ‚Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Leipzig, 2. korr. Auflage 2025.'

Von Matthias-W. Engelke

Die Kirche lebt aus der Differenz zwischen dem Frieden Gottes und der Vernunft. Gibt sie eines von beiden auf, hat die Kirche der Welt nichts zu sagen, was diese nicht sich selbst sagen könnte, oder sie verliert die Möglichkeit verstanden zu werden. Erst dort, wo die Spannung zwischen dem Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft (Phil 4, 7) in der Auseinandersetzung mit der Vernunft thematisiert wird, kommt Kirche zu ihrer Sache.

Es ist die gleiche Differenz, die sich auftut zwischen dem angebrochenen Reich Gottes, das Jesus verkündete, und der Vollendung dieses Reiches durch ihn, was die Christenheit seit ihren Anfängen glaubt. Wird eine der beiden Seiten aufgegeben, passt sich Kirche der Welt an oder verwandelt sich in eine rein geistig-geistliche Gesellschaft.

Als Christenheit bekennt sie die Differenz zwischen Gott und Christus. Bekennt sie nicht mehr die Nähe zwischen Gott und Jesus, dem Juden aus Nazareth, verliert sie ihr Proprium, neu und anders von Gott zu reden und zu leben; spricht sie nicht mehr von Gott, kann sie sich nicht mehr an die Menschheit wenden. Ihre faktische Verfassung wird zum eigenen Horizont.

In der neuen Denkschrift zum Frieden des Rates der Evangelischen Kirche von Deutschland finden sich Teile, in denen diese drei Differenzen aufgegeben werden. Diese Schrift trägt damit dazu bei, auf eine äußerst gefährliche Art und Weise Kirche in ihrem Kirchesein auszuhöhlen und gefährdet sie auf eine bislang nicht erlebte Art und Weise.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem offen davon gesprochen wird, dass sich Europa auf einen Krieg gegen Russland vorbereiten muss und zu Weihnachten Tischdecken verkauft werden, mit Sternen und Panzern, wie zur Zeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges (in Düsseldorf gesehen, Peter Bürger). Täglich werden in der Ukraine Menschen für die Erhaltung von Staatsgrenzen geopfert und russischen Gegnern das Recht auf Leben abgesprochen.

1. |

Es entspricht tatsächlich der Logik des vorausgesetzten Konzeptes des „Gerechten Friedens", dem Schutz vor Gewalt die Priorität vor dem Schutz vor Not, Ermöglichung von Freiheit und Pluralität zu geben (S. 18 u. ö.) Diese Logik stellt vernunftgemäß fest, dass ein Staat in der Lage sein muss solchen Schutz vor Gewalt in einer Bedrohung von außen an seinen Staatsgrenzen abzuwehren.

Die Autorinnen und Autoren dieser Denkschrift haben die Grenzen des Staates zu den Grenzen ihres Denkens gemacht. Insofern ist es folgerichtig, dass die Verweigerung des Kriegsdienstes nicht das „deutlichere Zeichen" ist (Nr. 169, 177). Dass dies Bekenntnis seinerzeit nur in einer Diktatur (Nr. 177) Geltung gehabt habe, ist eine unzulässige Kontextualisierung. Die Kirchen der DDR haben dies christliches Bekenntnis wohl aus ihrer Situation heraus, aber nicht an sie gebunden ausgesprochen.

Das Völkerrecht erlaubt Nationalstaaten unter bestimmten Umständen das Recht auf Leben uniformierten Angehörigen eines verfeindeten Staats abzuerkennen. Doch erlaubt bereits Grundgesetz Art. 1 dem Staat weder die Einschränkung des Rechts auf Leben für eigene Soldaten noch verfeindeten Soldaten gegenüber, wie der Offizier Ralph Knauf (www.versoehnungsbund.de) schlüssig nachgewiesen hat.

Innerhalb der Grenzen des Nationalstaates erscheint die Drohung und Anwendung von Atomwaffen wieder plausibel (Nr. 145).

Doch der Friede Gottes lässt die Vernunft weiter blicken: Die Grenzen eines Staates sind nicht die Grenzen der Kirche. Sie verkörpert den Auferstandenen Christus und feiert in ihrer Mitte den Sieg Jesu über den Tod. Sie ist die Gemeinschaft der Heiligen, die zugleich die Menschheit vor Gott vertritt. Ihre Grenzen sind dort, wo ihre Botschaft nicht gehört werden will und Christen sich ohne

Gefährdung des eigenen Lebens sich nicht öffentlich zu Christus bekennen können. Nationalgrenzen spielen für den christlichen Glauben keine Rolle.

Gottes Gerechtigkeit hat in Christus das „Ja" aufgerichtet gegenüber allen Menschen, 2 Kor 1,19, seine Barmherzigkeit gilt allen Menschen, Lk 6,36. Christen stehen dafür ein, diese uneingeschränkte Würde jedes Menschen zu bezeugen.

Der Schutz Schutzloser kann für Christen nicht anderes erfolgen als diesem Bekenntnis gemäß. Atomwaffen verlästern den christlichen Glauben in allen drei Artikeln. Sie sind ein Verbrechen gegenüber der Menschheit (Papst Franzikus, EKiR Alt-Präses Rekowski).

2. |

Der Friede, der höher ist als alle Vernunft, ist keine zukünftige Möglichkeit (Nr. 193), er ist „höher" und nicht „später" als alle Vernunft. Er ist durch Christus unfassbar seiner Gemeinde gegeben, dies in aller Unvollkommenheit zu leben. Sie lebt ihn, indem sie u. a. Feindesliebe übt und Barmherzigkeit besonders gegenüber Bedürftigen einübt. Dazu gehört auch der Feind. Den Befürwortern von Waffenlieferungen und Krieg fehlt es offenbar, wie Karl Kraus notierte, an der nötigen Phantasie, sich vorzustellen, was eine Waffe für Unheil anrichten kann.

Menschen, die durch Waffengewalt bedroht werden, durch Waffengewalt schützen zu wollen, führt in einen Selbstwiderspruch: Schließlich, wird – selbst wenn alle Regeln des Völkerrecht eingehalten werden und sich die militärische Gewalt nur gegen Kombattanten und nicht gegen Zivilisten richtet – der als Angreifer ausgemachte Soldat bedroht. Dies würde einer dritten Partei das Recht geben, nun zu seinem Schutz einzugreifen, ad infinitum – dies Unterfangen ist also unvernünftig.

Die Auffassung, „dass jeder Einsatz von Gewalt und insbesondere jedes Töten eines anderen Menschen die sorgsame ethische Prüfung vor dem eigenen Gewissen erfordert" (Nr. 170; vgl. 77) zeugt von einem realitätsfernen Idealismus. Im Alltag des Soldaten zählt die Routine. Wenn eine Panzerhaubitze 2000 zehn Schuss Artilleriemunition im Minutentakt verschießt, wird dies gewiss nicht bei jedem einzelnen Schuss geprüft. Ist erst einmal ein Kamerad in einem Gefecht ums Leben gekommen, entwickelt der Krieg seine

Eigengesetzlichkeit: Der Kamerad darf nicht „umsonst“ gestorben sein. D. h. der Krieg verselbständigt sich.

Die Friedensfrage auf eine individuelle Entscheidung reduzieren zu wollen, ob zur Waffe zu greifen ist oder nicht (Nr. 156 u. ö.), ist eine Verengung der Thematik.

Es geht viel weniger um eine individuelle Reaktion auf Bedrohung des Lebens durch Waffengewalt, sondern um organisiertes staatliches Handeln. Dabei schränkt die Friedensschrift die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen de facto dort wieder ein, wo sie rechtfertigt, dass Staaten Menschen zu Zwangsdiensten verpflichten können (Nr. 163, 167ff, bes. 169).

Die Denkschrift verteidigt das Recht des Staates, von seinen Bürgern zu verlangen, ihr eigenes Leben zu gefährden und sie in eine Lage zu versetzen, in der sie das Tötungstabu der Gesellschaft missachten sollen (Nr. 159, 49). Sie passt sich damit dem Staat an (anders Paulus in Röm 12, 2). Nach Gen 22 (Bindung Isaaks) widerspricht es der Gerechtigkeit Gottes, jemals einen Menschen zu opfern.

3. |

Dass Gott zur Umkehr aufruft, findet sich in der Denkschrift nicht. Es wird nicht bedacht, wieviel Unrecht und Leid eine Kirche sich aufgehalst hat, indem sie die in Stich gelassen hat und im Stich lässt, die sich für das Friedenszeugnis Jesu – wo auch immer in der Welt – ohne Waffen in der Hand eingesetzt haben und einsetzen, die sich einen bewaffneten Jesus schlicht nicht vorstellen können.

Spricht die Denkschrift von Christus, folgen eine der wenigen Sätze, durch die hindurch nachvollziehbar wird, dass die Kirche doch etwas der Welt zu sagen hat, z. B. Nr. 123: „Die Erinnerung an Jesus Christus als den ‚neuen Menschen‘, in dessen Handeln das Reich Gottes bereits aufscheint, ruft die, die sich in seine Nachfolge stellen, dazu auf, sich aktiv für gerechte Lebensbedingungen aller Menschen einzusetzen.“

Gott aber ist nicht die Erfüllung und Gehilfe unserer Ansichten (vgl. Nr. 5, 48, 178). Christus befreit zur Umkehr, der Barmherzigkeit zu vertrauen und nicht der Gewalt.

FAZIT: Die Theorie des „Gerechten Friedens“ entpuppt sich in dieser vom Rat der EKD vorgestellten Gestalt als kriegstreiberisch, der

Aufrüstung verpflichtet und unvereinbar mit dem Evangelium. Sein – vom Rat der EKD unternommener – Versuch, die Staatsnähe mit dem Evangelium zu verbinden, muss als gescheitert angesehen werden, das Evangelium wurde für die Staatsnähe geopfert („Vor diesem Hintergrund eines an Recht und Ethik gebundenen Dienstes in den Streitkräften ist der Einschätzung zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe das deutlichere Zeichen des Christseins darstelle." Nr. 177). Zeigt sich hier die EKD auf dem Weg zur Militärkirche? Eine christliche Friedenstheologie ist aufgerufen aufzuzeigen, worin stattdessen die Möglichkeiten liegen, die einer Kirche und der christlichen Gemeinde gut zu Gesicht stehen.

Da dies gegenwärtig weder vom Rat der EKD noch von seinen Gliedkirchen zu erwarten ist, wird es wohl nötig sein, Christinnen und Christen und Gemeinden zu einem Konvent zusammen zu rufen, der in einer Art Barmer Theologischen Bekenntnisses 2.0 die Überlegenheit des Friedens Gottes über alle Vernunft bezeugt und bereit ist sich in die Spannung zwischen der Welt und Christus zu begeben.

Köln-Merkenich, den 29. Dezember 2025.

Über den Verfasser | Pfarrer i. R. Dr. Matthias-W. Engelke, verheiratet, Vater, Großvater, Verfasser von „Zelt der Friedensmacher. Die christliche Gemeinde in Friedensethik und Friedenstheologie" (2019) und „Das Minutenbuch" (2020), Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund, IFOR und im deutschen Zweig, von 2010-2016 als Vorsitzender, sowie im Ökumenischen Institut für Friedenstheologie/ Ecumenical Institute of Peace Theology. Friedenspoltisch aktiv für eine atomwaffenfreie Welt, vgl. im Internet:
http://fastenkampagne.blogspot.com
https://independent.academia.edu/MatthiasWEngelke |
https://www.ausgotteskraeutergarten.de/

Verbrenner und Stromer – „Congrega in unum“ (führe zusammen)

Von Egon Spiegel[1]

Im November 2025 haben auch die evangelischen Christen in Deutschland ihr neues Friedenswort erhalten, als Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“. Die katholischen Christen in Deutschland durften sich schon früher (Februar 2024) des Erhalts eines solchen rühmen, als Friedenswort der Deutschen Bischöfe mit dem Titel „Friede diesem Haus“. Von Papst Leo XIV. liegt mittlerweile die Botschaft zum Weltfriedenstag 2026 vor. Im Folgenden werden die Dokumente einzeln und im Vergleich kritisch gewürdigt.

Wen es danach drängt, den etwas kryptisch anmutenden, aus meiner Sicht dennoch zutreffenden Titel des vorliegenden Beitrages aufgelöst zu bekommen, und bereit ist, sich dafür die Lektüre der beiden folgenden Kapitel zu ersparen, der sei auf das vierte Kapitel verwiesen. Spätestens dann erklärt er sich.

1. Was den beiden Dokumenten – Denkschrift der EKD und Friedenswort der deutschen Bischöfe – gemeinsam ist

Bevor die beiden Stellungnahmen, jede für sich, kommentiert werden sollen, drängt sich die Wahrnehmung wesentlicher, auffallender Gemeinsamkeiten auf. Diese sind im Großen und Ganzen dermaßen frappierend, dass dieses den Kritiker dahingehend verunsichern könnte, an der auffallend gemeinsamen Argumentationslinie bzw. den kongruenten Argumentationsmustern auf jeden Fall „etwas dran sein muss“. Gemeinsamkeiten in Inhalt und Form könnten sich allerdings auch systemisch erklären: aus der mit der Existenz

[1] Originalbeitrag für den vorliegenden Sammelband (Januar 2026).

als Großkirche verbundenen Grundausrichtung, d. h. einer starken Verwandtschaft der Systeme (Thron und Altar), hier konkret mit dem politischen System, einer vermeintlichen Verpflichtung gegenüber der angenommenen Mehrheit der Gläubigen sowie konservativer persönlicher Einstellungen der Repräsentanten/innen und – nicht zuletzt – einer beachtlichen Definitionsmacht. Gemeinsam sind beiden Verlautbarungen im Kern: ein bibeltheologisches Wegducken vor dem unmissverständlichen Gewaltverzichtspostulat Jesu und, ebenso gravierend und damit einhergehend, das gezielte Ausblenden von Theorie und Praxis gewaltfreien Konfliktlösungshandelns.

Hofschreiberei. | Beiden ist gemeinsam, dass sie explizit vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zu verstehen sind und sich in ihrer wortreichen Positionierung durchweg dem politischen Mainstream andienen. Auch wenn beide Dokumente in einem kirchlichen Ambiente durch ein von ihrer Kirche ausgewähltes Team verfasst und von den Oberen sanktioniert wurden, hätten diese bis in die Details der Ausführungen ebenso gut im Verteidigungsministerium – vielleicht noch mit dem Segen des jeweiligen Militärbischofsamtes – abgefasst worden sein können. Auch dort wird ethisch abgewogen, aber auch nicht mehr, und am Ende das Eintreten in einen Krieg nicht ausgeschlossen und deshalb vorbereitet. Was hier die Repräsentanten/innen ihrer Kirche bieten, geht nicht über das hinaus, was auch von den „Heiden" erwartet werden darf (Mt 5,47).

Ethisches Herumeiern. | Dass beide Stellungnahmen nicht mehr sind als „Hofschreiberei", müsste keine Empörung auslösen, wenn ihnen nicht der Anspruch inhärent wäre, auf friedensethische Herausforderungen aus einer privilegierten religiösen Perspektive antworten zu können. Wenn sie dieses dann allerdings nur täten und dabei das Besondere dieser Perspektive – nämlich die allzu naheliegende jesuanische – zum Ausdruck käme! Stattdessen rekurrieren beide Texte im Großen und Ganzen nur implizit und äußerst selektiv auf biblische Texte, um ihnen im nächsten Moment die ethische Verbindlichkeit abzusprechen. Nur bei extrem wohlwollender Interpretation könnte hinter diesem die vorsorgliche Abwehr von Biblizismus vermutet werden. Tatsächlich umschiffen beide Stellungnahmen eine umfassende biblisch fundierte Auseinandersetzung

mit dem Gewaltverzicht Jesu – weil sie wissen, dass sie mit keinem ethischen Winkelzug aus einer solchen noch überzeugend werden ausbrechen können. Beide Dokumente fürchten die direkte ethische Konfrontation mit dem prinzipiellen Gewaltverzicht Jesu auf der Basis der biblischen Zeugnisse.

Firnis. | Beiden Papieren eignet dasselbe Argumentationsmuster. Dass den Autorinnen und Autoren das ferne, unmissverständliche jesuanische Gewaltverzichtspostulat im Nacken sitzt, können die Ausführungen nicht leugnen. Sie sind durchweg defensiv geprägt und versuchen sich vom Anspruch Jesu wegzustehlen, indem sie sich von diesem mit dem Argument lösen, dass es – mit Blick auf sowohl die aktuelle Situation und ihre besonderen Herausforderungen als auch den sündigen Menschen in einer erlösungsbedürftigen Welt – einer friedensethischen Neuorientierung bedürfe. Befreit von der pazifistischen Enge originärer jesuanischer Friedensethik sind die Autorenteams bereit, gängiges militärpolitisches bzw. -strategisches Denken und Handeln nicht nur salonfähig zu machen, sondern diese – wie sich die Zusammenhänge und Abläufe doch wiederholen – auch noch mit religiösem Firnis zu überziehen, wenn nicht sogar religiös zu überhöhen. Die Geschichte wird hier einmal das letzte Wort haben.

Exklusion. | Sowohl das katholische Friedenswort als auch die evangelische Denkschrift betonen, dass sie sich als Grundlage verstehen für eine Gewissensentscheidung im „Für und Wider" militärischer Gewaltanwendung. Beiden laden – zynische Lippenbekenntnisse – ein zum Dialog. Beide Papiere positionieren sich von der ersten bis zur letzten Zeile unmissverständlich im Sinne eines „Für", wenn auch – Old School mäßig – unter Rückgriff auf die klassische „Lehre vom gerechten Krieg", und orientieren die Leser/innen einseitig. Pazifistische Einwände werden in Kürze und so referiert, dass sie im Hinblick auf Verantwortung für das Gemeinwesen als unrealistisch zurückgewiesen werden können. Pazifismus ist bestenfalls eine individuelle Angelegenheit. Von der Formulierung der Dokumente sind Repräsentanten/innen des pazifistischen Lagers ausgeschlossen – so viel zum Dialog. Nun würdigt die Geschichte vom Widerstand im Dritten Reich oft weniger die Politik der Großkirchen als die Aktivitäten von Individuen. Wir werden auch dieses Mal sehen.

R2P. | Im Zentrum beider Dokumente steht das Recht auf Selbstverteidigung und der Schutz vor Gewalt. Dabei wird die Befähigung und Bereitschaft, sich als gesellschaftliches oder nationales Kollektiv selbst zu verteidigen und gegen Gewalt von außen zu schützen, exklusiv vom Militär (zivile Verteidigungsmaßnahmen eingeschlossen) erwartet. Hier zeigt sich, dass die Macht der Gewaltfreiheit nicht auch nur ansatzweise verstanden und als realistische, durchaus einzuübende Alternative erwogen wird. Wer über auch nur rudimentäre Kenntnisse der Gewaltfreien Aktion verfügt, der würde in der Frage nach R2P (Responsibility to Protect) nicht nur nicht über Praxis, Prinzipien und Perspektiven aktiven gewaltfreien Handelns hinweggehen, sondern diese an der Formulierung von kirchlichen Verlautbarungen fifty-fifty partizipieren lassen. Wer sie hingegen als ernstzunehmende Alternative unterschlägt, ist nicht wirklich an einer Konfliktlösung interessiert.

Ultima ratio. | Wann endlich wollen wir aus dem Kreislauf militärischen Gewalthandelns herauskommen, wenn nicht jetzt, unter den wegweisenden Bedingungen der Globalisierung? Stattdessen lassen wir es zu, dass die Altvorderen, die Ewiggestrigen einmal mehr die Geschichte nach denselben, einfallslosen Prinzipien bestimmen, die uns immer wieder in die Katastrophe geführt haben. Als Kriterium, das für einen gerechten Krieg sprechen soll, dient vor allem das der „ultima ratio", das der militärischen Gewalt als letztem Mittel. Es wird in beiden Papieren in Anschlag gebracht, ohne zu bedenken, dass es in einem zwischenstaatlichen Konflikt – mit Blick auf das endlose Spektrum gewaltfreien Handelns – den Fall einer „ultima ratio" niemals geben kann. Selbstverständlich reden wir, wenn wir an letzte Mittel denken, nicht einfallslos nur von Verhandlungen und Diplomatie.

Retrospektive. | Wenn ein Krieg beendet ist, dann gewichten (Kirchen-)Historiker die Stellungnahmen, die, bevor der Krieg begann (im Vorkrieg) und während er wütete, von mehr oder weniger einflussreichen Personen und Gruppen des öffentlichen, gesellschaftlichen Lebens abgegeben wurden. Was den Zweiten Weltkrieg betrifft, kann man sich im Nachhinein eine deutliche Positionierung der Kirchen gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus, Holocaust und Krieg vorstellen. Das späte Studium der verfügbaren Dokumente lässt nichts durchgehen. Die Kirchen kommen dabei aus

nachvollziehbaren Gründen nicht gut weg. Ganz anders Individuen, die nicht selten das taten, was man von den Großkirchen erwartet hätte, und dabei noch mit dem Widerspruch von Repräsentanten ihrer Kirche rechnen mussten. Stellen wir uns vor, wie die Stellungnahmen der EKD und der deutschen Bischöfe im Nachhinein einmal beurteilt werden.

Kairos. | Noch wissen wir nicht, was uns die „Welt in Unordnung" noch alles bescheren wird. Macht es da Sinn, Ethik – wie das Eichhörnchen, das von Ast zu Ast springt – aus immer neuem Anlass nachzujustieren und dabei Gegengewalt und auch präventive Gewalt – mit Verweis auf immer neue aktuelle Entwicklungen – immer wieder neu zu rechtfertigen? Gerade eben hat die Trump-Regierung – Völkerrecht hin und Völkerrecht her – Venezuela angegriffen. Wenn man dem Genre des Westernfilms eines abgewinnen kann, dann die immer wiederkehrende Beschreibung von Clans, die sich – auf dem Weg nach Westen und in den Süden – in ihrem Landraub bestenfalls durch konkurrierende Clans einschränken lassen und dort, wo das Gesetz der Staaten noch nicht greift, erklären, dass sie selbst das Gesetz sind. Wird bald Grönland das Ziel imperialer Politik sein, oder Estland, Lettland, Litauen? Neue Friedensworte und Denkschriften müssen her! Ist es dagegen nicht an der Zeit, endlich, generell und prinzipiell aus der Spirale des Gewaltdenkens und Gewalthandelns auszusteigen und dabei vertrauensvoll anzuknüpfen an das, was uns die Prediger/innen von den Kanzeln, die Lehrer/innen in der Schule, die Dozenten/innen im Studium und im Referendariat, die Pfarrer/innen in der Katechese vom Nazarener wissen lassen: die Bereitschaft Jesu zum Gewaltverzicht bis zum Tod am Kreuz?

2. Die Denkschrift der EKD (November 2025) und Konsultationstagungen zuvor (Oktober 2023, Januar 2024, Februar 2024, März 2024)

Wer sich die Mühe machen will, die Denkschrift in ihrem Vorlauf zu studieren, dem sei der **Sammelband** ‚*Gerechter Friede auf dem Prüfstand. Ein Lesebuch zu gegenwärtigen Suchprozessen evangelischer Friedensethik, Leipzig 2025*' empfohlen. In ihm spiegeln sich die Fülle von

Expertisen, die im Rahmen eines vierteiligen Konsultationsprozesses eingeholt und zusammengeführt wurden. Ihr Gesamt bildet die wesentliche Grundlage der Denkschrift. – Dabei fällt zweierlei ins Auge:

1. Unter den publizierten Beiträgen findet sich nicht auch nur ein einziger, der sich explizit, das heißt bibelexegetisch wie bibeltheologisch, mit dem Friedenshandeln und der Friedensethik Jesu beschäftigt. Auf dieselbe Leerstelle stoßen wir in der Denkschrift.
2. Die von Christine Schweitzer referierte Alternative eines gewaltfreien Verteidigungskonzepts als eines neben einem militärischen eigenständigen, hat in der Denkschrift gerade noch ihren Niederschlag in einem – bezeichnenderweise – kürzesten Abschnitt der 193 Abschnitte zählenden Denkschrift gefunden, im fünfzeiligen Abschnitt 191.

Das **Vorwort der Denkschrift** ist sicherlich nicht nur eine didaktische Lesehilfe, sie ist zugleich auch ein ebenso zusammenfassendes wie zustimmendes, verbindliches Statement der Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischöfin Kirsten Fehrs. In diesem betont sie die besondere Zielsetzung der Denkschrift als einer Orientierungshilfe im Hinblick auf friedensethische Urteilsbildung und Einladung, die eigenen Positionen zu prüfen und das Gewissen zu schärfen, wobei es u. a. um friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung, um Waffenlieferungen, um Wehr- und Dienstpflicht oder die Herausforderungen hybrider Kriegsführung und Terrorismus geht. Im Hinblick auf „Schutz vor Gewalt" – das der Denkschrift vorgelagerte Handlungsziel – ist unter anderem, das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik neu zu akzentuieren und grundlegende normative Maßstäbe und konkrete politische Herausforderungen aufeinander zu beziehen. Dabei spielt auch – ungeachtet des Primats der Gewaltfreiheit – die Legitimierung von Gegengewalt im Fall eines Staates, der einem völkerrechtswidrigen Angriff ausgesetzt ist, eine zentrale Rolle. Was den Besitz und Einsatz von Atomwaffen betrifft, so hält die Bischöfin den Verzicht zwar als ethisch geboten, aber – als Übergangslösung – „angesichts der politi-

schen Konstellation im Blick auf die Folgen" für politisch nur schwer vertretbar. Die Geschichte wird sich dieser Abwägung einer Bischöfin im Vorwort einer Friedensdenkschrift, wenn dann noch möglich, erinnern.

So, wie die Forderung nach „Schutz vor Gewalt" und, damit zusammenhängend, seine ethisch zu begründende Gewährleistung durch Gegengewalt Leitziel der **Denkschrift** sind, so geht mit diesem die Ausklammerung eines alternativen, gewaltfreien Konfliktlösungsmodells einher. Dass die Wiederholung der Gewaltfreiheit als Primat nur eine aus verschiedenen Gründen unumgängliche, pflichtgemäße ist, wird nicht nur dadurch deutlich, dass der Feststellung stets die ethische Entschärfung – ein die Denkschrift kennzeichnendes, durchgehendes Argumentationsmuster – folgt. Sie findet ihre Bestätigung in dem unscheinbaren, fünfzeiligen Abschnitt 191, kurz vor dem letzten Abschnitt 193 der Denkschrift. Darin heißt es lapidar: „Angesichts des Primats der Gewaltfreiheit müssen Praktiken ziviler Konfliktbearbeitung und zivilen Widerstandes gefördert werden. Die gelungenen Beispiele ziviler Konfliktbearbeitung und zivilen Widerstandes führen vor Augen, welches Potenzial hier weiter zu heben ist."

Stellung wie Formulierung sind nicht nur eine Klatsche ins Gesicht derjenigen, die – kompetent und ausgewiesen – Substantielles zum immer wieder bemühten „Primat des Gewaltverzichts bzw. der Gewaltfreiheit" (3, 7, 62, 75, 77, 146, 182, 191) zu sagen hätten. Es werden damit auch unzählige, Bibliotheken füllende Studien zur Praxis gewaltfreien Handelns desavouiert. Die in einer Geradenoch-Einlassung auf die Praxis der Gewaltfreiheit zum Ausdruck kommende Ignoranz verrät am Ende der Denkschrift die Grundeinstellung der Denkschriftverfasser/innen. Die Rede vom „Primat des Gewaltverzichts" bzw. vom „Primat der Gewaltfreiheit" – Wissen um die Bedeutung von Gewaltverzicht und Gewaltfreiheit und ihre Hochschätzung suggerierend – ist Makulatur, reine Pflichtübung, um diesen im selben Atemzug sophistisch zu umschiffen. Mit den friedensethischen Brosamen, die die Autorinnen und Autoren der Denkschrift verteilen, mögen sie zwar dem Vorwurf der Nichtbeachtung der Gewaltfreiheit entgehen, gleichzeitig heben sie damit hervor, dass Gewaltfreiheit in ihrer ganzen Komplexität nicht „ihr Ding ist" – eine sträfliche Missachtung, will man doch behaupten,

ein so existentielles Problem wie Krieg ernsthaft und nachhaltig zu diskutieren und den Rezipienten/innen der Denkschrift eine fundierte ethische Orientierung geben zu wollen. Es ist geradezu unfassbar, dass die Denkschrift auf der einen Seite die friedensethische Urteilsfähigkeit schärfen und die Leserinnen/Leser durch eine tragfähige evangelische Friedensethik dabei unterstützen will, fundierte friedensethische Abwägungen zu treffen, mehr noch: durch begründete Urteile verhindern möchte, dass es zu Fehlentscheidungen kommt, aber auf der anderen Seite Gewaltfreiheit als eine eigenständige Alternative zur militärischen Gewalt faktisch ausblendet.

Es ist sicherlich eine Petitesse: Aber wenn in einer Denkschrift über eine längere Passage von „Wehrdienstverweigerung" anstelle von „Kriegsdienstverweigerung" die Rede ist, dann weiß der Leser bereits, wes Geistes Kind das Dokument ist. Die Abweichung von der juristisch angemessenen Terminologie ist nicht zufällig, sie ist tendenziös und wird in der Regel von jenen verwendet, die der damit beschriebenen Sache zumindest reserviert gegenüberstehen. Will sie außerdem suggerieren, dass hier Einzelne nicht bereit sind, sich zu wehren (Wehrdienstverweigerung), bzw. der Gesellschaft die ihr geschuldete Wehrkraft zu entziehen? Eine wegweisende Publikation aus der pazifistischen Szene ist überschrieben mit „Wehrpolitik ohne Waffen" (Theodor Ebert). Inhaltlich ist diese der gewaltfreien, sozialen Verteidigung gewidmet. Noch Fragen?!

Während sich die Denkschrift als Beitrag zur Bildung des Gewissens versteht und die Übernahme von Verantwortung auf der Basis ausweisbarer Gründe fordert, bremst sie gezielt den Gewaltverzicht Jesu als konkretes Konfliktlösungsmodell aus, indem sie dieses lediglich als Impuls interpretiert und Frieden als bloße Hoffnung und endzeitliche Verheißung, wobei sie diese auch noch dem Fakt einer unerlösten (sic!), sündigen Welt – mit ihren stets neuen, aktuellen Herausforderungen – unterordnet. Dabei verkennt sie nicht nur, dass sie durch ihr Statement nichts anderes tut, als sich in eben diesen sündigen Rahmen einzupassen, sondern sie argumentiert auch theologisch abwegig, wenn sie von einer unerlösten, unzulänglichen Welt ausgeht und den irdischen Frieden – indem sie diesen allein als Verheißung des endzeitlichen Reiches Gottes betont – als durch den Menschen unmöglich zu erreichen erklärt. Im ersten Fall liegt sie soteriologisch falsch: Jesus hat, so die Zeugnisse, durch sein konse-

quentes Handeln die „unerlöste" Welt – nicht zuletzt von Gewalt – dadurch erlöst, dass er in jeder Hinsicht Alternativen gelebt hat und damit uns aufgetragen hat, im Sinne dieses Anfanges zu handeln und den von ihm eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Schließlich liegt die Denkschrift auch eschatologisch falsch: das „Schon" kann, jedenfalls mit Blick auf Jesu verbindliche Forderung nach Gewaltverzicht, nicht gegen das „Noch-nicht" ausgespielt werden. Wie der Baum im Samen liegt, so das Ziel im Weg. Deshalb heißt das friedensethische Naturgesetz nicht „si vis pacem, para bellum" (wenn du Frieden, willst, dann rüste zum Krieg), sondern *„si vis pacem, para pacem"* (wenn du Frieden willst, dann bereite diesen vor). Und deshalb gibt es einen inneren logischen Zusammenhang von Schon und Noch-nicht. Das Noch-nicht eignet sich naturgesetzlich gerade nicht zum friedensethischen Fluchtpunkt aus dem in der Denkschrift (verbal) vielbeschworenen „Primat des Gewaltverzichts bzw. der Gewaltfreiheit".

Im Übrigen: Auch zur Zeit Jesu stand die Welt in Flammen und musste von ihm – am Ende mit schrecklich tödlicher Folge – als solche gesehen, ertragen und erlitten werden. Die aktuellen Herausforderungen waren, denken wir doch einmal im Sinne der Universalienforschung, nicht nur subjektiver Empfindung nach, sondern durchaus politisch objektiv im Grunde dieselben. Hier sich von Jesu Gewaltverzichtspostulat abzusetzen und eine, man darf hier ruhig sagen, konträre Friedensethik zu entwickeln mit dem Argument, dass sich die Verhältnisse und Herausforderungen gewandelt hätten und deshalb auch eine friedensethische Neufassung erforderlich sei, sieht vom gesellschaftlichen und politischen Kontext des Handelns Jesu ab oder unterstellt ihm, nicht nur für damalige Verhältnisse, sondern erst recht im Hinblick auf zukünftige, Naivität. Nicht verstanden werden kann, dass hier überhaupt noch ein Versuch unternommen wird, die neue Friedensethik mit seinem Namen in Verbindung zu bringen. Das eine hat nicht nur nichts mit dem anderen zu tun, sondern kann nur als das absolute Gegenteil verstanden werden. Die in der Denkschrift vielfach hervorgehobene Notwendigkeit einer ethische Anpassung an die aktuelle Lage, ausgedrückt in der Legitimierung von (Gegen-)Gewalt als Ausnahme, mag zwar ein Ausdruck von sowohl tiefer Betroffenheit als auch Ratlosigkeit sein. Diese mit dem gebetsmühlenartig vorgetragenen „Primat des

Gewaltverzichts“ im Sinne originärer jesuanischer Friedensethik auch nur annähernd in Verbindung zu bringen, ist nicht nachvollziehbar. Zwischen beiden liegen „Welten“.

Es schmerzt mehr als es zu artikulieren: Das in Nr. 178 und damit in einem der drei kürzesten Nummern bzw. Abschnitten der Denkschrift zum Ausdruck gebrachte Credo ist theologisch fantastisch und ethisch mitreißend formuliert, friedenstheologisch ein Volltreffer, und dennoch – vor dem Hintergrund des gesamten Kontextes und seiner anschließenden Verblassung – nichts als eine Plattitüde. „Der Friede Gottes“, so heißt es dort, „richtet nicht nur menschliches Handeln aus, sondern ist eine Kraft, die schon jetzt in der Welt wirksam ist. Wo Menschen von diesem Frieden erfahren, verändert sich ihr Blick auf die Welt: Aus Feinden werden Mitgeschöpfe, trotz Angst wächst Vertrauen.“ Hier wird theologisch ins spirituelle Zentrum der Gewaltfreiheit vorgestoßen. Das ist haargenau die theologische Basis auf der der Gewaltverzicht Jesu gründet: die Wirkmacht Gottes im Vakuum der Gewaltfreiheit. Bibeltheologisch interessiert weniger die Exegese des 5. Gebots, sondern Jesu programmatischer Einritt in Jerusalem auf einem Esel anstelle eines (Kriegs-)Pferdes in der Tradition der prophetischen Kritik an Israels Aneignung und Verwendung von Pferden, an seinem Vertrauen auf Rosse und Reiter anstelle ungeteilten Gottvertrauens. In dieser Tradition (Jes 7, 9), verbunden mit der Kritik am Königtum (1 Sam 8), ist Vertrauen auf Gewalt, hier militärische Gewalt, praktizierter Atheismus, zusammengefasst in Hosea 14, 4: „Assur kann uns nicht retten, wir wollen nicht mehr auf Pferden reiten und zum Machwerk unserer Hände sagen wir nie mehr: Unser Gott.“ Wenn das in Nr. 178 so treffend formulierte Credo im Sinne dieser bibeltheologischen Linie ethisch, praktisch ausgezogen worden wäre und würde, es stiege eine Welt an Möglichkeiten und Kontrasten auf, die den Gläubigen das Herz höher schlagen lassen würde. Hier aber einmal mehr: Chance vertan.

Stattdessen sinniert die Denkschrift über eine „ultima ratio“ aus der uralten Kiste des „bellum iustum“ (der Lehre vom gerechten Krieg) und damit über ein Handeln, das dann geboten ist, wenn „alle gewaltfreien Mittel erschöpft sind“, ohne dabei zu merken, dass man sich mit solchen Überlegungen nur „selbst ins Bein schießt“. Es wird nur schwerlich jemand zu finden sein, der guten

Gewissens feststellen könnte, dass jetzt – in einem konkreten Fall – wirklich alle gewaltfreien Mittel erschöpft sind. Wer nur einmal in das Lebenswerk von Gene Sharp geschaut und dort das historisch belegte Spektrum gewaltfreien Handelns zur Kenntnis genommen hat und sich hiernach in die Bibliothek der Studien zur gewaltfreien Aktion begibt, der wird ein Gespür dafür kriegen, dass die Rede von einer „ultima ratio" als Kriterium für einen legitimen Eintritt in Krieg diesen nicht möglich, sondern unmöglich macht.

Aber anstatt sich im Spektrum gut belegter gewaltfreier Aktionen ernsthaft umzuschauen und alles dafür zu tun, nicht nur dieses anderen zugänglich zu machen, sondern weitere diesbezüglichen Forschungen zu unterstützen, zu fördern, ja anzutreiben und dafür die entsprechenden Ressourcen bereitzustellen, sieht sich die EKD bemüßigt, ethisch unter anderem zum „richtigen Augenmaß beim Ausbau der militärischen Kapazitäten" beizutragen, und deutlich zu machen, dass sie ethisch sogar eine Abschreckungspolitik auf der Basis von Besitz und Einsatz von Atomwaffen mitzutragen bereit ist.

Die Denkschrift verteilt nicht nur, verbal großzügig, ein paar friedensethische Brosamen an ihre kritische Leserschaft, sie beansprucht sogar, dadurch zum Schutz pazifistischer Positionen beizutragen, dass sie Sicherheitslogik der Friedenslogik voranstellt. Pazifisten haben ihr deshalb mehr als nur für die Brosamen auch für den Schutz ihren Denkens und Handeln dankbar zu sein. Dass sie eine friedenslogische Perspektive entwickeln dürfen, verdanken sie – so der Denkhorizont eben dieser Denkschrift – der Herstellung einer vorgängigen Sicherheit. Wer sich über 50 Jahre mit Friedensforschung, Friedenserziehung und Friedensarbeit beschäftigt und pazifistische Ideale vertritt, dem ist diese Verhältnisbestimmung nicht nur ebenso lange bekannt, der bringt ebenso lange zum Ausdruck, dass er auf dieses großzügige Entgegenkommen gerne verzichtet. Es ist die Arroganz der Macht, die ihr Tun auch dann und gerade, wenn sie auf Ablehnung stößt, als Schutz deklariert. Und es ist dieselbe Arroganz der Macht, die dem Pazifisten gerade einmal zugesteht, Impulsgeber zu sein, aber etwa einem christlichen Pazifismus bescheinigt, nicht für eine politische Theorie zu taugen. Den geneigten Leser interessiert indes die Überlegung, wie der Verlauf einer Denkschrift ausfiele, die der Sicherheitslogik eine Friedenslogik unterlegen würde, die Sicherheit friedenslogisch denken würde und

nicht umgekehrt Frieden unter den Bedingungen einer militärisch gedachten Sicherheit.

3. Das Friedenswort der Deutschen Bischöfe (Februar 2024) und eine Fachtagung danach (Juli 2025)

Viel Furore hat es bislang nicht gemacht – das röm.-kath. Friedenswort der Deutschen Bischöfe aus dem Jahr 2024. Dasselbe gilt auch für die Fachtagung, die im Nachklang dazu anderthalb Jahre später veranstaltet wurde. Die Positionen, die auf dieser diskutiert wurden, sind – soweit jedenfalls der Presseerklärung zu entnehmen – Mainstream. Von Alternativen, wie man sie von einer Kirche erwarten dürfte, die ihre gesellschaftliche Relevanz nicht dadurch bestätigt sehen möchte, dass sie zu allem Ja und Amen sagt, scheint in der Erklärung wenig durch. Doch blicken wir zurück.

Nachhaltig dürfte das Friedenswort *„Friede diesem Haus"* von begrenzter Relevanz sein. Es hält interessierte Leserinnen und Leser nicht nur durch seine Länge davon ab, es zu studieren, sondern langweilt auch inhaltlich. Theologisch wie politologisch ist es einseitig und flach, Schnee von gestern, bibeltheologisch wie auch einzelexegetisch, eine Fehlanzeige. Wer gängige Argumentationsmuster sucht, die bzw. der kann sie darin zuhauf finden, kennt diese aber bereits hinlänglich aus den Medien. Wer im Friedenswort – vor allem mit Blick auf den Krieg in der Ukraine – eine Handlungsperspektive sucht, die über das hinausgeht, was bereits außerkirchlich landauf, landab gebetsmühlenartig vertreten wird, wird sich enttäuscht sehen. Die im Friedenswort vertretenen Positionen entsprechen den gängigen, aus politischen Reden und Talkrunden bekannten Standards. Kurzum: die Lektüre des Friedenswortes wäre vertane Zeit, wenn sie uns nicht dazu animieren würde, uns an der ethisch gängigen Ausrichtung der bischöflichen Stellungnahme gedanklich zu reiben und dabei die Gelegenheit zu nutzen, Alternativen ins Gespräch zu bringen. So unbedarft das Friedenswort daherkommt, kann und darf es nicht einfach hingenommen werden, wollen wir nicht in den von ihm vorgegebenen Denk- und Handlungsmustern verharren und dort stehen bleiben, wo es uns gerne sähe. An sich eignet einem Friedenswort, wie es das vorliegende bischöf-

liche zu sein beansprucht, ein beachtliches ethisches Potential. Indem wir seine bedauerliche Schwäche markieren, ohne dabei zu versäumen, eine alternative Ausrichtung vorzuschlagen, unterstreichen wir genau dieses. Dass mit dem Friedenswort in seiner ursprünglichen Fassung eine große Chance vertan wurde, hätte die oben erwähnte Fachtagung korrigieren können. Hat sie aber nicht. Im Gegenteil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung haben sich offensichtlich der Positionierung der Bischöfe nicht nur angeschlossen, sondern sie über ein Jahr später bekräftigt.

Jene hatten sich, zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, in der Frage, ob im gegebenen Fall der Einsatz militärischer Gewalt ethisch legitim sei, unmissverständlich darauf festgelegt, diesen zu sanktionieren. Dabei sind sie im Wesentlichen den klassischen Vorgaben der Lehre vom gerechten Krieg gefolgt. Von zentraler Bedeutung ist ihnen, dass es sich um Selbstverteidigung handelt und vor der Entscheidung zum Einsatz militärischer Gegengewalt alle kriegsfernen Mittel ausgeschöpft worden sind.

In relativer Breite widmen sie sich in diesem Zusammenhang dem sogenannten Pazifismus. Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten desselben blieben allerdings bei der Abfassung nicht nur des sie betreffenden Abschnittes, sondern des gesamten Friedenswortes außen vor. Das erstaunt umso mehr, als diese sicherlich Einiges zum Friedenswort hätten beitragen können. Das Missverhältnis zwischen dem Ausschluss aus der Redaktion des Friedenswortes auf der einen Seite und der Einladung zum Diskurs im Anschluss an die Veröffentlichung auf der anderen Seite irritiert vor allem vor dem Hintergrund der Betonung, dass sich das Papier einer beachtlichen interdisziplinären Zusammenarbeit verdankt. Die Ausgrenzung muss (besonders innerkirchlich) jene enttäuschen, die gerne dem Papier Informationen durch gerade jene entnommen hätten, die auf Fragen der Konfliktlösung durch Gewaltfreiheit spezialisiert sind.

So haben die Bischöfe ein Friedenswort erarbeitet, das auf eine wesentliche Expertise – die kritische Friedensforschung und Friedenstheologie – verzichtet und beispielsweise völlig verkannt, dass es selbstverständlich auch und zentral dem von ihnen kritisierten Pazifismus um Selbstverteidigung geht, diese allerdings mit anderen Mitteln. In der Terminologie pazifistischer Doktrin ist hier die Rede von gewaltfreier, sozialer Verteidigung, von einer „Wehrpoli-

tik ohne Waffen“ (Theodor Ebert). Und auch damit hätten sich die Bischöfe in ihrem Papier auseinandersetzen müssen: dass im Falle des russischen Angriffs der Ukraine ein entscheidendes Kriterium der Lehre vom gerechten Krieg (bellum iustum) – nämlich vor der Entscheidung zur militärischen Verteidigung: *alle* Mittel einer gewaltfreien auszuschöpfen – nicht erfüllt wurde und deshalb die Einlassung auf Krieg, jedenfalls im Sinne besagter Lehre, ethisch nicht gerechtfertigt ist.

4. Einheit in Vielfalt

Auch wenn das Friedenshandeln Jesu und seine Gewaltkritik – eigentlich unumgänglich – im Raum steht und sich von daher nur eine pazifistische, gewaltfreie Auslegung nahelegt, soll damit nicht gefordert werden, dass die beiden kirchlichen Verlautbarungen rein pazifistisch hätten ausfallen müssen. Aber hätte ihnen nicht – wenigstens – die viel beschworene „Einheit in Vielfalt“ gutgestanden? Wäre es nicht denkbar gewesen, wenigstens zwei Argumentationslinien und ethische Ausrichtungen nebeneinander zu präsentieren? Wären die biblischen Schriften selbst nicht dafür das beste Beispiel – hier finden sich alle Denk- und Handlungsmuster nebeneinander. Die Bibel hält die Spannung aus, ohne dass die eine oder andere Überzeugung ausgeschlossen worden wäre.

Im Freundeskreis Jesu wurden immer wieder Strategiediskussionen geführt. Der Meister selbst war durchgehend konsequent, nicht jeder konnte sich ihm allerdings uneingeschränkt anschließen und ihm in seiner Auffassung einer gewaltfreien Lebens- und Weltgestaltung folgen. Und wie die Urgemeinde, so dürfte auch das vorkonstantinische Christentum eher durch Kontroversen anstatt einer durchgängig pazifistischen Einstellung geprägt gewesen sein. Es gab nie eine pazifistische Zeit und danach die einer bedingten Gewaltbefürwortung. So wünschenswert ein Nacheinander der Positionen mit der Aussicht auf eine zukünftige pazifistische Periode aus der Sicht sicherlich aller wäre, so unrealistisch ist diese. Allem Anschein nach sind wir anthropologisch darauf festgelegt, die Spannung zwischen ethischen Grundlinien auszuhalten und ebenso un-

ablässig wie gemeinsam nach dem besten Weg, Konflikte zu lösen, suchen zu müssen.

Die Problematik sei an einem aktuellen Modell erläutert: In den großen Autofirmen müssen jene Abteilungen, die (weiterhin) zu Verbrennermotoren forschen, akzeptieren, dass im selben Haus und unter demselben Dach Abteilungen entstehen, die die Entwicklung von Stromern, von Elektromotoren bzw. Motoren mit alternativen Antrieben voranzutreiben haben. Hätte sich Ähnliches nicht auch als das naheliegende Modell für das Friedenswort angeboten?

Um im Bild zu bleiben: Die Entwicklung des „Verbrenners" treiben Experten und Expertinnen aus Politik, Militär und Industrie, die darauf seit langem spezialisiert sind, mit so großer Energie und Zielstrebigkeit voran, dass ihre Anstrengungen ebenso wenig einer zusätzlichen Unterstützung durch die Kirchen bedürfen wie die unzähligen medialen Beiträge, die dem Interesse an einer ungebrochen breiten Akzeptanz militärischer Gewalt dienen. Vor diesem Hintergrund könnten sich wenigstens die Kirchen – ungeachtet der Anstrengungen in der Verbrenner-Abteilung – auf die Entwicklung seiner Alternative konzentrieren und diese, in der Verlängerung der ihr eigenen (in der Bergpredigt auf den Punkt gebrachten) ethischen Urlinie, ungeteilt und mit hohem intellektuellen wie auch finanziellen Einsatz kreativ voranbringen.

Die beiläufige Würdigung des unbeirrbaren Pazifisten Franz Jägerstätter im Friedenswort hätte dafür Anknüpfungspunkt sein können. Nicht weniger ein Blick in Bernhard Härings *„Heilkraft der Gewaltfreiheit"*. Anstatt auf einen der ganz großen Moraltheologen unserer Zeit Bezug zu nehmen, wird – etwas überraschend für ein Papier, das in der Regel selbstreferentiell auf vorhergehende Verlautbarungen verweist – namentlich auf einen amerikanischen Publizisten namens Charles Krauthammer und einen Politikwissenschaftler namens Francis Fukuyama Bezug genommen.

In den 1970er Jahren konzentrierte sich nahezu die gesamte öffentliche Forschung auf die atomare Energie, während die Entwicklung von Solar- und Windenergie unscheinbaren privaten Initiativen überlassen blieb. Wären die Kirchen nicht gut beraten, gerade unter den gegenwärtigen Herausforderungen – und nicht nur in religionsunterrichtlichen oder katechetischen Laborsituationen – zu zeigen, dass gerade sie in der Lage sind, sowohl in ethischen Alter-

nativen zu denken, als auch diese mit den ihnen gegebenen Mitteln im Hinblick auf Praktikabilität zu diskutieren und zu entwickeln? Schulden die Kirchen – als per se auf jesuanische Gewaltfreiheitsethik spezialisierte Einrichtungen – nicht genau dieses der Öffentlichkeit?

Mit der Veröffentlichung der Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Friedenswortes der deutschen Bischöfe sind vollendete Tatsachen geschaffen worden. Die pazifistisch gestimmten Mitglieder der beiden Kirchen können sich in den Dokumenten nicht vertreten sehen. Das Papier schließt einen großen Teil der Gläubigen aus: nicht nur die erklärten Pazifistinnen und Pazifisten in ihnen, sondern alle Suchenden und Fragenden. Dabei hungern nicht nur die Gläubigen nach einer Eröffnung von Alternativen, der ganzen Gesellschaft dürstet es danach. Von den Kirchen hätte man Kontrastangebote erwarten dürfen.

Die Verlautbarungen suggerieren, ihren Adressatinnen und Adressaten ein möglichst hinreichendes Spektrum an Informationen und Argumentationen bereitzustellen, damit sie auf dieser Grundlage eine fundierte Gewissensentscheidung bezogen auf den Einsatz militärischer Gewalt im internationalen Konfliktfall treffen können. Durch den *Ausschluss der pazifistischen Alternative* wird ihnen in Wirklichkeit gerade das nicht geboten.

Wenn nun auch die nächsten Friedensworte der beiden Kirchen – es wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft reichlich Gründe dafür geben – keine einseitig pazifistischen werden sollten, so sollte doch in ihnen, das ist das Mindeste – nicht nur die Abteilung für Verbrenner, sondern gleichermaßen auch die für Stromer Beachtung finden. Dieses jedenfalls dürfte im Sinne des Logo im Wappen eines bischöflichen Hauptverantwortlichen des aktuellen, katholischen Friedenswortes sein: *Führe zusammen* („congrega in unum“).

5. In der Spur des Gewaltverzichts Jesu – Papst Leo XIV.

Einen – verglichen mit der evangelischen und katholischen Stellungnahme in Deutschland – viel weiteren Schritt hat der gegenwärtige Papst, Leo XIV., gemacht. Seine Botschaft – die Richtung konnte

man schon am Tag seiner Wahl erkennen – ist nicht nur eine ohne Abstriche, sondern in jeder Hinsicht wegweisend pazifistische. „Der Friede sei mit euch!" So trat der neugewählte Papst am Abend seiner Wahl vor die Gläubigen. In seinen Ansprachen und seinen Stellungnahmen in aktuellen Konfliktsituationen, zuletzt in seinem Schreiben zum Weltfriedenstag 2026 lässt er keinen Zweifel daran, dass er jedwedes militärische Konflikthandeln ablehnt. Die höflichen unter den Kommentatoren/innen tun sich nicht leicht mit der Einschätzung des Papstes hinsichtlich seiner politisch hoch relevanten Einlassungen. Andere bescheinigen dem Papst – hinter vorgehaltener Hand – politische Naivität, verkennen dabei aber, dass dieser nicht nur aus sich heraus Stellung bezieht und sich dabei gegen das Rüsten zum Krieg und das Führen eines Krieges positioniert, sondern einen ganzen intellektuellen Apparat hinter sich weiß und beispielsweise in der päpstlichen Akademie der Wissenschaften eine Institution, die auf höchstem interdisziplinärem Niveau forscht und publiziert. Nicht zuletzt ist der Papst – aus diesem Grund dürfte er auch vom Kardinalskollegium gewählt worden sein – nicht qua Amt, sondern eigenen Talenten geschuldet, eine theologische wie spirituelle Autorität. Der Papst ist, wenn man das überhaupt so sagen darf, kein „Naivling" und möchte sicherlich auch nicht als ein solcher wahrgenommen werden, wenngleich Disqualifizierungen dieser Art ihn nicht davon abhalten würden, sich, wie hier diskutiert, pazifistisch zu positionieren. Für seine Amtsbrüder in Deutschland, die vor nicht allzu langer Zeit mit dem oben kommentierten Papier an die Öffentlichkeit getreten sind, ist er sicherlich ein Problem. Sein konträrer Standpunkt ist nicht einfach wegzulächeln, er steht – ohne Wenn und Aber vorgetragen – unverrückbar und unumgehbar im Raum. Seine persönliche Standpunktbestimmung in der Frage nach Frieden und Krieg – das darf heute schon gesagt werden – wird als wegweisend in die (Kirchen-)Geschichte eingehen. Den deutschen Bischöfen wird man in der Rückschau beiläufig bescheinigen, dass sie wieder einmal die Chance, Salz der Erde zu sein, vertan haben.

Ein Blick in die Botschaft zum Weltfriedenstag 2026 führt verlässlich in das friedensethische Konzept des neuen Papstes ein. Indem er sich darin zentral auf einen „unbewaffneten und entwaffnenden" Frieden hin orientiert, spricht er nicht nur einen Zustand (unbewaffneter Frieden), sondern auch einen Prozess (entwaff-

nender Frieden) an. Hier wird nicht nur deutlich, dass Ziel und Weg eins sind, sondern auch, dass das Ziel nicht in den Schoß fällt, sondern erarbeitet werden will. Immer geht es dabei um die Abwesenheit von Waffen, das ist prophetisch wie jesuanisch. Das ist das pazifistische Ur-Credo einer biblischen Traditionslinie, die Jesus konsequent gelebt und der Um- und Nachwelt erschlossen hat. Der Papst identifiziert sich mit dieser. Für ihn eröffnet das Evangelium nicht bloß eine Perspektive der Hoffnung in einer unzulänglichen Welt oder ist dieses nur als eine Einladung zu verantwortlichem Handeln in den engen Grenzen des Machbaren zu verstehen, wie es etwa in der Denkschrift der EKD zu lesen ist. Mit Formulierungen wie, dass Frieden zwar angestrebt wird, aber nicht erreichbar ist (ebenfalls zu lesen in der Denkschrift), würde sich der Papst sicherlich nicht ausbremsen lassen. Lesen wir deshalb in seiner Botschaft weiter.

Unterschiedslos spricht er die Menschen an – ob sie, wie er sagt, über die Gabe des Glaubens verfügen oder ob es so scheint, dass sie sie nicht hätten – und bekniet diese, sich für den Frieden zu öffnen, ihn anzunehmen und zu erkennen, „statt ihn für fern und unmöglich zu halten". „Mehr als ein Ziel", so insistiert der Papst, „ist der Friede etwas Gegenwärtiges und ein Weg." Wie gut hätte eine Stimme wie diese den oben kommentierten Dokumenten gutgetan. Und auch diese Sicht berührt den geneigten Leser: die Fokussierung auf das Lichte und Helle anstelle des Dunklen. „Nicht wenige bezeichnen heute Erzählungen als realistisch, die keine Hoffnung enthalten, die blind für die Schönheit anderer sind und die die Gnade Gottes vergessen, die immer in den Herzen der Menschen wirkt, wie sehr sie auch von der Sünde verwundet sein mögen." Theologischer Ausgangspunkt ist dabei der auferstandene Christus, das ist der, der „den Tod besiegt und die trennenden Wände zwischen den Menschen niedergerissen" hat (vgl. Eph 2,14). Damit ermutigt der Papst, das Werk Gottes in der Welt fortzusetzen.

Allein schon mit Blick auf die Jünger Jesu und ihre Verstörung angesichts des gewaltfreien Handelns Jesu weiß der Papst, dass es nicht leicht ist, sich von der „Täuschung der Gewalt" zu befreien und von der Neuheit des unbewaffneten Friedens Zeugnis abzulegen. Auch weiß der Papst, dass viele heute angesichts „des immer unsichereren Verlaufs der Ereignisse" „ein großes Gefühl der Ohn-

macht“ befällt und deshalb nicht an den Frieden zu glauben. Dem hält er entgegen: „Wenn wir Frieden als ein fernes Ideal betrachten, finden wir es nicht mehr skandalös, dass er verweigert werden kann und dass sogar Kriege geführt werden, um Frieden zu erreichen.“ Für Aggressivität im privaten wie öffentlichen Leben macht der Papst als Ursache aus, dass „der Friede keine gelebte Wirklichkeit ist, die es zu bewahren und zu pflegen gilt“, und fordert die Fähigkeit und Bereitschaft ein, zu sagen, „dass der Friede nahe ist“. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Rüstungsanstrengungen und einer Abschreckungspolitik, die den Einsatz nuklearer Waffen nicht ausschließt, mahnt der Papst eine Neuausrichtung der Bildungspolitik an: „Statt einer Kultur der Erinnerung, die das im 20. Jahrhundert gewonnene Problembewusstsein bewahrt und die Millionen Opfer jenes Jahrhunderts nicht vergisst, werden Kommunikationskampagnen und Bildungsprogramme in Schulen und Universitäten sowie in den Medien vorangetrieben, die Bedrohungswahrnehmungen verbreiten und eine rein militärisch geprägte Vorstellung von Verteidigung und Sicherheit vermitteln.“

Gegen „eine bislang beispiellose Spirale der Zerstörung“ jenes Humanismus, auf dem eine jede Zivilisation beruht, und „die gewaltigen Konzentrationen privater Wirtschafts- und Finanzinteressen“ setzt der Papst auf ein „Erwachen des Gewissens und des kritischen Denkens“. Anders, als wir es in der EKD-Denkschrift lesen, erinnert der Papst an ein Wort von Johannes XXIII., in dem offensichtlich nicht Friedenslogik der Sicherheitslogik nachgereiht, sondern eine umgekehrte Reihenfolge beschworen wird, nämlich „dass an die Stelle des obersten Gesetzes, worauf der Friede sich heute stützt, ein ganz anderes Gesetz trete, wonach der wahre Friede unter den Völkern nicht durch die Gleichheit der militärischen Rüstung, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen kann.“ Ausdrücklich mahnt der Papst zur Wachsamkeit gegenüber Versuchen, „Gedanken und Worte zu Waffen zu machen“, konkret vor religiöser Überhöhung politischer Kämpfe und Nationalismus sowie der religiösen Rechtfertigung von Gewalt und bewaffnetem Kampf. Gegen Blasphemien dieser Art setzt der Papst Gebet, Spiritualität und den interreligiösen Dialog. Pastorale Kreativität soll zeigen, „dass der Friede keine Utopie ist“. Mit Blick auf den makrosozialen Kosmos erwartet der Papst ein „Gleichgewicht, das auf Ver-

trauen, auf aufrichtiger Gesinnung bei Vertragsschlüssen und auf unverletzlichen Vereinbarungen gegründet ist". Gegen die Konterkarierung „mühsam erzielter Vereinbarungen" setzt der Papst auf „entwaffnende Wege der Diplomatie", auf „Bündnisse" und eine „Stärkung der supranationalen Institutionen". Gegen die Existenz von Machtungleichheiten wie auch gegen Narrative, die Fatalismus und Hoffnungslosigkeit begünstigen, fordert der Papst ein kritisches Bewusstsein, gegenseitige Hilfe durch die Errichtung entsprechender Strukturen sowie gewaltfreie Beteiligungsformen. Einmal mehr betont der Papst das Ineinander von Ziel und Weg, indem er die in Jes 2, 4-5 wiedergegebene Verheißung Gottes durch eine „Entwaffnung des Herzens, des Geistes und des Lebens" in greifbare Nähe kommen sieht: „Er wird Recht schaffen zwischen den Nationen und viele Völker zurechtweisen. Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Lanzen zu Winzermessern. Sie erheben nicht das Schwert, Nation gegen Nation, und sie erlernen nicht mehr den Krieg. Haus Jakob, auf, wir wollen gehen im Licht des Herrn" (Jes 2, 4-5).

6. Gründung und Finanzierung eines „Instituts für Gewaltfreiheit"

Wenn der vorliegenden Beitrag erscheinen wird, wissen wir wahrscheinlich schon mehr. Die Trump-Regierung wird dann ihr Ansinnen, Grönland als autonomen Bestandteil des Königreiches Dänemark den USA einzuverleiben, wie auch immer weiter vorangetrieben haben. Bei ihrem Vorhaben agiert sie nicht nur gegen den erklärten Willen des Großteils der Bevölkerung Grönlands und die eindeutige Ablehnung der dänischen Regierung, sie schließt dabei sogar nicht einmal die Anwendung militärischer Gewalt aus. Ungeachtet der NATO-internen gegenseitigen Schutzgarantie werden Grönland wie Dänemark dem Vorstoß der Trump-Regierung militärisch nichts entgegenzusetzen haben.

Damit ist Grönland aber nicht in seinem Handeln paralysiert und muss sich auch nicht fatalistisch den Entwicklungen beugen. Grönland verbleibt keine andere Wahl, als den Weg des gewaltfreien Widerstandes, der sozialen Verteidigung zu wählen. Dabei hat Grönland sogar noch die Chance, sich darauf einzustimmen und

vorzubereiten. Möglicherweise wäre solches auch in der Ukraine, dort allerdings unter weitaus ungünstigeren Bedingungen möglich gewesen, hätte man sich nicht Jahre vor dem russischen Angriffskrieg für die *militärische* Variante des Widerstandes entschieden und der CIA erlaubt, diesen systematisch mit vorbereiten zu helfen. In Grönland stehen die Zeichen für eine erfolgreiche gewaltfreie Verteidigung vergleichsweise gut. Schon jetzt können wir, angesichts der in Grönland speziell gegebenen Möglichkeiten, sehen, wie bedeutsam es ist, sich mit der gewaltfreien Alternative vertraut zu machen. In dem Maße, in dem sie als realistische Möglichkeit internalisiert und vertreten wird, vermag sie nicht nur unter den Bedingungen eines Angriffs, sondern bereits zuvor im Sinne einer Abschreckung zu funktionieren. An die Adresse eines potentiellen Angreifers lautet die Botschaft nicht, dass dieser als Antwort auf seinen Okkupationsversuch mit einem (militärisch betrachtet) hohen *„Eintrittspreis"* zu rechnen habe, sondern mit einem in vielerlei Hinsicht hohen *„Aufenthaltspreis"*. Moralisch, ökonomisch, politisch wird dem Aggressor – durch ein breites Spektrum an Aktionen – das Leben im besetzten Land so schwer wie möglich bzw. unerträglich gemacht. Damit kann nur angedeutet werden, in welche konkreten Richtungen allgemeine Friedensappelle weitergedacht und -entwickelt werden können.

Die friedensethische und friedenspolitische Linie des Papstes Leo XIV. ist ebenso wegweisend wie innerhalb des eigenen Hauses bahnbrechend. So sehr sich bereits vor ihm Päpste gegen Rüstung und Krieg ausgesprochen haben, so klar und deutlich hat sich bislang keiner der Päpste gegen jede Art von Kriegsvorbereitung und Kriegführung positioniert. Leo XIV. lehnt vehement nicht nur militärische Gewalt, sondern jede Art von Gewalt ab. In seiner unmissverständlichen Positionierung gegen Krieg geht er nicht nur entschieden weiter als seine deutschen Mitbrüder und Mitschwestern in der katholischen wie evangelischen Kirche, er schlägt sich damit auch einseitig auf die pazifistische Seite unter den Gläubigen. Das fordert die Kirche als Ganze und nicht zuletzt auch die mit ihr verbundene Theologie mächtig heraus. Um nicht in die offene Auseinandersetzung mit dem Papst zu geraten, ignorieren viele die Äußerungen des Papstes bzw. tun sie als mehr oder weniger private, spirituell zwar nachvollziehbare, aber politisch naive Einschätzung

ab. Was die friedensethische bzw. friedenspolitische Ausrichtung des Lehramtes betrifft, so zieht nicht nur ein Schisma am Horizont auf, sondern existiert bereits. Die von den Ortskirchen noch bemühte „Lehre vom gerechten Krieg" (nichts anderes kann man den deutschen katholischen Bischöfen wie der EKD vor dem Hintergrund ihrer Stellungnahmen bescheinigen) steht im krassen Gegensatz zur „Lehre vom gerechten Frieden" in der Auslegung des Papstes.

Den Kirchen ist nicht nur nahezulegen, über den spirituellen wie politischen Vorstoß des Papstes nachzudenken und sich von ihm zumindest selbstkritisch herausfordern zu lassen. Er schreibt – durch seine unmissverständliche Positionierung – nicht nur jetzt schon Geschichte, er wird sich mit dieser, zunehmend nachvollziehbar und nachhaltig, in die unaufhaltsamen Globalisierungsprozesse als die richtige, die passende, die stimmige einpassen. Den Kirchen ist anzuraten, sich diesem Entwicklungen nicht zu entziehen, sondern sich aktiv einzubringen. Sie können es dadurch tun, indem sie der durch den Papst artikulierten Alternative nicht nur größeren Raum gewähren, sondern diese selbst vorantreiben: durch die Gründung und Finanzierung eines „Instituts für Gewaltfreiheit". Ein solches Institut kann nicht nur den Bischöfen vor Ort helfen, eine offensichtliche Leerstelle in der von ihnen vertretenen Friedensethik zu füllen, sondern auch den Vorstoß des Papstes substantiell – mit einer systematischen Anreicherung der Forderung, Konflikte gewaltfreie zu lösen – anzureichen. Damit die Friedensappelle des Papstes und sein Insistieren auf Gewaltverzicht nicht im Allgemeinen verbleiben, sind diese mit robusten Beispielen gewaltfreien Handelns zu untermauern, ist systematisch über Praxis, Prinzipien und Perspektiven der Gewaltfreiheit nachzudenken, zu forschen und sind die Ergebnisse der Studien der interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln und – auch dem Papst zur Verfügung zu stellen.

Der Betroffenheit eines Jeden geht in vielen Fällen das Gefühl von Ohnmacht und Ratlosigkeit einher. Die Folge dessen kommt es selbst bei jenen, die einmal der militärischen Gewaltanwendung ablehnend gegenüberstanden, zu einem Rückfall in das alte Muster, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Es ist häufig Verlegenheit auf der Basis von Unwissen, die in die Abgründe des Krieges führt. Dieser Leerstelle kann nur durch Anstrengungen im Bereich Bildung be-

gegnet werden. Mit besonderem Blick auf eine allzu schnelle und unüberlegte Zustimmung zu militärischer Gewaltanwendung empfiehlt sich ebenso dringend wie nachdrücklich die Etablierung eines „Instituts für Gewaltfreiheit".

Die Einrichtung eines „Instituts für Gewaltfreiheit" würde nicht nur der Einladung zum Dialog mit Suchenden und Fragenden in der Kirche, sondern auch und gerade den bis dahin ausgeschlossenen Pazifisten/innen Nachdruck verleihen. Mit einem Institut wie diesem würde eigens jener Brückenkopf errichtet, dessen es bedarf, um die Brücke von dem bereits existierenden Brückenkopf zum neu hinzugekommenen zu schlagen.

Es würde auch unterstreichen, dass die Bischöfe ernsthaft an der Lösung internationaler Konflikte interessiert sind, indem sie erkenntnistheoretisch alle nur denkbaren Alternativen – und eben auch und gerade die gewaltfreien – in ihre realpolitischen Einschätzungen und friedensethischen Ausrichtungen einbeziehen. Lösungsorientiertes Agieren zielt auf eine möglichst breite Expertise an einem Runden Tisch. Strategiediskussion im Jüngerkreis Jesu sind legendär und geprägt durch Konfrontationen zwischen Systemtreuen und Aufständischen, zwischen Zöllnern und Zeloten. Eine Aufsichtsratssitzung der Daimler-Benz AG zur ökonomisch-ökologischen Optimierung von Fahrzeugnutzung und Fahrzeugbau unter Ausschluss der Abteilung für Stromer wäre undenkbar. Die Kirche darf sich daran ein Beispiel nennen. Es ist ihre Chance, nicht nur eine Abteilung für „Stromer" zu errichten, sondern ihren Vertretern/innen auch die Gelegenheit einzuräumen, sich dementsprechend in Strategiediskussionen paritätisch einzubringen. Damit wären die deutschen Bischöfe nicht mehr darauf angewiesen, sich vornehmlich auf Expertisen des Instituts für Theologie und Frieden in der Trägerschaft der Katholischen *Militärseelsorge* zu verlassen oder dem bellizistischen Flügel von Pax Christi eine wesentliche Mitautorenschaft bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen einzuräumen, sondern könnten – auf der Basis einer breiten Forschung – in ihren Verlautbarungen das gesamte Spektrum von Gläubigen repräsentieren und ansprechen.

Modell des Instituts könnte u. a. die 1983 von Gene Sharp gegründete *„Albert Einstein Institution"* in Boston/USA sein. Zentraler Forschungsstand der Einrichtung sind Methoden der gewaltfreien

Aktion, insbesondere des gewaltfreien Widerstandes in Konfliktsituationen. Denkbar ist ein Institut dieser Art als An-Institut einer Universität, beispielsweise der Universität Osnabrück. Ein Gewaltfreiheitsinstitut würde einmal mehr zum Erscheinungsbild einer Friedensstadt, mit der renommierten Tradition „Osnabrücker Friedensgespräche", beitragen. Es könnte sich außerdem damit in räumlicher Nähe zu der in Osnabrück angesiedelten „Deutschen Stiftung Friedensforschung" befinden. Ausgestattet mit zunächst einer Stiftungsprofessur sowie einer Wissenschaftlichen Assistenten(innen)stelle, räumlich versehen mit einer Geschäftsstelle, Sekretariat, Bibliothek und Archiv sowie weiteren Arbeitsräumen könnte das auf Kontinuität angelegte Institut eventuell in einem stillgelegten Flügel des Priesterseminars oder eines Klosters eingerichtet werden. Zu seinen Aufgaben zählen Studienangebote mit explizit pazifistischen Themenstellungen. Bei erfolgreicher Teilnahme können Zertifikate ausgestellt werden. Zusätzlich können Anreize für die Teilnahme an Promotionsprogrammen gegeben werden, die der theoretischen Fundierung wie der praktischen Realisierung gewaltfreien Handelns dienen. Im Hinblick auf die Errichtung des Instituts wie konstruktive Begleitung seiner Aktivitäten könnten z. B. der „Internationale Versöhnungsbund", die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), der „Bund für Soziale Verteidigung", das „Ökumenische Institut für Friedenstheologie" und der „Wissenschaftliche Beirat von Pax Christi" gewonnen werden. Die Finanzierung wird sichergestellt durch die Bischöfe des Verbands der Diözesen Deutschlands sowie die EKD. Mit dem hier nur kurz skizzierte Projekt errichten die Kirchen einen Leuchtturm, der nicht nur in den Kreis der Gläubigen hineinstrahlt, sondern weit darüber hinaus. Bald schon wird sich zeigen, dass auch Großkirchen ihrem wegweisenden, avantgardistischen Auftrag gerecht zu werden vermögen. Wir können nur inständig hoffen, dass sie diesen Beweis nicht antreten müssen vor dem Hintergrund von fast zwangsläufigen Folgen zunehmend maßlos werdender Rüstungsaktivitäten.

Literaturauswahl

Spiegel, Egon: *Pazifismus. Eine Einführung*, edition pace, 2026 (in Vorbereitung für Frühjahr 2026).

Spiegel, Egon: *Gewaltverzicht. Grundlagen einer biblischen Friedenstheologie*, Kassel: WeZuCo, 2. Aufl. 1989; außerdem als Nachdruck in der von Thomas Nauerth hrsg. Digitalen Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie, Berlin 2005 – sowie als Paperback-Ausgabe in der ‚edition pace' (Norderstedt 2024, ISBN: 978-3-7693-2404-4).

Nagler, Michael (Prof. em. der University of California, Berkeley, USA) / Spiegel, Egon: *Politik ohne Gewalt. Prinzipien, Praxis und Perspektiven der Gewaltfreiheit*, Berlin: LIT, 2008.

Liu, Cheng (Inhaber des UNESCO-Lehrstuhls für Friedensforschung in der Nanjing University, China)/Spiegel, Egon: *Peacebuilding in a Globalized World. An illustrated Introduction to Peace Studies*, Beijing: People's Publishing House 2015.

Spiegel, Egon: *Dresden 1945*, Nanjing: Nanjing Normal University Press, 2022 (engl. und chin. Fassung).

Spiegel, Egon / Mutalemwa, George / Liu, Cheng / Kurtz, Lester R. (eds.): *Peace Studies for Sustainable Development in Africa. Conflicts and Peace Oriented Conflict Resolution*, Cham/Schweiz: Springer Nature, 2022.

Spiegel, Egon / Mutalemwa, George / Liu, Cheng / Kurtz, Lester R. (eds.): *Peace as Nonviolence. Topics in African Peace Studies* (Series: Advances in African Economic, Social and Political Development), Cham/Schweiz: Springer Nature, 2024.

Thomas Nauerth / Annette M. Stroß (Hg.): In den Spiegel schauen. *Friedenswissenschaftliche Perspektiven für das 21. Jahrhundert*. Ein Lesebuch mit Texten von Egon Spiegel, Norderstedt: edition pace, 2022.

Spiegel, Egon: *Theology of Peace*, in: Kurtz, Lester R. (ed.): Encyclopedia „Violence, Peace and Conflict", 3rd edition, Amsterdam: Elsevier, 2022, Vol. 4, 417-429.

Spiegel, Egon: *Gewaltfreie, soziale Verteidigung im Rahmen einer* (*hypothetischen*) *Besetzung Grönlands*. Voraussetzungen, Strategien und Methoden eines gewaltfreien Widerstands. Textstand vom 14. Januar 2026. In: https://www.schiebener.net/wordpress/gewaltfreie-soziale-verteidigung-im-rahmen-einer-hypothetischen-besetzung-groenlands | https://gewaltfreieaktion.de/wie-groenland-sich-gewaltfrei-gegen-eine-besatzung-verteidigt-werden-koennte/ [siehe dort weiterführende Literaturhinweise zur sozialen Verteidigung.]

Zum Verfasser | Prof. Dr. Prof. h.c. Egon Spiegel, Diplomtheologe, Diplompolitologe, ausgebildeter Pastoralreferent, Advisory Professor am UNESCO-Lehrstuhl für Friedenswissenschaft der Nanjing University, Nanjing/China, bis 2022 Inhaber des Lehrstuhls für Praktische Theologie der Universität Vecht

Anmerkungen zur EKD-Friedensdenkschrift 2025

(Tübingen, Januar 2026)[1]

Von Markus Weingardt

1. | Die große Schwäche der FD [Friedensdenkschrift] offenbart sich erst auf den zweiten, dritten Blick.
– Sie besteht darin, dass sie der Gewaltlosigkeit nicht traut.
– Sie traut ihr nichts zu (jedenfalls nicht viel).
– Sie vertraut ihr nicht (jedenfalls nicht wirklich).
Das ist ebenso erschreckend wie traurig wie folgenreich.

2. | Theologisch ist das problematisch, denn indem die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit relativiert und marginalisiert wird, wird zugleich jener marginalisiert, der die Idee und Praxis der Gewaltlosigkeit lehrte und lebte, Jesus selbst. Was eingangs noch als erste „Grundüberzeugung des christlichen Glaubens" betont wird – der „vollständige Verzicht auf Gewalt" (S. 20) –, wird damit de facto über Bord geworfen, als sei dies zwar eine schöne Idee, aber in einer „unerlösten Welt" ethisch nicht haltbar und (sicherheits-)politisch unbrauchbar, nachgerade unverantwortlich.

Das ist eine Zäsur. Es ist die – freilich nicht ausdrückliche, aber faktische – Abkehr von der Idee der Gewaltlosigkeit als einer realen Handlungsoption in der realen politischen Gegenwart. Wenn aber Gewaltlosigkeit ins Reich des Surrealen, ins Reich der Träume und Wünsche verschoben wird, verliert sie alle Kraft und Relevanz.

3. | Ethisch ist das problematisch, weil damit allzu sehr der Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung das (kirchliche) Wort geredet und das (politische) Feld überlassen wird: Zwar mit Bedauern, aber – in einer „unerlösten Welt" – angeblich leider unvermeidlich.

---

[1] © Dr. Markus Weingardt, Tübingen (2026) | Kontakt: markusweingardt@web.de

Das ist keine „Orientierungshilfe“ sondern eine Bestätigung und Verstärkung der national und global zu beobachtenden Entwicklungen.

4. | Politisch ist das problematisch, weil die FD die unbestreitbaren Erfolge der Gewaltlosigkeit (auch) im politischen Raum ignoriert, mindestens kleinredet. Dass die FD behauptet, die Erfolgsaussichten gewaltfreien Widerstandes seien bei der Abwehr gegen eine Besatzungsmacht „empirisch kaum zu belegen“ (17), widerspricht diametral dem aktuellen Forschungsstand. Wäre dieser zur Kenntnis genommen worden, dann hätte dies den Grundtenor der FD grundsätzlich verändern müssen. Dass diese Forschungsergebnisse in einem mehrjährigen Redaktionsprozess inkl. vier Konsultationstagungen nicht zur Kenntnis oder nicht ernst genommen wurden, ist mindestens irritierend.[2]

5. | Da der Kraft der Gewaltlosigkeit als realer Option der Konfliktbearbeitung (auch) in hocheskalierten Konflikten aber nichts zugetraut wird, wählt die FD den Ausweg, die Anwendung von Gewalt ethisch zu legitimieren. Der „Primat des Gewaltverzichts“ wird zwar wenige Male gewürdigt, de facto unterwirft sich die FD aber dem Primat der Sicherheitslogik und folgt derselben konsequent.

6. | Darum ist die FD zunächst sehr bemüht, ausführlich zu erläutern, dass die vorrangige Aufgabe der „Schutz vor Gewalt“ sei, auch als Voraussetzung und wichtigster Aspekt eines „gerechten Friedens“, wie die FD postuliert. Ganz im Sinne der Sicherheitslogik wird „Schutz vor Gewalt“ als wertvollstes Gut schlechthin präsentiert.

Im zweiten, nur noch kleinen Schritt, wird dann die „Androhung und Anwendung von Gewalt“ (13) im Sinne dieses Schutzes vor Gewalt ethisch gerechtfertigt: als „mitunter unvermeidbar“ (183), ethisch geboten (155, 159) oder sogar als Akt der Nächstenliebe (163)

[2] Vgl. beispielsweise die Forschungsergebnisse der Harvard-Professorin Erica CHENOWETH und ihrer Mitautorin Maria J. STEPHAN in deren Grundlagenwerk „Warum ziviler Widerstand funktioniert“ (Nomos 2024).

– freilich „allein als rechtserhaltende Gewalt“ (S. 19; 33) und als „ultima ratio“ (u. a. S. 19). Wer auch dies akzeptiert hat, erfährt dann im dritten Schritt, dass hohe und höhere Verteidigungsausgaben notwendig seien und die Wehrpflicht zu unterstützen sei. Dabei sei der Dienst mit der Waffe zwar weder besser noch schlechter als ein ziviler Dienst, aber die Sonderstellung des „Schutzes von Gewalt“ lege dann eben doch eine „Priorisierung für den Dienst in der Bundeswehr unmittelbar nahe“ (169). Mehr noch: „Soldatinnen und Soldaten (dienen) dem Gerechten Frieden“ (173).

7. | In diesem Zusammenhang argumentiert die FD denn auch, dass Atomwaffen zwar „in keiner Weise ethisch zu legitimieren“ seien und „in ethischer Perspektive der Besitz, die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen abzulehnen“ seien (144), doch ihr Besitz könne „trotzdem politisch notwendig“ sein (S. 15, Pkt. 6), und in Extremfällen sei auch der Einsatz von Atomwaffen zwar „nicht erlaubt, sondern nur nicht ausnahmslos verboten“ (ebd.), ebenso sei ein Verzicht auf Atomwaffen aktuell „kaum politisch zu vertreten“ (145). Das sind bemerkenswerte argumentative Verrenkungen zumal in einer Schrift, die beansprucht, „ethische Orientierungshilfe“ zu geben und nicht sicherheitspolitischen Nachhilfeunterricht.

8. | Die starke Hervorhebung des Schutzes vor Gewalt und der daraus abgeleiteten ethischen Legitimierung von (Gegen-)Gewalt offenbart einen weiteren Denkfehler:

Vor der Verletzung durch Gewalt kommt der Ausbruch von Gewalt. Die Bedrohung von Leib und Leben durch Gewalt ist die Folge, ursächlich dafür ist die gewaltsame Eskalation. Insofern wäre der beste Schutz vor Gewalt und müsste also das vorrangige Anliegen der FD sein, Maßnahmen zu benennen und zu fordern, um den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Stattdessen findet sich die FD – Stichwort „unerlöste Welt“ – mit der Gewalt ab und fordert nurmehr, sich gegen die Folgen der Gewalt zu wappnen, insbesondere durch den Ausbau der mutmaßlich (!) abschreckenden Kapazitäten zur Gegengewalt.

Das erinnert an Diskussionen über den Klimawandel: Gilt es nicht zuvörderst, die Ursachen desselben zu bekämpfen, statt sich

resignierend auf die schlimmen Folgen „einstellen" oder „vorbereiten" zu wollen?

Die FD argumentiert aber rein reaktiv: Verteidigen und dagegenhalten – statt vorzubeugen, statt präventiv und proaktiv die Bedrohung zu verhindern, die Eskalation zu verhindern. Krisenprävention, Friedenbildung oder gewaltloser Widerstand finden zwar ganz gelegentliche Erwähnung, aber so nachrangig und geringschätzend in Halb- und Nachsätzen, dass dies nicht einmal als Feigenblatt taugt, um die argumentative Blöße der FD hinsichtlich Gewalt- und Eskalationsprävention zu verbergen.

9. | Ohne es explizit zu benennen, werden implizit auch die zweite und dritte in der FD formulierte „Grundüberzeugung des christlichen Glaubens" der Real- oder Sicherheitspolitik, wie sie von den FD-Verantwortlichen verstanden wird, hintangestellt: das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe und dass jeder Mensch „ein gleichberechtigtes Geschöpf Gottes" sei (S. 20). Wie der Gewaltverzicht werden sie als ethisch zwar wichtig gewürdigt, aber als Grundhaltung politischen Denkens und Handelns an keiner Stelle ernsthaft in Erwägung gezogen.

10. | So bleibt als argumentativ tragende Grundüberzeugung der FD am Ende nur die These von der „unerlösten Welt". So nichtssagend diese These (zumal für Nicht-Theolog*innen) auch ist, auf ihr baut letztlich die gesamte ethische Gewaltlegitimation der FD auf. Das ist theologisch wie ethisch ebenso traurig wie schwach. Ein einziger verbleibender Grundpfeiler ist keine tragfähige Konstruktion. Und die Rede von der „unerlösten Welt" darf weder gegen die Friedenshoffnung (vgl. S. 19) noch als allzu billige Ausrede für vermeintlich notwendige (Gegen-)Gewalt bemüht werden.

11. | Die Verantwortlichen der FD waren offenkundig bemüht, dass die FD „anschlussfähig" und „wirklichkeitsgesättigt" sei, wie man so sagt. Von Politikern, Militärs und Journalisten wird folglich gelobt, dass die Kirche nun „in der Realität angekommen" sei.[3] Das

[3] Vgl. https://www.deutschlandfunk.de/kommentar-zur-evangelischen-friedensdenkschrift-in-der-realitaet-angekommen-100.html.

wird als Kompliment und Erfolg betrachtet, manche sind stolz darauf. Doch die FD bleibt in der von ihr so verstandenen Realität stecken. Sie formuliert keine einzige originäre Idee, die über diese von ihr beschriebene „unerlöste" Realität hinausführt. Die vollmundig angekündigte „Orientierungshilfe" erschöpft sich in einem einzigen großen „Ja, aber …": „Ja, Gewaltlosigkeit ist im Prinzip ganz prima, aber … geht jetzt gerade nicht anders als mit Gewalt. Ja, Feindesliebe, im Prinzip vielleicht gute Idee, aber dieser Feind ist ganz besonders feindlich. Ja, gewaltloser Widerstand, wäre schön, aber funktioniert eben nicht. Echt schade." Soweit, so banal, nur etwas aktualisiert und verklausuliert. So ist es seit Jahrhunderten zu hören, selbst ein überzeugter Bellizist würde dem nicht widersprechen.

Brauche ich aber eine FD, brauche ich eine Kirche, um mir das heute zu sagen?

12. | Die FD macht keinen praktischen Vorschlag und erhebt keine konkrete Forderung, dass und wie anders als mit Gewalt und Gegengewalt Frieden in dieser Welt geschaffen werden könnte. Selbst Diplomatie, Abrüstung und sogar die Ächtung von Atomwaffen bleiben für die FD theoretisches Wunschdenken für eine ferne Zukunft: Nicht ganz falsch, aber „gegenwärtig" nicht verantwortbar, denn es regiert die Sprache und Logik der Gewalt und der Sicherheit. Das nimmt die FD als gegeben hin in dieser „unerlösten Welt".

Auch nennt die FD keine konkreten friedensstiftenden Schritte, welche die Kirche selbst gehen oder fördern sollte. Sie übernimmt keine konsequente politische Mitverantwortung für den Frieden und schiebt christliche Pazifist*innen aller Zeiten kurzerhand auf das theologische, ethische und realpolitische Abstellgleis – akzeptiert als Mahnerinnen oder individuelle Frömmler, aber ethisch wie politisch nicht ernst zu nehmen.

13. | „Unerlöste Welt" hin oder her: Wer den Glauben an die Kraft der Gewaltlosigkeit aufgegeben hat, was bleibt dem noch? Hoffnungslosigkeit, Resignation? Der Glaube an den „Mythos von der erlösenden Gewalt"? (Walter Wink)

Wenn Kirche in diesen Zeiten, in einer „Welt in Unordnung" nicht anderes, nicht mehr zu sagen hat, als diese FD, dann hat sie nichts mehr zu sagen. Sie macht sich überflüssig.

Über den Verfasser | Dr. Markus Weingardt, Tübingen (Jg. 1969), studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft in Konstanz und Jerusalem/Israel; Mitarbeiter der Stiftung Weltethos (Tübingen). Friedens- und Konfliktforscher mit dem Schwerpunkt Religion und Konflikt/Frieden. 2006 Mitbegründer des *Forschungsverbundes Religion und Konflikt*. Lehrbeauftragter an der Uni Tübingen 2004-2006; Gutachter- und Beratungstätigkeit in Wissenschaft und Kirche, u. a. Vorsitzender des bischofsberatenden *AK Friedensauftrag der Landeskirche* in der Evang. Kirche von Württemberg und Mitglied des Wiss. Beirats von Ohne Rüstung Leben und in der EAK-Mitgliederversammlung auf EKD-Ebene; Coach und Mediator (DGfC). Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. Mitherausgeber des jährlichen Friedensgutachtens der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute (2007+2008), Autor u.a. des Grundlagenwerkes ‚Religion Macht Frieden' (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010; vergriffen), ferner ‚Was Frieden schafft. Religiöse Friedensarbeit: Akteure, Beispiele, Methoden' (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2018), ‚Warum schlägst du mich? Gewaltlose Konfliktbearbeitung in der Bibel: Impulse und Ermutigung' (Hg., Gütersloher Verlagshaus 2015). Herausgeber der Schriftenreihe Religion – Konflikt – Frieden (Nomos-Verlag).

Literatur- und Quellenverzeichnis

(mit Kurztiteln)

Vorangestellte Kurztitel* mit Sternchen verweisen
auf Texte im vorliegenden Sammelband.

AGDF 2025* = Stellungnahme der AGDF zur Denkschrift des Rates der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick: Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen". Bonn, 10.11.2025. https://friedensdienst.de/aktuelles/stellungnahme-der-agdf-zur-denkschrift-des-rates-der-ekd-welt-unordnung-gerechter-friede

AKTIONSBÜNDNIS ATOMWAFFENFREI 2025* = Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt": Friedensgruppen entsetzt über „nukleare Zeitenwende" in der EKD. Pressemitteilung, 11.11.2025. https://www.atomwaffenfrei.de/friedensgruppen-entsetzt-ueber-nukleare-zeitenwende-in-der-ekd/

ALBERTI 2025* = Manfred Alberti (Pfr. i.R.): Friedensdenkschrift der EKD als Gewaltrechtfertigung. Wuppertal, 07.12.2025. https://www.manfredalberti.de/a-22-6-friedensdenkschrift-als-gewaltrechtfertigung-art-dt-pfr-blatt/

AUGSTEIN 2025a* = Jakob Augstein: Wie politisch soll Kirche sein? Festrede beim Neujahrsempfang des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg in der Salvator-Kirche am 28.11.2025. (=Ungekürzte Online-Dokumentation des Redemanuskripts: https://kirche-duisburg.de/wp-content/uploads/2025/12/Jakob-Augstein-Wie-politisch-soll-Kirche-sein-20251128-EvKKDU.pdf [Kirchliches Medienecho dazu: ‚Publizist Jakob Augstein: EKD-Friedensdenkschrift ist eine ‚Katastrophe'. epd, 28.11.2025. https://www.evangelisch.de/inhalte/250083/28-11-2025/publizist-jakob-augstein-ekd-friedensdenkschrift-ist-eine-katastrophe].

AUGSTEIN 2025b* = Jakob Augstein: Die politische Aufgabe der Kirche. Werte. Die Kirche sollte in theologischen und nicht in pragmatisch-alltagsmoralischen Kategorien denken. So gesehen ist die jüngste Denkschrift der EKD eine Katastrophe. (= Auszug aus einer Rede, die Jakob Augstein in der Salvatorkirche zu Duisburg gehalten hat – beim Empfang des Kirchenkreises zum neuen Kirchenjahr am 28.11.2025). In: der Freitag. Die Wochenzeitung, Nr. 50 vom 11.12.2025, S. 14.

BAG LINKE CHRIST:INNEN 2025* = BAG Linke Christ:innen: Erklärung zur EKD-Friedensdenkschrift 2025. Textstand: 11.11.2025. Dokumentiert im OekIF-Portal. https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

BECKER 2025 = Ralph Becker (Koordinator der Initiative Sicherheit neu denken): Zentrale Aussagen der am 10. November 2025 veröffentlichten Friedensdenkschrift der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ gelesen in der Positiv-Perspektive „Sicherheit neu denken“. Diemelstadt, 05.11.2025. https://friedensbildung.ekir.de/wp-content/uploads/2025/11/Sicherheit-neu-denken.pdf [17 Seiten; Kontakt: becker@sicherheitneudenken.de].

BINGENER 2025 = Reinhard Bingener (Dresden): Die Evangelische Kirche bricht mit ihrer Friedensethik. Laut einer neuen Denkschrift der EKD lässt sich der Pazifismus als generelle politische Ethik „ethisch nicht legitimieren“. Das kommt einem Bruch mit bisherigen Positionen gleich. In: FAZ-online, 10. Nov 2025. https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/neue-denkschrift-die-evangelische-kirche-bricht-mit-ihrer-friedensethik-accg-110773297.html

BONHOEFFER-NIEMÖLLER-STIFTUNG 2025* = Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung: *Stellungnahme zur friedensethischen Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD). Wiesbaden, 10.11.2025. https://martin-niemoeller-stiftung.de/allgemein/kritische-stellungnahme-zur-aktuellen-friedensdenkschrift-der-ekd

BUDERUS/SCHILLO 2025* = Andreas Buderus / Johannes Schillo: Gegen die Propaganda einer christlichen Kriegstheologie. Überlegungen aus der gewerkschaftlichen Basisinitiative ‚Sagt Nein!‘. Textstand: 13.12.2025. [Von den Verfassern eingesandt an den Herausgeber der vorliegenden Sammlung.]

BUDERUS/SCHILLO 2026 = Andreas Buderus / Johannes Schillo: Ein fester Burgfrieden. Evangelische wie katholische Propagandisten einer deutschen Kriegsmoral räumen mit den letzten pazifistischen „Irrtümern“ auf. Dagegen legen nicht nur christliche Basisinitiativen Protest ein. In: junge Welt, 10.01.2026. https://www.jungewelt.de/artikel/515389.ein-fester-burgfrieden.html

BÜRGER 2023 = Peter Bürger: Hiroshima-Ruf 2023: Christliche Bombe oder Teufelswerk? Kirchliche Nuklearwaffen-Voten sind seit 1945 reich an Blasphemien, doch der Papst verurteilt schon den bloßen Besitz von Atomsprengköpfen als verwerflich. In: Overton-Magazin, 05.08.2023. https://overton-magazin.de/top-story/hiroshima-ruf-2023-christliche-bombe-oder-teufelswerk/ | Vgl. auch das *Textzitat* → S. 86-87

BÜTTNER 2025 = Gastbeitrag. *Neue EKD-Friedensdenkschrift. Susanne Büttner zur neuen EKD-Denkschrift: Kirche nun auch kriegstüchtig*? Die Sprecherin der Initiative Christlicher Friedensruf Susanne Büttner ordnet die neue EKD-Denkschrift zur Friedensethik ein. In: Sonntagsblatt, 12.11.2025. https://www.sonntagsblatt.de/artikel/kirche/susanne-buettner-zur-neuen-ekd-denkschrift-kirche-nun-auch-kriegstuechtig | Vgl. das *Textzitat* → S. 68-69

CHRIST*INNEN DFG-VK 2025* = Kritik der „Christ*innen in der Deutschen Friedensgesellschaft – VK“ an der EKD-Denkschrift 2025. November 2025. https://www.friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

DIE NEUEN ZWANZIGER 2025 = Podcast „Die Neuen Zwanziger“: „Gabor Steingarts Führerkult, Salon-Teaser Branko Milanovic, El-Mafaalani, EKD-Friedensdenkschrift“, Dezember 2025. https://www.youtube.com/watch?v=cCTRtst2IVI&t=3s

DOBBERAHN 2025* = Friedrich Erich Dobberahn: Zeiten-Wende? – oder Menschen-Wende? (Nachwort zur Open Access-Stellung, 2026, meines Buches „Deutsche Theologie im Dienste der Kriegspropaganda – Umdeutung von Bibel, Gesangbuch und Liturgie 1914-1918, Bd. I-II“). Südheide, 21.12.2025. Online: https://www.vr-elibrary.de/doi/book/10.13109/9783666565243 | 21.01.2026. [In der dargebotenen Fassung ein Originalbeitrag für den vorliegenden Sammelband.]

DREGGER 2025* = Christa Dregger: Zeitenwende in der evangelischen Kirche Deutschland – Denkschrift versus Friedensruf. Interview mit dem Pfarrer und Gefängnisseelsorger Thomas-Dietrich Lehmann. In: Portal *Zeitpunkt* (Schweiz), 13. Nov. 2025. https://www.zeitpunkt.ch/zeitenwende-der-evangelischen-kirche-deutschland-denkschrift-versus-friedensruf

DUCHROW 2025* = Ulrich Duchrow: Kirche wird staatstreu und kriegstüchtig. Die EKD verlässt die evangelische Friedenstradition“. In: Zeitschrift: Sozialismus.de – Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare. Heft 12/2025, S. 12-16.

EAK 2025* = Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK): Stellungnahme zur Denkschrift der EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“. [November] 2025. https://www.evangelische-friedensarbeit.de/system/files?file=media/document/2025/stellungnahme-eak-zur-friedensdenkschrift-finalpdf-1941.pdf

EKD 2025a = *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick.* Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Leipzig, 2., korrigierte Auflage 2025. [149 Seiten]. – Freie Online-Ausgabe: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf

EKD 2025b = EKD-Portal „Die Friedensdenkschrift der EKD 2025 – Gerechten Frieden schaffen in unruhigen Zeiten“. https://www.ekd.de/friedensdenkschrift-2025-91393.htm [Text & Beiträge zur Denkschrift].

ENGELKE 2025* = Matthias Engelke: *EKD – Auf dem Weg zur Militärkirche? Stellungnahme zur EKD-Denkschrift ‚Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen‘.* Textstand: 29.12.2025. [Vom Verfasser eingesandt an den Herausgeber.]

FLEISCHMANN 2025a* = Christoph Fleischmann: Gewaltverzicht mit Ausnahmen. Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland ist selbst innerhalb der Kirche schwer umstritten. In: nd.Der Tag, Nr. 24 / 25.11.2025. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1195691.friedensdenkschrift-evangelische-kirche-gewaltverzicht-mit-ausnahmen.html

FLEISCHMANN 2025b* = Christoph Fleischmann: Kirchen wollen kriegstüchtig werden. Ein internes Dokument zeigt, wie die Kirchen sich auf den Krieg vorbereiten. Eine offene Diskussion gibt es darüber nicht. In: Publik-Forum Heft 23/2025 vom 05.12.2025.

FLIEGE 2025 = Jürgen Fliege: Siechen lernen? Von *Rheinmetall* lernen, das weiß nun fast jeder Deutsche, heißt: Siegen – oder Siechen? – lernen. Je nachdem! In: Overton-Magazin, 17.12.2025. https://overton-magazin.de/kommentar/gesellschaft-kommentar/siechen-lernen/

FRIEDENSWERKSTATT 2026* = „Wider die Kriegstüchtigkeit – Schritte zu Friedensfähigkeit". Signal aus der 3. Friedenswerkstatt Bonn an die Evangelische Kirche im Rheinland. Redaktion: Wilfried Drews, Ulrich Frey, Helmut Müller, Reinhard Schmeer. Bonn, 10.01.2026. [Dokumentiert im vorliegenden Sammlung nach der Mailing-Fassung; zur Tagung: https://www.evforum-bonn.de/veranstaltung/friedenswerkstatt-2026/]

FR-LESERBRIEFE 2025* = ‚Jesus hat auf die Kraft der Gewaltlosigkeit gesetzt' – Leserbriefe von Gerhard Kern und Gregor Böckermann (zu ‚Kirche darf nicht unpolitisch sein', FR-Politik vom 17.12.2025). In: Frankfurter Rundschau, 17.12.2025.

GILDEMEISTER 2025 = Jan Gildemeister zur EKD-Friedensdenkschrift | Video-Vortrag, 26.11.2025. https://padlet.com/gewaltfreihandeln/ekd-friedensdenkschrift-2025-6ozm92du1lzv9ar3/wish/E1P8aX7k8EVeWwA9

ICAN 2025* = Erklärung von ICAN Deutschland zur EKD-Friedensdenkschrift 2025: Ethische Lücken, sicherheitspolitische Mängel. 01.12.2025. https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2025/12/ICAN-Statement-zur-EKD-Friedensdenkschrift-2025.pdf

INITIATIVE CHRISTLICHE FRIEDENSRUF 2025* = Gerät der Friede aus dem Blick? Erwiderung der ‚Initiative Christlicher Friedensruf' auf die EKD-Friedensdenkschrift 2025. Pressesendung, 10.11.2025. https://friedensbildung.ekir.de/wp-content/uploads/2025/11/Stellungnahme_Initiative_Christlicher_Friedensruf_Hannover.pdf

KERN 2025* = Gerhard Kern: Mit Gewalt gegen Gewalt. (Leserbrief zu: ‚Die Angst darf nicht gewinnen', FR-Politik vom 10. November). In: Frankfurter Rundschau, 12.10.2025.

KERN 2026* = Bruno Kern: „… den Krieg gründlich verlernen". Marburg: Büchner-Verlag 2026. | *Textzitat* → S. 95

KLÖCKNER 2025* = Marcus Klöckner: Positionspapier der Evangelischen Kirche – Grünes Licht für Kriegstüchtigkeit. In: Nachdenkseiten, 14.11.2025. https://www.nachdenkseiten.de/?p=142050

KOCH 2025* = Karl-W. Koch: Evangelische Kirche für Atomwaffen. Stellungnahme zur EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick …". In: Internetportal ‚Unabhängige Grüne Linke', 15.12.2025. https://u-g-l.de/evangelische-kirche-fuer-atomwaffen/

KÖRTING 2025 = Katharina Körting (Interview): „Sie biedern sich Pistorius an". Im Gespräch. Die Evangelische Kirche verabschiedet sich vom Pazifismus. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke warnt vor einer Anpassung an den Mainstream und „primitive Feindbildkonstruktionen". In: der Freitag. Die Wochenzeitung, Nr. 47 vom 20.11.2025, S. 4.

LUIK 2025 = Arno Luik: Merkwürdige Zeiten. Seine Kinder muss man verlieren … können, sagt der ranghöchste französische General. Und stellt so vor Weihnachten klar, was „kriegsfähig werden" heißen kann [Kommentar]. In: Hamburger Abendblatt, 03.12.2025. [Vgl. dazu die Leserbriefe von Hannes Classen, Ulrich Poser und Hans Losse: https://www.abendblatt.de/hamburg/article410629141/meinungen-der-abendblatt-leser-6-dezember-2025.html].

MATHERN 2025* = Ursula Mathern (Merxheim): *Kritik an der EKD-Denkschrift.* (Nov. 2025). Dokumentiert im OekIF-Portal. https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denksch rift/

MDR KULTUR 2025 = *EKD-Synode in Dresden Landesbischof Friedrich Kramer zu EKD-Friedensdenkschrift. Der EKD-Friedensbeauftragte, der mitteldeutsche Landesbischof Friedrich Kramer, zur neuen Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland* (*EKD*). In: MDR Kultur – Das Radio. Mo 10.11.2025. 10:22 Uhr. 09:10 min. Mit Link des Audios: https://www.mdr.de/kultur/videos-und-audios/audio-rad io/audio-3082342.html

MIKA 2025* = Friedensdenkschrift der EKD. *Sicherheit als Grundlage.* Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland positioniert sich friedensethisch neu – und biedert sich dem Staat damit zu sehr an. Eine Analyse von Bascha Mika. In. Frankfurter Rundschau, Nr. 263 vom 12.11.2025. Online-Version: https://www.fr.de/politik/grundlage-friedensschrift-der-evangelischen-kirche-sicherheit-als-94032916.html [s.a. Abbildung der Printfassung hier: https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/]. *Textzitat* → S. 20

OHNE RÜSTUNG LEBEN 2025 = *Nachrichten. Scharfe Kritik an neuer EKD-Friedensdenkschrift: „Dem Mythos der erlösenden Gewalt verfallen"*. In: Portal. Ohne Rüstung leben | Frieden politisch entwickeln, 10.11.2025. https://ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/neue-ekd-friedensdenkschrift-2025-kritik-gerechter-friede-atomwaffen-pazifismus-7 44.html

ÖKUMENISCHE VERNETZUNGSINITIATIVE CASA COMUN 2026* = *Wortmeldung aus der Ökumenischen Vernetzungsinitiative Casa Comun zur Diskussion um die sogenannte Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland*, 22. Januar 2026. https://casa-comun-2022.de/

ÖKUMENISCHER HIROSHIMA-CALL 2023* = „Nein zur ‚Bombe Satans'* [Metapher] – ohne irgendein Ja." Über die Irrlehre der befristeten Atomwaffenduldung – ein Ermutigungsruf an alle Freundinnen und Freunde Jesu. Zum Hiroshima-Tag – 6. August 2023. Internet-Portal: https://www.hiroshimacall.wordpress.com/ | *Textzitat* → S. 86-87

OTTENBREIT 2025* = Albert Ottenbreit: Sind die wahnsinnig? … die Kirchen wollen kriegstüchtig werden. Nicht mit mir! Persönliche Anmerkungen zur Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland / EKD „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen" sowie zum geplanten „Ökumenischen Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall". Saarbrücken, zum 18.12.2025. [Vom Verfasser eingesandt an den Herausgeber des vorliegenden Dokumentationsbandes.]

PLISCH 2025* = Uwe-Karsten Plisch: Kriegsdienst ist Nächstenliebe. Die EKD verabschiedet sich aus dem friedensethischen Diskurs. In: *ansätze*. ESG-Nachrichten Nr. 3-5/2025, S. 18-20. [https://www.ikvu.de/kontexte/textepersonen/kommentar2025-02-plisch] [https://martin-niemoeller-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/11/Uwe_Rezension-EKD-Friedensdenkschrift.pdf].

REKITTKE 2025* = Volker Rekittke: Abschied vom christlichen Pazifismus. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat eine Denkschrift veröffentlicht: „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen". Viele Aussagen darin passen auffallend gut zum Aufrüstungs- und Militarisierungskurs der Bundesregierung. In: Nachdenkseiten, 13.11.2025. https://www.nachdenkseiten.de/?p=142031 | *Textzitat* → S. 152

RONNEFELDT 2025* = Clemens Ronnefeldt: Leserbrief an Publik-Forum (zu ‚Lutherisches Regiment' von Christoph Fleischmann', PuFo 21.11.2025). Textstand 12.12.2025. [Vom Verfasser eingesandt an den Herausgeber der vorliegenden Sammlung.]

SCHÄFER 2025* = Heinrich Schäfer: Kirche über Gut und Böse". Zur Vorstellung der Friedensdenkschrift der EKD am 13.11.2025 in der Evangelischen Akademie, Berlin. (Textstand 16.11.2025). Dokumentiert im OekIF-Portal. https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

SCHNIEDERJANN 2025 = Nils Schniederjann: Nicht besser als die EKD. Die Kriegsrhetorik der deutschen Katholiken. „Notwendige Rüstungsanstrengungen". Da mag Papst Leo noch so laut „Nie wieder Krieg" rufen. Die deutschen Bischöfe klingen aktuell eher wie Boris Pistorius. In: der Freitag [Online-Ausgabe], 14.12.2025. https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/nicht-besser-als-die-ekd-die-kriegsrhetorik-der-deutschen-katholiken

SEGBERS 2025* = Franz Segbers: *Kanonen oder Butter*? Die Aufrüstung Deutschlands droht vor allem die ärmeren Menschen zu belasten. Auch die EKD-Friedensdenkschrift bleibt hier zu vage, in*: zeit*zeichen – Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 24. November 2025. https://zeit zeichen.net/node/12160

SEIDEL 2025* = Stefan Seidel: Zeitenwende statt Entfeindung. Die Friedensdenkschrift der EKD vollzieht einen bemerkenswerten Kurswechsel weg von der Friedenslogik. In: *zeit*zeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 01.12.2025. https://zeitzeichen.net/node/12202

SOKI 2025* = Solidarische Kirche im Rheinland: Friedensfähig statt kriegstüchtig! Stellungnahme zur EKD-„Friedensdenkschrift". | Köln, 3. Dezember 2025. https://solidarischekirche.de/wp-content/uploads/2026/01/Stellungnahme-SoKi-zur-Friedensdenkschrift-der-EKD-2025.pdf

SPIEGEL 2026* = Egon Spiegel: Verbrenner und Stromer – „Congrega in unum" (führe zusammen). Januar 2026. [Originalbeitrag für den vorliegenden Sammelband].

STÜTZ/ZDF 2025 = Kira Stütz: Friedensdenkschrift der EKD. | Evangelische Kirche. Abschied vom Pazifismus. Die Evangelische Kirche in Deutschland positioniert sich neu in der Frage nach Krieg und Frieden. Der Inhalt der Friedensdenkschrift ist umstritten. … Im Rahmen der EKD-Synode veröffentlicht die Kirche ihre Friedensdenkschrift und bricht damit mit der Tradition der Friedensbewegung. In: ZDF heute, 10.11.2025 | 14:32. https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/evangelische-kirche-friedensdenkschrift-kritik-ekd-100.html

TONTSCH 2025 = Gerechter Frieden erfordert Urteilskraft, Demokratie und Glauben. Martin Tontsch von der Arbeitsstelle kokon für konstruktive Konfliktbearbeitung in der ELKB ordnet die neue EKD-Denkschrift zur Friedensethik ein. In: Sonntagsblatt, 12.11.2025. https://www.sonntagsblatt.de/artikel/kirche/martin-tontsch-zur-neuen-ekd-denkschrift-gerechter-frieden-erfordert-urteilskraft

TROWITZSCH 2026* = Michael Trowitzsch: Wir Zweitschlag-Christen. Die „atomare Abschreckung" und die Naivität der neuen Friedensdenkschrift der EKD. In: *zeit*zeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, Nr. 1 (Januar) 2026, S. 48. [https://zeitzeichen.net/node/12231]. | *Textzitat* → S. 120-121

VERSÖHNUNGSBUND-GRUPPE MAGDEBURG 2025* = Barbara Bürger & Dr. Eberhard Bürger, Versöhnungsbund-Gruppe Magdeburg: Brief an den Friedensbeauftragten der EKD zur Denkschrift „Welt in Unordnung". Magdeburg, 18.11.2025. – https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

WEBER 2025 = Daphne Weber: Unbefriedigend, aber tröstlich. Bellizismus? Die „Friedensdenkschrift“ der Evangelischen Kirche steht hart in der Kritik. *Eine Verteidigungsrede*. In: der Freitag. Die Wochenzeitung, Nr. 47 vom 20.11.2025, S. 17.

WEINGARDT 2026* = Markus Weingardt: Anmerkungen zur EKD-Friedensdenkschrift 2025. (Tübingen, Januar 2026). Dokumentiert im OekIF-Portal. https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

WEINHOLD 2025 = Oliver Weinhold: Evangelische Kirche überrascht mit Kurswechsel. | Atomwaffen sind „politisch notwendig“. Die evangelische Kirche passt ihre Friedensdenkschrift an. Atomwaffen gelten nun als unverzichtbar für Sicherheit. In: Berliner Zeitung – online, 10.11.2025. https://www.berliner-zeitung.de/news/evangelische-kirche-ueberrascht-mit-kurswechsel-atomwaffen-sind-politisch-notwendig-li.10004930

WERKNER 2025* = Ines-Jacqueline Werkner: Eine Chance vertan. Warum die neue Friedensdenkschrift der EKD enttäuscht. In: *zeit*zeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 26.11.2025. https://zeitzeichen.net/node/12162 [kritische Tendenz]. | *Textzitat* → S. 134

WESERKURIER 2025* = Leserbriefe von Bernd Fischer, Marion Tretschok und Uwe Heil [Bezug zu ‚Benjamin Lassiwe: Nicht weniger als eine Zeitenwende‘, Weser-Kurier vom 13. Nov. 2025]. In: Weser-Kurier 18.11.2025; 20.11.2025; 28.11.2025.

ZIEGLER 2025* = Theodor Ziegler: EKD-Friedensdenkschrift 2025 ‚Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick‘. Ein Kommentar aus christlich-pazifistischer Sicht. (November 2025). – Frühe Fassung in: Portal ‚DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg‘, 18.11.2025. https://bawue.dfg-vk.de/ekd-friedensdenkschrift-2025-welt-in-unordnung-gerechter-friede-im-blick/

———

Text-Sammlungen zur Debatte um die neue EKD-Denkschrift

PORTAL: *Ökumenisches Institut für Friedenstheologie* (OekIF) | Zusammengestellt von Rainer Schmid.
https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/

PADLET *‚gewaltfrei handeln‘* | Zusammengestellt von Joachim Mangold.
https://padlet.com/gewaltfreihandeln/ekd-friedensdenkschrift-2025-6ozm92du1lzv9ar3

Portal | Reihe

Kirche und Weltkrieg

https://kircheundweltkrieg.wordpress.com

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen; 1941 setzte sie den NS-Vernichtungsfeldzug gen „Osten" in der Sowjetunion mit über 20 Millionen Morden an Zivilisten (darunter drei Millionen Juden, sowie Sinti und Roma) und Kriegsgefangenen fort. Die beiden großen Kirchen im Deutschen Reich predigten den Gläubigen, sie müssten sich an diesem Krieg (gegen den ‚Bolschewismus', für ‚Rasse' und ‚Lebensraum') beteiligen. Der Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit sei von Gott verordnet.

Die entsprechenden Hirtenworte sind den meisten Christinnen und Christen heute ganz unbekannt. Sie wurden in vielen Fällen nach 1945 geschwärzt und in Quelleneditionen unterschlagen. Wo Kritiker an militaristische Predigten und Kirchenschriften zur Unterstützung des bislang größten Völkermordens erinnern, entflammen bis heute heftige Kontroversen.

Unser digitales Editionsprojekt zur kirchlichen Assistenz in zwei Weltkriegen, ins Werk gesetzt von christlichen Pazifisten/innen, dient der Aufklärung. Jede/r soll sich ein eigenes Bild verschaffen können. Die Originalquellen und wissenschaftlichen Beiträge sind für Forschende und alle Interessierten in Form von digitalen Publikationen abrufbar (https://kircheundweltkrieg.wordpress.com). Daneben bieten wir auch gedruckte (illustrierte) ISBN-Buchausgaben an, die im Handel erhältlich sind:

Band 1
KATHOLISCHE DISKURSE ÜBER KRIEG UND FRIEDEN VOR 1914
Herausgegeben von Peter Bürger
ISBN 978-3-7526-7268-8 (340 Seiten)

Band 2
Ulrich Hentschel / Peter Bürger (Hg.):
PROTESTANTISMUS UND ERSTER WELTKRIEG
ISBN 978-3-7526-0414-6 (440 Seiten)

Band 3
FRIEDEN IM NIEMANDSLAND
Die Minderheit der christlichen Botschafter im Ersten Weltkrieg
ISBN 978-3-7534-0205-5 (560 Seiten)

Band 4
KATHOLIZISMUS UND ERSTER WELTKRIEG
ISBN 978-3-7534-2805-5 (580 Seiten; hg. von P. Bürger)

Band 5
Franziskus Maria Stratmann OP:
WELTKIRCHE UND WELTFRIEDEN | 1924
ISBN 978-3-7534-3993-8
(376 Seiten, neu ediert von Thomas Nauerth)

Band 6
Adolf von Harnack:
SCHRIFTEN ÜBER KRIEG UND CHRISTENTUM | 1905-1922
ISBN: 978-3-7534-1759-2 (500 Seiten)

Band 7
Dietrich Kuessner:
DIE DEUTSCHE EVANGELISCHE KIRCHE
UND DER RUSSLANDFELDZUG
ISBN 978-3-7526-7109-4
(Neuedition; 252 Seiten)

Band 8
Heinrich Missalla:
DIE KIRCHLICHE KRIEGSHILFE IM ZWEITEN WELTKRIEG
Eine Organisation des Deutschen Caritas-Verbandes
ISBN 978-3-7534-9221-6 (324 Seiten; Erstausgabe 1978, neu ediert)

Band 9
KRIEGSWORTE VON
FELDBISCHOF FRANZISKUS JUSTUS RARKOWSKI
Edition sämtlicher Hirtenschreiben und
anderer Schriften 1917-1944
ISBN 978-3-7543-2454-7 (Umfang 624 Seiten),
oder mit Hardcover: ISBN 978-3-7543-2143-0

Band 10
Dietrich Kuessner:
DER CHRISTLICHE STAATSMANN
Ein Beitrag zum Hitlerbild in der Deutschen
Evangelischen Kirche und zur Kirchlichen Mitte
ISBN 978-3-7543-2629-9 (264 Seiten)

Band 11
Werner Neuhaus / Marco A. Sorace (Hg.):
AUGUST PIEPER UND DAS DRITTE REICH
Ein katholischer Annäherungsweg
hin zum Nationalsozialismus
ISBN: 978-3-7543-4708-9 (292 Seiten; Paperback)

Band 12
Wolfgang Stüken:
HIRTEN UNTER HITLER
Die Rolle der Paderborner Erzbischöfe
Caspar Klein und Lorenz Jaeger in der NS-Zeit
ISBN: 978-3-7557-6020-7 (424 Seiten;
Neuedition nach der Erstausgabe 1999)

Band 13
DAS BISTUM MÜNSTER
UND CLEMENS AUGUST VON GALEN
IM ERSTEN WELTKRIEG
Forschungen – Quellen. Herausgegeben
von Peter Bürger und Ron Hellfritzsch
ISBN: 978-3-7562-2428-9 (608 Seiten; Paperback)

Band 14
RUNDBRIEFE UND PREDIGTSKIZZEN FÜR DIE
DEUTSCHE KATHOLISCHE WEHRMACHTSEELSORGE.
Herausgegeben von Heinrich Missalla
(Neuedition mit abweichendem Titel)
ISBN: 978-3-7562-3596-4 (204 Seiten; Paperback)

Band 15
Friedrich Erich Dobberahn:
KONTROVERSE UM EIN ANTI-KRIEGS-BUCH
Die Sprachverbrechen der Theologie 1914-1918
und die klerikale Sackgasse einer Rezension
ISBN: 978-3-7578-8929-6 (124 Seiten; Paperback)



IM SOLD DER SCHLÄCHTER
Texte zur Militärseelsorge im Hitlerkrieg.
Herausgegeben von Rainer Schmid, Thomas Nauerth,
Matthias-W. Engelke, Peter Bürger.
Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7481-0172-7
(Paperback; 440 Seiten; 14,99 Euro)

edition pace

Begründet von Peter Bürger & Thomas Nauerth

John Dear:
EIN MENSCH DES FRIEDENS UND DER GEWALTFREIHEIT WERDEN.
Ausgewählte Aufsätze und Reden.
Norderstedt: BoD 2018 – ISBN: 978-3-7460-8898-3
(Paperback; 168 Seiten; 6,99 Euro)

Heinrich Missalla:
„GOTT MIT UNS".
Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914-1918.
Norderstedt: BoD 2018 – ISBN: 978-3-7528-1568-9
(Paperback; 132 Seiten; 5,60 Euro)

Christian Weisner / Friedhelm Meyer / Peter Bürger (Hg.)
„GEDENKT DER HEILIGSPRECHUNG VON OSCAR ROMERO.
DURCH DIE ARMEN DIESER ERDE"
Dokumentation des Ökumenischen Aufrufes zum 1. Mai 2011.
Norderstedt: BoD 2018 – ISBN: 978-3-7460-7979-0
(Paperback; 268 Seiten; 9,99 Euro)

Reinhard J. Voß:
DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN DER DR KONGO
IM KONTEXT VON GESELLSCHAFT UND ÖKUMENE.
Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7481-4482-3
(Paperback; 372 Seiten; 12,99 Euro)

Matthias-W. Engelke:
ZELT DER FRIEDENSMACHER
Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik.
Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7494-3645-3
(Paperback; 464 Seiten; 15,90 Euro)

IM SOLD DER SCHLÄCHTER
Texte zur Militärseelsorge im Hitlerkrieg.
Hg. von R. Schmid, Th. Nauerth, M.-W. Engelke, P. Bürger.
Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7481-0172-7
(Paperback; 440 Seiten; 14,99 Euro)

John Dear:
GEWALTFREI LEBEN
Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler,
herausgegeben von Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7494-5179-1
(Paperback; 192 Seiten; 8,90 Euro)

DIE SEELEN RÜSTEN.
ZUR KRITIK DER STAATSKIRCHLICHEN MILITÄRSEELSORGE.
Hg. von R. Schmid, Th. Nauerth, M.-W. Engelke, P. Bürger.
Norderstedt: BoD 2019 – ISBN: 978-3-7494-6804-1
(Paperback; 456 Seiten; 15,99 Euro)

Peter Bürger:
OSCAR ROMERO, DIE SYNODALE KIRCHE
UND ABGRÜNDE DES KLERIKALISMUS.
Zum 40. Todestag des Lebenszeugen aus El Salvador.
Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7504-9377-3
(Paperback; 112 Seiten; 8,90 Euro)

Ullrich Hahn:
VOM LASSEN DER GEWALT.
Thesen, Texte, Theorien zu Gewaltfreiem Handeln heute.
Hg. von Annette Nauerth & Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7519-4442-7
(Paperback; 344 Seiten; 14,80 Euro)

Wilhelm Wille:
SIE SAGEN FRIEDE, FRIEDE …
Zwanzig Jahre Forum Friedensethik
in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE).
Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7526-2956-9
(Paperback; 492 Seiten; 15,90 Euro)

Thomas Nauerth /
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.):
WAS IST FRIEDENSTHEOLOGIE ? EIN LESEBUCH.
Norderstedt: BoD 2020 – ISBN: 978-3-7526-4444-9
(Paperback; 256 Seiten; 9,90 Euro)

George Pattery S.J.:
GANDHI ALS GLAUBENDER.
Eine indisch-christliche Sichtweise.
Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler.
Herausgegeben von Klaus Hagedorn & Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2021 – ISBN: 978-3-7557-0056-2
(Paperback; 240 Seiten; 9,90 Euro)

Ulrich Frey:
AUF DEM WEG DER GERECHTIGKEIT UND DES FRIEDENS.
Texte aus drei Jahrzehnten. Herausgegeben von Gottfried Orth.
Norderstedt: BoD 2022 – ISBN: 978-3-7543-8569-2
(Paperback; 452 Seiten; 14,90 Euro)

Thomas Nauerth / Annette M. Stroß (Hg.):
IN DEN SPIEGEL SCHAUEN.
Friedenswissenschaftliche Perspektiven für das 21. Jahrhundert.
Ein Lesebuch mit Texten von Egon Spiegel.
Norderstedt: BoD 2022 – ISBN: 978-3-7562-2081-6
(Paperback; 160 Seiten; 9,90 Euro)

Jochen Vollmer:
„FRIEDENSKIRCHE WERDEN – ANKOMMEN
IM POSTKONSTANTINISCHEN ZEITALTER".
Friedenstheologische Beiträge zur Entgiftung von Kirche und Glauben.
In Zusammenarbeit mit dem OekIF, hg. von Matthias-W. Engelke.
Norderstedt: BoD 2023 – ISBN: 978-3-7583-0420-0
(Paperback; 180 Seiten; 10,99 Euro)

Gottfried Orth (Hg.):
… DASS GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN SICH KÜSSEN.
Helmut Gollwitzer (1908-1993).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-7214-8
(Paperback; 188 Seiten; 12,90 Euro)

Gottfried Orth:
ICH MÖCHTE ETWAS FÜR DEN FRIEDEN TUN …
Ernst Lange oder: Das Paradies könnte heute sein.
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-3070-1
(Paperback; 192 Seiten; 12,90 Euro)

Alfred Hermann Fried:
GESCHICHTE DER FRIEDENSBEWEGUNG.
Eine Darstellung zum Pazifismus bis 1912.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 1).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0334-7
(Paperback; 256 Seiten; 10,90 Euro)

Ludwig Quidde:
ÜBER MILITARISMUS UND PAZIFISMUS.
Vier friedensbewegte Texte aus den Jahren 1893-1926.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 2).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0320-0
(Paperback; 184 Seiten; 8,90 Euro)

Richard Barkeley:
DIE DEUTSCHE FRIEDENSBEWEGUNG 1870-1933.
Unveränderter Text der Darstellung von 1947 – Bibliographie.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 3).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0405-4
(Paperback; 156 Seiten; 8,90 Euro)

Eberhard Bürger:
FRIEDENSBEWEGUNGEN IN DER ÖKUMENE UM DIE ZEIT DES ERSTEN WELTKRIEGS – EIN ÜBERBLICK. (= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 4). Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0660-7
(Paperback; 148 Seiten; 8,60 Euro)

Dieter Riesenberger:
DIE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG IN DER WEIMARER REPUBLIK.
Neuedition der Auflage von 1976. – Mit einem Vorwort von Walter Dirks und einem Nachruf für Dieter Riesenberger von Helmut Donat.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 5).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN 978-3-7597-0649-2
(Paperback; 368 Seiten; 14,90 Euro)

David Low Dodge:
KRIEG IST MIT DER RELIGION JESU CHRISTI UNVEREINBAR.
Eine pazifistische Pionierschrift aus dem Jahr 1812, mit einer Einführung von Edwin D. Mead – aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 6).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-3038-1
(Paperback; 168 Seiten; 8,90 Euro)

Erasmus von Rotterdam:
ALLE MÜSSEN DEN KRIEG VERLÄSTERN.
„Die Klage des Friedens“ 1517, übersetzt von Rudolf Liechtenhan –
mit einem Vorwort von Eugen Drewermann.
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-8178-2
(Paperback; 128 Seiten; 7,90 Euro)

Ernst Toller: NIE WIEDER FRIEDE.
Eine bittere Komödie über Militarismus und
Antipazifismus aus dem Jahr 1936.
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-8246-8
(Paperback; 140 Seiten; 7,80 Euro)

Johann von Bloch:
DIE WAHRSCHEINLICHEN POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN
FOLGEN EINES KRIEGES ZWISCHEN GROßMÄCHTEN.
Neuedition der Übersetzung von 1901 mit Begleittexten von
B. Friedberg, Manfred Sapper und Jürgen Scheffran (= edition pace |
Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 1).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-2313-0
(Paperback; 176 Seiten; 9,90 Euro)

Rudolf Goldscheid:
MENSCHENÖKONOMIE, WELTKRIEG UND WELTFRIEDEN.
Ausgewählte Schriften 1912 – 1926. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 2).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-7885-7
(Paperback; 268 Seiten; 11,90 Euro)

Moritz Adler:
WENN DU DEN FRIEDEN WILLST, BEREITE FRIEDEN VOR.
Texte wider den Krieg 1868 – 1899. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 3).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-9450-5
(Paperback; 272 Seiten; 11,99 Euro)

Eduard Loewenthal:
DER KRIEG IST ABZUSCHAFFEN.
Friedensbewegte Schriften für das Europa
der Völker und einen Weltstaatenbund, 1870 – 1912. (= edition pace |
Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 4).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7583-5069-6
(Paperback; 252 Seiten; 11,99 Euro)

Eduard Bernstein:
DER FRIEDE IST DAS KOSTBARSTE GUT.
Schriften zum Ersten Weltkrieg.
Mit einem Essay von Helmut Donat.
Herausgegeben von Peter Bürger. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 5).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7693-1268-3
(Paperback; 352 Seiten; 14,99 Euro)

Adolf von Harnack:
MILITIA CHRISTI.
Die christliche Religion und der Soldatenstand
in den ersten drei Jahrhunderten.
Mit einem einleitenden Essay von Franz Segbers.
(= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 1).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7597-6020-3
(Paperback; 180 Seiten; 9,99 Euro)

Thomas Gerhards:
PAZIFISMUS UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IN DER FRÜHEN KIRCHE.
Eine Quellensammlung. – Mit einer Einleitung von Konrad Lübbert.
Neuedition der sechsten, überarbeiteten Auflage von 1991.
(= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 2).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7693-2108-1
(Paperback; 108 Seiten; 6,99 Euro)

Egon Spiegel:
GEWALTVERZICHT.
Grundlagen einer biblischen Friedenstheologie.
Neuedition nach der Zweiten Auflage 1989. (= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 3). Norderstedt: BoD 2024 –
ISBN: 978-3-7693-2404-4 (Paperback; 412 Seiten; 15,99 Euro)

Gerrit Jan Heering:
DER SÜNDENFALL DES CHRISTENTUMS.
Eine Untersuchung über Christentum, Staat und Krieg.
Aus dem Holländischen übersetzt durch Octavia Müller-Hofstede de Groot, 1930. (= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 4).
Norderstedt: BoD 2024 – ISBN: 978-3-7693-2488-4
(Paperback; 316 Seiten; 12,99 Euro)

Antony Spiri, Markus Euskirchen, Matthias-W. Engelke,
Stefan Gehrt, Christoph Münchow, Hanns-Werner Heister,
Theodor Ziegler, Rainer Schmid (Hg.):
MILITÄRKONZERTE IN KIRCHEN?
Wissenschaftliche und theologische Beiträge sowie Erfahrungsberichte.
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN-13: 978-3-7597-7940-3
(Paperback; 162 Seiten; 10,99 Euro)

Kurt Eisner:
TEXTE WIDER DIE DEUTSCHE KRIEGSTÜCHTIGKEIT.
Zusammengestellt von Peter Bürger – mit einem einleitenden
Essay von Volker Ullrich. (= edition pace | Regal: Pazifisten
& Antimilitaristen aus jüdischen Familien 6).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-7693-5730-1
(Paperback; 448 Seiten; 16,99 Euro)

KURT EISNER ALS REVOLUTIONÄR
UND ANKLÄGER DES DEUTSCHEN MILITARISMUS.
Ein Lesebuch – eingeleitet durch die Darstellung des Weggefährten
Felix Fechenbach. Herausgegeben von Peter Bürger, in Kooperation mit
dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Pazifisten &
Antimilitaristen aus jüdischen Familien 7).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-7693-6836-9
(Paperback 464 Seiten; 17,99 Euro)

Kurt Eisner:
REVOLTE FÜR DEN FRIEDEN
Nachlese, Erinnerung und Kontroversen.
Zusammengestellt von Peter Bürger – Mit Beiträgen von
Helmut Donat und Lothar Wieland. (= edition pace |
Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 8).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-8192-2747-9
(Paperback; 404 Seiten; 16,99 Euro)

Rainer Hoffmann / Hu Qiuhua:
KEIN KRIEG IST DER BESTE KRIEG!
Das chinesische Werk „Die Kunst des Krieges“ (bingfa)
von Sunzi – dargeboten im Vergleich mit Anschauungen des
Preußen Carl von Clausewitz. (= edition pace, Bd. 32).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-8482-5962-5
(Paperback; 104 Seiten; 6,99 Euro)

Erich Mühsam:
DAS GROßE MORDEN
Texte gegen Militarismus und Krieg.
Zusammengestellt von Peter Bürger. Herausgegeben in Kooperation
mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 9).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-6558-7
(Paperback; 516 Seiten; 18,99 Euro)

Erich Mühsam:
JEDOCH DER MUT IST MEIN GENOSSE
Texte über Kampf und Revolution.
Zusammengestellt von Peter Bürger. Herausgegeben in Kooperation
mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 10).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4868-9
(Paperback; 312 Seiten; 13,99 Euro)

Karl Kraus:
ZUM EWIGEN GEDÄCHTNIS. TEXTE ZU KRIEG UND FRIEDEN.
Herausgegeben von Bruno Kern. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 11).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-7878-5
(Paperback 136 Seiten; 7,99 Euro)

DIE VERSÖHNUNG MIT RUSSLAND ALS AUFTRAG.
Eine Textdokumentation mit drei Beiträgen
von Ulrich Frey, Werner Krusche und Wolfram Wette.
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4884-9
(Paperback; 108 Seiten; 6,99 Euro)

Simon Bernfeld (Bearb.):
SITTLICHKEIT ALS GRUNDFORDERUNG DES JUDENTUMS.
Nach den Quellen: Gleichheit aller Menschen, Gerechtigkeit,
Nächstenliebe, Frieden, Universalismus | Auswahlband
(= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen
aus jüdischen Familien 12). Hamburg: BoD 2025.
ISBN: 978-3-6951-7939-8
(Paperback; 220 Seiten; 9,99 Euro)

Rosa Luxemburg:
„Nein, auf unsere Brüder schießen wir nicht!“
Der Militarismus als kapitalistische Krankheit.
Zusammengestellt und eingeleitet von Bruno Kern
(= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 13). Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-6951-6182-9
(Paperback; 192 Seiten; 9,99 Euro)

Joris Vercammen:
An den Frieden glauben.
Überlegungen zu Glaube, Gewalt und Frieden.
Geleit- und Nachwort von Franz Segbers.
Aus dem Niederländischen übersetzt. (= edition pace).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-6951-4253-8
(Paperback; 176 Seiten; 9,99 Euro)

Gustav Landauer:
Abschaffung des Kriegs durch Selbstbestimmung.
Ausgewählte Texte | 1895–1919.
Bearbeitet von Peter Bürger & Jan Rolletschek
(= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 14). Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4282-3
(Paperback; 376 Seiten; 15,99 Euro)

Sei von den Schülern Aarons.
Ein Lesebuch über die Friedensliebe der Rabbiner.
Herausgegeben von Peter Bürger. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 15). Hamburg: BoD 2026.
ISBN: 978-3-8192-2601-4 (Paperback; 312 Seiten; 13,99 Euro)

Umdenkschrift
zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden
Kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse.
Eine Sammlung. – Herausgegeben von Peter Bürger.
Im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland (SoKi)
und des Ökumenischen Instituts für Friedenspolitik.
(= edition pace | 2026)



Jahrbuch Friedenstheologie | OekIF

TOLERANZ UND TEILHABE
Jahrbuch Friedenstheologie 2022
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-7557-8011-3; Paperback; 232 Seiten; 8,99 €)

DIE REICH-GOTTES-BOTSCHAFT IN THEOLOGIE UND POLITIK
Jahrbuch Friedenstheologie 2023
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-7460-9316-1; Paperback; 416 Seiten; 17,99 €)

SCHÖPFUNG – GEWALTFREIHEIT – WIDERSTAND
Jahrbuch Friedenstheologie 2024
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-7597-6904-6; Paperback; 329 Seiten; 16,99 €)

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG, KIRCHE UND PAZIFISMUS
Jahrbuch Friedenstheologie 2025
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-6951-1095-7; Paperback; 300 Seiten; 13,99 €)